

Sven Giegold/Dagmar Embshoff (Hrsg.)

Solidarische Ökonomie



im globalisierten Kapitalismus

VSA

In Kooperation mit
 **die tageszeitung**

 **Bewegungsakademie**
Forum für Soziale Bewegungen

Sven Giegold/Dagmar Embshoff (Hrsg.)
Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus

Sven Giegold, Wirtschaftswissenschaftler, gehört zu den Gründern von Attac Deutschland. Er war jahrelang Mitglied im Attac-Koordinierungskreis und lebt und arbeitet in Projekten Solidarischer Ökonomie in Verden.

Dagmar Embshoff hat Geographie (Schwerpunkte Regionalentwicklung und internationale Umweltpolitik) sowie Erwachsenenbildung studiert. Sie ist im Vorstand der Bewegungsakademie e.V., lebt und arbeitet im Ökozentrum Verden und hat den Kongress »Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« koordiniert. 2007 absolvierte sie eine Fortbildung bei der innova eG als Genossenschaftliche Projektentwicklerin.

Sven Giegold/Dagmar Embshoff (Hrsg.)
Solidarische Ökonomie
im globalisierten Kapitalismus
In Kooperation mit der
»Bewegungsakademie«
und der »tageszeitung«

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.bewegungsakademie.de

www.taz.de

www.solidarische-oekonomie.de

Die Dokumentation des Kongresses »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« sowie Informationen zu aktuellen Entwicklungen und Terminen gibt es auf: www.solidarische-oekonomie.de
Dort kann man auch kostenlos den E-Mail-Rundbrief »solidar-info« abonnieren, der derzeit ca. monatlich an 1.300 Menschen versandt wird.

Das in diesem Buch verwendete Recyclingpapier (Cyclus print) entspricht den Bestimmungen des »Blauen Engels«.

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Björn Sebastian Ehlers (2006)

Druck und Buchbindearbeiten: Fuldaer Verlagsanstalt

ISBN 978-3-89965-227-7

■ Inhalt

Sven Giegold/Dagmar Embshoff Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus	11
---	----

Hanns-Fred Rathenow Solidarität als Geschwisterlichkeit	25
---	----

■ Praxis und Projekte Solidarischer Ökonomie weltweit

Peter Nickel Fairraten und verkauft? »Fairer« Kaffeehandel Von Solidarischer Ökonomie und Premiummarken	28
--	----

Philipp Gerber Solidarischer Kaffeehandel – Sauerstoff für die zapatistische Autonomie	30
--	----

Burghard Flieger Neue Genossenschaftstypen: Anzeichen einer Modernisierung des Genossenschaftswesens	34
--	----

Ulrich Steinmeyer Aus der Praxis selbstverwalteter Betriebe: 10 Jahre BIBER Ökologisch, kooperativ und sozial – wie geht das?	39
--	----

Muriel Herrmann Regiogeld als Instrument der Solidarischen Ökonomie	42
---	----

Monika Schillat Weil im Tauschring Zeit nicht Geld ist, wird keineR reich und niemand bleibt arm!	46
---	----

Ulrich Rösch Assoziatives Wirtschaften – ein Überblick	49
--	----

■ Solidarische Ökonomie in Bildung und Wissenschaft

Friederike Habermann/Carola Möller/Ulla Peters Solidarische Ökonomie kann Vieles sein Zum Beispiel waren- und herrschaftskritisches Wirtschaften – Arbeiten – Leben	54
---	----

Clarita Müller-Plantenberg Bildung und Weiterbildung für Solidarische Ökonomie an Hochschulen	57
---	----

■ Neoliberaler Umbau und Solidarische Ökonomie

Elisabeth Voß Solidarische Ökonomien als Alternativen zum Neoliberalismus	62
Heinz Weinhausen Die »Sozialistische Selbsthilfe Mülheim« Solidarische Ökonomie für Ausgrenzte	65
Uwe Hoering Alternativen zur Privatisierung von Wasser und Abwasser	68
Regine Hassenpflug Wassergenossenschaften: Das Beispiel Schönstadt-Schwarzenborn ...	71
Eva Stützel Stiftung trias – ein Beispiel für Solidarische Ökonomie zwischen Wohnprojekten	74
Matthias Möller Vagabundierende Häuser in Selbstorganisation	77
Elisabeth Voß Solidarische Alternativen in der Gesundheitsversorgung	80
Vera Morgenstern/Hannelore Buls Kritische Fragen zum bedingungslosen Grundeinkommen aus gewerkschafts- und frauenpolitischer Sicht	83
Robert Ulmer Bedingungsloses Grundeinkommen für alle – eine Basis für Solidarische Ökonomie?	86
Judith Dellheim/Irmtraud Schlosser Solidarische Ökonomie als Türöffner des Neoliberalismus?	89
 ■ Chancen und Grenzen anderen Wirtschaftens im Kapitalismus	
Clarita Müller-Plantenberg Regionale Zusammenschlüsse für Solidarische Ökonomie	94
Elmar Altvater Solidarische und nachhaltige Ökonomie im globalisierten Kapitalismus	96
Susanne Elsen Die Ökonomie des Gemeinwesens Eine sozialpolitische Entwicklungsaufgabe	101

Solidarische Ökonomie und Lebensstil aus individueller Perspektive

Malte Klar

Solidarität macht glücklich!

Psychologie und Solidarische Ökonomie 112

Ulrich Duchrow

Solidarisch Mensch werden

Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus –

Wege zu ihrer Überwindung 115

Wem gehört die Welt? Die Eigentumsfrage in einer Solidarischen Ökonomie

Jutta Sundermann/Gregor Kaiser

Pillen, Pollen und Patente

Freier Austausch von Wissen als zentrales Anliegen

Solidarischer Ökonomie? 120

Oliver Bierhoff

Aneignung und Enteignung

Die Aktualität der Eigentumsfrage bei der Suche nach einer

Solidarischen Ökonomie 124

Solidarische Ökonomie – eine weltweite Bewegung Internationale Erfahrungen und Zusammenarbeit

Karl Birkhölzer

Soziale Solidarische Ökonomie – eine weltweite Bewegung 128

Mike Lewis

Die Solidarische Ökonomie in Nordamerika 132

Norman Chipakupaku

People's Economy in Afrika 136

Sam Chelladurai

Die Soziale Solidarische Ökonomie –

Beispiel Indien 140

Giovanni Acquati

Die Soziale Solidarische Ökonomie –

Internationale Erfahrungen und Zusammenarbeit 146

Ewa Leś und Guilia Galera Die Soziale Ökonomie in Ostmitteleuropa: Konzepte und Perspektiven	149
Paul Singer Die Solidarische Ökonomie in Brasilien	152
Rosângela Alves de Oliveira/Kristina Bayer/Viviana Uriona Solidarische Ökonomie und Soziale Bewegungen – Anregungen aus Lateinamerika	155
Kerstin Sack ALBA – Solidarische Verträge zwischen Staaten	159
Kai Ehlers Impulse aus dem Osten? Lehren für solidarisches Wirtschaften aus der DDR und Russland?	162
Gisela Richter Erfahrungen des Venezolanischen Kooperativenprogramms	165
Dorothea Härlin Cecosesola – Die Geschichte einer seit 40 Jahren funktionierenden, staatsunabhängigen Kooperative	168
Solidarische Unternehmen wirtschaften anders »Werkzeugkasten« Solidarische Ökonomie	
Günther Lorenz Betriebswirtschaftliche Methoden und Instrumente für die Solidarische Ökonomie	174
Heike Birkhölzer Die Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie BEST in Pankow	175
Alois Wilhelm Wirtschaftlicher Erfolg, Solidarität und Demokratie – wie geht das im eigenen Betrieb zusammen?	178
Burghard Flieger Qualifizierung als »betriebswirtschaftliches Instrument« der Solidarischen Ökonomie	180
Günther Lorenz Soziale Kostenrechnung und Sozial-Audit	183

■ Politische Rahmenbedingungen Solidarischer Ökonomie

Petra Meyer Solidarische Ökonomie aus gewerkschaftlicher Perspektive	188
Marlis Cavallaro Allein ... machen sie dein Projekt ein Oder: »Vorwärts immer – rückwärts nimmer«	190
Hans-Gerd Nottenbohm Unterstützungsstrukturen der solidarischen Wirtschaft in verschiedenen Ländern – was wird wirklich gebraucht?	193
Bruno Roelants EU-Politik gegenüber Genossenschaften	196
Bruno Roelants Italiens Marcora-Gesetz Durchbruch für Genossenschaftsaufbau aus Krisenbetrieben	199
Erdmuthe Klaer Partnerschaften zwischen Städten/Regionen und der Solidarischen Ökonomie	202
Gerhard Schick Solidarische Ökonomie und Grüne Marktwirtschaft	205
Ulla Lötzer Genossenschaften als Teil Solidarischer Ökonomie	208
Burghard Flieger Sicherung der Daseinsfürsorge durch Genossenschaften	211
Paul Singer SENAES: Eine brasilianische Erfahrung der Politik Solidarischer Ökonomie	215

■ Anhang

Formen Solidarischer Ökonomie	226
Diskutierte Alternativen zur Förderung Solidarischer Ökonomie	228
»Eigene Strukturen schaffen«	231
■ Die Autorinnen und Autoren	232

Dagmar Embshoff/Sven Giegold

Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus

Der Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« vom 24.-26. November 2006 traf die Bedürfnisse der Zeit. Mit 1.400 TeilnehmerInnen war es der größte progressive politische Kongress des Jahres. Wie seit 25 Jahren nicht mehr hat der Kongress den Wirtschaftssektor der Solidarischen Ökonomie sichtbar gemacht. TeilnehmerInnen und ReferentInnen aus sehr verschiedenen Sektoren und Szenen der Solidarischen Ökonomie waren aktiv dabei. Erfreulich und auffällig war die zahlreiche Beteiligung junger Leute, etwa im Alter des Berufseinstiegs nach dem Studium. Damit ist deutlich geworden, dass die Suche nach wirtschaftlicher Selbstorganisation nicht abgebrochen ist. Sie ist offensichtlich nicht nur ein Phänomen der 1970er und 1980er Jahre. Der Erfolg des Kongresses speiste sich entscheidend aus dem Beitrag und den praktischen Erfahrungen der internationalen ReferentInnen aus Argentinien, Belgien, Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Kanada, Polen, Sambia, Spanien und Venezuela. Ohne den Bezug auf die guten Erfahrungen im Ausland wäre es zu diesem Aufbruch nicht gekommen. Das Interesse, an diesen Erfahrungen unter den neuen Bedingungen des globalisierten Kapitalismus teilzuhaben, hat die Breite und Zahl der TeilnehmerInnen erst möglich gemacht.

Wie von uns als MitinitiatorInnen des Kongresses beabsichtigt, ist es gelungen, den Begriff »Solidarische Ökonomie« in Deutschland einzuführen und zu besetzen. Auffällig ist die gestiegene Anzahl der Verwendungen des Begriffs im Deutschen, aber auch im Englischen, nachdem bisher vor allem die Nutzung in romanischen Sprachen üblich war. Es ist fraglos vor allem auf unseren Kongress zurückzuführen, dass der Begriff »Solidarische Ökonomie« mit seiner Verwendung im Englischen (»solidarity economy«) sehr rasch gleichziehen konnte.¹ Seitdem findet er sich in vielen Vorträgen und Publikationen, vor allem in der globalisierungskritischen Bewegung. Dieses Buch gibt einen Überblick über die interessantesten Beiträge auf dem Kongress. Es ist eine Fundgrube spannender Ideen und Alternativen. Die Breite der Beiträge spiegelt auch die Pluralität der Ansätze wider, die auf dem Kongress diskutiert wurden.

Seit der alten Genossenschaftsbewegung mit ihren Wurzeln im 19. Jahrhundert hat sich die Bewegung selbstorganisierter ökonomischer Alternativen

¹ So erhöhten sich die Funde bei Google.com bei Eingabe des Begriffs »Solidarische Ökonomie« zwischen August und November 2006 von unter 20.000 auf über 110.000 und zogen dem englischen Begriff »solidarity economy« gleich.

immer weiter ausdifferenziert. In Deutschland gibt es bislang weder einen vereinigenden Begriff, noch eine Interessenvertretung oder einen regelmäßigen Treffpunkt. Viele Sektoren Solidarischer Ökonomie grenzen sich vielmehr durch teilweise bizarre Streitigkeiten und Abgrenzungsdebatten voneinander ab. Eine große Errungenschaft des Kongresses war es, dass wir viele Gruppen zusammengebracht haben, die sonst kaum miteinander tagen: Anthroposophen und Anarchistinnen, Tauschgeldler und Regiogeldinitiativen, GesellianerInnen und GratisökonomlerInnen, öko-soziale MarktwirtschaftlerInnen und MarxistInnen, AnhängerInnen des fairen wie des alternativen Handels usw. Dabei war unsere leitende Idee, kritische Debatten zu organisieren, anstatt sich mit Ausschluss zu strafen. Einige dieser Debatten sind in diesem Buch nachgezeichnet.

Gleichzeitig operieren die verschiedenen Subszenen Solidarischer Ökonomie mit verschiedenen Kernbegriffen und teilweise subkulturell anmutenden Sprachen. Diese Unterschiede werden auch in diesem Buch erlesbar und wurden von uns bewusst erhalten, anstatt sie wegzuredigieren. So finden sich in den verschiedenen Texten die unterschiedlichen Kernbegriffe für die gemeinten ökonomischen Alternativen: Alternative Ökonomie, Community Economy, Dritter Sektor, Gemeinwesenökonomie, Lokale Ökonomie, Solidarische Ökonomie, Soziale Ökonomie, Soziale und Solidarische Ökonomie usw. Schon die Vielzahl der Begriffe deutet an, dass viel Ähnliches gemeint ist. Wenn man sich länger damit beschäftigt, so wird deutlich, dass auch viele AutorInnen, selbst wenn sie den gleichen Begriff verwenden, Verschiedenes meinen. Damit wird das begriffliche Chaos total. In der internationalen Debatte, v.a. im Umfeld des Weltsozialforums, setzt sich jedoch der Begriff »Solidarische Ökonomie« immer mehr durch. Der Begriff hat den besonderen Charme, dass er den Anspruch der Solidarität ausdrücklich benennt. Auch in diesem Band nutzen die meisten AutorInnen den Begriff »Solidarische Ökonomie«.

Was ist »Solidarische Ökonomie«?

Jenseits der Verwendung eines Begriffs gehört zu seiner Besetzung natürlich eine hinreichend präzise Definition. Solidarische Ökonomie (SÖ) bezeichnet Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen (Ripess 1997). Das Prinzip der Solidarität steht dabei im Gegensatz zur Orientierung an Konkurrenz, zynischer Eigenverantwortung und Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften. Solidarität in der Wirtschaft bedeutet, sich an den Bedürfnissen der KooperationspartnerInnen zu orientieren. Damit emanzipieren sich die AkteurInnen von der durch den Markt vorgegebenen Handlungslogik. Solidarität kann dabei sowohl auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit (z.B. gemeinschaftliche Selbsthilfe) als auch auf Umverteilung beruhen

(Coutrot 2005: 114). Der Begriff der Solidarität verweist ferner auf die Freiwilligkeit von Kooperation und gegenseitiger Hilfe. Damit beinhaltet die Idee der SÖ den Anspruch von Selbstorganisation und Demokratie.

Eine solche Ökonomie auf solidarischer Basis ist aus der Sicht des Neoliberalismus eine Fehlallokation von Ressourcen und widerspricht der angestrebten Maximierung von Innovation und Konkurrenz. Es handelt sich also um solidarische ökonomische »Alternativen, die es eigentlich gar nicht geben dürfte« (Altwater 2006). Der Begriff Solidarische Ökonomie kann dabei verschiedene Reichweiten haben.²

Zielvorstellung: Solidarische Ökonomie kann sich als humanere Ergänzung kapitalistischer Marktwirtschaften verstehen oder das Ziel der Überwindung des Kapitalismus verfolgen.

Raum: Solidarische Ökonomie kann sich in unterschiedlicher räumlicher Entfernung der solidarisch Handelnden abspielen. Sie existiert meist auf lokaler Ebene, kann aber auch über große räumliche Entfernungen praktiziert werden, z.B. beim Fairen Handel.

Größe: Solidarische Ökonomie kann verschieden große ökonomische Einheiten umfassen. Es gibt sowohl solidarische Einzelunternehmen und große Zusammenschlüsse von Genossenschaften wie auch Projekte eines ganz anderen Wirtschaftssystems (z.B. ALBA; siehe dazu den Beitrag von Kerstin Sack auf den Seiten 159ff.).

Universalität: Solidarische Ökonomie kann auf freiwilligen Vereinbarungen zwischen wenigen KooperationspartnerInnen beruhen oder in verbindlichen Regeln münden, die für alle Wirtschaftsakteure gelten (z.B. »Solidarische Weltwirtschaftsordnung«). Solidarische Ökonomie kann damit durchaus unter Beteiligung des Staates stattfinden.

Der Kongress brachte mindestens eine interessante Erweiterung des Begriffs: Allgemein akzeptiert wurde, dass auch die gemeinschaftliche Produktion freien Wissens, wie etwa bei Linux, Wikipedia, patentfreiem Saatgut usw. zur Solidarischen Ökonomie gehört

Die Definition des Begriffs »Solidarische Ökonomie« war direkt oder eher nebenbei auch Thema einer ganzen Reihe von Veranstaltungen des Kongresses. Hier gab es keinen Konsens über eine präzise Definition von »Solidarischer Ökonomie«. Es wurde jedoch sehr klar, dass unter »Solidarischer Ökonomie« nicht einfach jede Form von ökonomischer Selbstorganisation zu verstehen ist, sondern vielmehr bewusst solidarische Ziele mit ökonomischem Handeln

² Eine beispielhafte Zusammenstellung von Formen ökonomischer Selbstorganisation (mit Schwerpunkt auf Industrieländer) findet sich im Anhang auf den Seiten 226 und 227.

verfolgt werden müssen. Reine Formen der akuten Linderung von Not genügen also nicht, um von »Solidarischer Ökonomie« zu sprechen. Eine Abgrenzung zwischen Solidarischer Ökonomie und kapitalistischen oder staatlich organisiertem Wirtschaften ist allerdings nicht trennscharf vorzunehmen. Es gibt zahlreiche Beispiele von Übergängen: Demokratisch degenerierte Genossenschaften oder Familienunternehmen mit einer starken Mitbestimmungskultur, ökokapitalistische Unternehmen oder der selbstverwaltete Verkäufer von Flugreisen, konventionelle Unternehmen mit starker Förderung von Frauen gegenüber männerdominierten Kooperativen usw.

Damit bleibt auch nach dem Kongress die Frage kontrovers: Wer gehört zur Solidarischen Ökonomie und wer nicht? Sollen alle Akteure dazu gehören, die wirtschaftliche Aktivitäten mit sozialen Zielen betreiben³ und sollte man daher besser von »Sozialer und Solidarischer Ökonomie« sprechen? Oder sollten Ansätze paternalistischer ökonomischer Sozialarbeit, die wenig demokratisch sind und oft auch nicht über genossenschaftliche Autonomie und Unabhängigkeit verfügen, ausgeschlossen bleiben? Ebenso stellt sich die Frage, ob es genügt, wenn die Solidarität oder das Soziale einer Unternehmung nach innen gerichtet ist. Sollte es nicht vielmehr um Unternehmungen gehen, die auch nach außen solidarisch sind? Müsste es daher nicht eher um die Förderung einer Ökonomie gehen, die eindeutig den Prinzipien des Internationalen Genossenschaftsbundes⁴ entspricht, wenn sie sich auch nicht immer in der genossenschaftlichen Rechtsform abspielen muss?

Ausgrenzungen können das Entstehen einer neuen Welle von Solidarischer Ökonomie schwächen. Beliebigkeit kann ihr die Wirksamkeit nehmen. Gleichzeitig schließen sich zwei mögliche Prozesse nicht gegenseitig aus: Zum einen kann es einen starken Impuls zur Gründung neuer Projekte auf der Basis genossenschaftlicher Prinzipien geben, der von eigenen Zusammenschlüssen gefördert wird (wie in Großbritannien oder in Frankreich)⁵ – also eine Erneuerung der genossenschaftlichen Bewegung unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen und der heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Zum anderen kann auch in Deutschland und Europa ein übergreifender Zusammenschluss aller Akteure in der Sozialen und Solidarischen Ökonomie entstehen, wie etwa mit der Social Enterprise Coalition in Großbritannien oder RIPESS auf internationaler Ebene. Eine der zentralen Fragen für die Weiterarbeit wird also sein, sich über die Definition des Begriffes und damit über das »Gemeinsame« und

³ www.ripess.net

⁴ International Co-operative Alliance, www.ica.coop

⁵ Großbritannien: www.cooperative-uk.coop, Frankreich: www.scop.coop

»Einigende« eines neuen Bewegungsschubs ökonomischer Selbstorganisation zu verständigen.

Solidarische Ökonomie ist Teil der Alternativen zur neoliberalen Globalisierung

In vielen Ländern ist der Wirtschaftssektor der Solidarischen Ökonomie mit seinen Betrieben und Projekten längst selbstverständlicher Teil der altermondialistischen Bewegung – in Brasilien, in Frankreich, auf den Weltsozialforen. In Deutschland war das bislang nicht der Fall. Dabei gibt es eine Reihe von guten Gründen dies unter den Bedingungen eines globalisierten Kapitalismus zu ändern: Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Verarmung und prekäre Beschäftigung einerseits und massive Überforderung, Leistungsdruck, Zeitarmut und Stress auf der anderen Seite prägen das Erwerbsarbeitsleben immer größerer Teile der Bevölkerung. Das gilt auch für viele der Aktiven in sozialen Bewegungen. Prekarität und Armut sind längst in unseren Bewegungen angekommen. Unternehmungen Solidarischer Ökonomie sind eine Alternative, die eigenen politischen Ziele und das eigene Leben und Arbeiten besser in Einklang zu bringen. Sie sind auch eine Möglichkeit, Erwerbsarbeit zu schaffen, besonders dort, von wo das global anlagesuchende Kapital sich zurückzieht.

In vielen Kommunen wird die kommunale Daseinsvorsorge privatisiert. Die Ablehnung dieser Privatisierungen ist in den sozialen Bewegungen einhellig und wird von der großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt, wie die Volksabstimmung gegen den Freiburger Wohnungsverkauf und die fehlgeschlagene Privatisierung der Leipziger Stadtwerke eindrücklich gezeigt haben. Gleichzeitig können genossenschaftliche Übernahmen sogar ein Mehr an demokratischer Kontrolle für die NutzerInnen bringen. Der gleiche Zugang aller BürgerInnen zu den entsprechenden sozialen Dienstleistungen kann erhalten bleiben. Genossenschaftliche Übernahmen von kommunaler Daseinsvorsorge können helfen, finanziell gebeutelte Kommunen zu entlasten. Ob sie an vielen Stellen eine realistische Alternative zu öffentlichem Eigentum sind, darf jedoch bezweifelt werden.

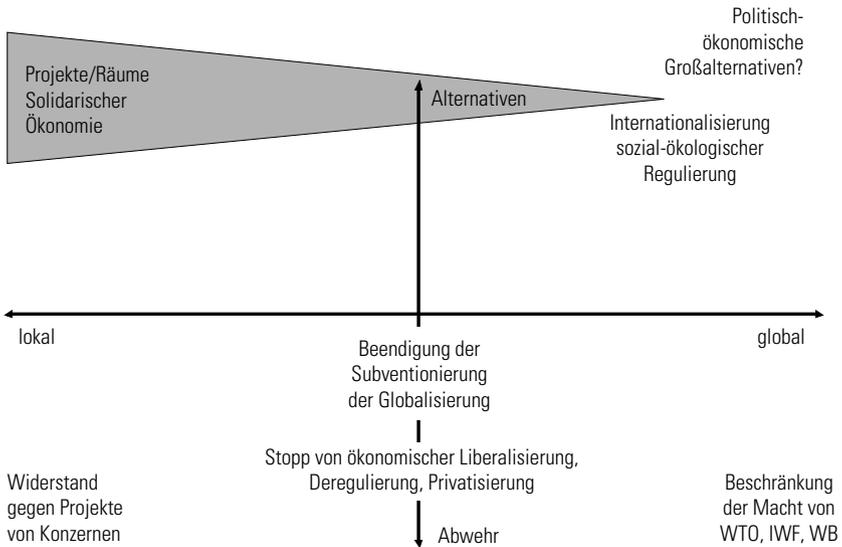
Ein weiterer Bereich ist der Lebensmittelsektor: Immer wieder berichten Medien über skandalöse Grenzwertüberschreitungen bei Pestiziden in Gemüse, über Gammelfleisch und Nahrungsmittlrückrufe wegen Tierseuchen wie Rinderwahn oder Vogelgrippe. Hinzu kommt die steigende Anzahl von Allergien und Nahrungsmittelunverträglichkeiten, sowie die wachsende öffentliche Aufmerksamkeit beim Thema Klimaschutz. Viele VerbraucherInnen sind verunsichert und suchen Alternativen in ökologisch und lokal produzierten Lebensmitteln, die direkt vermarktet werden. Neben gesundheitlichen Gründen und dem Ziel der Transportwege-Vermeidung geht es vielen Menschen bei der

Gründung von Erzeuger-Verbraucher-Kooperativen u.ä. um den Kontakt und das Vertrauen zu den Produzierenden anstelle eines anonymen globalen Marktes. Die Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung infolge des Generationenwandels hat in Japan neue Pflegesysteme auf Tauschbasis entstehen lassen, während hierzulande gemeinschaftliche Wohnformen zwischen Alt und Jung allerorts aus dem Boden sprießen. Ältere Menschen aber auch Erwerbsarbeitslose und die wachsende Zahl von (jungen) Erben bilden ein Potenzial für Eigenarbeit, Tauscharbeit oder die solidarische Unterstützung von Wohn- und Arbeitsprojekten, insbesondere in der Gründungsphase.

An vielen Orten kommt es im Zuge des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zur Stilllegung von Betrieben oder massivem Beschäftigungsabbau, selbst von durchaus wirtschaftlichen Betrieben und Betriebsteilen. Belegschaftsübernahmen könnten eine Alternative für manche Belegschaften sein. Genossenschaftliches Kapital ist sozial gebundenes Kapital, das den menschlichen Bedürfnissen nach Sicherheit eher entspricht als Unternehmen in der Hand von FinanzinvestorInnen, die nur ihrem Gewinninteresse verantwortlich sind. In Deutschland fehlt jedoch bisher – anders als etwa in Italien – eine aktive Unterstützung von Belegschaftsübernahmen durch Politik, Gewerkschaften und bestehenden Genossenschaften.

Schließlich gibt es aus Sicht von politisch Aktiven einen besonderen Grund, sich mit Projekten Solidarischer Ökonomie zu befassen. Seit acht Jahren versucht Attac mit vielen anderen Akteuren zumindest erste Schritte zur demokratischen Kontrolle des Finanzmarktkapitalismus durchzusetzen. Eine Menge an Aufklärungsarbeit wurde geleistet und verschiedene Liberalisierungsprojekte konnten gestoppt oder gebremst werden. Auf die Schließung der Steueroasen, die Streichung der Schulden der Entwicklungsländer, die Tobinsteuer usw. warten wir jedoch immer noch. Bewegungen brauchen positive Erfolge. Projekte Solidarischer Ökonomie können solche Erfolge bringen – anfassbar, vor Ort. Hier können Ansätze einer anderen Ökonomie entstehen, die Ermutigung schaffen, statt an der auf internationaler und nationalen Ebene so schwer zu ändernden Politik zu verzweifeln. Gleichzeitig weisen einige der Ideen und Alternativen Solidarischer Ökonomie weit über die lokale Ebene hinaus und lassen Ansätze einer anderen Weltökonomie aufscheinen. Auch hier beginnen Projekte alternativen Handels, die Bank des Südens oder ALBA schon heute mit dem Morgen.

Abbildung 1: Globalisierungskritische Forderungen



Der Aufbruch beginnt international

Auch in Deutschland gibt es eine große Zahl von Projekten Solidarischer Ökonomie. Sie sind sowohl im Zuge der alten Genossenschaftsbewegung als auch aus den neuen sozialen Bewegungen entstanden. Viele dieser Projekte sind hochspannend, sowohl in ihren praktischen Erfahrungen als auch in ihren Theorien. Eine sichtbar neue Dynamik wie in vielen anderen Ländern, etwa in Brasilien, Venezuela, Frankreich, Italien und Bolivien, gibt es bei uns jedoch nicht. Das liegt nicht an einer grundlegend anderen ökonomischen Situation, sondern an den schlechten Rahmenbedingungen für Solidarische Ökonomie in Deutschland. Soziale Bewegungen und ihre Bewegungsorganisationen wie Attac unterstützen die Idee Solidarischer Ökonomie bislang kaum merklich. Das gleiche gilt für die Gewerkschaften.

Auch die bestehenden Projekte Solidarischer Ökonomie haben es nicht zuwege gebracht, eine starke Dachorganisation zu bilden, die solidarische Alternativen bekannt macht, bei Gründungen hilft und für die gemeinsamen Interessen streitet. Vielmehr ist der Bereich der Solidarischen Ökonomie in zahlreiche Unter-Sektoren zersplittert, die sich teilweise sogar bekämpfen. Der traditionelle Genossenschaftssektor ist von neuen Genossenschaften oder bewegungsförmigen Ansätzen weit entfernt. Eine erfreuliche und überraschende Ausnahme ist der unter altmodisch anmutendem Namen firmierende Zentralverband

deutscher Konsumgenossenschaft (ZdK). Wer ein neues Projekt gründen will, ist dort gut beraten. Schließlich sind die politischen Rahmenbedingungen für Solidarische Unternehmungen in Deutschland mies. Die genossenschaftliche Rechtsform ist diskriminiert und eine aktive Politik zur Förderung Solidarischer Ökonomie gibt es nicht.

All das sieht in vielen Ländern ganz anders aus. Besonders Brasilien fördert den Aufbau der Solidarischen Ökonomie. Die Bundesregierung, die Bundesstaaten und zahlreiche Kommunen unterstützen dort die Bewegung der Solidarischen Ökonomie. In Spanien, Italien und Portugal hat diese Förderung gar Verfassungsrang. Starke Vereinigungen von Projekten Solidarischer Ökonomie bringen die Bewegung voran. Diese Politiken zur Förderung Solidarischer Ökonomie haben wir auf dem Kongress sichtbar gemacht (siehe dazu »Diskutierte Alternativen zur Förderung Solidarischer Ökonomie« im Anhang, S. 228ff.). In der Linkspartei wurde dazu inzwischen weiter gearbeitet. Auch bei den Grünen tauchen die Diskurse zur Förderung ökonomischer Selbstorganisation seit dem Kongress wieder auf. Mit Spannung wird abzuwarten sein, ob sich die Ideen auch in den nächsten Bundestagswahlprogrammen bzw. im neuen Parteiprogramm der Linkspartei wiederfinden werden.

Grenzen Solidarischer Ökonomie

Doch die schlechten gesetzlichen und sonstigen Rahmenbedingungen für Solidarische Ökonomie in Deutschland wie in anderen Ländern genügen nicht zu erklären, warum ihre Größe begrenzt ist. Seit nun über 200 Jahren gibt es Projekte und Unternehmungen Solidarischer Ökonomie in der Moderne. Wenn sie so großartig sind, warum dominieren sie nicht längst die Ökonomie? Solidarische Ökonomie ist eben bei allen großen Erfolgen auch eine Erfahrung des Scheiterns. Von den Produktivgenossenschaften der ersten Generationen ist nicht mehr viel übrig. Viele Kollektive der 1970er und 1980er Jahre in Westeuropa sind an Konflikten und überhöhten Ansprüchen gescheitert. Die starke Konkurrenz des konventionellen Sektors hat etliche Unternehmungen wirtschaftlich niedergedrückt oder noch mehr von ihnen dem kommerziellen Sektor gleich oder ähnlich gemacht. Schon Ende des 19. Jahrhunderts stellten BeobachterInnen des Genossenschaftswesens ähnliche Tendenzen fest. Die geringere Wettbewerbsfähigkeit von Kooperativen im Vergleich zu kapitalistischen Unternehmen wird in der Regel durch die unterschiedlichen Anreize erklärt, die aus verschiedenen Formen des Eigentums folgen. Unter den Beschäftigten geteiltes, genossenschaftliches Eigentum führt zu einem anderen betriebswirtschaftlichen Verhalten als kapitalistisches Eigentum. Kooperativen haben einen geringeren Anreiz, Kosten von Innovationen zu tragen, die Voraussetzung für Wachstum sind. Denn die Vorteile des Wachstums müssen mit allen KooperativistInnen

geteilt werden. Beim kapitalistischen Unternehmen werden die Innovationserträge dagegen bei den EigentümerInnen konzentriert. Sie haben damit einen hohen Anreiz, für Innovation zu sorgen. Im Ergebnis können sie letztlich schneller wachsen und damit billiger produzieren. In vielen Sektoren konkurrieren kapitalistische Unternehmen daher Kooperativen aus. Diese Analyse gilt jedoch nicht in Sektoren, die von einer geringen Innovationsgeschwindigkeit geprägt sind oder wo es vor allem um die Verwaltung leistungsloser Einkommen geht. Deshalb konnten sich etwa Genossenschaften im Bereich von Wohnungen und Banken sehr gut gegen kapitalistische Konkurrenten behaupten. Im weltweit größten Komplex von Kooperativen, im spanisch-baskischen Mondragon, wurden spezielle Institutionen geschaffen, die das Innovationsproblem von Kooperativen lösen. So konnten sich in der Region um die Stadt Mondragon Kooperativen im Verbund auch in hochinnovativen Industriesektoren wie Haushaltsgeräte und Automobilzulieferung behaupten. Natürlich können auch einzelne Unternehmen Lösungen für das Innovationsproblem von Kooperativen finden, seien es die Wahl einer sicheren Marktnische, dynamische unternehmerisch denkende Personen im solidarischen Projekt, die Bindung der KundInnen an die solidarischen Ziele der Unternehmung oder effektive, demokratische und lernförderliche betriebliche Organisationsstrukturen.

Selbstverständlich bedeutet eine solch nüchterne Analyse der Wettbewerbsprobleme von Kooperativen nicht, dass Unternehmungen Solidarischer Ökonomie deshalb abzulehnen wären. Zum einen hat anders und kooperativ zu wirtschaften, andere Vorteile, die die Innovationsnachteile mehr als ausgleichen können. Zum anderen ist eine hohe Innovationsgeschwindigkeit kein Wert an sich. In Konkurrenz mit kapitalistischen Unternehmen wird sie jedoch zum Problem, das man nicht einfach ignorieren kann. Gleichzeitig gibt es zahlreiche Projekte, die im Strudel der kapitalistischen Ökonomie den Kopf oben behalten haben. Es stellt sich also die Frage, wie wir einen Solidarischen Sektor aufbauen können, der seine Ziele nicht verrät, aber doch im sich globalisierenden Kapitalismus lebensfähig ist. Eine Frage, die sich in vielen Beiträgen im Buch findet, behandelt daher auch: In welchen Sektoren und unter welchen Rahmenbedingungen ist das Wachsen Solidarischer Ökonomie möglich?

Darüber hinaus berichten die PraktikerInnen Solidarischer Ökonomie, dass die Probleme oftmals im Zwischenmenschlichen zu finden sind. Viele Kooperativen scheitern nicht an der kapitalistischen Konkurrenz, sondern an sich selbst. Zusammenarbeit mit weniger Hierarchien will gelernt sein; ebenso der Umgang mit »dominanten Mackern« wie auch mit Leuten, die keine Verantwortung tragen wollen. Die Zusammenarbeit in der Selbstorganisation ist die häufigste Quelle für Unzufriedenheit in den Unternehmungen und Projekten Solidarischer Ökonomie. Auch das ist ein Problem, das man nicht einfach ignorieren kann.

Nicht nur aus ökonomischer, sondern auch aus politischer Sicht gibt es wichtige Anfragen an das Konzept Solidarischer Ökonomie. Vor allem kann die Idee ökonomischer Selbsthilfe dazu beitragen, die Forderung an den Staat zur Garantierung universeller sozialer und ökologischer Rechte zu schwächen. Die Rede von »Selbsthilfe und Eigenverantwortung« einerseits und »freiwilliger Solidarität« andererseits gehören seit jeher zu den neoliberalen Rezepten. Gesellschaftliche Probleme wie die Bekämpfung der Umweltzerstörung oder die Finanzierung öffentlicher Güter sind nicht durch freiwillige, solidarische Vereinbarungen zu lösen, sondern brauchen verbindliche Regeln, die für alle gelten. Auch die Überwindung von Armut und Ungleichheit braucht mehr, als eine aktive Zivilgesellschaft und Solidarische Ökonomie leisten können. Es braucht Umverteilung per Gesetz über progressive Steuern, die die Marktergebnisse zumindest nachträglich korrigieren. Zudem können oder wollen viele Menschen sich nicht gemeinschaftlich selbst helfen. Auch sie haben Rechte, Menschenrechte. Aus all diesen Gründen gilt es wachsam zu sein, dass Solidarische Ökonomie nicht von neoliberalen IdeologInnen missbraucht wird, um den Rückzug des Staates aus der Garantie von Rechten für alle zu legitimieren. Solidarische Ökonomie kann nur dann zur Garantie sozial-ökologischer Rechte für alle beitragen, wenn sie in verbindlichen universellen Regulierungen und Rechten mündet. Solidarische Unterstützung in Teilgruppen kann soziale Rechte für alle nicht ersetzen. Fair Trade-Projekte sind eben keine Alternative für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung. Ebenso wenig ersetzt Solidarische Ökonomie eine verbindliche und umfassende Regulierung der globalen Ökonomie, etwa der Finanzmärkte. Akteure in der Solidarischen Ökonomie sollten sich als Teil des Kampfes um Emanzipation für alle verstehen.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Solidarische Ökonomie zur Schaffung »behaglicher Nester« und »ruhiger Inseln« führt, die dann Entpolitisierung zum Ergebnis haben. Wer im Tauschring Gutscheine zählt, kämpft vielleicht nicht mehr für einen Bruch mit der neoliberalen Politik und für eine andere Weltwirtschaftsordnung. Wer im genossenschaftlichen Betrieb sich selbst verwaltet, hat vielleicht keine Zeit mehr, gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung durch die Kommunalverwaltung zu kämpfen. So könnten Projekte Solidarischer Ökonomie politische Kämpfe um soziale und ökologische Rechte nicht nur ideologisch schwächen, sondern auch einen Teil der personellen Basis an Aktiven entziehen. Andererseits braucht vielleicht jede progressive Bewegung auch eine ökonomische Infrastruktur. Braucht nicht gerade die altermondialistische Bewegung, die beweisen will, dass Ökonomie ganz anders auch jenseits des Neoliberalismus geht, einen Wirtschaftssektor, der beweist, dass dies tatsächlich möglich ist? Ein Wirtschaftssektor, der zeigt, dass die andere Welt nicht nur möglich, sondern auch heute schon lebbar ist. Eine Ökonomie, die beweist, dass

der totale Wettbewerb, ständiger Leistungsdruck und permanente Unsicherheit die falschen ökonomischen Leitbilder sind.

Chancen Solidarischer Ökonomie

Auch ohne nach allen Erfahrungen einen naiven Optimismus versprühen zu wollen, so hat doch Solidarische Ökonomie starke Vorzüge und Erfolge vorzuweisen. Ökonomisch stellen Unternehmungen Solidarischer Ökonomie Güter, Dienstleistungen und Arbeitsplätze bereit. Sie tun dies häufig in Sektoren, in denen der Markt nicht oder nicht effizient funktioniert. Wohnungsgenossenschaften erlauben heute günstiges Wohnen in Innenstadtlagen, weil sie knappen innerstädtischen Boden verwalten, ohne den Kaufpreis marktüblich verzinsen zu müssen. Die so genannte Bodenrente kommt damit nicht KapitalbesitzerInnen zugute, sondern verbleibt bei den MieterInnen. Da Boden natürlich knapp und nicht durch menschliche Produktion vermehrbar ist, ist er eigentlich kein voll marktfähiges Gut. Gemeinsam mit vielen anderen öffentlichen und privaten Initiativen leistet Solidarische Ökonomie so einen Beitrag zur Daseinsvorsorge und Bereitstellung öffentlicher Güter.

Viele Genossenschaften und Projekte Solidarischer Ökonomie arbeiten in Regionen, die nicht zu den bevorzugten Gegenden global mobiler InvestorInnen zählen. Solidarisches und genossenschaftliches Kapital ist oft geduldiges, standorttreues Kapital. Die genossenschaftlichen Volksbanken etwa partizipieren am Bankenprivileg der Geldschöpfung. Sie machen dieses Privileg vor allem für Klein- und Mittelbetriebe nutzbar. Ferner gewährleisten sie gerade auf dem Lande eine flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen. Community businesses und andere Gemeinwesenbetriebe sind ebenfalls in wirtschaftlich schwachen Regionen besonders verbreitet und ein Instrument, um gegen ökonomische Verödung anzugehen. Solidarische Ökonomie bietet ein Stück regionalen Ausgleich, Stabilität und Sicherheit in einer wieder unsicherer gewordenen Wirtschafts- und Arbeitswelt.

Gerade in Deutschland waren Projekte Solidarischer Ökonomie auch eine Quelle von Innovation. Nicht aus der Suche nach immer höherem Profit, sondern aus der Orientierung an Werten wie Ökologie und Demokratie hatten neue Ideen eine Chance. Während Energiekonzerne und Stadtwerke Erneuerbare Energien für Spinnerei hielten, schraubten Kollektive wie Solvis aus Braunschweig und Wagner & Co aus Cölbe, letzterer übrigens Mitveranstalter des Kongresses, bereits an den Kollektoren. Ähnliches gilt für die Vermarktung und Produktion vieler Biolebensmittel, bei denen in der Pionierphase Öko-Kollektive eine große Rolle gespielt haben. In diesen Projekten entwickelten sich zudem viele Techniken demokratischer Zusammenarbeit in Unternehmen. Die technischen und sozialen Innovationen, die sich ökonomisch rechnen,

wurden dann von Unternehmen des kapitalistischen Sektors übernommen und verbreitet. Das ändert aber nichts daran, dass Wagner & Co wie auch Solvis als selbstverwaltete Unternehmen wettbewerbsfähig geblieben sind. Was sie nicht vermochten oder wollten, war jedoch das enorme Wachstum in der Branche mitzumachen. Andere Hersteller überrundeten sie quantitativ rasch. Ökologische und demokratische InnovatorInnen sind beide geblieben. Die hohe Motivation und Identifikation der MitarbeiterInnen mit dem Unternehmen gerade durch demokratische Selbstverwaltung ist auch wirtschaftlich eine große Chance für Solidarische Betriebe.

Auch politisch haben die Projekte Solidarischer Ökonomie eine positive Bilanz. Wir leben in einer Zeit, in der die Verletzung von Menschenrechten, Umweltzerstörung und Ungleichheit nicht einfach von Herrschenden aufgedrückt wird. Vielmehr tragen die meisten Menschen Unrechtsverhältnisse mehr oder weniger freiwillig mit und halten sie aufrecht. KonsumentInnen kaufen Produkte aus Unrechtsverhältnissen oder versauen mit ihrem Konsum Klima und Natur. Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern findet sich nicht nur im Arbeitsleben und in der Politik, sondern vielfach im Alltagsleben. Der Abbau des Sozialstaates ist nicht nur ein Produkt neoliberaler Eliten, sondern auch Produkt von Entsolidarisierung zwischen vielen Bevölkerungsgruppen. Die Liste ließe sich fortsetzen. All die Beispiele zeigen, dass Politik nicht nur Ergebnis von Kämpfen von Interessengruppen in der politischen Öffentlichkeit ist, sondern vielfach Produkt von scheinbar privaten Entscheidungen, Ideen und Präferenzen in der Zivilgesellschaft.

Aus einer solchen Sicht bekommen Unternehmungen Solidarischer Ökonomie eine eigene Bedeutung im Kampf gegen die Politik des Neoliberalismus. Sie sind Orte der Demokratie und gelebter Solidarität. Sie helfen damit solidarische Haltungen und Ideen zu verbreiten. BürgerInnen erfahren als KundInnen, MitarbeiterInnen oder auch nur als AnwohnerInnen, dass Solidarität funktioniert. Damit erweitern sie auch den Spielraum für politische Regulierungen in sozial-ökologischer Absicht. Ohne die WindbastlerInnen der ersten Stunde hätte es wohl kaum ein Erneuerbare-Energien-Gesetz gegeben, das heute weltweit in 50 Staaten den Öko-Energien zum Durchbruch verhilft. Ideen durch Gesetze für alle gültig zu machen, ist ungleich überzeugender, wenn man schon in Projekten Solidarischer Ökonomie bewiesen hat, dass es funktioniert. Allerdings gilt auch umgekehrt, dass Solidarische Ökonomie öffentliches Handeln nur selten ersetzen kann. Sozial-ökologische Regulierungen und Rechte müssen für alle Unternehmen und Menschen gelten. Das gelingt letztlich nur durch verbindliche Regeln, die für alle AkteurInnen im Markt gelten, bzw. durch öffentliche Angebote, die für alle zugänglich sind. Solidarische Ökonomie ersetzt also nicht solidarische Politik, sie hilft aber bei der Durchsetzung.

Unsere persönliche Erfahrung zeigt, dass über Ökonomie und Politik hinaus Unternehmungen Solidarischer Ökonomie ein großes kulturelles und persönliches Projekt sind. Sich mit anderen demokratisch zusammenschließen, um etwas zu unternehmen, ist ein Gegengift zur »Kultur des neuen Kapitalismus« (Sennett) mit ständiger Flexibilität, Mobilität und Unsicherheit. Freiwillige Zusammenschlüsse entsprechen dagegen dem menschlichen Bedürfnis nach sozialer Verbundenheit. Demokratische Mitbestimmung im Arbeitsleben entspricht dem Bedürfnis nach Autonomie und kann helfen, Angst vor Entlassung und Erwerbslosigkeit zu mindern. Schließlich zeigen die Ergebnisse des Psychologen Malte Klar und anderer GlücksforscherInnen: Sich gemeinsam mit anderen zu engagieren, einen positiven Beitrag in der Gesellschaft zu leisten und sich ungerechten Verhältnissen zu widersetzen, leistet einen Beitrag zum persönlichen Glück.

Aktuelle Herausforderungen

Die Herausforderung demokratischer Selbstorganisation besteht freilich darin, dass die Potenziale von Gemeinschaft und Zusammenarbeit nicht durch die typischen Nachteile wieder zerstört werden, wie z.B. undemokratisches Verhalten, anstrengende Treffen, Gruppendruck und -konservatismus. Solidarität will gelernt sein.

Gute Zusammenarbeit und Umgang mit Konflikten in den Projekten Solidarischer Ökonomie sind eine ständige Herausforderung und ein Feld für soziales Lernen: Soziales Lernen für eine Kultur der Solidarität und Partizipation. Dies sollte im Grunde schon an Schulen und in Ausbildung und Studium beginnen, anstelle des starken Konkurrenzprinzips und geförderten Einzelkämpfertums in diesen Institutionen.

Nach dem Erfolg des Kongresses galt und gilt es die Idee Solidarischer Ökonomie weiterzutragen. Mitglieder der Vorbereitungsgruppe organisierten nach dem Kongress zahlreiche Vorträge, Seminare und Angebote an Hochschulen. Die Verdener Bewegungsakademie erstellte eine Ausstellung zu Solidarischer Ökonomie, die derzeit durch die Republik tourt und brachte das Thema auf viele bundesweite und auch lokale Veranstaltungen. In Kassel und Berlin bildeten sich regionale Netzwerke von AkteurInnen Solidarischer Ökonomie. In der Region Nordhessen wird eine umfassende Kartierung Solidarischer Ökonomie durchgeführt.

Viele der Referate, Thesenpapiere und Präsentationen, die auf dem Kongress vorgestellt wurden, sind auf der Webseite www.solidarische-oekonomie.de dokumentiert. Was die Bildung von umfassenden Vernetzungen und Zusammenschlüssen Solidarischer Ökonomie angeht, so ist nach dem Kongress noch nichts vorwärts gegangen. Erfreulich ist, dass sich auf dem Kongress unter den

europäischen ReferentInnen Fortschritte in der europäischen Vereinigung des Sektors fortsetzen.⁶ 2009 soll in Luxemburg ein weiterer globaler Kongress Solidarischer Ökonomie stattfinden. Offen ist allerdings nach wie vor, wer der deutsche Partner eines solchen globalen und europäischen Prozesses sein könnte. Ebenfalls erfreulich ist, dass sich auf dem Kongress Lehrende verschiedener Hochschulen zusammengetan haben, um verstärkt Bildungsangebote im Bereich Solidarischer Ökonomie anzubieten.

Die Entwicklung neuer Armut und Prekarisierung auf der einen Seite und das Entstehen stärkerer sozialer Bewegungen auf der anderen Seite schaffen die Voraussetzungen für ein neues Interesse an Solidarischer Ökonomie. Der Erfolg des Kongresses hat dies sichtbar gemacht. Um diesen Prozess voranzubringen, kommt es nun auf Akteure an, die in der Lage sind, diesen Impuls zu verstärken. Massive Öffentlichkeitsarbeit, Unterstützung bei der Gründung und bei Schwierigkeiten im Betrieb, Interessenvertretung für günstige gesetzliche Rahmenbedingungen, gegenseitige Hilfe zwischen Projekten und Unternehmungen Solidarischer Ökonomie sind nur einige der wichtigsten Tagesaufgaben. Wer diese Akteure in Deutschland sein könnten und wer genau zum vertretenen Sektor der Solidarischen Ökonomie gehören soll, ist nach wie vor offen. Der Kongress hat deutlich gemacht, welche Chancen ein solcher Vereinigungsprozess bietet.

Literatur

Elmar Altvater/Nicola Sekler (2006): *Solidarische Ökonomie – Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac*, Hamburg.

Thomas Courtrot (2005): *Démocratie contre capitalisme*, Paris.

Contraste – Zeitung für Selbstorganisation, Heidelberg.

Ripess – Internationales Netzwerk zur Förderung der sozialen und solidarischen Ökonomie (1997): Erklärung von Lima. www.ripess.net

⁶ Vgl. www.ripess.net.

Hanns-Fred Rathenow

Solidarität als Geschwisterlichkeit

Im Folgenden einige Gedanken zu den Wurzeln der Fragestellung, die den Kongress zu Solidarischer Ökonomie betitelt: »Wie wollen wir wirtschaften?«

Ganz zentral ist der Aspekt der Solidarität. Natürlich rückt sofort ins Blickfeld, was die Französische Revolution mit diesem Thema zu tun hat. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, Liberté, Égalité, Fraternité, so hießen die Schlagwörter 1789. Die einzelnen Sphären menschlichen Zusammenlebens waren analytisch sorgfältig getrennt: Freiheit im geistig-kulturellen Leben, Gleichheit im Bereich des Rechtslebens und Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben. Dem Einfluss unserer Frauenbewegung haben wir zu verdanken, dass wir richtigerweise heute mehr von Geschwisterlichkeit als von Brüderlichkeit sprechen, weil hier selbstverständlich Frauen und Männer gemeint sind.

Für den Kongress wurde mit dem Thema »Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« ein Bild gewählt, das sich auf die dritte Forderung der Französischen Revolution bezieht, die Forderung nach Brüderlichkeit – Geschwisterlichkeit im Wirtschaftsleben: Wie verhalten sich Geschwister im Guten wie im Schlechten? Ein solcher bildhafter Vergleich zwischen der Privatsphäre mit dem Wirtschaftsleben hat sicherlich seine großen Tücken. Dennoch hier einige Gedanken dazu:

Zwischen »Geschwister haben« und »Geschwister werden« liegen oft Welten. Wir alle kennen Konkurrenzverhalten zwischen Geschwistern, Eifersucht zwischen den Kindern. Wir sehen einerseits, wie das Kind, wenn es denn das ältere, das überlegene ist, freudig abgeben kann, aber andererseits durchaus auch beharrlich auf dem bestehen kann, was es sich erkämpft hat.

Wir sehen auf der anderen Seite auch, wenn Geschwister älter und reifer werden, was es bedeutet, nicht nur Bruder und Schwester zu sein, sondern Bruder und Schwester zu werden: Kontakte auf Augenhöhe zu entwickeln, abzugeben, zu teilen, zu verschenken. Dass solche Fähigkeiten sich entwickeln, dazu bedarf es oft des bewussten Einwirkens von außen. Eltern und Freunde spielen dabei eine Rolle. Aber sicher gibt es auch bereits im Kleinkindalter ein geschwisterliches Verhalten, das nicht nur gierig ergreift, sondern auch danach fragt, was der Schwester dem Bruder gut tut, was die/der Andere braucht – bis dahin, dass das geliebte Spielzeug einfach verschenkt wird, ohne dass Kompensation oder eine Gegenleistung erwartet würde.

Das Anliegen unseres Kongresses mochte durchaus auch bestimmt sein von dieser geschwisterlichen Geste, danach zu fragen, was der oder die andere

braucht, und nicht in erster Linie mich selbst als Wirtschaftssubjekt im Mittelpunkt zu sehen und danach zu fragen, was ich brauche. Davon waren die Menschen in der Französischen Revolution beseelt, als sie die Forderung nach Brüderlichkeit/Geschwisterlichkeit im Wirtschaftsleben erhoben.

Wenn wir uns heute ansehen, inwiefern diese Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit realisiert sind, dann fällt auf, dass wir vor allem (zügellose) Freiheit (in vielen Teilen der Welt) realisiert sehen, aber nicht so sehr im Geistig-Kulturellen, sondern eher im Bereich des Wirtschaftslebens. Eine Freiheit, die allzu oft zu schreiender Ungerechtigkeit führt. Und keineswegs mit Kooperation, mit Hilfe zur Selbsthilfe und womöglich mit der Bildung von Assoziationen, mit Netzwerken und Genossenschaften zu tun hat.

Auf unserem Kongress ging es um andere Bilder und vor allem Visionen davon, wie sich Solidarische Ökonomie realisieren ließe. Sie zeigen: »Eine andere Welt ist möglich«.

Praxis und Projekte
Solidarischer Ökonomie weltweit

Peter Nickel

Fairraten und verkauft? »Fairer« Kaffeehandel

Von Solidarischer Ökonomie und Premiummarken

Guter Kaffee schmeckt nicht nur gut, sondern eignet sich für die Auseinandersetzung mit der Entwicklung und den Problemen des »fairen« Handels aus verschiedenen Gründen ganz hervorragend. Kaffee gehörte zu den ersten Produkten, die durch Initiativen der Solidaritätsbewegung gehandelt wurden. Mit einem Marktanteil von einem Prozent am deutschen Kaffeemarkt ist es das umsatzstärkste Produkt des »fairen« Handels. Außerdem ist Kaffee der an globalen Börsen nach Öl meistgehandelte Spekulationsrohstoff.

1981 starteten verschiedenste Gruppen der rasant wachsenden Solidaritätsbewegung eine Boykott-Kampagne gegen große Kaffeekonzerne, verbunden mit dem Aufruf, durch den Kauf des anders gehandelten Kaffees nicht nur Bauern zu helfen, sondern auch die Entwicklung des sandinistischen Nicaraguas zu unterstützen. In dem Aufruf hieß es: »Mit dieser Kampagne soll am Beispiel Kaffee Bewusstsein geschaffen werden für die Widersprüche, die dazu führen, dass für uns Kaffee zum selbstverständlichen Luxusartikel geworden ist, während die, die ihn anbauen, ihn sich selbst nicht leisten können. ... Gleichzeitig wollen wir mit der Kampagne auf die Möglichkeit hinweisen, durch den Kauf von Nicaragua-Kaffee auch den Aufbau eines freien Landes zu unterstützen.«

Darin werden zwei Ziele sichtbar: Erstens ein karitativer, dem Wohl des Individuums verpflichteter Ansatz. Dieser besagt, dass, wer arbeitet, auch in Würde davon leben können soll. Und zweitens der Wunsch, eine revolutionär strukturverändernde Kraft, die man im sandinistischen Nicaragua am Werke sah, durch den Verkauf von Kaffee materiell zu unterstützen. Im Laufe der Zeit entwickelte sich aus den damit verbundenen Schwerpunkten des Handel(n)s die Unterscheidung zwischen einerseits dem ProduzentInnen orientierten »fairen« Handel. Andererseits entstand der politisch motivierte Handel, der sich, aufgrund von Problemen mit dem Attribut »fair«, als »alternativer Handel« bezeichnete. Während mit der gepa eine Organisation entstand, die schon durch die Hauptgesellschaft Misereor und »Brot für die Welt« dem karitativen Ansatz nahe stand, entwickelten sich aus der Unterstützung revolutionär strukturverändernder Bewegungen die Mitka (el rojito/el puente/ökotopia/dwp...) und die Kaffee-kampagne El Salvador.

Der »faire« Handel breitete sich über die Dritte-Welt-Läden aus und der alternative Handel hatte sich, auch nach dem Ende der mittelamerikanischen Revolutionsträume, zu einer stabilen Nische entwickelt, als 1992 der Verein

TransFair in Deutschland gegründet wurde. Initiiert durch ca. 40 Institutionen, darunter die großen christlichen Hilfswerke, die Friedrich-Ebert-Stiftung und BUND, sollte mit TransFair, dem niederländischen und britischen Beispiel folgend, eine Agentur geschaffen werden, die die Prinzipien des fairen Handels mit einem Gütesiegel verbinden und auf dem deutschen Markt bewerben und verbreiten sollte. Mit der gepa stand schnell ein erster, umsatzstarker Siegel-Kunde zur Verfügung.

Das TransFair-Siegel bekommt, wer Rohkaffee von ProduzentInnen kauft, die in kontrollierten Registern geführt werden und einen Mindestpreis (121 US-Cent/Pfund Rohkaffee + 5 Cent »Sozialprämie«) bezahlt. Außerdem wird eine Siegelgebühr von derzeit 10 Euro-Cent pro Pfund an TransFair fällig. Mit den Siegeleinnahmen bestreitet TransFair die Kosten für die eigene Struktur die Öffentlichkeitsarbeit.

Mit der Gründung von TransFair waren zwei Befürchtungen verbunden. Erstens wurde befürchtet, dass sich eine »tödliche« Konkurrenz zu jenen Strukturen entwickeln könnte, die die gepa erst aufgebaut und groß gemacht hatten – die Weltläden. Diese Befürchtung hat sich als völlig gegenstandslos erwiesen! Die zweite Sorge bestand darin, dass bei einer Verbreitung von »fair« gehandelten Produkten mit ausschließlicher Blick auf deren Absatzmengen, der politische Aspekt, die Kritik an den bestehenden ungerechten Welthandelsstrukturen verwischt. Diese Zähmung ist zu besichtigen. Aber es kam, wie so oft, noch schlimmer. Das von TransFair etablierte und gepflegte »Premium«-Image gesiegelter Produkte ist Ausgangspunkt für eine Entwicklung, die kritische BeobachterInnen zunächst sprachlos machte. Der für Preisdrückerei bei bäuerlichen ProduzentInnen und einen unsozialen Umgang mit MitarbeiterInnen bekannte Discounter Lidl nutzt fünf TransFair-gesiegelte Produkte in seinem Sortiment, um sein Image zu verbessern. ProduzentInnen sollen also, in Umkehrung des einfachen fairtrade-Mottos, dem Händler helfen.

Die Pressesprecherin von TransFair schwelgte außerdem in Begeisterung ob des Bewußtseinswandels bei den Lidl-Verantwortlichen und deren neue Sorge für das Wohlergehen von KaffeebäuerInnen. Von Kritik am Geschäftsgebaren der neuen Freunde kein Wort. TransFair erscheint in ungewohnter Ausschließlichkeit als nicht mehr als eine Verkaufagentur für ein Gütesiegel. Deshalb ist das einnahmeträchtige Geschäft mit Lidl auch zu verteidigen.

So wird beschädigt, was nicht nur bei Interesse an Solidarischer Ökonomie dringend weiter ausgebaut werden müsste: Der Aufbau konsequent verantwortungsvoller, solidarischer Handelsbeziehungen. Während ProduzentInnen aus dem Register fallen, wenn z.B. Mindestlöhne nicht bezahlt oder Vereinigungsfreiheit nicht gewährt wird, muss der deutsche Fair-Handelspartner keine Betriebsräte in seinen Filialen dulden. Das ist ein Zustand, den TransFair nicht

allen Ernstes vertreten kann. Bei der Diskussion über den Umgang mit TransFair prallen verschiedene Positionen aufeinander.

Der Zweck von TransFair, so eine Position, sei es nun einmal nicht, die Welt zu retten, sondern den Marktanteil des fairen Handels zu erhöhen. Anzustreben sei ein höherer Geldtransfair an die ProduzentInnen und der damit verbundene Zuwachs an Entwicklungsmöglichkeiten für diese. Probleme mit möglicherweise dubiosen GeschäftspartnerInnen sollten den zuständigen Stellen also z.B. Gewerkschaften überlassen werden. Demgegenüber wird, mit Bezug auf den Begriff »Solidarische Ökonomie« argumentiert, dass ökonomisches Handeln nicht ausschließlich auf das Ergebnis auf einer Seite des Austausches fokussiert betrachtet werden dürfe. Es zeigt sich allerdings, dass der Begriff der »Solidarität« mit Bezug zur Ökonomie sehr schwammig ist. Wenn solidarische Wirtschaften mehr bedeuten soll als die Unterstützung von Elendsökonomien, muss konsequente Kritik an den bestehenden ökonomischen Verhältnissen und eine reflektiert veränderte Praxis erkennbar und glaubhaft bleiben.

Ein Gütesiegel hat als Wegweiser für sensibilisierte KonsumentInnen nur solange etwas mit solidarischem Handel(n) zu tun, wie es glaubwürdig und konsequent entsprechende Kriterien nachvollziehbar verbürgt. TransFair läuft mit der Ignoranz gegenüber den Geschäftspraktiken der hiesigen VertriebspartnerInnen Gefahr, eben das zu verspielen. Erforderlich ist die Formulierung von Standards, die auch für hiesige (Einzel)händlerInnen gelten. Darüber hinaus gibt es besten, aufweckenden Kaffee auch ganz ohne Siegel.¹

Philipp Gerber

Solidarischer Kaffeehandel – Sauerstoff für die zapatistische Autonomie

Nach dem ersten interkontinentalen Treffen in Chiapas vor elf Jahren reifte die Idee zapatistischer Kooperativen. Seit Ende der 1990er Jahre »schlüpfen« wir den Kaffee mit dem rebellischen Aroma aus den autonomen zapatistischen Gemeinden in Mexikos Südosten. Rund 85 exportierte Container à 17 Tonnen Kaffee oder geschätzte 170 Millionen Kaffeetassen später, ist es Zeit, über Entwicklung, Erfolge und Grenzen dieser ökonomischen Beziehung nachzudenken.

¹ Weitere Informationen: www.cafe-cortadora.de

Kollektive drüben

Die Kooperative Mut Vitz – »Berg der Vögel« in der Maya-Sprache Tzotzil – wurde für die zapatistischen Bauernfamilien der Region El Bosque und Simojovel im Hochland Mexikos zum Symbol ihrer Identität als »Bauern im Widerstand«. Rund 500 Familien sind darin organisiert, jährlich exportieren sie 150 bis 250 Tonnen Rohkaffee zu einem fairen Preis mit Bio-Zuschlag in den alternativen und fairen Handel. Die Kooperative ist in erster Linie ein kollektiver Verkaufskanal. Die BäuerInnen sind nach gescheiterten Experimenten des Kollektivanbaus von Kaffee in den 1980er Jahren wieder zur Produktionseinheit Familie zurückgekehrt. Schweinezucht oder Gemüseanbau werden dagegen heute wieder kollektiv betrieben.

Während des halben Jahres, in dem ich die Kooperative im Rahmen einer ethnologischen Feldforschung bei ihrer Arbeit begleitete, durchlebte sie auch tiefe Krisen. Eines der Grundprobleme besteht im Anspruch, die Geschäfte der Kooperative ohne bezahlte FunktionärInnen zu betreiben, ganz im Sinne des indianischen »cargo« (Last, unentgeltliche Aufgabe für die Gemeinde). Andere Kooperativen stellen mindestens einN professionelleN BeraterIn an oder beauftragen ein ganzes Gremium mit der Vermarktung. Nicht so die Zapatistas, die aufgrund schlechter Erfahrungen in der Vergangenheit nicht mehr von BeraterInnen abhängig sein wollen. »Wir kommen alleine voran«, wie die Mitglieder voller Stolz sagen: Einfache BäuerInnen übernehmen im Rotationsprinzip die »cargos«, auch die des Vorstandes. Daneben bleibt den »cargo«-TrägerInnen allerdings kaum mehr Zeit, um die eigenen Kaffeefelder zu ernten.

Nach der zapatistischen Ideologie sollten deshalb die anderen Gemeindemitglieder zur Unterstützung der »cargo«-TrägerInnen auf deren Feld mithelfen, doch selten wird diese Hilfe zur Zufriedenheit erfüllt. Viele BäuerInnen empfinden dies als zusätzliche, aufgezwungene Arbeit – und unterschätzen die Verwaltungsarbeit für die Kooperative grundsätzlich. Denn ein Kooperationspräsident geht ja in die Stadt und erledigt »Papierkram« – und macht sich dabei die Hände nicht schmutzig und den Rücken nicht krumm. So bleibt den Kooperativenverantwortlichen nichts anderes übrig, als sich auf die Solidarität innerhalb der Familie zu verlassen, um die finanziellen Einbußen während der Amtszeit von zwei Jahren in Grenzen zu halten. Der kurze Kommentar eines Vorstandsmitglieds umschreibt seine Situation treffend: »Ich muss einfach durchhalten, weil mich meine Genossen wählten.«

Allen Schwierigkeiten in der Verwaltung zum Trotz: Mut Vitz ist ein Erfolgsmodell, ja ein Vorzeigeprojekt der Zapatistas. Dazu zählt nicht nur der erfolgreiche Export des Kaffees, sondern auch die Umstellung der Produktion auf biologische Landwirtschaft. Der Bioanbau erfordert Mehrarbeit auf dem Feld, ist aber Vorbedingung für den Marktzugang. Für die BäuerInnen ist diese

neue Produktionstechnik von großer Bedeutung: Sie befinden sich als Zapatistas nicht nur mit verschränkten Armen in einer Protesthaltung, sondern produzieren als Kooperativen-Mitglieder eine bessere Kaffeequalität, die gemeinsam zu einem höheren Preis absetzt wird. Angesichts der schwankenden Kaffeepreise, der Korruption und der an Seilschaften geknüpften Armutsbekämpfungsprogramme der Regierung erweist sich diese Art der Landwirtschaft für die BäuerInnen im Widerstand als wirtschaftlich machbare Alternative: Sie müssen keine Kunstdünger und andere Almosen des Staates annehmen und können ihr Produkt über die Nischenmärkte des alternativen und fairen Handels absetzen. Die Kaffeekooperative wurde für die Unterstützungsbasen der EZLN zum Netzwerk der regionalen Solidarität, das eine große Bedeutung für die Festigung der indigenen Autonomie hat. Inzwischen entstanden drei weitere zapatistische Kaffeekooperativen und parallel dazu auch Handwerkskooperativen zapatistischer Frauen, Honigkooperativen, Schuhwerkstätten und vieles mehr.

Für die zapatistische Autonomie ist eine ökonomische Basis, wie sie über die Kooperativen erreicht wird, von großem Interesse. Der Historiker Andrés Aubry ist überzeugt: »Die Zapatistas bauen inmitten des Krieges den Frieden auf. ... Die vier Säulen der zapatistischen Autonomie sind: Ökologische Landwirtschaft, Schulbildung und ärztliche Versorgung sowie die Vermarktung ihrer Produkte.« Die Kreisläufe der Unterwürfigkeit, der Almosen und der Landflucht können durch die solidarischen Vermarktungsstrukturen durchbrochen werden. Wobei seit der Gründung der Caracoles, der regionalen Verwaltungsstrukturen der Autonomie, die Kooperativen interessanterweise in die Pflicht genommen werden. Geschäftstätigkeiten müssen der regionalen zapatistischen Verwaltung berichtet werden, dem »Rat der guten Regierung«, der ebenfalls ehrenamtlich und im Rotationsprinzip funktioniert. Diese politischen Instanzen der sozialen Bewegung nehmen eine Kontrollfunktion über alle Projekte wahr. Auch sorgt die Autonomieverwaltung für einen minimalen sozialen Ausgleich innerhalb der Unterstützungsbasis.

Eine Kooperative schafft dies kaum: Eine vergleichsweise gut gebettete Bauernfamilie, die zwei Hektar Kaffee bewirtschaftet, setzt auch über die Kooperative mehr Kaffee ab als ihre ärmeren Nachbarn, die gerade mal eine Viertelhektar Kaffee ihr eigen nennen. Die Kooperative ist in erster Linie ein Verkaufskanal. Für eine soziale Entwicklung der Gemeinden und der ganzen Autonomieregionen ist also das politische Dach der sozialen Bewegung der EZLN unerlässlich. Hier werden auch Kooperativen zurückgebunden, wenn sie bloß auf die eigene Mitgliedschaft und deren Absatz schauen. Neue Mitglieder sollen aufgenommen, neue Kooperativen auf dem Markt des solidarischen Handels einen Platz haben. Denn auch unter den Zapatistas herrschte in den letzten Jahren oft mehr Konkurrenzdenken denn Kooperation. Letztlich geht es auch

im solidarischen Handel um das wirtschaftliche Einkommen und Überleben – und damit um Alles oder Nichts.

Vernetzung hüben

In Europa macht der zapatistische Kaffee groß Furore. Das politisch korrekte Gebräu findet immer neue, begeisterte KonsumentInnen, sodass die anfänglichen Bitten der Kooperativen, doch mehr Kaffee abzukaufen, sich wandelte in die bange Frage der KäuferInnenkollektive, ob sie wohl auch dieses Jahr zu ihren bestellten zapatistischen Kaffeebohnen kommen.

Die Kollektive, welche den Kaffee in den USA und Europa abnehmen, sind sehr unterschiedlich und kämpfen oftmals mit zweierlei Schwierigkeiten: Erstens ist die Kommunikation mit den GenossInnen drüben alles andere als einfach. Oft bestehen Lieferschwierigkeiten oder nicht alle Papiere für die Bio-Zertifizierung sind in Ordnung. Der Direkthandel mit Zapatistas ist kein Zuckerschlecken. Folkert Mohrhof von Café Libertad meinte im März 2007 angesichts des fast leeren Kaffeelagers und des noch völlig unklaren Liefertermins: »Der Import ist extrem anstrengend – aber immer auch spannend.« Jährlich reisen denn auch Leute aus den KäuferInnenkollektiven nach Chiapas, um sich vor Ort ein Bild der Situation zu machen. Zudem besteht ein loses Netzwerk der Kaffee-Einkaufskollektive, das »RedProZapa« – »Red de Comercialización de Productos Zapatistas«. Diese Vernetzung funktionierte bisher jedoch nur begrenzt und nicht über alle ideologischen Scheuklappen hinweg. Zu unterschiedlich sind die Ansätze, die von griechischen Anarchogruppen über das kommunistische Ya-Basta-Netz Norditaliens und alternative Fair-Trader in Barcelona oder Paris hin zu südfranzösischen Bauernnetzungen und deutschen sowie schwedischen AnarchosyndikalistInnen reichen. Ganz zu schweigen von einer Kleinröster-Vereinigung Nordamerikas, die ebenfalls zapatistischen Kaffee vermarktet.

Solidarischen Handel betreiben alle, nur, wie bei der Konkurrenz zwischen den zapatistischen Kooperativen, besteht die große Herausforderung im solidarischen Miteinander. Nur in einer Perspektive über die eigenen übersichtlichen Kollektivstrukturen hinaus, in der politischen Auseinandersetzung hüben und drüben kann diese Probe auf's Exempel eine radikale antikapitalistische Praxis sein, die weiter ausstrahlt und so eine konkrete Alternative zum »Mainstream-Fair Trade« darstellt.

Literatur

Gerber, Philipp (2005): Das Aroma der Rebellion. Zapatistischer Kaffee, indigener Aufstand und autonome Kooperativen in Chiapas, Mexiko. Münster.
Kaffee aus zapatistischen Kooperativen gibt es bei: Café Libertad/Hamburg: www.cafe-libertad.de, Café RebelDía/Zürich: www.chiapas.ch

Burghard Flieger

Neue Genossenschaftstypen: Anzeichen einer Modernisierung des Genossenschaftswesens

Traditionelle Unterscheidungen im Genossenschaftssektor

Die ideologische Auseinandersetzung darüber, was eine Genossenschaft ist, wurde politisch und wissenschaftlich am intensivsten an der Unterscheidung zwischen Förder- und Produktivgenossenschaften ausgetragen. Zumindest in Deutschland sind weitaus die meisten Genossenschaften Fördergenossenschaften. Sie unterstützen ihre Mitgliedsunternehmen oder Haushalte unter Wahrung, Erhaltung oder gar Stärkung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit. Sie übernehmen für diese eine Hilfsfunktion. Dies gilt für die Konsum- und Wohnungsgenossenschaften genauso wie für Kredit-, Absatz- und die meisten landwirtschaftlichen Genossenschaften.

In Abgrenzung dazu sind Produktivgenossenschaften Vollgenossenschaften zur Verwertung der Arbeitskraft ihrer Mitglieder. Diese betreiben kein selbständiges Gewerbe neben der Genossenschaft. Das heißt, die Mitglieder bauen auf einer Produktivgenossenschaft ihre gesamte wirtschaftliche Existenz auf. Die TrägerInnen der Genossenschaft sind gleichzeitig ihre eigenen ArbeitnehmerInnen. Noch einen Schritt weiter in Richtung vollständige Integration aller Wirtschaftsfunktionen gehen so genannte Vollproduktivgenossenschaften oder Kommunen, in denen nicht nur der Erwerb, sondern auch die Wohnversorgung und der Konsum über den gemeinsamen Betrieb organisiert werden.

Eine Art Zwitterfunktion zwischen beiden Genossenschaftsarten nehmen die Arbeitsgenossenschaften ein. Faktisch ist die Arbeitsgenossenschaft eine Fördergenossenschaft, in der die Mitglieder keinen eigenen Betrieb haben, sondern ihre Arbeitskraft als Selbständige über den gemeinsamen Betrieb verwerten. Sie bekommt produktivgenossenschaftlichen Charakter, indem es letztlich um die Verwertung der Arbeitskraft und die Sicherung der gesamten wirtschaftlichen Existenz geht. Bei Arbeitslosengenossenschaften kann dies auch umgekehrt sein. Einige Mitglieder sehen die Arbeit auch im Falle eines Vollzeitarbeitsvertrags nur als Übergangsstadium für die Beschäftigung in anderen Unternehmen. Für sie persönlich hat dann die Genossenschaft hilfswirtschaftliche Funktion trotz real anderer Ausgestaltung.

Nicht nur der genossenschaftliche Charakter von Produktivgenossenschaften wurde immer wieder in Frage gestellt, sondern auch, dass sie überhaupt existieren. Als Reaktion darauf wurde in einer umfassenden Recherche dargestellt, dass die Gesamtzahl produktivgenossenschaftlich strukturierter Betriebe in

Deutschland auf rund 5.000 geschätzt werden kann. Unter ihnen gibt es etwa 800 eingetragene Produktivgenossenschaften, die also auch die genossenschaftliche Rechtsform gewählt haben. Schwerpunkte liegen in Ostdeutschland und hier wiederum besonders bei den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Als generelle Grundtypen lassen sich die klassischen Produktivgenossenschaften, die konsequenten Beteiligungsunternehmen und die Selbstverwaltungsbetriebe nennen.

Selbsthilfegenossenschaften als Reaktion auf Erwerbslosigkeit

Selbsthilfe ist eine Reaktion von Gruppen auf objektive Notlagen oder auf subjektiv als unbefriedigend empfundene Situationen. Diese Situation wollen die Betroffenen in Gruppensolidarität ändern mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen und der Eigenständigkeit. Unter einer Selbsthilfegenossenschaft ist insofern der Zusammenschluss einer Gruppe von Menschen zu verstehen, die Ausgrenzung und Benachteiligung erfahren. Sie helfen sich selbst über wirtschaftliche Aktivitäten in einer Organisation, die nach den genossenschaftlichen Prinzipien des Förder-, Identitäts-, Demokratie- und Solidaritätsprinzips strukturiert wird.

Unterscheiden lassen sich im Zusammenhang mit der hohen und dauerhaften Erwerbslosigkeit gegenwärtig vier unterschiedliche Typen von Selbsthilfegenossenschaften:²

- *Multistakeholdergenossenschaften* beinhalten den Zusammenschluss sehr unterschiedlicher Interessengruppen mit verschiedenen Förderinteressen unter einem genossenschaftlichen Dach. Bei der Stadtteilgenossenschaft sind dies z.B. Beschäftigte, KundInnen, Gewerbetreibende als FördererInnen sowie InvestorInnen. Sie versuchen ihre unterschiedlichen Ansprüche durch Einbindung in ein gemeinsames Oberziel wie Ökologie, Gemeinwesenentwicklung oder Förderung der Region zu verwirklichen.
- *Selbständigengenossenschaften* sichern die Existenzgründung von »Ich-AG-lern« oder auch anderen UnternehmerInnen ab, indem sie zentrale Unternehmensleistungen wie Akquisition, Verwaltung, Rechnungswesen, Raumorganisation gemeinsam organisieren.
- *Beschäftigtengenossenschaften* sind wirtschaftliche Organisationen von Arbeitslosen, die sich selbst eine sozialversicherungspflichtige Erwerbsmöglichkeit schaffen wollen, indem sie sich, sobald es möglich ist, im eigenen Unternehmen anstellen.
- *Arbeitslosengenossenschaften* beruhen auf der Erkenntnis, dass für verschiedene Teilgruppen des Arbeitsmarktes, die nach Arbeit suchen, keine ausrei-

² www.innova-eg.de

chend entlohnte Arbeit vorhanden ist. Entsprechend liegt der Förderauftrag von Arbeitslosengenossenschaften darin, Arbeitslose in ihrer Situation als Arbeitslose zu fördern. Sie helfen ihnen, ihre soziale und wirtschaftliche Situation im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und Grenzen zu verbessern.

In der Realität kommt es oftmals zu Überschneidungen zwischen den verschiedenen Ansätzen, beispielsweise, wenn die Leistungen einer Arbeitslosengenossenschaft so stark nachgefragt werden, dass sie schließlich Arbeitsplätze einrichten kann. Auf diese Weise entsteht daraus eine Beschäftigtengenossenschaft mit produktivgenossenschaftlichem Charakter. Dieser geht in Richtung Multistakeholderansatz, sobald es gelingt beispielsweise auch viele KundInnen als Mitglieder zu gewinnen und so das Ganze auf stabilere Füße zu stellen.

Vielfalt aktueller solidarökonomischer Genossenschaften

Neue Genossenschaftsansätze können als Zukunftsprisma dessen dienen, wie sich gesellschaftliche Arbeit weiterentwickelt. Sie spiegeln Bereiche wie Arbeit von Selbstständigen, Arbeit im Spannungsfeld von Anstellung und Unternehmertum, von Abhängigkeit und Selbstverantwortung, von Besserverdienenden und prekärer Situation, von Berufsinteresse und Selbstausbeutung, von Vereinzelung und Standesinteressen, aber auch von Gestaltung der Daseinsvorsorge und der selbstorganisierten Sicherung sozialer Strukturen wieder.

SchülerInnengenossenschaften können als Reaktion auf die einseitige Verbreitung des Shareholder-Value-Denkens in der schulischen Ausbildung gesehen werden. In der Praxis bilden die meisten SchülerInnenfirmen eine Aktiengesellschaft ab. Entsprechend überschatten Motive der Zins- oder Dividendenerwirtschaftung die eigentlichen Lernziele. Dagegen verbinden sich mit der genossenschaftlichen Organisationsform Hoffnungen auf demokratische Entscheidungsfindung, Solidarität in der Zweckgemeinschaft und die gleichberechtigte Förderung aller Mitglieder. Insofern müssen die Getränke oder das Essen in der Cafeteria gewinnbringend und möglichst günstig zugleich verkauft werden. Gegenwärtig gibt es rund 30 SchülerInnengenossenschaften.³

Frauen-genossenschaften können als Querschnittskonstruktion zu den unterschiedlichsten Genossenschaftsarten angesehen werden. Sie sind sowohl bei den Arbeitslosengenossenschaften, den Verwaltungsgenossenschaften als auch bei Wohnungsbaugenossenschaften zu finden. Kennzeichnend ist, dass der Förderauftrag sich auf frauenspezifische Ansprüche konzentriert. Frauen-genossenschaften sind Personenvereinigungen, deren Mitglieder ausschließlich Frauen, Frauenvereine, und/oder Frauenbetriebe sind und deren Zweck in der

³ www.genoatschool.de

Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer weiblichen Mitglieder besteht. Auch die soziale und kulturelle Förderung der Frauen kann als Förderauftrag im Vordergrund stehen.

Dachgenossenschaften sind Genossenschaften, die als Trägerform für mehrere Wohnprojekte dienen. Die Mitglieder oder die Projekte als Ganzes treten der Genossenschaft bei. Entscheidungsrechte werden an die jeweiligen Wohnprojekte delegiert. Dachgenossenschaft stellen einen organisatorischen und rechtlichen Rahmen für Projekte des gemeinschaftlichen Wohnens zur Verfügung. Die Projekte können so die Vorteile einer Wohnbaugenossenschaft nutzen. Gleichzeitig genießen sie die Besonderheiten eines Wohnprojekts, ihrer hohen Gruppenautonomie, Selbstorganisation, Eigenverantwortung, überschaubarer Nachbarschaftsstruktur und niedrigen Kosten.⁴

Dorfladengenossenschaften sind eine sinnvolle Antwort auf die Folgen der Globalisierung. Die sogenannten Tante-Emma-Läden sind in vielen Dörfern und Städten bereits geschlossen. Dass es anders geht, beweisen zahlreiche Dorfladengenossenschaften. Sie legen meist einen besonderen Schwerpunkt auf regionale Produkte, die sie von regionalen ErzeugerInnen beziehen. Dass sie im Unterschied zu ihren VorgängerInnen überleben, hängt mit der Identifikation ihrer Mitglieder zusammen, indem viele KundInnen Mitglied der Genossenschaft sind.⁵

Energiegenossenschaften sind alte und neue Genossenschaften unterschiedlichster Ausrichtung im Energiesektor. Seit über 80 Jahren halten einige kleine Elektrizitätsgenossenschaften⁶ gegenüber dem Monopolisierungsdrang des Energiemarktes stand. Gleichzeitig gründen sich neue Energiegemeinschaften,⁷ um Versorgung mit Wärme und Elektrizität zu betreiben oder regenerativer Energieerzeugung zum Durchbruch zu verhelfen.⁸ Die Vielfalt der Energiegenossenschaften veranschaulicht die Komplexität, Bandbreite und Innovationsvielfalt des Sektors. Die verschiedenen Ansätze reichen von der Kapitalbeteiligung an der Erzeugung über den Handel bis zum Verbrauch.⁹

Kommunalgenossenschaften,¹⁰ auch als Genossenschaften zur Daseinsfürsorge oder Infrastrukturgenossenschaften bezeichnet, sind Genossenschaften zur Sicherung kommunaler und regionaler Grundversorgung. Daseinsfürsorge geht

⁴ <http://www.bbr.bund.de>

⁵ www.neuegenossenschaften.de

⁶ www.ten.eg.de

⁷ www.greenpeace-energy.de; www.energiegenossenschaft.de

⁸ www.solar-buerger.de

⁹ http://genossenschaftstag.greenpeace-energy.de/downloads/kongress_flieger.pdf

¹⁰ www.nachhaltigkeitsgesetz.org

von dem Phänomen aus, dass im Bereich jeder Gemeinde Leistungsaufgaben zu organisieren sind, um die erforderliche Grundversorgung der BewohnerInnen sicherzustellen. Was dazu gehört ist umstritten. Oftmals wird im Rahmen der Gemeindeordnungen formuliert, dass die Gemeinde für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer EinwohnerInnen Sorge zu tragen hat. Dazu gehören beispielsweise Wasser- und Abwassergenossenschaften, Stadtteilgenossenschaften, Kindertagesstättengenossenschaften, aber auch Genossenschaften zur Wohn- und Energieversorgung.¹¹

Die hier sehr knapp skizzierten aktuellen, sehr unterschiedlichen genossenschaftlichen Ansätze können als Gradmesser gesellschaftlicher Bedarfe und Gestaltungsvarianten in Problemfeldern und als potenzielle Lösungswege gesehen werden. Unter diesem Blickwinkel erscheint es zweckmäßig, sich Handlungsfelder und Diskussionsbereiche genauer anzusehen, in denen genossenschaftliche Organisation praktiziert wird. Sind sie doch als gesellschaftliche Selbstorganisation von KonsumentInnen und ProduzentInnen in zentralen Zukunftsfeldern zu werten. Ihre Betrachtung ermöglicht es, sich mit aktuellen gesellschaftlichen Problemen lösungsorientiert auseinander zu setzen. Das gilt unabhängig von ihrer oftmals noch unzulänglichen Umsetzung.

Literatur

- Flieger, Burghard (2003): Sozialgenossenschaften. Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft, Neu-Ulm
- Flieger, Burghard (2005): Selbsthilfegenossenschaften – Grundidee und Lösungsansätze für ihre Verbreitung, in: C. Müller-Plantenberg/W. Nitsch/ I. Schlosser (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa, Kassel, S. 161-189

¹¹ <http://www.kopofor-thuer.de/dokumente/2007/Themen/daseinsvorsorge%20durch%20genossenschaftliche%20selbsthilfe.pdf>

Ulrich Steinmeyer

Aus der Praxis selbstverwalteter Betriebe: 10 Jahre BIBER

Ökologisch, kooperativ und sozial – wie geht das?

Der BIBER ist ein ökologischer Baustoffhandel mit zwölf MitarbeiterInnen. Alle, die länger mitarbeiten, werden GesellschafterInnen der BIBER GmbH. Wir verkaufen ökologische Fußbodenbeläge, Lehm und Lehmputze, ökologische Dämmung, Naturfarben und Naturmatratzen. Bis auf die Naturmatratzen verarbeiten wir auch alle Materialien mit den Schwerpunkten auf Holz, Lehm- und Dämmung.

Am Anfang stand die Idee

Drei der vier GründerInnen lebten seit Jahren in einer Land-WG und überlegten, dass sie nach der Ausbildung bzw. dem Studium selbstbestimmt und kooperativ arbeiten wollten, in einer Weise, die respektvoll mit den Mitmenschen und der Umwelt umgeht und dabei genug Geld für ein gutes Leben abwirft.

Einordnung der Idee vor dem gesellschaftlichen Hintergrund

Mit unserem Vorhaben stehen wir in der alten Tradition genossenschaftlicher Unternehmensgründungen. Grundsätzlicher Hintergrund der meisten dieser Gründungen ist der fundamentale Widerspruch zwischen der Forderung nach Demokratie in unserer Gesellschaft und der fast völligen Abwesenheit von Demokratie im Bereich der Wirtschaft.

Mit der Herausbildung des Kapitals setzte sich eine formal-zweckrationale Orientierung des Wirtschaftens durch, die nicht mehr die Wahl zwischen Zwecken zulässt, sondern auf einen alleinigen Zweck, nämlich Kapitalverwertung und Profitmaximierung setzt und damit die Hoffnungen der Aufklärung enttäuscht. Genau dies zu durchbrechen und zumindest ansatzweise andere Zwecke zu verfolgen, wie die der Solidarität und der Gebrauchswert-Produktion ist in unserem Wirtschaftssystem nicht vorgesehen und kann zu Zielkonflikten führen. Entweder leidet die Wirtschaftlichkeit bis zu einem Punkt, an dem es sich nicht mehr lohnt, den Betrieb aufrecht zu erhalten oder die Orientierung an Wirtschaftlichkeit geht zu Lasten der anderen Zwecke.

Die sich daraus ergebenden Probleme formulierte der Soziologe Oppenheimer bereits 1896 nach einer empirischen Analyse von Genossenschaften in England wie folgt: »Nur äußerst selten gelangt eine Produktivgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf eine Produktivgenossen-

schaft zu sein«. Sie wandele sich dann in ein ganz normales Unternehmen. Die Befürchtungen Oppenheimers können wir im BIBER bisher nicht teilen. Im Gegenteil, trotz schwieriger Rahmenbedingungen (im Hochbau gibt es heute halb so viele Arbeitskräfte in Niedersachsen wie vor zehn Jahren) konnten wir uns gut etablieren, die Arbeitszufriedenheit ist hoch im BIBER und die Zukunftsperspektiven sind gut.

Die Entwicklung des BIBER

Im Dezember 1995 gründeten wir zu viert den BIBER als GmbH in einem Ladengeschäft in der Kleinstadt Verden. Die GmbH-Satzung änderten wir nach unseren Bedürfnissen und Ansprüchen. Dann kündigten wir unsere Eröffnung mit einer Zeitungsbeilage groß an und warteten auf die ersten KundInnen. Das Geschäft lief gut an, genau wie im Konzept erwartet. Unseren Lohn konnten wir jedes Jahr etwas anheben. Einen großen Sprung gab es Mitte 1998, als wir endlich in das von uns mitgegründete Ökozentrum umziehen konnten. Wir verdoppelten dadurch unsere Ausstellungsfläche und hatten endlich ein Büro und ein großes Lager. Gleichzeitig konnten wir eine Förderung als »Sozialer Betrieb« des Landes Niedersachsen nutzen und sechs langzeitarbeitslose Mitarbeiter einstellen, deren Stellen über fünf Jahre gefördert wurden. Unser Lohn stieg dadurch auf den Tischler-Tariflohn.

Durch den Umzug und eine professionelle Zeitungsbeilage konnten wir viele neue KundenInnen gewinnen und unseren Umsatz im Verhältnis zum Vorjahr fast verdoppeln. Da die Zeitungsbeilage so erfolgreich war, bringen wir sie inzwischen halbjährlich mit einer Auflage von 83.000 heraus.

Durch die personelle Erweiterung standen wir vor einer großen Herausforderung. Wir trennten Handwerk (sieben Leute) und Ladengeschäft (drei Leute) organisatorisch. Die Besprechungen finden wöchentlich nur noch für den Handwerksbereich zwecks Baustellenplanung statt. Bisher arbeiteten alle als Mitgründer verantwortlich und mit vollem Einsatz mit. Jetzt kamen sechs Neue dazu, mit unterschiedlicher Nähe zum Unternehmen und unterschiedlicher Einsatzbereitschaft. Ein Controlling musste her, um einen Überblick über die Leistung der Einzelnen zu erhalten und um zu erkennen, in welchen Bereichen wir gut verdienten und wo nicht. Die einträglichen Bereiche konnten so ausgebaut werden. Die Bereiche, in denen wir weniger verdienen, kalkulieren wir anders.

So begannen wir einen etwa zweijährigen Prozess der Organisationsentwicklung, an dessen Ende eine differenzierte Struktur mit Geschäftsführung, Bereichsleitungen, Personalobmann/-frau, Baustellenprotokollen, Nachkalkulationen und vielem mehr stand. Nicht jede/r musste mehr für alles zuständig sein. Es gab klare Kompetenzen und Verantwortlichkeiten. Zweimal im Jahr

verbringen wir seitdem gemeinsam ein Wochenende, um die grundsätzlichen Angelegenheiten zu besprechen und zu entscheiden. Außerdem klärten wir grundsätzlich, dass jede/r neue Mitarbeite/in nach spätestens zwei Jahren AnteilseignerIn der GmbH werden musste oder gehen soll. Wir wollten nicht nur die Früchte unserer Arbeit gemeinsam teilen, sondern auch das Risiko. Die Effektivität und die Arbeitszufriedenheit haben sich dadurch deutlich gebessert.

Welche der ursprünglichen Ziele konnten umgesetzt werden?

Die Bilanz fällt bisher fast durchgehend positiv aus:

- Hohe Arbeitszufriedenheit, angenehmes Arbeitsklima.
- Verkauf ökologischer Waren, die ohne Ausbeutung hergestellt werden, möglichst regional. Lärchendielen aus Sibirien kommen bei uns nicht ins Regal. Wir fördern Auro als Naturfarbenhersteller, der als einziger Betrieb weltweit die Zulassung für die Kompostierung von Farbresten hat, genauso wie die Naturlatexmatratzen von Lonsberg, deren Naturlatex von Kooperativen in Brasilien angebaut wird.
- Soziale Rahmenbedingungen bei der Arbeitsgestaltung: Fast alle arbeiten sozialversichert Teilzeit, mehrere Frauen sind zur Zeit im Erziehungsurlaub/ Mutterschutz und werden anschließend wieder Teilzeit arbeiten.
 - Überstunden werden aufgeschrieben und abgefeiert oder ausbezahlt.
 - Genug Lohn für ein »gutes Leben« auch wenn er höher sein könnte, was aber bei den derzeitigen Konkurrenzbedingungen im Bauhandwerk schwierig ist.

Das Kollektiv war mit acht festen von zwölf MitarbeiterInnen noch nie so groß wie heute. In einer Zeit, in der Arbeitsplätze unsicherer werden, Anforderungen an MitarbeiterInnen steigen, ist dies keine schlechte Bilanz.

Absicherung der ideellen Zielsetzungen durch betriebswirtschaftliche Innovations- und Organisationsfähigkeit

Klappen konnte all dies im Wesentlichen durch ausreichende Fähigkeiten, die betrieblichen Belange zu organisieren. Strategisches Denken, Planungsfähigkeit, Umsetzungsfähigkeit und das Erkennen und Nutzen von einmaligen Möglichkeiten sind hier zentrale Fähigkeiten, die den Betrieb voran gebracht haben.

Alle wichtigen strategischen Schritte waren Entscheidungen, die im Konsens gefällt, aber im Wesentlichen von einer Person angeregt wurden. Alle Betriebe hängen in ihrer Entwicklung an solchen Managementfähigkeiten – auch kooperative Betriebe. Letztere haben aber durch die Konkurrenzbedingungen auf dem Markt Schwierigkeiten, Menschen mit solchen Fähigkeiten zu bekommen, da diese Fähigkeiten sonst sehr gut bezahlt werden. Das ist in Kooperativen wegen Einheitslohn oder zumindest nur geringer Lohnspreizung schwierig.

Ein Dilemma, welches sich im BIBER immer dann bemerkbar macht, wenn wir neue MeisterInnen oder jemanden für die Geschäftsführung suchen. Da kommen dann nur Menschen in Frage, die woanders mehr verdienen könnten, ihre Arbeit aber nicht nur nach der Lohnhöhe bewerten. Davon gibt es nach unseren Erfahrungen nicht so viele.

Muriel Herrmann

Regiogeld als Instrument der Solidarischen Ökonomie

Regiogeld, manchmal auch Regionalwährung genannt, ist immer noch ein junges Phänomen im Reigen der Instrumente für eine Solidarische Ökonomie. Das prominenteste Beispiel ist der *Chiemgauer*, der 2003 als Schülerinnen-Projekt einer Waldorfschule startete und sich inzwischen in der ganzen Region etabliert hat. Seitdem haben sich viele von dieser Idee inspirieren lassen und sie nachgeahmt, verändert und weiterentwickelt.

Was ist Regiogeld?

Regiogeld ist ein regional begrenztes Verrechnungssystem, an dem Unternehmen, Vereine und KundInnen beteiligt sind. Diese wirtschaften verstärkt untereinander, wodurch die klein- und mittelständischen Unternehmen, insbesondere die Kleinstunternehmen, gestärkt werden sowie ökologische Vorteile durch die Einsparung von Transportwegen entstehen. Meist werden Gutscheine verwendet, es gibt jedoch auch erste elektronischen Kartensysteme. Dabei kann man zwischen zwei Arten von Regiogeld nach ihrer Deckung unterscheiden: Das eurogedeckte und das leistungsgedeckte. Daneben gibt es zahlreiche Mischformen, die hier nicht im Einzelnen dargestellt werden können.

Eurogedecktes Regiogeld: Die eurogedeckten Regios kommen dadurch in Umlauf, dass Kunden Euros gegen »Regios« eintauschen. Dies geschieht zu einem Wechselkurs von eins zu eins. Die KundInnen gehen mit den Regios bei Mitgliedsunternehmen einkaufen. Die Unternehmen können die Regios entweder weiter ausgeben, z.B. durch Einkauf bei Zulieferern, oder durch die Zahlung an MitarbeiterInnen. Oder sie können sie in Euro zurücktauschen. Allerdings fällt dabei eine Gebühr zwischen 5 und 10% an. So besteht bei den Unternehmen ein Anreiz, nach regionalen Ausgabemöglichkeiten zu suchen. Ein Teil der Gebühr wird zur Kostendeckung des Systems verwendet, z.B. für die Finanzierung des Gutscheindrucks. Einen festen Prozentsatz der Gebühr, meist 3%, bekommt ein gemeinnütziger Verein der Region, der beim Eintauschen der eigenen Euro in

Regios individuell bestimmt werden kann. Dies hat den Effekt, dass die Vereine Werbung für die Nutzung des Regios machen. Die Auszahlung der Begünstigung an die Vereine erfolgt wiederum in Regios.

Leistungsgedecktes Regiogeld: Das leistungsgedeckte Regiogeld ist von seiner Funktionsweise den Tauschringen ähnlich, legt jedoch wie die eurogedeckten Regiogelder besonderen Wert auf die Einbeziehung der Unternehmen einer Region. Der Wertmaßstab ist wie bei der eurogedeckten Variante 1:1 an den Euro angelehnt.

Die Regio-Gutscheine kommen in Umlauf, indem die Regio-Zentrale die Gutscheine an einen TeilnehmerIn herausgibt und gleichzeitig einen entsprechend negativen Kontostand im zentralen Verrechnungssystem notiert. Dieser muss vor Austritt mit entsprechenden Gegenleistungen ausgeglichen werden. Die Regio-Zentrale legt Kreditkriterien fest und einen Kreditrahmen, der besagt, wie viele Gutscheine ein TeilnehmerIn bekommen kann.

Der Umlaufimpuls: beim Umlaufimpuls handelt es sich um eine zeitliche Abwertung, die zwischen 4 und 12% pro Jahr liegt.

Die Gutscheine laufen ab und werden dann gegen eine entsprechende Gebühr entweder über eine Marke verlängert oder komplett erneuert. Dadurch gibt jede/r, die/der Regios im Geldbeutel hat, diese vor den Euro aus. So hat auch eine geringe Menge von Gutscheinen einen hohen Umsatz zur Folge. Daneben hat dieser Mechanismus das Ziel, langfristig zinsgünstige bzw. zinsfreie regionale Kredite zu ermöglichen. Menschen, die mehr Regios haben, als sie benötigen, erhalten die Möglichkeit, diese fest anzulegen, wobei der Umlaufimpuls entfällt.

Ziele

Die Regiogeld-Initiativen haben sich im Rahmen ihres Verbandes »Regiogeld e.V.« auf folgende gemeinsame Werte geeinigt, die stetig weiterentwickelt werden:¹²

Sie gestalten die Regiogelder so, dass das Gemeinwohl in der Region im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung gefördert wird. Regionale Wirtschaftskreisläufe, in denen regional vorhandene Ressourcen genutzt werden, werden über den Aufbau von Beziehungen des Gebens und Nehmens gefördert. Ansatzpunkt hierfür ist die Vernetzung kleiner und mittelständischer Unternehmen, die 75% der Arbeits- und Ausbildungsplätze stellen.

Die Initiativen verpflichten sich auf Transparenz der Systeme und Finanzen gegenüber ihren Mitgliedern und haben demokratische Organisationsstrukturen, die Einfluss auf die Gestaltung des Regiogeldes zulassen. Kooperative Strukturen werden innerhalb der Region sowie an den Regionsgrenzen angestrebt.

¹²Die aktuelle Version unter <http://www.regiogeld.de/wertestandards.html>.

Verbreitung

Inzwischen gibt es im deutschsprachigen Raum 21 Initiativen, die Regiogeld herausgeben, und 32, die eine Herausgabe vorbereiten. Diese haben sich seit Februar 2006 im Regiogeld e.V., dem Dachverband der Regiogeld-Initiativen organisiert und vertreten die genannten Werte.

In den 21 Initiativen laufen Regios im Wert von 250.000 Euro um. Es zahlen über 4.000 Menschen mit Regios, 2.200 Unternehmen akzeptieren sie. Unterstützt werden die Initiativen von zahlreichen Organisationen, u.a. vom Omnibus für direkte Demokratie e.V., dem Umweltverein Grüne Liga Berlin e.V., der GLS-Bank und der Europäischen Akademie der Wissenschaften, die im neuen Club-of-Rome-Bericht die Rolle des Geldes und der Finanzmärkte auf eine nachhaltige Entwicklung beleuchtet.

Forschungsergebnisse

Bislang sind sechs Diplomarbeiten über Regiogeld-Initiativen entstanden. Vier davon bezogen sich auf die Chiemgauer-Initiative, so dass im Folgenden nur auf diese Bezug genommen wird. Der Chiemgauer entwickelte sich im Laufe seines vierjährigen Bestehens positiv.

	2003	2004	2005	2006
Unternehmen	100	250	380	550
VerbraucherInnen	130	380	700	1.700

Sowohl die Zahl der Unternehmen als auch der VerbraucherInnen, die den Chiemgauer nutzen, stieg jedes Jahr an, ebenso wie die Menge an Gutscheinen, die sich im Umlauf befanden. Ende 2006 waren Gutscheine im Wert von 70.000 Euro im Umlauf sowie beim elektronischen Chiemgauer, der in Kooperation mit Banken erst im Juni 2006 eingeführt wurde, Bankguthaben im Wert von 7.700 Euro.

Für die Wirkung, die die umlaufende Chiemgauer-Menge entfaltet, ist ausschlaggebend, wie oft sie vor dem Rücktausch in Euro weitergegeben wird, was nur über eine Befragung der Unternehmen festgestellt werden kann. 2004 wurde bei den Unternehmen eine Rücktauschquote von 50% ermittelt,¹³ 2006 ergab sich bereits eine Rücktauschquote von 33%.¹⁴ Damit wird der Chiemgauer vier mal so schnell weitergegeben wie der Euro, nämlich ca. 20 mal pro Jahr.

¹³ Herrmann, Muriel (2005): Potentiale von Regionalgeld-Initiativen als Multiplikatoren einer nachhaltigen Entwicklung. Diplomarbeit. Universität Lüneburg

¹⁴ Diplomarbeit im Entstehen an der Universität München

Daraus ergibt sich ein Umsatz von 1,2 Mio. Chiemgauern im Jahre 2006. Auch die Spenden an Vereine durch den Chiemgauer nehmen jedes Jahr zu. Insgesamt sind seit Beginn der Initiative ca. 24.000 Chiemgauer an Vereine geflossen.

25% der Chiemgauer-Unternehmen gaben 2004 an, durch den Chiemgauer NeukundInnen gewonnen zu haben, 75% bestätigten Kundenbindungseffekte.

Bei einer Befragung von VerbraucherInnen, die den Chiemgauer nutzen, gaben 93% an, bewusster regionale Produkte zu kaufen. 70% hatten mehr Freude am Kaufen und 86% sahen keinen oder kaum Mehraufwand durch die Nutzung des Chiemgauers. 90% haben durch den Chiemgauer neue Produkte in der Region entdeckt. 98% sahen eine positive Wirkung auf Vereine gegeben und die Verlängerungsmarken wurden von 81% als sinnvoll erachtet.¹⁵ Von den Unternehmen erachteten sogar 85% die Verlängerungsmarken für sinnvoll.

Fazit

Regiogeld hat große Potenziale, andere Projekte der Solidarischen Ökonomie zu unterstützen und zu vernetzen. Da es ein Tauschmittel ist, das die regionale Kommunikation fördert, können Synergieeffekte entstehen. So gab es in der Region des Chiemgauers bis vor kurzem keine regionale Produktion von Säften, so dass Saft nicht mit Chiemgauern bezahlt werden konnte. Nun hat sich eine Mosterei für Biosäfte gegründet, deren Säfte schnell in allen Chiemgauer-Betrieben zu finden waren, da sie eine neue Ausgabemöglichkeit für Chiemgauer darstellten.

Nicht alle Initiativen sind jedoch so erfolgreich und wachsen so kontinuierlich wie der Chiemgauer. Die Einführung und Verbreitung ist aufwendig und erfordert viel ehrenamtliches Engagement und eine effiziente Bewältigung des Verwaltungsaufwandes. Ein Regiogeld ist um so einfacher einzuführen, je mehr regionale Wirtschaftsstrukturen noch vorhanden sind – und um so dringender erforderlich, je stärker diese bereits verschwunden sind. Jede und jeder kann jetzt anfangen, die existierenden regionalen Initiativen durch die Nutzung der Regios zu unterstützen, damit auch der/die Nächste wieder regional einkauft und wir in Zukunft in regionalen Gemeinschaften leben, die ihr Umfeld selbstbestimmt und lebensfreundlich gestalten.

¹⁵ Meßenzehl, Doris (2005): Der Chiemgauer – Ein Instrument der Regionalentwicklung mit Zukunft? Erstellung eines Stimmungsbildes der Regionalwährung aus Sicht der Bevölkerung. Diplomarbeit. Universität Wien.

Monika Schillat

Weil im Tauschring Zeit nicht Geld ist, wird keineR reich und niemand bleibt arm!

Tauschringe sind eine soziale Erfindung, die nicht zufällig seit den 1990er Jahren auch in der Bundesrepublik boomt. Wesentliche Ursachen für die Verbreitung dieses Phänomens sind die Massenarbeitslosigkeit und die damit verbundenen Ausgrenzungstendenzen. Offiziell finden Tauschringe als *volunteer enterprises* (Freiwilligen-Organisationen) noch immer ungenügend gesellschaftliche Anerkennung. Vor allem wegen des Verdachts, dass es sich um Schwarzarbeit handeln könnte, werden sie in die Ecke der Schattenwirtschaft gestellt. Für die meisten Tauschring-Mitglieder sind derartige Verdächtigungen nicht von Belang. Im Vordergrund steht der vielfältige praktische wirtschaftliche und soziale Nutzen der Tauscharbeit.

Wie funktionieren Tauschringe?

Im Tauschring gibt es die Möglichkeit, zwischen allen Angeboten und Nachfragen dieser Form erweiterter Nachbarschaftshilfe, vor allem in Form von haushaltbezogenen Dienstleistungen frei zu wählen. Der Vorteil besteht darin, dass es sich nicht auf einen Direkttausch als Zweierbeziehung reduziert, sondern jedem Tauschring-Mitglied der gesamte Tauschpool zur Verfügung steht. Die erbrachten und in Anspruch genommenen Leistungen werden über eine frei erfundene Verrechnungseinheit verbucht. Die Verrechnungseinheiten nennen sich z.B. »Talente« oder »Peanuts« bzw. mit Bezug auf die Örtlichkeit z.B. in Berlin-Kreuzberg »Kreuzer«, in Berlin-Marzahn »Marzehner«. Verrechnet wird in den meisten Tauschringen die geleistete und in Anspruch genommene Zeit. Demzufolge wird in den Teilnahmebedingungen festgelegt, wie viel eine für andere verausgabte Lebenszeit-Stunde wert ist. So entspricht im Kreuzberger Tauschring eine Stunde 20 Kreuzern. Mit der Kontoführung wird eine Balance zwischen Geben und Nehmen angestrebt, wodurch eine individuelle »Verschuldung« oder ein »Horten« vermieden wird. Für den Tauschring insgesamt sind die Tauschakte ein Nullsummenspiel, d.h. Soll und Haben sind stets ausgeglichen. Für die/den einzelneN TauscherIn ist jeder Tauschakt ein Zugewinn: als GebendeR erhält sie/er eine Gutschrift, als NehmendeR kann sie/er sich geldlos zusätzliche Bedürfnisse befriedigen. Auf diese Art und Weise wird im Tauschring keiner reich, aber es bleibt auch niemand arm!

Ein weiterer Vorteil für die Tauschring-NutzerInnen ist die Regelung, dass – entgegen der Gepflogenheiten auf dem »allgemeinen Arbeitsmarkt« – die

Bewertung der Tätigkeiten im Tauschring weder geschlechtsspezifisch, noch nach der Qualifikation oder dem Kompliziertheitsgrad bzw. der Schwere der Arbeit erfolgt. Gefragt sind nicht nur die spezifischen beruflichen Fähigkeiten der Tauschring-Mitglieder, sondern alle Fähigkeiten und Talente, über die jeder mannigfaltig verfügt. Andererseits ist es für manche schwer zu verstehen, warum sie für eine komplizierte, hohe Qualifikation erfordernde Tätigkeit nicht auch eine höhere Zahl an Verrechnungseinheiten verbucht bekommen.

Der im Tauschring unerlässliche faire Umgang miteinander erfordert auch, dass man die o.g. Grundpfeiler der Tauschringphilosophie verinnerlicht und die Tauschring-Normen untereinander kommuniziert. Nur so stellt sich ein gegenseitiges Vertrauen zueinander und eine soziale Bindung zur Institution des Tauschrings her, ohne die ein Tauschring auch wirtschaftlich nicht gut funktioniert.

Tauschringe verstehen sich als ökonomische Selbsthilfeeinrichtungen, als solidarisch handelnde ProduzentInnen- und KonsumentInnenengemeinschaften, die wirtschaftliche und soziale Ziele verfolgen. Entsprechend sind die Motive, in einem Tauschring mitzuarbeiten vielfältig. Es geht darum,

- mehr und andere Bedürfnisse zu befriedigen, die auf anderen Wegen so nicht zu befriedigen sind;
- neue soziale Bindungen und Kommunikationsmöglichkeiten zu erschließen;
- neue Arbeits-, Austausch- und Konsumtionsformen zu erproben;
- aus geldkritischen Überlegungen heraus geldlose Alternativen zu unterstützen.

Diejenigen, die nur aus ideologischen, d.h. wert- und geldwirtschaftlich kritischen Motiven in Tauschringe eintreten, gehören erfahrungsgemäß nicht zu den aktiven TauscherInnen. Auf der anderen Seite nehmen diejenigen, die auf den zusätzlichen geldlosen Erwerb von Leistungen und Gütern angewiesen sind, es mit der Einhaltung der Tauschring-Normen mitunter nicht so genau.

Die oben beschriebenen Tauschring-Normen, werden im Verständnis mancher »Tauschring-AktivistInnen der ersten Jahre« in nicht wenigen Tauschringen zunehmend »aufgeweicht«. Einerseits dadurch, dass sich Gewerbetreibende und FreiberuflerInnen im Tauschring ihre Leistungen teilweise gegen Geld bezahlen lassen, andererseits auch dadurch, dass Umsatz- und Mitgliederzahlen in manchem Tauschring höher bewertet werden als Qualität und Vertrauen.

Die Organisations-, Verwaltungs- und Mitgliederbetreuungsarbeit in Tauschringen übersteigt vielfach die noch akzeptable Höhe einer Verwaltungspauschale, die auf alle Tauschring-Mitglieder umgelegt werden kann. Deshalb ist gerade diese Arbeit in den Tauschringen oft zusätzliche, nicht verrechnete Tätigkeit.

Quo vadis, Tauschringe?

Vor dem Hintergrund der Hartz IV-Regelungen und der sinkenden Realeinkommen haben die Tauschringe in der Bundesrepublik, vor allem in den städtischen Ballungszentren, einerseits wachsenden Zulauf. Andererseits werden die intern zu bewältigenden Aufgaben und Probleme größer und überfordern die »Freiwilligenarbeit« in den Tauschringen. Umso dringlicher werden weiterführende Überlegungen und Strategien zu den Perspektiven der Tauschringe unter veränderten Bedingungen. Es geht dabei u.a. um solche Fragen:

- Wie kommen Tauschringe aus der Nische der Schattenwirtschaft heraus, und wollen sie das überhaupt?
- Welches Arbeits-/Tätigkeitskonzept vertreten die Tauschringe (Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt, Bürgerarbeit – ohne Geld, aber nicht unentgeltlich)?
- Bleiben sie privat organisierte lose Vereinigungen ohne institutionelle Ein- und Anbindung oder können und wollen sie eine anerkannte wirtschaftlich-soziale Institution sein?
- Wie und in welchen Größenordnungen wollen sich die Tauschringe lokal organisieren?
- Mit wem und in welchen Formen wollen die Tauschringe vor Ort zusammenarbeiten oder sich vernetzen (regional/überregional mit anderen Tauschringen, Freiwilligen-Agenturen, mit der Kommune, anderen sozialen/gemeinnützigen/kirchlichen Einrichtungen, Regiogeld-Initiativen, Wirtschaftsunternehmen?)
- In welchen Formen wollen die Tauschringe Lobbyarbeit betreiben bzw. ihre Interessen gesellschaftlich hörbar machen und durchsetzen?

Die Antworten auf diese Fragen entscheiden darüber, wie sich die deutschen Tauschringe in die Bewegung für die Weiterentwicklung und gesellschaftliche Akzeptanz der Solidarischen und Sozialen Ökonomie einordnen.

Nötig sind auch regionale und überregionale Zusammenschlüsse/Bündnisse von AkteurInnen aus möglichst unterschiedlichen Bereichen der Sozialen Ökonomie, die gemeinsam ihre berechtigten Interessen hinsichtlich verbesserter Handlungsbedingungen vertreten können. Deshalb sind auch die Berliner Tauschringe im sich formierenden Berliner Bündnis für Soziale Solidarische Ökonomie vertreten.

Literatur

Präsentation zum Kongress Solidarische Ökonomie: www.solidarische-oekonomie.de/media/texte/Tauschringe%20wirtschaften%20anders.pdf

Dokumentation des 11. Bundestreffens der Tauschringe in Berlin vom 14.-16.11.2005 in Berlin: http://trb.tauschring-mitte.de/files/pdf/dokumentation_farbe.pdf

Ulrich Rösch

Assoziatives Wirtschaften – ein Überblick

Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit sind die Funktionsprinzipien einer modernen auf Selbstverwaltung aufgebauten Gesellschaft. Diese Gesellschaft kann nur dann dem Menschen entsprechen, wenn sie seinem Wesen gemäß dreigliedert wird: Freiheit im Geistesleben, Gleichheit im Rechtsleben und Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben nach der Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus Rudolf Steiners. Alternativ kann man die Formulierungen des Prager Frühlings übernehmen und das Ziel als einen »Sozialismus mit dem Antlitz des Menschen« beschreiben. Eine solche Gesellschaft wird auch eine regional gegliederte und differenzierte globale Weltgesellschaft sein. Sie gäbe zugleich die Grundlage für eine Solidarische Ökonomie ab.

Assoziationen – Gestaltungselemente einer zukünftigen Wirtschaft

Das moderne Wirtschaftsleben zeigt sich immer in polaren Strukturen: Produktion – Konsumtion, Werte schaffen – Werte verbrauchen usw. Um diese Polaritäten zu überbrücken, bedarf es neuer sozialer Formen. An Stelle des abstrakten, mechanistischen Marktes entwickelte Steiner das Bild einer organischen, auf menschlichen Beziehungen gegründeten assoziativen, solidarischen Wirtschaft. Im Wirtschaftsleben agierende gegensätzliche Gruppierungen sollen am »runden Tisch« ihre divergierenden Interessen sichtbar machen, gegeneinander abwägen und ausgleichen. In solchen Assoziationen müssen neben den sachkundigen und fachtüchtigen ProduzentInnen auch die KonsumentInnen-Interessen vertreten sein. Selbstredend müssen alle Pflichten, die aus der Gesetzeslage resultieren, zum Beispiel Arbeitsbedingungen oder Umweltschutzvorschriften in solchen Organen präsent sein.

Die Assoziationen sollen sich regional bilden. In ihnen würden unternehmerische Menschen aus allen Bereichen zusammensitzen. Durch einen direkten Zusammenschluss von wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen würden sich auch neue Formen von Finanzierungen ergeben, die den kostspieligen Umweg über den Staat erübrigen würden.

Die notwendigen Produktionsmittel müssen den Produzierenden aus der Gesamtheit zur Verfügung gestellt werden. Es kann kein staatliches aber auch kein privates Eigentum in diesem Bereich geben. Eine private Profitaneignung kann es in einer solchen organischen Wirtschaftsordnung nicht geben.

Die Überschüsse können direkt den Einrichtungen des Kulturlebens zufließen. Gemeinschaftsaufgaben anderer Art würden durch eine direkte Ausgabenbesteuerung finanziert. Alle indirekten Steuern oder Steuern auf Arbeit sollen entfallen.

Allen BürgerInnen steht ein Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen zu. Den Assoziationen sollten auch bankähnliche Einrichtungen zugeordnet sein. Die Kreditgewährung dieser Banken sollte an die Urteilsbildung innerhalb der Assoziation gebunden werden.

Von Rudolf Steiners Ideen angeregte Unternehmungen als Beispiele einer Solidarischen Ökonomie

Im Frühjahr 1919 gab es im süddeutschen Raum eine breite volkspädagogische Bewegung, die im Bund für Dreigliederung zusammengeschlossen war. Dieser frühe »dritte Weg«, der im Wirtschaftlichen vor allem auch auf ein Rätssystem abzielte, führte aber zu heftigen Widerständen von rechter und dogmatisch-linker Seite. Daher hat sich der Impulsgeber Rudolf Steiner im Herbst 1919 entschlossen, diese Bewegung nicht mehr auf politischem Felde agieren zu lassen, sondern auf Teilgebieten tätig zu werden. So entstand im September 1919 die Freie Waldorfschule in Stuttgart als erste Gesamtschule, in der Kinder aus allen Schichten über zwölf Jahre gemeinsam unterrichtet wurden.

Im März 1920 kam es in Stuttgart zur Gründung eines assoziationsähnlichen Gebildes solidarischer Wirtschaft: »Der Kommende Tag, Aktiengesellschaft zur Förderung wirtschaftlicher und geistiger Werte«. Gleichzeitig wurde im Schweizerischen Dornach die »Futurum AG, Ökonomische Gesellschaft zur internationalen Förderung wirtschaftlicher und geistiger Werte« gegründet. In diesen Unternehmungen wurde einerseits Geld durch Einzelpersonen eingelegt. Andererseits wurde eine ganze Reihe von bestehenden Betrieben in diese Unternehmungen eingebracht. Die Unternehmer verzichteten auf die volle Verfügung über ihr Kapital, nach innen konnten sie den Betrieb aber selbstständig weiterleiten. Das Kapital wurde mit nur 5% verzinst und die Unternehmer erhielten ein festes Einkommen. Damit war eine Vorform der Neutralisierung des Kapitals erreicht, wie es Steiner vorschwebte.

In den Grundideen der Dreigliederung war keinerlei Gewinnbeteiligung der MitarbeiterInnen vorgesehen. Stattdessen gab es in vielen Betrieben kostenlose Vorträge, künstlerische Aktivitäten und Fortbildungskurse. Die Vorgänge und Zusammenhänge innerhalb der Unternehmungen sollten für alle MitarbeiterInnen transparent sein. Die Gründer erhielten in den Hauptversammlungen ein mehrfaches Stimmrecht. Sie sollten die Erhaltung des sozialen und ideellen Zweckes garantieren.

Aufrufe zur Zeichnung von Aktien in den größten Tageszeitungen führten schnell zur Zeichnung von zehn Millionen Mark. 1922 umfasste das Unternehmen folgende Einrichtungen: Die Zentrale in Stuttgart, Verlag und Versandbuchhandlung, Druckerei und Offsetdruckerei, die Maschinenfabrik Carl Unger, Chemische Werke Schwäbisch Gmünd (später WELEDA), Schieferwerk

Sondelfingen, Kartonagefabrik Jose del Monte, Pension Rüttling, Guldesmühle Dischingen. Sägewerk, Hofgut und Getreidemühle Ölhaus in Crailsheim, Hofgüter Unterselb und Lachen in Leutkirch, Hofgüter Dorenweid und Lanzenberg bei Isny im Allgäu, das Klinisch-therapeutische Institut in Stuttgart, das wissenschaftliche Forschungsinstitut in Stuttgart mit einer biologischen Abteilung, die Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik und die Waldorfschule in Stuttgart.

Es war der Versuch, wirtschaftlich produzierende Unternehmungen, die Überschüsse erzielten, und landwirtschaftliche Betriebe zusammenzuschließen mit Forschungsinstituten und Kultureinrichtungen, die auf Zuschüsse angewiesen waren. Die rasante Inflation in Deutschland führte allerdings zu einem permanenten Geldmangel, so dass man 1923 eine Auflösung dieses hoffnungsvollen Zusammenschlusses betreiben musste, um Teile des Unternehmens zu retten.

Neuere Ansätze für ein assoziatives Wirtschaftsleben

Durch die Entwicklung in Deutschland war es dann lange Zeit nicht möglich, an solche Versuche anzuknüpfen. Erst in den 1960er Jahren gab es wieder Bestrebungen, diesen Impuls für ein solidarisches Wirtschaften neu zu ergreifen. So entstanden die Bochumer »bankähnlichen Einrichtungen« (GLS-Bank), die Triodos-Bank in Holland und verschiedenste Unternehmensversuche, so z.B. der Verbund freier Unternehmensinitiativen in Stuttgart und die Coopera in der Schweiz.

Vielleicht ist die Zeit jetzt reif, Anregungen für eine solidarische, assoziative Wirtschaft wieder aufzugreifen. Es ist kein Zufall, dass 2004 neben Nicanor Perlas, der vielfältige Versuche auf den Philippinen begonnen hat, auch Ibrahim Abouleish mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Sowohl Perlas wie auch Abouleish knüpfen an Steiners Ideen einer assoziativ-solidarischen Wirtschaft und der Dreigliederung des sozialen Organismus an.

Abouleish bekam die Auszeichnung wegen des weitreichenden SEKEM Projektes in Ägypten. Die SEKEM Group umfasst heute mehrere prosperierende Wirtschaftsbetriebe von der landwirtschaftlichen Produktion, über Heilpflanzenanbau, -verarbeitung und die Vermarktung von Frisch- und Trockenprodukten, über den Konfektionsbetrieb für Kleidung aus eigener Baumwolle bis hin zur Kette von Naturkostläden. SEKEM bewirtschaftet 400 Hektar Eigen- und Pachtland und vermarktet die Produkte von weiteren 400 kooperierenden Farmen entlang des Nils. Als weitere Großprojekte stehen die Fruchtbarmachung von 50.000 Hektar Wüste bei Assuan und die Aufnahme der Arbeit in Uganda an. Fast 5.000 Menschen sind an diesen Projekten beteiligt.

In Brasilien und Indien gibt es zahlreiche Versuche, die biologisch-dynamische landwirtschaftliche Produktion mit den AbnehmerInnen in assoziativ-solidarischer Form zu verbinden. So beispielsweise das Maikaal Baumwollprojekt,

in dem inzwischen über 2.500 BäuerInnen in 75 Dörfern zusammenarbeiten, um Baumwolle ohne giftige Chemikalien anzubauen. Durch die AbnehmerInnen in Europa wird den BäuerInnen ein über dem Markt liegender Preis für die Baumwolle garantiert. Inzwischen wurde in dem Projekt auch eine Landbauschool errichtet. Die genossenschaftlich organisierte Assoziation wird in Selbstverwaltung der Beteiligten betrieben. Eine Frau, Ritu Baruah, steht an der Spitze der Vereinigung in Stiftungsform, die sich zum Ziel gesetzt hat, die kargen Lebensbedingungen in den Dörfern zu verbessern. Dazu gehört auch ein umfassendes Programm zur Verbesserung der medizinischen Versorgung der DorfbewohnerInnen.

**Solidarische Ökonomie
in Bildung und Wissenschaft**

Friederike Habermann/Carola Möller/Ulla Peters

Solidarische Ökonomie kann Vieles sein

Zum Beispiel waren- und herrschaftskritisches
Wirtschaften – Arbeiten – Leben

Aus bisherigen Diskussionen konkretisiert sich der Ansatz eines waren- und herrschaftskritischen Wirtschaftens entlang folgender Überlegungen:

- Erstens knüpft Wirtschaften und Arbeiten an eigenen Lebensbedürfnissen und vorhandenen und zu erweiternden Qualifikationen an. Regionale Selbstversorgung in Verbindung mit einer ökologisch sinnvollen Ressourcennutzung hat Priorität. Diese Orientierung kann jedoch nicht als Legitimation dienen, den angehäuften Reichtum in den Industrieländern abzuschotten. Überregionale Vernetzungen sind neu zu gestalten.
- Zweitens, beruht Arbeiten auf »nicht-patriarchaler Arbeitsteilung«, d.h. der Stellenwert einzelner Tätigkeiten und die Einflussmöglichkeiten der dort Arbeitenden auf den Gesamtprozess sind gleichgewichtig zu gestalten. Die Einzelnen sind in ihren Möglichkeiten Einfluss zu nehmen zu stärken, was einen Wechsel der Tätigkeiten beinhalten kann.
- Drittens werden Entscheidungen basisdemokratisch und im Konsens getroffen, wobei dessen Ausgestaltung unterschiedliche Formen annehmen kann. Entgegen unserem heute üblichen Wettbewerbsdenken und -handeln, wird sozial kompetentes, kooperierendes und solidarisches Handeln als notwendige Grundeinstellung gebraucht.

Kurz: ein basisdemokratisch organisiertes, bedürfnisorientiertes vorsorgendes Wirtschaften, das auf eine neue Lebensqualität zielt.

Die heutige Wirtschaftsweise bietet aus unserer Sicht keinerlei Chance, den erarbeiteten Reichtum einigermaßen gleich und bedarfsgerecht auf alle zu verteilen. Ebenso bieten die kapitalistischen und patriarchalen Funktionsmechanismen keine Möglichkeiten, Natur und Umwelt sinnvoll für alle ErdbewohnerInnen zu nutzen und zu erhalten. Und so richtig glücklich macht der Kapitalismus auch nicht. Wir sollten es uns wenigstens gedanklich erlauben, über die gegenwärtige Form des Wirtschaftens hinauszudenken sowie sinnvollere Formen des Wirtschaftens im Kleinen erproben.

Einige Praxisbeispiele seien genannt: Erprobt wird in zahlreichen kleinen Projekten die Entkoppelung von Geben und Nehmen. Dies hat nichts mit Tauschen zu tun. Die Ökonomie der Tauschringe beruht darauf, dass Arbeit getauscht wird, und dies in eigens erfundenen Währungen – mit Phantasienamen wie Kreuzer, Taler oder Äppel. Ein Äppel sind dann eine Viertelstunde Arbeit,

egal welcher Art. Das hat den Vorteil, dass sich die Äpfel nicht akkumulieren lassen, im Sinne von Mehrwertproduktion oder Kapitalerträgen. Es hat aber den Nachteil, dass immer noch getauscht wird. Wie Marx gesagt hätte: Unsere Charaktereigenschaften sind immer noch nur das »wert«, was wir aus ihnen an Wert herauschlagen können. Nicht, um eine andere in ihrem Bemühen zu unterstützen, ein Buch über ihre Geschichte als jugendliche Obdachlose zu verfassen, helfen wir ihr, sondern weil wir Äpfel brauchen, um sie in selbstgemachten Honig, geschnittene Haare oder frisch gestrichene vier Wände zu verwandeln.

Dagegen steht das Prinzip der Umsonstökonomie, welche zu einer kleinen Bewegung geworden ist. »Teilen, nicht tauschen!« ist das Motto. Von der Webseite der Initiative »geldlos« in Wien sei leicht gekürzt zitiert: »Wir wollen eine freie Assoziation und Kooperation von Menschen, die nicht tauschen, sondern teilen, nicht konkurrieren, sondern zusammenarbeiten. Dabei gehen wir von den sozialen, geistigen und materiellen Bedürfnissen aus. Was wir angehen, ist ein Experiment; ein gemeinsamer Lernprozess, wie es uns besser gehen kann, wenn wir nicht kaufen, sondern teilen. [...] Was wir tun wollen, ist Selbsthilfe. Es soll ein Beitrag zur Überwindung der Ratlosigkeit sein. Ein Beitrag vor allem auch für das Zustandekommen einer sozialen Bewegung, die sich durch Vernetzung mit Experimenten und durch geistige Auseinandersetzung neu orientiert.«

Am Bekanntesten sind wohl die Umsonstläden, die nach diesem Prinzip funktionieren. Hierbei handelt es sich nicht um karitative Einrichtungen. Alle können daraus nehmen, was sie brauchen; niemand muss dafür etwas gebracht haben. In über 20 Städten gibt es inzwischen Umsonstläden. Hinzu kommen Verschenk-Webseiten. Unter www.alles-und-umsonst.de kann nach Region in den verschiedenen Rubriken – Haushalt, Computer etc. – gezielt nachgeschaut werden, was es gerade im Angebot gibt.

NutzerInnengemeinschaften basieren auf dem Prinzip, dass nicht alle alles besitzen müssen, nur um es ab und zu gebrauchen zu können. Die Initiative »Schöner Leben« in Göttingen hat eine web-gestützte »Nutzi-Gem«, wie sie zärtlich genannt wird, gegründet. In Berlin haben sich Projekte vernetzt, um Ressourcen austauschen zu können.

Darüber hinaus gibt es inzwischen zahlreiche Orte und Projekte, die die Chance bieten, neue Erfahrungen zu machen, z.B. Gemeinschaftsgärten, Land- und Stadtkommunen sowie Fahrradreparaturwerkstätten. Sie werden meist von Projektgemeinschaften getragen, deren Hauptinteresse eine gemeinsame Teilselbstversorgung ist. Zudem bestehen warenfreie, selbstentwickelte (und selbst weiter zu entwickelnde) Techniken im Internet-Bereich – Linux, Wikipedia, Wissensallmende – für gemeinschaftliche Kommunikation, Vernetzung, Forschung und Bildung. Solidarität untereinander bedeutet nicht zuletzt eine gemeinschaftliche Ökonomie: Nicht zufällig gehen viele Projekte der Umson-

stökonomie mit dem Konzept des Offenen Raumes zusammen, also der Idee, für alle ohne Zugangsbeschränkungen oder -bedingungen offen zu sein. So bedeutet »teilen, nicht tauschen« auch: Alles für alle.

Natürlich gibt es auch Probleme: Wie zum Beispiel kann die Allokationsfunktion des Preises ersetzt, also eine möglichst sinnvolle Verteilung der Ressourcen erreicht werden? Und wie können wir mit den Widersprüchen in uns selber, unseren kapitalistisch und patriarchal geprägten psychischen Strukturen umgehen? Eines aber ist klar: Andere Formen von Wirtschaften – Arbeiten – Leben werden nur dann eine breitere Akzeptanz bekommen, wenn sie eine bessere Lebensqualität bringen.

Doch noch zwingt die Notwendigkeit, weiterhin auch Geldeinkommen zu benötigen, viele individuell in einen strapaziösen Spagat. Eine gemeinsame Strategie besteht darin, die gemeinsame Teilselbstversorgung möglichst auszudehnen und damit die Notwendigkeit für Geldeinkommen schrittweise zu minimieren. Dahinter steht die Überzeugung, dass nur so vermieden werden kann, letztlich wieder von den kapitalistischen Zwängen eingeholt zu werden – so wie es vielen guten Ansätzen, z.B. den meisten Kollektivbetrieben, ergangen ist. Als eine Konsequenz daraus gibt es schon heute den Versuch, eine Vernetzung von Projekten untereinander zu entwickeln.

Wichtig sind solche Kooperationsformen aber noch aus einem anderen Grund: John Holloway sieht als Ausgangspunkt für eine andere Welt eben solche Verweigerungen von Menschen, die sagen: »Nein, wir werden nicht zulassen, dass uns das Kapital bestimmt. Wir werden unser eigenes Leben gestalten.« Diese Verweigerungen seien Risse im Gewebe der kapitalistischen Herrschaft. Holloway sieht die Welt voll von solchen Rissen. Diese gilt es zu nutzen, auszudehnen und zu vervielfältigen.

Literatur

Dissidente Praktiken. Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation. Hrsg. Stiftung Fraueninitiative, Carola Möller, Ulla Peters, Irina Vellay. Königstein/T. 2006. www.stiftung-fraueninitiative.de

Clarita Müller-Plantenberg

Bildung und Weiterbildung für Solidarische Ökonomie an Hochschulen

Soziale Bewegungen sowie die daraus entstandenen Milieus setzen Bildungsprozesse in Gang. Die gemeinsamen Werte der Solidarität, Demokratie, Selbstverwaltung, die schon die Gründung der Studenten-, Friedens-, Anti-Atom-, Umwelt-, Frauen- und Kinderladenbewegung beflügelten, hatten prägende Auswirkungen auf die Beziehungen untereinander. Aber von den durch die Bewegungen inspirierten, neu gegründeten, selbstverwalteten Betrieben sind viele »auf der Strecke« geblieben. Ohne die gezielte Suche von Kooperationsbeziehungen nach außen konnten meist weder Erzeugergemeinschaften, Produktionsketten noch Kooperationen bis hin zu lokalen Ökonomien aufgebaut noch Forderungen an die Politik erarbeitet werden, die ihren leitenden Werten über Rahmenbedingungen entsprachen.

Selbstverwaltete Gemeinschaftsunternehmen sind eben auch auf eine besondere Förderung durch Ausbildungsprozesse angewiesen, um sich behaupten zu können. Eine solche Gründungsunterstützung, -beratung, -förderung und -begleitung für Gemeinschaftsunternehmen gibt es bei uns bisher im Unterschied zu unseren Nachbarländern nicht. Allein die Innova mit Sitz in Leipzig bietet eine Fortbildung für Genossenschaftsgründungen an. In wieweit sich unsere öffentlichen Universitäten auf diese Fragen einlassen, können wir daran erkennen, ob sie nicht nur solidarökonomisches Wissen in der Theorie lehren, sondern auch aktiv eine interdisziplinäre Begleitung der Gründung und Konsolidierung von Gemeinschaftsbetrieben und Genossenschaften betreiben. An einigen Universitäten gibt es Programme für Unternehmensgründer, innerhalb derer die Ideen und Prinzipien von Genossenschaften und Gemeinschaftsbetrieben jedoch eine geringe oder gar keine Rolle spielen. Die Fachhochschulen für Sozialarbeit in München und Frankfurt am Main stellen da eine Ausnahme dar.

WissenschaftlerInnen aus fünf deutschen Universitäten haben sich nach dem Kongress »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« Anfang Februar 2007 getroffen, um an ihren Universitäten die Gründungsberatung von Gemeinschaftsbetrieben zu stärken und gemeinsamen Austausch hierüber in einem Netzwerk auszubauen. Werte wie Solidarität, Demokratie und Selbstbestimmung sollen in ihre Lehre eingehen. Über entsprechende Studiengänge ist die Erforschung der eigenen Region und der Aufbau von Innovationswerkstätten (incubadoras bzw. Inkubatoren, wörtlich übersetzt: Brutstätten) für regionale Gemeinschaftsbetriebe voranzutreiben.

Vorbilder dafür wie Genossenschaftskonsortien von Kommunen, Universitäten und Unternehmen in anderen europäischen Ländern vorangetrieben werden, sind z.B. in Italien und Spanien.

Inkubation von Gemeinschaftsbetrieben

Als Antwort auf Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse haben brasilianische Universitäten seit den 1990er Jahren die Prinzipien der Inkubation von Solidarischen Wirtschaftsunternehmen in den »Technologischen Inkubatoren von Volksgenossenschaften« (ITCPs) entwickelt. Inzwischen haben über 40 Universitäten ein Netzwerk für Inkubatoren von Gemeinschaftsbetrieben gebildet (INCUBES). Auch das universitäre Netzwerk UNITRABALHO, dem über 80 Universitäten angehören, baut »Technologische Inkubatoren von Volksgenossenschaften« (ITCPs) an seinen Universitäten auf.

Die brasilianischen Universitäten unterstützen die ITCPs offiziell als Teil ihrer regionalen Arbeit. Die interdisziplinären Teams von Postgraduierten werden von ProfessorInnen verschiedener Disziplinen betreut und bilden selbstverwaltete Arbeitsgruppen an den Universitäten, die sich mit praktischen und theoretischen Fragen einer anderen Ökonomie, der Arbeitslosigkeit und ihrer Überwindung in Gemeinschaftsbetrieben befassen. Sie wurden zunehmend von Gruppen aufgesucht, die eine Begleitung für den Aufbau eines Gemeinschaftsbetriebes suchten. Die Methodologie ist darauf ausgerichtet, auf gleicher Ebene einen gegenseitigen Prozess der Wissensvermittlung einzuleiten, wobei die praktischen Strategien der Arbeitslosen ebenso von Interesse sind, wie ihre Fragen nach spezifischen Wissensgebieten der WissenschaftlerInnen. Kritische Hinterfragung aller Inhalte gehört dabei zum Prinzip, gilt es doch individuelle Konkurrenz zu überwinden und gemeinschaftliche Strategien nach innen und außen selbstbestimmt aufzubauen. Bedarf und eigene Kenntnisse werden besprochen. Regionale Potenziale und Möglichkeiten des Aufbaus von Erzeugergemeinschaften, Produktionsketten und Kooperationen bis hin zu lokalen Ökonomien sind Teil des Austausches mit anderen Initiativen. Die Erarbeitung von Forderungen an die kommunale Verwaltung wird zu einem Teil der gemeinsamen Suche nach Möglichkeiten der Entwicklung vorhandener (endogener) Potenziale. In regionalen Foren (siehe den Beitrag »Regionale Zusammenschlüsse für Solidarische Ökonomie« in diesem Band) wird ein Austausch solidarischer Wirtschaftsunternehmen und sozialer Bewegungen mit VertreterInnen staatlicher Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen verstetigt.

Jede neue Gründungsinitiative ist eine erneute Herausforderung, da Fragen der Rechtsform, der Ausbildung sowie der späteren Forschungs- und Lernprozesse für den selbstverwalteten Prozess anstehen. Gelenkt werden muss dieser Prozess in zunehmendem Grade durch das wachsende Selbstbewusstsein und

die wachsende Selbstverwaltung der Mitglieder der zukünftigen Genossenschaft oder Initiative.

Gesellschaftlicher Umbau – Aufbau sozialen Kapitals und Selbstverwaltung

Wo die lokalen wirtschaftlichen Tätigkeiten nach den gleichen solidarischen Prinzipien organisiert werden, wo demokratische Entscheidungsstrukturen und selbstverwaltete Prozesse entstehen, werden Kooperationen möglich, die daran interessiert sind, die Potenziale ihrer Regionen langfristig zu nutzen.

Regionale Kreisläufe werden reaktiviert und traditionelles Wissen kann nun mit dem Streben nach Innovation und Inklusion aller verbunden werden.

Die Curricula für die begleitenden Bildungsprozesse enthalten historische Aspekte der Arbeiterbewegung, der Analyse der eigenen lokalen, regionalen und nationalen Realität, gehen auf die psychologischen Probleme der Umstellung ein. Rechtliche, wirtschaftliche und finanzielle Fragen müssen erkundet und die technologischen Optionen nach dem Stand der Forschung im Einklang mit den jeweiligen Ökosystemen optimiert werden.

Literatur

- Alves de Oliveira, Rosangela (2007): Universität und Solidarische Ökonomie: die brasilianische Erfahrung beim Aufbau einer Methodologie, in: Müller-Plantenberg, C. (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie in Europa, Betriebe und regionale Entwicklung, Entwicklungsperspektiven Nr.85/86*, Kassel.
- Carrera, Dario/Meneguzzo, Marco/Messina, Alessandro (2007): *Inkubatoren für Soziale Unternehmen – die Italienischen Erfahrungen*, in: Müller-Plantenberg, C. (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie in Europa, Betriebe und regionale Entwicklung, Entwicklungsperspektiven Nr. 85/86*, Kassel.
- Flieger, Burghard (2000): *Produktivgenossenschaften als fortschrittsfähige Organisationen*, München.
- Flieger, Burghard (2003): *Sozialgenossenschaften*, München.
- Klöck, Thilo (Hrsg.) (1998): *Solidarische Ökonomie und Empowerment, Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 6*, München.
- Kollektiv der Innovationswerkstatt der Universität Sao Paulo (ITCP-USP)(2005): *Die Inkubation von Gruppen für Solidarische Ökonomie*, in: Müller-Plantenberg, Clarita/Nitsch, Wolfgang/Schlosser, Irmtraud (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa, Entwicklungs-Perspektiven Nr. 83/84*, Kassel.
- Kruppa, Sonia (2005): *Volkskooperativen – eine neue Perspektive für die Universität*, in: Müller-Plantenberg, Clarita/Nitsch, Wolfgang/Schlosser, Irmtraud (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa, Entwicklungs-Perspektiven Nr. 83/84*, Kassel.
- Reynaert, Els (2007): *Bausteine für den Aufbau einer Anderen Ökonomie in Rom, Italien – Konzept, Praxis und Entwicklung*, in: Müller-Plantenberg, C. (Hrsg.): *Solidarische Ökonomie in Europa, Betriebe und regionale Entwicklung, Entwicklungs-Perspek-*

tiven Nr. 85/86, Kassel.

Singer, Paul (2001): Solidarische Ökonomie in Brasilien heute: eine vorläufige Bilanz, in: Jahrbuch Lateinamerika, Münster 2001.

Whyte, William/Whyte, Kathleen King (1991): Making Mondragon: The Growth and Dynamics of the Worker Cooperative Complex, Ithaca, New York

Neoliberaler Umbau und Solidarische Ökonomie

Elisabeth Voß

Solidarische Ökonomien als Alternativen zum Neoliberalismus

Was heute unter Neoliberalismus verstanden wird, markiert einerseits den weltweiten Siegeszug der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch Wegfall der Systemkonkurrenz. Andererseits verweist er auf das Ende des rheinischen Industriekapitalismus und mit ihm auch der Ideen zu seiner Reformierbarkeit durch die Gegenmacht organisierter ArbeiterInnen. Die Spaltung in Oben und Unten wird zum dominierenden Prinzip: Im Süden werden eine Reihe von Ländern dauerhaft von wirtschaftlicher Entwicklung abgehängt, im Norden stehen atomisierte Einzelne einer Übermacht scheinbar alternativloser Sachzwänge gegenüber. Neben den menschlich, sozial und politisch katastrophalen Folgen mit zunehmender Verelendung und Entdemokratisierung droht der Zusammenbruch des gesamten Ökosystems.

Wirtschaftliche Alternativen sind dringend erforderlich, ihre Keimformen längst vorhanden. Die Wertschöpfung hierzulande erfolgt nur scheinbar überwiegend durch Lohnarbeit in hierarchischen Ausbeutungsverhältnissen. Diese ist jedoch nur möglich durch andere Arbeitsformen wie Versorgungsarbeit – meist im familiären Rahmen, Tätigkeiten zur Selbstversorgung (Eigenarbeit) und eine Vielzahl von Aufgaben, die Menschen freiwillig in der Gesellschaft übernehmen (Ehrenämter, bürgerschaftliches Engagement). Erst die Gesamtheit dieser Tätigkeiten, eine »Nachhaltige Mischarbeit«, wie sie im Entwurf einer Lokalen Agenda für Berlin enthalten war, schafft Wohlstand oder zumindest ein notdürftiges Auskommen. Diese Überlebensstrategien sind in anderen Regionen der Welt deutlich anders akzentuiert. So wirtschaften nach Aussage von Norman Chipakupaku heute etwa 80% der Weltbevölkerung in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zur Selbstversorgung im Rahmen von Strukturen einer »peoples' economy«. In Europa entstanden Genossenschaften als »Kinder der Not« zur wirtschaftlichen Selbsthilfe, wenn Markt oder Staat zum Beispiel den Bedarf an Wohnraum, gesunden Lebensmitteln oder Krediten nicht befriedigen konnten.

Es gibt kein einheitliches Konzept einer Solidarischen Ökonomie, aber eine unüberschaubare Vielzahl sowohl praktischer Projekte als auch theoretischer Abhandlungen zu alternativen, gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen, sozialen oder wie auch immer sich verstehenden Formen des Wirtschaftens. Ihre Qualität als Alternativen zum Neoliberalismus gewinnen sie, indem sie praktisch oder theoretisch den Anspruch auf Alleinherrschaft der kapitalistischen

Wirtschaftsweise widerlegen. Die praktischen Unternehmungen dieses anderen Wirtschaftens bezeugen die grundsätzliche Möglichkeit von Alternativen und zeigen gleichzeitig ihre Begrenztheit als Nischen innerhalb der dominierenden kapitalistischen Wirtschaftsweise auf.

Ein anderes Menschenbild

Ihnen liegen Welt- und Menschenbilder zugrunde, die in Opposition stehen zur Ideologie einer angeblich freien, faktisch jedoch von der Durchsetzungsfähigkeit der Reichen und Mächtigen dominierten Wirtschaftsordnung und der dazu gehörigen Ideologie des auf den verschiedenen Märkten allzeit frei entscheidenden homo oeconomicus. Solidarische Ökonomien beinhalten die Kritik des Bestehenden, indem sie versuchen, Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufzuheben und stattdessen auf der Basis gelebter Freiheit, Gleichheit und Solidarität miteinander zu wirtschaften. Die Emanzipation Einzelner ist nur möglich mit anderen, nicht gegen sie. Erst wenn Menschen von klein auf ihre kreativen Fähigkeiten in Kooperation mit anderen entfalten können, entwickelt sich ihr volles Arbeitsvermögen in herrschaftsfreien Umgebungen und selbstorganisierten Zusammenhängen.

Dementsprechend entstanden in Westdeutschland seit den 1970er Jahren Projekte gemeinsamen Lebens und Arbeitens wie selbstverwaltete Kinderläden, Schulen und Jugendeinrichtungen, Kollektivbetriebe, Kulturzentren, Hausprojekte und Kommunen. Die Möglichkeiten wirtschaftlicher Selbstorganisation innerhalb der Marktwirtschaft wurden ausgelotet, wobei eine Entkoppelung von Lohn und Leistung im Sinne urchristlicher Gemeinschaften und des frühen Marx versucht wurde. Nach anfänglich überwiegendem kreativem Chaos aufgrund der strikten Ablehnung von Regeln und Arbeitsteilung in den meisten Projekten setzte sich nach und nach bei vielen eine gewisse Professionalisierung durch. Diese ging jedoch häufig mit einem Verlust der politischen Ideen des Beginns einher.

Nutzen statt Gewinn

Das wesentlichste Unterscheidungsmerkmal einer Solidarischen Ökonomie gegenüber der herrschenden Kapitallogik ist ihre Orientierung auf den Nutzen statt auf den Gewinn. Eine Solidarische Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht die Menschen für die Wirtschaft. Ich möchte das kurz an drei Merkmalen darstellen, die in unterschiedlicher Breite und Tiefe anzutreffen sind:

1. *Selbstorganisation* von kleinen genossenschaftlichen Unternehmungen in unterschiedlichen Rechtsformen bis hin zu größeren Unternehmen im Eigentum der ArbeiterInnen (und möglicherweise auch der KundInnen) oder demokratisch kontrollierten Unternehmen der Daseinsvorsorge:

- Die demokratische Unternehmensorganisation stellt sicher, dass die Interessen der Beschäftigten gewahrt und ihre Arbeitsbedingungen von ihnen selbst gestaltet werden.
- Die Selbstbestimmung motiviert die Beschäftigten, ihr Arbeitsvermögen kann sich frei entfalten.
- Standortentscheidungen werden von den Beschäftigten (ggf. gemeinsam mit den KundInnen) getroffen. Da die Unternehmen lokal verankert sind, bleiben sie vor Ort, statt in Billiglohnländer abzuwandern.

2. *Orientierung an den Bedürfnissen der Betroffenen*, die selbst nicht in betriebliche Entscheidungen einbezogen sind, deren Folgen aber mittragen müssen, darunter KundInnen, LieferantInnen, HerstellerInnen von Rohstoffen, Vorprodukten oder Produktionsmitteln:

- Herstellung sinnvoller und nützlicher Produkte und Leistungen in hoher Qualität.
- Fairer Umgang mit allen VertragspartnerInnen, AnwohnerInnen etc.
- Berücksichtigung von ökologischen Gesichtspunkten und Aspekten des Fair Trade im gesamten Herstellungsprozess, von der Beschaffung bis zur Entsorgung am Ende des Produktlebenszyklus.

3. *Nachhaltiges Wirtschaften* im Sinne einer Gerechtigkeit sowohl zwischen allen heute lebenden Menschen als auch zwischen diesen und zukünftigen Generationen:

- Langfristige ökonomische Orientierung, z.B. durch vergesellschaftetes oder gemeinschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln (als Schutz vor Privatisierung), oder indem Gewinne im Unternehmen belassen werden (statt durch exorbitante Gewinnausschüttungen die Unternehmenssubstanz anzugreifen).
- Verfolgung ökologischer und sozialer/gesellschaftlicher Ziele nach innen und außen.

Die hier benannten Merkmale Solidarischer Unternehmungen beziehen sich auf Organisationen, die mehr oder weniger stark in die Marktwirtschaft eingebunden sind. Daneben gibt es andere Projekte, die sich vom kapitalistischen Markt abgekoppelt organisieren. Diese sind meist darauf angewiesen, dass die in ihnen Aktiven entweder einer Erwerbsarbeit nachgehen oder Rente bzw. Lohnersatzleistungen erhalten. Zumindest in Deutschland ist die materielle Existenzsicherung jenseits des Marktes kaum möglich.

Solidarische Ökonomien als Keimformen einer anderen Gesellschaft haben weltweit sehr unterschiedliche Gesichter. Sie leben vom Engagement der Beteiligten unter meist sehr ungesicherten Bedingungen. Ob sie die Kraft haben werden, dem Neoliberalismus mehr als nur punktuell Terrain streitig zu machen, wird die Zukunft zeigen.

Heinz Weinhausen

Die »Sozialistische Selbsthilfe Mülheim«

Solidarische Ökonomie für Ausgegrenzte

Gunnar ist neu bei der Kölner »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« (SSM).¹ Vor einiger Zeit lebte er noch in seinem alten Fiat, weil er es in seinem Elternhaus nicht mehr ausgehalten hatte und keine andere Bleibe wusste. Als es im September draußen zu kalt wurde, kam er in eine der Morgensitzungen unserer Selbsthilfegruppe. Er hatte in der Obdachlosenzeitung »Querkopf« gelesen, dass man bei uns mitarbeiten und wohnen könne. Ranne erklärte ihm die SSM. »Wir sind hier 20 Leute auf dem früheren Fabrikgelände, und jeder hat hier sein Zimmer oder seine Wohnung. Wir haben keinen Chef. Alles, was die Gruppe angeht, wird auf unseren Gruppentreffen besprochen und entschieden. Mit unserem LKW verdienen wir unser Geld am ersten Arbeitsmarkt durch Wohnungsaufösungen, durch Umzüge, manchmal auch Fernumzüge. Wenn die entsorgten Möbel und der Hausrat noch gut erhalten sind, verkaufen wir sie im Laden. Bei uns wird aber auch die Selbstversorgung groß geschrieben.«

»Selbstversorgung, wie macht ihr das denn?«, will Gunnar wissen. »Unsere Wohnungen und Zimmer haben wir uns selber ausgebaut. Die Häuser halten wir instand. Das Holz zum Heizen sägen wir selbst, und meistens finden wir unsere Kleidung, Möbel und Küchengeräte usw. bei den gespendeten oder entrümpelten Sachen. Montags bis freitags gibt es ein gemeinsames Mittagessen. Bei uns gilt alles, was der Gruppe wichtig ist, als Arbeit, nicht nur das Geldverdienen. Also nicht nur die Umzüge, die Haushaltsauflösungen oder der Ladendienst, auch das Betreuen der Kinder ist Arbeit oder wenn jemand den Hof kehrt, Blumen pflanzt oder sich in einer Stadtteilinitiative engagiert. Wir nennen unser Konzept »Neue Arbeit«: Jede und jeder soll nicht nur Geld verdienen, sondern auch Eigenarbeit machen und sich im Stadtteil oder für neue Projekte engagieren. Wir wollen unabhängig sein, daher nehmen wir kein Arbeitslosengeld, haben auch keine Ein-Euro-Jobs hier. Jedes Mitglied bekommt ein gleiches Taschengeld. Bei uns kann jeder mitmachen, egal ob Ausbildung oder keine. Auch Behinderte können mitmachen. Zur Zeit ist hier Freddy, der anders intelligent ist. Wir erwarten also keine olympiareifen Leistungen, wohl aber, dass sich jeder seinen Möglichkeiten entsprechend einbringt. Du hast übrigens Glück. Zur Zeit haben wir ein Zimmer frei. Du kannst direkt mitmachen und sehen, ob das hier für Dich passend ist.«

¹ www.ssm-koeln.org

Ein paar Tage später mittwochs ist die große Wochensitzung, die vier, manchmal fünf Stunden dauert. Gunnar berichtet, wie der Tag gestern beim Umzug mit den anderen vier gelaufen ist. Es war alles okay. Beim nächsten Punkt »Arbeitsverteilung« ist nichts mehr okay. Wer hat für den Nachmittag eine Möbelauslieferung mit dem LKW ausgemacht, obwohl doch klar ist, dass Detlef am Mittwochnachmittag immer das Fahrzeug inspiziert? Seit mehr als einem Jahr gibt es immer wieder eine Behinderung seiner Arbeit dadurch, dass der LKW während der Wartungszeit raus soll. Wenn aber nicht regelmäßig Öl, Luft und Bremsen kontrolliert werden, die Achsen nicht abgeschmiert werden, nicht kleinere Reparaturen durchgeführt werden, wird unser Transporter bald hinüber sein. Und regelmäßig eine Werkstatt dafür zu beauftragen, würde unsere Kasse sprengen. Detlef hat diesmal endgültig die Faxen dicke. Er habe schon vor einem Jahr gesagt, dass jetzt mal andere mit dieser Arbeit dran seien. Er brauche die Zeit dringend für andere Aufgaben. Und ab sofort mache er die Wartung nicht mehr. Er sei allenfalls bereit, jemand anders einzuarbeiten.

Aber wer macht es? Niemand meldet sich. Die Stimmung sinkt. Von den Neuen traut sich keineR diese so wichtige Aufgabe zu. Und diejenigen, die länger dabei sind, haben sich in bestimmte für die Gruppe wichtige Bereiche eingearbeitet und wollen nicht wechseln. Reinhard hat beispielsweise angefangen, in einem der Gebäude Doppelfenster zu schreinern und einzubauen. Rainer schreibt an seiner Doktorarbeit zu »Neuer Arbeit«. Gisela und Michael engagieren sich in der neuen Stadtteilgenossenschaft »WiWat«. Heinz betreut die Computer und macht beim »Institut für Neue Arbeit« mit.

An diesem Tag findet sich keine Lösung für die LKW-Wartung. Aber das Problem rührt an unserer Existenz. Ohne funktionierenden LKW können wir keine Aufträge fahren, und es fehlt uns das Geld zum Leben. Eine Woche später ist das Thema wieder auf der Tagesordnung. Und tatsächlich wollen zwei der Neuen die Wartung zusammen anpacken. Peter ist nach Jahren der Arbeitslosigkeit zur SSM gekommen. Er hat früher in einer Spedition einen Transporter gefahren. Obwohl er sich die LKW-Wartung nicht richtig zutraut, hat er erkannt, dass es auf ihn ankommt. Sascha geht mit seinen noch jungen Jahren unbefangener an Neues heran. Er hat auch schon vor Wochen begonnen zu lernen, wie ein Computer bedient wird.

Lernen, sich entfalten, sich weiterbilden geschieht bei der SSM aus vielerlei Motiven und auf vielerlei Wegen. Wenn jemand einen Garten anlegt und pflegt oder einen Proberaum zum Musizieren einrichtet, stecken dahinter Lust und Interesse. Zum anderen sind es die Erfordernisse und die selbstgesetzten Ziele der Gruppe, die eine Weiterentwicklung der Fähigkeiten mit sich bringen. Da gilt es einfach anzufangen und die Hürden nach und nach zu nehmen. Wie dies bewältigt wird, ist jedoch verschieden, und jedeR bestimmt für sich selbst, ob

sie/er Bücher wälzt, FreundInnen um Rat fragt oder sich Wissen in einem Kurs aneignet. Einige haben auch eine Ausbildung gemacht oder studiert, bevor sie zur Gruppe kamen, und bringen ihre Fähigkeiten mit ein.

Die SSM zeigt in den vielen Jahren seit ihrer Gründung im Jahre 1979, dass auch ein Arbeiten ohne Chef möglich ist und dass im selbstbestimmten Miteinander für jeden Chancen zur Selbstentfaltung entstehen. So muss niemand die ganze Woche das gleiche machen. Jeder kann und soll zwischen verschiedenen Arbeitsfeldern wechseln. JedeR kann ein Stück weit machen, was sie/er wirklich will. Und das gilt für Menschen aller gesellschaftlichen Schichten, jeden Alters, auch und gerade für Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Weit über die Hälfte der SSM-Mitglieder war früher arbeitslos.

Andererseits schließt diese Form des Arbeitens auch mit ein, eine ganze Menge Reibungen auf sich zu nehmen, die zum Beispiel entstehen, wenn Absprachen und Zusagen untereinander nicht eingehalten werden. So muss Etlliches an Problemen in den Sitzungen besprochen werden. Vieles kann dann wieder ins Lot gebracht werden. An dieser Stelle zeigt sich auch, dass nicht nur die Einzelnen dazulernen, sondern auch die Gruppe als ganze, insbesondere bei der Bewältigung von Konflikten.

Selbstbestimmtes, selbstorganisiertes Arbeiten und Leben sind auch an anderen Orten möglich. Dafür braucht es keine Ausbildung oder Studium, nur Menschen guten Willens, die bereit sind Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Allerdings braucht es besondere Voraussetzungen. Neben einem möglichst großen Anteil von Selbstversorgung sind es erschwingliches Wohnen und preiswerte betriebliche Bedingungen, so dass eine Gruppe auch mit weniger Umsatz über die Runden kommen kann. So können die Marktzwänge entschärft werden. Bei der SSM ist es so, dass die Stadt Köln ihr ein ehemaliges Fabrikgelände mit vier Gebäuden sehr günstig vermietet hat, sowohl zum Wohnen als auch für die gewerbliche Nutzung: Investivförderung statt Konsumtionshilfe. Andererseits hat die öffentliche Hand auch viel davon, weil die Gruppe nicht wenige aus der Sozialhilfe und der Arbeitslosigkeit rausgeholt hat. Wer hätte das gedacht? Menschenwürdiges Arbeiten »rechnet« sich für die Gesellschaft.

Uwe Hoering

Alternativen zur Privatisierung von Wasser und Abwasser

Die Privatisierung im Interesse großer, globaler Versorgungskonzerne wie Veolia, Suez, Biwater oder ThamesWater ist in den Ländern des Südens weitgehend gescheitert, nicht zuletzt am heftigen Widerstand eines breiten Bündnisses von gewerkschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und politischen Gruppen und Organisationen. Dadurch wurde der öffentliche Sektor entwicklungspolitisch wieder aufgewertet und Spielräume für Alternativen eröffnet, die vorher durch Auflagen internationaler Finanzinstitutionen wie Weltbank und IWF zur Privatisierung öffentlicher Versorgungsunternehmen verbaut worden waren. Ein Beispiel für die breite und lebhaftige Debatte über solche Alternativen ist das Netzwerk »Reclaiming Public Water« und dessen gleichnamige Publikation, das auf seiner Website² laufend neue Beispiele für nicht-private Versorgungslösungen vorstellt.

Die zahlreichen Ansätze, über Alternativen nachzudenken und ihre Umsetzung und Ausbreitung voranzutreiben, speisen sich aber nicht nur aus dem Rückzug der Konzerne, sondern auch aus dem nach wie vor bestehenden Privatisierungsdruck. So fordert und fördert die Weltbank auch weiterhin die Beteiligung privater Unternehmen, etwa in zahlreichen mittelgroßen Städten in Mexiko, die jetzt jedoch häufig aus Ländern des Südens selbst wie Südafrika oder Malaysia kommen. Nach wie vor ist es daher notwendig, den Privatisierungs-IdeologInnen entgegen halten zu können: There are many alternatives.

Die Renaissance des öffentlichen Sektors in der Wasserpolitik kann aber nicht die Verteidigung des Status quo bedeuten. Auch öffentliche Unternehmen, insbesondere in Ländern des Südens, sind häufig korrupt, ineffizient und nicht an einer Versorgung der ärmeren Bevölkerungsgruppen oder der ländlichen Gebiete interessiert. Manche sind durch eine allzu enge Verbindung mit Staat oder Parteien zu Erbhöfen und Pfründen einflussreicher Gruppen geworden, andere durch den Druck internationaler Finanzinstitutionen auf die Regierung, die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren, finanziell ausgetrocknet.

Die Alternativen, die sich abzeichnen, lassen sich grob in drei Muster einteilen, wobei die Verwirklichung jeweils stark vom gesellschaftlich-politischen Umfeld abhängt:

- Viele der bestehenden öffentlichen Unternehmen können reformiert und damit wirtschaftlicher und stärker auf die Bedürfnisse der VerbraucherInnen

² www.waterjustice.org

ausgerichtet werden. Anstöße dazu gehen oft vom Management selbst aus und werden, wie etwa im argentinischen Buenos Aires, gemeinsam mit Gewerkschaften, VerbraucherInnen- und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen umgesetzt. Hierbei geht es auch um eine neue »Unternehmenskultur«, die anstelle der bislang vorherrschenden, aus den Industrieländern importierten Modelle aufwändiger, teurer großtechnologischer Infrastruktur angepasste, dezentrale und bedarfsorientierte Lösungen entwickelt. Solche Reformen können erhebliche finanzielle Einsparungen bringen, die wiederum die Motivation zur Reform verstärken. Sie können aber auch den Ressourcenverbrauch verringern, etwa durch die Beseitigung von Lecks im Leitungssystem oder durch Sparmaßnahmen.

- Weitergehend gibt es Bestrebungen, öffentlich kontrollierte Versorgungsunternehmen in einen partizipativen städtischen Entscheidungs- und Kontrollprozess einzubetten. Ein Vorbild dafür ist der so genannte Bürgerhaushalt im brasilianischen Porto Alegre, bei dem alle BürgerInnen über städtische Ein- und Ausgaben mitentscheiden und damit die Mittelverteilung zugunsten wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, Gesundheit oder Bildung beeinflussen können. Dieses Modell verknüpft beispielhaft die öffentliche Finanzierung, die organisatorische Eigenständigkeit des Unternehmens und die gesellschaftliche Kontrolle durch repräsentative Gremien – mit großem Erfolg, was Versorgungsdichte, Kosten und Wirtschaftlichkeit betrifft.
- In vielen ländlichen Regionen oder in armen Stadtvierteln, in denen der Staat bzw. die Stadtverwaltung nicht präsent ist, sind »Selbsthilfe«-Lösungen erforderlich. Genossenschaften, VerbraucherInnenzusammenschlüsse, nicht-staatliche Organisationen usw. haben zahlreiche Beispiele für lokale, selbstbestimmte und kostengünstige Lösungen für Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und den sanitären Bereich entwickelt. Deren Nachhaltigkeit hängt von der Breite und Dauerhaftigkeit der Beteiligung der jeweiligen Bevölkerungsgruppen ab.

All diese Reformen lassen sich unter dem Stichwort der »Demokratisierung« zusammenfassen. Gemeinsame Kriterien solcher Alternativen zur Privatisierung sind größtmögliche Transparenz, die gleichberechtigte Beteiligung aller NutzerInnen und eine gesicherte Grundversorgung für alle, unabhängig von ihrer Kaufkraft.

Das schließt eine Beteiligung privater Unternehmen für einzelne Aufgaben, etwa den Bau von Kanalisation oder Kläranlagen oder das Management einzelner Betriebsabläufe nicht aus, doch muss sie unter öffentlicher, demokratischer Kontrolle bleiben. Das Profitmotiv soll nicht zum bestimmenden Ziel der Versorgung werden.

Teilweise werden solche Modelle ohne staatliche Unterstützung entwickelt und durchgeführt, insbesondere die kleineren Selbsthilfe-Projekte oder Versorgungsstrukturen im ländlichen Bereich. Viele werden aber auch in Kooperation mit staatlichen Institutionen verwirklicht und durch Subventionen gefördert, wobei ihre Autonomie gegenüber politisch motivierter Einflussnahme eine wichtige Bedingung ist. Am ehesten scheinen alternative Modelle erfolversprechend, die sich – wie das in Porto Alegre am weitestgehendsten der Fall ist – nicht nur auf einen Bereich wie Wasser/Abwasser beschränken, sondern eingebettet sind in eine umfassende politisch-soziale Transformationsbewegung.

Entstanden sind viele Reformansätze und Bestrebungen, demokratisch kontrollierte, öffentliche Versorgungssysteme umzusetzen, oftmals aus dem Widerstand gegen Privatisierungen oder Privatisierungsversuche oder aus Bewegungen mit einem klar umrissenen Ziel wie etwa die erfolgreiche Kampagne in Uruguay, ein Privatisierungsverbot in die Verfassung aufzunehmen. Der Übergang von der Defensive zur konstruktiven Umsetzung von funktionierenden, praktikablen Lösungen ist allerdings nicht einfach. Koalitionen fallen nach einem Erfolg oftmals auseinander. Die Mobilisierung gegen einen privaten, ausländischen Konzern mit einer bekannt schlechten Bilanz, wie es bei den Global Players im Wassersektor der Fall ist, ist leichter aufrecht zu erhalten, als ein dauerhaftes Engagement, um in mühsamer Klein- und Überzeugungsarbeit institutionelle Rahmenbedingungen zu verändern und gewohnte Bahnen zu verlassen. Die zahlreichen erfolgreichen Beispiele wie die Wasserkoooperativen in Argentinien, der Ausbau der öffentlichen Versorgung in Dhaka, Bangladesh, die Partnerschafts-Abkommen zwischen öffentlichen Unternehmen aus Nord und Süd, die Wasserversorgung in Savelugu (Ghana), die durch die Bevölkerung selbst kontrolliert wird, oder die Re-Kommunalisierung der Wasserversorgung in Grenoble (Frankreich) sind da Anreiz und Ermutigung.

Literatur

Transnational Institute(Hrsg.) (2005): Reclaiming Public Water. Achievements, struggles and visions from around the world, <http://www.tni.org/books/publicwater.htm>.

Regine Hassenpflug

Wassergenossenschaften: Das Beispiel Schönstadt-Schwarzenborn

Schönstadt ist ein 1.600-EinwohnerInnen-Dorf in Mittelhessen, Ortsteil der Gemeinde Cölbe. Cölbes Gemeindegebiet liegt am Südrand des Burgwaldes im Hessischen Bergland und grenzt direkt an die südlich gelegene Universitätsstadt Marburg.

Im Jahr 2005 wollte der relativ neue, parteilose Bürgermeister von Cölbe die Wasserversorgung in den Ortsteilen vereinheitlichen, und zwar durch einen Zusammenschluss mit den Stadtwerken Marburgs. Das Kapital für den Rückkauf einiger Leitungen vom Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW) sollte durch eine Beteiligung von EON (damals EAM) aufgebracht werden. Gegen diese Pläne regte sich massiv Widerstand und Protest der BürgerInnen, so dass eine Diskussion um die Zukunft der Wasserversorgung in den Ortsteilen entstand. Auf keinen Fall sollte Trinkwasser in unserer Gemeinde dazu dienen, einem Konzern zu Profit zu verhelfen!

Und wer glaubt, dass hier der Teufel an die Wand gemalt wird und ein wirtschaftlich ausgerichteter Konzern viel besser als eine Gemeindeverwaltung in der Lage ist, gutes Trinkwasser günstig und für alle profitabel zu liefern, sollte sich mit dem Beispiel Berlin beschäftigen! Berlin hat 1999 50% seines bis dahin profitablen Wasserwerkes für 1,68 Milliarden an die Firmen EON und Veolia verkauft. Dazugegeben hat die Stadt eine sittenwidrige auf 28 Jahre garantierte Rendite von 8%. Natürlich sind, anders als versprochen, die Wasserpreise seitdem um 30% gestiegen, und die Wasserqualität hat sich verschlechtert. In England wurde schon fünf Jahre früher mit der Privatisierung im Trinkwasserbereich begonnen. Nach Abzug der Kapitalrücklagen für die Instandhaltung durch die neuen Besitzer sind die Leitungen dort so undicht, dass 25% des durchgeleiteten Wassers versickern. Auch dort sind die Wasserpreise seitdem um bis zu 70% angestiegen.

In Schönstadt, das als einziges Cölber Dorf noch einen Brunnen hat, der hervorragendes Wasser ausschließlich für Schönstadt liefert, formierte sich ein Kreis von BürgerInnen, die sich nicht der Ungewissheit von Gesamtgemeindeentscheidungen aussetzen wollten – und versuchte, ein Modell zu entwickeln, durch das die Versorgung von Schönstadt mit Schönstädter Wasser dauerhaft gesichert werden kann. Schnell wurde die Genossenschaft als beste Möglichkeit ausgewählt, denn sie ist basisdemokratisch wie ein Verein. Jedes Mitglied hat eine Stimme, auch wenn es mehrere Anteile besitzt. Durch die Beratung des

Genossenschaftsverbands wird sie professionell und auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb ausgelegt. Der Ortsteil Schwarzenborn, der nur 50 Haushalte hat, beteiligte sich an der Idee mit dem Wunsch, ebenfalls an einen nahen Brunnen von der Schönstädter Seite aus angeschlossen zu werden.

Der Gemeinderat in Cölbe fasste einen Beschluss, nach dem er die Übergabe der Schönstädter Wasserversorgung unter bestimmten Bedingungen befürwortete. Gegen diesen Beschluss wurde ein Bürgerentscheid durchgeführt, der aber mangels Beteiligung nicht zu einer erzwungenen Rücknahme dieses Beschlusses führte. Eine Bedingung des Gemeinderates für die Übertragung der Wasserversorgung auf eine Genossenschaft war, dass mindestens die Hälfte der 490 Schönstädter + Schwarzenborner Haushalte Mitglied werden würde. Diese Vorgabe wurde durch die Ausgabe von fast 350 verbindlichen Optionsscheinen für je 200 Euro erreicht.

Privatisierung?

Im streng juristischen Sinne ist die Übertragung der Pflicht zur Wasserversorgung auf eine Genossenschaft eine Privatisierung, was auch von GegnerInnen der Wassergenossenschaft Schönstadt-Schwarzenborn häufig und gerne betont wird. Jedoch handelt es sich bei einer so großen Basis – fast 350 von 490 Haushalten wollen freiwillig Genossenschaftsmitglied werden und setzen dafür eine nicht unerhebliche Menge Geld ein – eher um eine Übergabe des Wassers in Bürgerhand. Viele BürgerInnen sind bereit, unter Einsatz von Geld und Zeit Verantwortung für eine gemeinschaftliche Aufgabe zu übernehmen. Wenn die Genossenschaft arbeitet und funktioniert, wird ein großer Gewinn für das Gemeinschaftsgefühl des Dorfes erwartet. Unser Nachbarort Oberrospe hat gerade eine Bioenergie-Heizkraftwerks-Genossenschaft gegründet.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Jedes Bundesland hat sein eigenes Wassergesetz. Daher ist es schwierig, Aussagen über gesetzliche Vorgaben oder bestehende Verträge von einem Bundesland auf das andere zu übertragen. Für Hessen ermöglicht die Änderung des Wassergesetzes aus dem Jahr 2005, dass die Wasserversorgung von der öffentlichen Hand an andere Träger (Genossenschaften, aber auch EON o.ä.) abgegeben werden kann. Die Abgabe muss aber befristet sein und kann rückgängig gemacht werden (§39 HWG).

Andere Wassergenossenschaften in Deutschland

In Deutschland gibt es nicht viele Wassergenossenschaften. Das liegt wahrscheinlich daran, dass es in den vergangenen Jahrzehnten vom Gesetzgeber nicht vorgesehen war, die Wasserversorgung in andere als in öffentliche Hände zu

legen. Einige Wassergenossenschaften in Deutschland sind auch schon 50 und mehr Jahre alt – ihre Vertragswerke sind, sofern überhaupt bekannt, nicht auf eine Neugründung zu übertragen. Viele Genossenschaften beliefern weniger als 50 Haushalte und sind Zwangsgenossenschaften, d.h. Wasser erhält nur, wer Mitglied ist.

Die 51 Jahre alte Wassergenossenschaft Großropperhausen, wie Schönstadt im Landkreis Marburg-Biedenkopf, ist bisher die einzige hessische Wassergenossenschaft. Im Sauerland in der Gemeinde Plettenberg gab es einige Wassergenossenschaften, die inzwischen in GmbHs umgewandelt wurden. Die Köbinghauser Wasser-Interessengemeinschaft dort feierte jedoch kürzlich ihr 100-jähriges Bestehen. Ellerhoop ist eine Neugründung aus dem Jahre 2003 in Schleswig-Holstein, wo es an die 100 alte Wassergenossenschaften gibt.

EU-Recht

Die EU-Kommission erlässt verbindliche Sektorrichtlinien, die den Wettbewerb und die Vergaberichtlinien in der EU in bestimmten Bereichen regulieren. Die Sektorenrichtlinie für Telekommunikation und Energie führte bei uns in Deutschland zum Beispiel zu einer deutlichen Senkung der Telefongebühren in den letzten Jahren.

Die vorige EU-Kommission unter Prodi wollte eine Sektorenrichtlinie für Dienstleistungen von Öffentlichem Interesse, wie Verkehr, Wasser, Post, Energie etc. erlassen. Damit würde die Wasserversorgung unter das europäische Vergaberecht gefallen, und eine Genossenschaft hätte bei einem Kampf um eine Wasserversorgung kaum eine Chance, die günstigste Bieterin zu sein, da sie nach den europäischen Vergaberichtlinien wie jedes andere Unternehmen behandelt wird. Bei jeder Neuvergabe müsste dann eine Ausschreibung erfolgen. Die jetzige Kommission hat kein Interesse an einer solchen Richtlinie, aber wer weiß, was mit der nächsten ist?

Literatur

<http://www.wassergenossenschaft-schoenstadt-schwarzenborn.de>

<http://www.zmw.de>

Eva Stützel

Stiftung trias – ein Beispiel für Solidarische Ökonomie zwischen Wohnprojekten

Stiftungen – ist das nicht nur etwas für reiche Menschen, die ihr Geld für eine mehr oder weniger sinnvolle Sache geben wollen und ihren Namen damit verbinden wollen? Spielen Stiftungen in der Solidarischen Ökonomie noch eine andere Rolle, als die der Geldgeberin für Projekte oder als ein Weg, Vermögen steuerbegünstigt für sinnvolle Zwecke zu geben?

Das Beispiel der Stiftung trias³ zeigt auf, wie Stiftungen neben den bekannten Wegen noch wirken können. Die Stiftung trias unterstützt die ideellen Ziele von Wohnprojekten, indem sie den Grundbesitz dauerhaft der Spekulation entzieht und langfristig an die Ziele des Projektes bindet. Sie bietet Wohnprojekten die Möglichkeit, die steuerlichen Vorteile von Stiftungen für ihre Zwecke zu nutzen, ohne eine eigene Stiftung gründen zu müssen. Langfristig trägt sie zu einer gegenseitigen Unterstützung von Wohnprojekten bei, indem etablierte Projekte Neugründungen oder finanzschwache Projekte unterstützen.

Die Arbeit der Stiftung trias

Die Stiftung trias wurde 2002 gegründet, um Wohnprojekte zu fördern, die Antworten auf die gesellschaftlichen Fragestellungen der Bodenspekulation, des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ökologischer Verhaltensweisen suchen. Denn unsere Wohnform beeinflusst unseren Umgang mit Boden, unsere täglichen Kontakte und unseren Ressourcenverbrauch. Der spekulative Umgang mit Boden führt zu rapiden Preissteigerungen, die viele Menschen von der Nutzung des Bodens ausschließen. Wenn der Boden zu teuer ist, fehlt das Geld für soziale und ökologische Aufgaben. Unsere Gesellschaft ändert sich – Familienzusammenhänge lösen sich auf, die Gesellschaft altert, die Bevölkerung nimmt ab. Nachbarschaftliche Kontakte und gemeinschaftliches Handeln werden zur Seltenheit, während die Zahl der Single-Haushalte zunimmt. Unser Verbrauch von Ressourcen wie Boden, Energieträgern und Rohstoffen steigt stetig und zu Lasten künftiger Generationen. Nach dem Motto »global denken – lokal handeln« müssen ökologische Lebensweisen im Wohnbereich realisiert werden. Fünf Jahre nach ihrer Gründung hat sich die Stiftung etabliert und es haben sich bereits 14 Projekte mit der Stiftung verbunden.

³ www.stiftung-trias.de

Die Grundidee der Verbindung zwischen trias und Wohnprojekten

Die Stiftung trias wird Grundeigentümerin für das Gelände des Wohnprojekts. Sie schließt mit dem Wohnprojekt einen Erbaurechtsvertrag über dieses Gelände ab. In dem Erbpachtvertrag werden neben den üblichen Elementen eines Erbpachtvertrages auch die grundlegenden inhaltlichen Ziele des Projektes – die das Projekt selber formuliert – hereingeschrieben, mit der Festlegung, dass das Gelände diesen Zielen gewidmet werden soll und dass bei einer Entwicklung, die sich von diesen Zielen entfernt, der Heimfall (die Übertragung der Eigentumsrechte des Hauses an die Stiftung) eintreten kann. Wenn sich dann im Laufe der Jahrzehnte das Projekt so grundlegend verändert, dass die grundlegenden Ziele nicht mehr erreicht werden, oder wenn durch interne Konflikte Menschen aussteigen, die ausgezahlt werden müssen, so sorgt die Erbaurechtskonstruktion mit der Stiftung trias dafür, dass das Projekt im Sinne der Ziele der ProjektgründerInnen weitergeführt wird. Das Wohnprojekt zahlt einen Erbbauzins an die Stiftung trias. Mit diesem Erbbauzins können wiederum gemeinnützige Vorhaben sowohl im eigenen Projekt als auch in anderen Projekten gefördert werden.

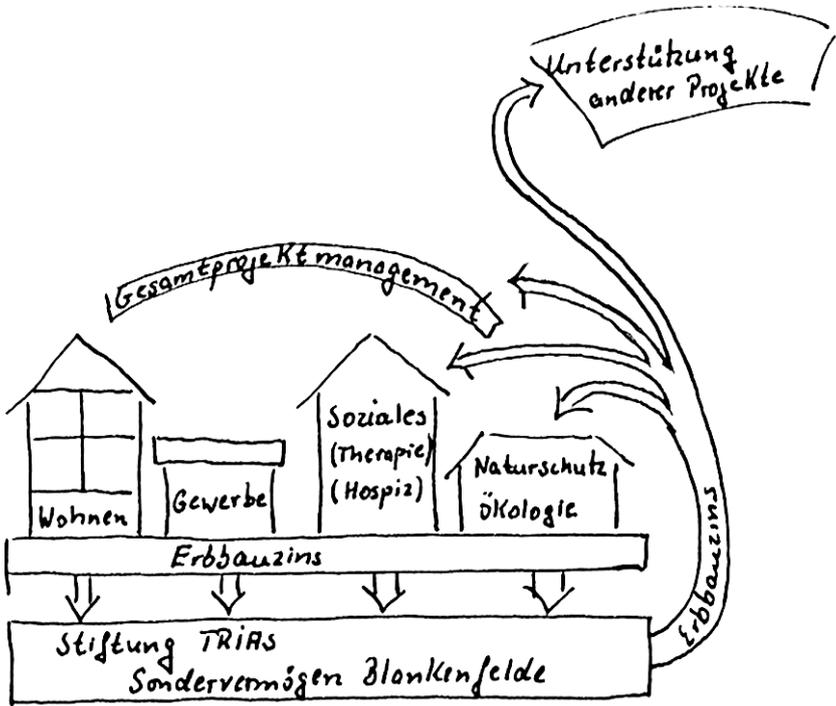
Erbbauzins als institutionalisierte Umverteilung

Durch den Kauf des Bodens durch die Stiftung spart das Projekt in der schwierigen Startphase Geld – und durch die dauerhafte Zahlung des Erbbauzinses zahlt ein Projekt auch dann noch einen Betrag für den Boden, wenn die Kredite für den Boden längst abbezahlt wären. Diese Mehrbelastung kommt jedoch oft erst nach 20 Jahren zum Tragen – eine Phase, in der meist nicht mehr die GründerInnen, die mit Idealismus viel für das Projekt gegeben haben, dort leben, sondern eine zweite oder dritte Generation, die dann von den Anstrengungen der Gründungsgeneration profitiert und oft in recht gesicherten Verhältnissen lebt. Etablierte Projekte ermöglichen dann in dieser Phase durch ihren Erbbauzins, dass die Stiftung interessante Projekte, die eine Unterstützung brauchen, fördern kann.

Bei großen Projekten mit unterschiedlichen Teilprojekten können mit dem Erbbauzins der nicht-gemeinnützigen Teilprojekte die gemeinnützigen Teilprojekte unterstützt werden, wie beispielsweise im Projekt »Stadtgut Blankenfelde«. Die Grafik auf der folgenden Seite skizziert unser Vorgehen.

Stiften und Schenken als Finanzierungsbaustein

Die Stiftung trias verfügt zur Zeit nicht über die liquiden Mittel, die notwendig wären, um aus eigener Kraft den Boden für Projekte zu kaufen. So sind die meisten Projekte, die sich an die Stiftung wenden, enttäuscht, wenn sie hören, dass auch in der Verbindung mit der Stiftung das Geld für den Erwerb des Bodens von der Initiative selbst aufgebracht werden muss.



Skizze aus der Projektkonzeption Stadtgut Blankenfelde

Wo bleibt dann der finanzielle Vorteil von Projekten, die sich mit der Stiftung verbinden? Immer wenn Schenkungsaspekte eine Rolle spielen können, kann es auch finanziell interessant sein, mit der Stiftung trias zusammen zu arbeiten. Einige kurze Beispiele aus der Praxis:

- Die Mitglieder eines Altenwohnprojektes wollen über das Erbbaurecht die Projektziele sichern und langfristig einer zukünftigen Generation, die weniger Rente haben wird als sie, gemeinschaftliches Wohnen ermöglichen. Sie geben zinslose oder niedrig verzinsten Darlehen an die Stiftung trias. Über 25 Jahre wird dieses Darlehen »abgewohnt«, d.h. jährlich wird auf 4% des Darlehensanspruches verzichtet, was einer jährlichen Schenkung gleichzusetzen ist, die steuerlich absetzbar ist.
- Eine Genossenschaft erhält eine Erbschaft und zahlt dafür ca. 50% Erbschaftsteuer. Statt dessen wäre ein Testament zugunsten der Stiftung trias und eine nachfolgende Darlehensgewährung an die Genossenschaft oder Zeichnung von Genossenschaftsanteilen viel sinnvoller.

- Ein auf Selbstversorgung ausgerichtetes Projekt bekommt das Angebot, Wald und Acker des Nachbarn zu kaufen. Aus eigener Kraft können die Mittel dafür nicht aufgebracht werden, aber eine Kooperation mit der Stiftung trias macht es möglich, im Projektumfeld um zweckgebundene Zustiftungen zu werben, die dann für den Kauf des Geländes eingesetzt werden. Weder die Projektgenossenschaft noch der gemeinnützige Bildungsbetrieb des Projektes könnten diese zweckgebundenen Zustiftungen ohne erhebliche steuerliche Einbußen annehmen.
- Eine GbR will ihr zukünftiges Grundstück von vorneherein aus der Spekulation herausnehmen. Jedes Mitglied stiftet 5.000 Euro und erhält so, je nach persönlichem Einkommenssteuersatz eine Steuerrückvergütung. Der Restbetrag zum Kauf des Grundstückes wird von der Stiftung trias finanziert und über den Erbbauzins abbezahlt.

Grundsätzlich sollte die Haltung der kooperierenden Projekte und der StifterInnen mit einem Nutzen für das Projekt, aber auch für die Stiftung und damit für weitere Projekte verbunden sein.

Matthias Möller

Vagabundierende Häuser in Selbstorganisation

»Vagabundierende Häuser« heißen in der Verwaltungssprache jene Häuser, denen kein EigentümerIn zugeordnet werden kann. Das ist in einer auf Privateigentum beruhenden Gesellschaft eine solche Ungeheuerlichkeit, dass man dafür einen Begriff mit leicht bedrohlichen, anti-bürgerlichen Anklängen gewählt hat. Das Mietshäuser-Syndikat könnte demzufolge als ein Zusammenschluss vagabundierender Häuser bezeichnet werden. Es ermöglicht den Kauf selbstverwalteter Hausprojekte durch die Bewohnerschaft auf der Grundlage neutralisierten Eigentums an Gebäuden und Grundstücken, die fortan dem Markt und seinen Verwertungsansprüchen entzogen sind. Formal gibt es zwar eine Eigentümerin (eine Haus-GmbH), diese ist jedoch eine ausgeklügelte Konstruktion, die dafür sorgt, dass spekulativer Gebrauch, Weiterverkauf und private Gewinnaneignung ausgeschlossen sind. Die Hausgemeinschaften können innerhalb dieser Rahmenvorgaben selbstbestimmt und basisdemokratisch alle hausinternen Belange regeln. Den Bestand des Projekts antasten können sie nicht.

Daneben sorgt ein Solidartransfer von länger bestehenden zu neuen Projekten dafür, dass mit zunehmender Entschuldung der vom Markt genommenen Häuser

mehr und mehr Kapital in die Unterstützung neuer Hausprojekte fließen kann. Damit wird ein Weg bestritten, der nicht auf immer billigere Mieten hinaus läuft (letztlich auch nur eine Privatisierung von Gewinnen), sondern einen sich selbst erneuernden, expansiven Topf an Förderkapital installiert: einen revolvierenden Solidarfonds. Dieses Modell einer solidarischen Gegenökonomie boomt in einem Umfang, von dem die Privatwirtschaft nur träumen kann. Waren es vor fünf Jahren noch zehn, so sind es heute bereits über 30 realisierte Syndikatsprojekte mit ca. 850 BewohnerInnen. Dabei ist der dahinter stehende Gedanke keinesfalls neu. Ganz im Gegenteil.

Die Idee einer Gegen-Ökonomie, die in der Lage ist, mit dem kapitalistischen Markt zu konkurrieren und ihn Stück für Stück zurückzudrängen, existiert bereits seit den so genannten utopischen SozialistInnen. Sie verfolgten damit den Aufbau einer libertären, sozialistischen Gesellschaft ohne revolutionären Umsturz. Davon hielt die Politik der Ersten Internationale und der SPD vor dem ersten Weltkrieg nicht viel. Stattdessen trat Letztere sogar dafür ein, solchen Projekten entgegenzutreten, da durch sie die »falsche Idee« transportiert würde, die Befreiung der Arbeiterklasse könne auf anderem Weg als der Eroberung der politischen Macht geschehen.

Im Zuge der Novemberrevolution stand die SPD 1918 dann auch ziemlich konzeptlos vor der Frage, wie denn nun die auf der Tagesordnung stehende Sozialisierung konkret angegangen werden könne, da niemand wusste, »wie die langersehnte und erstrebte Überführung der Produktionsmittel aus den Händen Privater in die Gesellschaft zu vollziehen sei« (Weiss 1930).

Mit dem Scheitern der sozialistischen Revolution und dem ergebnislosen Ende einer Kommission, die Fragen der Vergesellschaftung der Betriebe klären sollte, machten sich zahlreiche Basis-Initiativen auf den Weg, mit Hilfe von solidarischen Ökonomieformen die Verwirklichung einer anderen Gesellschaft konkret anzugehen. Bauhütten, WohnungsreformerInnen und Konsumgenossenschaften bezogen sich oftmals auf ein Modell, das nicht nur genossenschaftliche Kooperation gegen privatwirtschaftliche Konkurrenz sondern auch den Aufbau einer sozialistischen Gegen-Ökonomie mit vergesellschafteten (im Gegensatz zu verstaatlichten) Betrieben vorsah.

In der Wohnungsreformbewegung begeisterte man sich zum Beispiel für die Idee eines entschuldeten und von Verwertungsansprüchen befreiten Immobilienbestandes. MieterInnen müssten hier weder die Zinskosten der (durch Weiterverkäufe nie endenden) Schuldenlast noch die Profite der EigentümerInnen bezahlen, sondern alleine die Betriebskosten. Da dies jedoch lediglich einer zufälligen NutzerInnengruppe zugute kommen würde, sollte ein Solidarbeitrag zur Finanzierung künftiger, ebenso entschuldeter Neubauten eingeführt werden, um so die stetige Expansion des Modells sicherzustellen.

Auch wenn in Deutschland diese Ideen keine Umsetzung fanden, gab es doch im deutschsprachigen Ausland sehr positive Erfahrungen, zum Beispiel die Siedlung Freidorf bei Basel oder die Wohnungspolitik des Roten Wiens. Hierzulande verfolgten Bauhütten und Konsumgenossenschaften, unterstützt von Gewerkschaften den Anspruch, Teile der erwirtschafteten Überschüsse in den Ausbau einer klassenbezogenen Gegenökonomie zu stecken. Nationalsozialismus und die wirtschaftliche Entwicklung im Nachkriegs-Deutschland bedeuteten dann ein jähes Ende dieser progressiven, reformökonomischen Praktiken und Ideen.

Erst zu Beginn der 1980er Jahre wurden sie für den Wohnbereich wieder aufgegriffen, als der Wirtschaftsreformer Klaus Novy in der Frage nach geeigneten Trägerformen für die Vielzahl besetzter Häuser eine große Chance für ein eigentumsneutralisierendes Selbstverwaltungsmodell mit Solidartransfer sah. Novy zufolge müssten erst zu nehmende reformpolitische Trägermodelle nicht nur die bestandsbezogenen Verwertungsansprüche still stellen, sondern auch mit zunehmender Entschuldung einer nach außen gerichteten Solidarverpflichtung nachkommen. Auch dieses Mal wurde die Idee nicht aufgegriffen, doch stand sie wenige Jahre später Pate bei der Gründung des Freiburger Mietshäuser Syndikats.

Aus dem Bisherigen lassen sich die Alternativen zur kapitalistischen Art des Wirtschaftens genauer fassen. Handelt es sich dabei um nicht-kapitalistische Projekte im Sinne einer gegenseitigen Mitgliederförderung, in denen andere als marktförmige Beziehungen die internen Belange regeln, oder handelt es sich um antikapitalistische Projekte, die zudem mit einem nach außen gerichteten Solidartransfer den Anteil von marktregulierten Bereichen zurück drängen? Dies erst stellt eine Solidarische Ökonomie dar, die auch in Gegnerschaft zur herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsweise steht.

Solche Projekte stehen jedoch vor deutlich größeren Schwierigkeiten, da die Mitgliederförderung, also die Binnen-Solidarität des Projekts, sehr oft im Widerspruch zur nach außen gerichteten, projektübergreifenden Solidarität geraten kann. Hierzu bedarf es neben durchdachten Strukturen einer Kultur, die in der Lage ist, projektübergreifende Solidarität im Alltag der beteiligten Menschen und ihrem Handeln zu verankern. Oft kommt es in Wohnprojekten zu Problemen, wenn zum Beispiel persönliche Konflikte entstehen oder wenn der Anspruch auf Binnensolidarität in Konflikt zum Solidartransfer gerät. Gerade dieser Punkt kann angesichts der derzeitigen Sozialkürzungen, die das Recht vieler Menschen auf eine würdige Existenz in Frage stellen, zu einer Herausforderung werden.

Denn letztlich können Projekte einer solidarischen Gegen-Ökonomie nicht die Zumutungen der Herrschenden abfangen und sie sollen es auch nicht. Hier

hilft grundsätzlich nur der gemeinsame Kampf aller vom Sozialabbau Betroffener und nicht das Aufgeben sozialreformerischer Grundsätze zugunsten einer Unterstützung von projektinternen Betroffenen.

Die Möglichkeit, persönliche Konsequenzen aus gesellschaftspolitischen Niederlagen in solidarischen Projekten abzufedern, mag aus der Sicht Einzelner von Bedeutung sein. Aus reformökonomischer und gesellschaftspolitischer Sicht ist sie das nicht. Die Herausforderung besteht darin, diesen Widerspruch in den Projekten auszuhalten.

Literatur

Novy, Klaus (1983): Genossenschaftsbewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform, Berlin.

Weiß, Wiso (1930): Die Sozialisierung des Wohnungswesens unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Deutschland und Österreich, Heidelberg.

Syndikat: <http://www.syndikat.org>

Elisabeth Voß

Solidarische Alternativen in der Gesundheitsversorgung

Von einer »Gesundheit für alle« (Millenniumsziel der Weltgesundheitsorganisation) sind wir weit entfernt. Im Gegenteil verschlechtert sich die weltweite Gesundheitssituation, AIDS/HIV nehmen zu, und der Zugang zu angemessener Behandlung und bezahlbaren Medikamenten für Arme ist erschwert. In Deutschland war die Einführung der Riester-Rente 2001 der Einstieg in den Abbau der paritätischen Sozialversicherung.

Am 1. Juli 2005 traf es dann auch die Krankenversicherung. ArbeitnehmerInnen müssen nun einseitig einen Sonderbeitrag leisten. Mit der aktuellen Gesundheitsreform wird ab 2009 über mögliche Zusatzbeiträge die Parität weiter ausgehöhlt, Selbstbehalttarife und Kostenerstattungen widersprechen dem Solidarprinzip, indem diejenigen bevorzugt werden, die weniger Leistungen in Anspruch nehmen. Gesundheit gilt als machbar, Krankheit ist selbst zu verantworten. Es entsteht eine Zwei-Klassen-Medizin: Spitzenleistungen der Medizintechnik und Pharmakologie für diejenigen, die private Vorsorge betreiben können, Billigvarianten für Arme.

Im Pflegefall haften Kinder für ihre Eltern. Da die Pflegeversicherung bei stationärer Unterbringung nur einen Teil der entstehenden Kosten deckt, haben Kinder die »Wahl«, ihre Eltern entweder zu sich zu nehmen und selbst zu pflegen

oder sich an den Pflegekosten zu beteiligen. »Die Alten« gelten als Problem in einer reichen, aber zunehmend sozial gespaltenen Gesellschaft, Behinderungen sollen durch vorgeburtliche Auslese vermieden werden. Leistungsfähigkeit und Gesundheit stehen hoch im Kurs, was gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte mit der systematischen Vernichtung »lebensunwerten Lebens« zu denken gibt.

Projekte in Deutschland

Aus der Kritik an einer entmündigenden, einseitig schulmedizinisch ausgerichteten Apparatedizin entwickelte sich im Zuge der alternativen Bewegungen eine Vielfalt an naturheilkundlichen und therapeutischen Angeboten. Nur wenige dieser neuen Methoden werden von Krankenkassen anerkannt, die Leistungen von HeilpraktikerInnen und KörperpsychotherapeutInnen müssen in der Regel aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Es entstanden verschiedenste Selbsthilfegruppen, die Beratung und gegenseitigen Austausch anbieten. Um Selbstbestimmung bis zum Schluss geht es in der Hospizbewegung, Schmerzinderung und würdiges Sterben werden durch die Zusammenarbeit von bezahlten und ehrenamtlichen HelferInnen ermöglicht.

Ein Kristallisationspunkt der Frauenbewegung war der Kampf gegen den §218. Alice Schwarzer initiierte 1971 die Selbstbeziehungskampagne, bei der 374 Frauen im Stern erklärten: »Ich habe abgetrieben und fordere das Recht für jede Frau dazu.« Der Anspruch auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper beinhaltet bis heute die Kritik an einer männerdominierten Medizin, die Organisation eigenen Wissens und die Entwicklung auf Frauen abgestimmter schulmedizinischer Behandlungsmethoden und Medikamente sowie alternativer medizinischer Ansätze. So blickt z.B. das Berliner Feministische Frauengesundheitszentrum (FFGZ) auf eine 33-jährige erfolgreiche Geschichte zurück. Es bietet Gesundheitskurse und fachkundige Beratungen an und bemüht sich um Mitwirkung an gesundheitspolitischen Entscheidungen.

In Assistenzgenossenschaften schließen sich Menschen mit Behinderungen zusammen, die nicht passiv gepflegt werden wollen, sondern die Unterstützungsleistungen, die sie benötigen, gemeinsam selbst organisieren. Immer mehr Hausprojekte entstehen, in denen Menschen unterschiedlichen Alters gemeinsam leben und sich bei Krankheit oder altersbedingter Hilfebedürftigkeit gegenseitig unterstützen. Mehr oder weniger selbstorganisierte Altenwohngemeinschaften können eine Alternative zur Pflegeeinrichtung sein.

In der anthroposophisch ausgerichteten Artabana-Bewegung organisieren sich Menschen in lokalen Gruppen. Sie zahlen monatliche Beiträge in Gesundheitsfonds ein, auf die sie im Notfall zurückgreifen können, ohne einen Rechtsanspruch auf Zahlung. Krankheit wird als Herausforderung zur individuellen

Entwicklung angesehen, in der Gemeinschaft sollen heilende Kräfte daraus entstehen. Viele Artabana-Mitglieder sind aus der Krankenkasse ausgetreten.

Die Coingemeinschaft Gesundheit will Leistungen bezahlbar machen, die von Krankenkassen nicht übernommen werden. Angeschlossene Anbieter von Gesundheitsleistungen akzeptieren die Komplementärwährung Coin und lassen sich einen Teil ihrer Rechnungen damit bezahlen. Wer bei angeschlossenen Geschäften einkauft (mit Euros), erhält 6% des Rechnungsbetrags in Coins erstattet und kann diese zur (anteiligen) Bezahlung von Gesundheitsleistungen einsetzen. Bei Bedürftigkeit können Coins auch kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Ein kurzer Blick über die Grenze

In Japan werden mit der Zeitwährung Fureai Kippu Pflegeleistungen bezahlt, die in privaten Haushalten erbracht werden. Wer andere pflegt, kann die gleiche Anzahl Pflegestunden für sich selbst oder für Angehörige in Anspruch nehmen.

In der venezolanischen Genossenschaft Cecosesola werden durch ein Gesundheitszentrum, das ohne staatliche Unterstützung aufgebaut wurde, monatlich etwa 10.000 Behandlungen durchführt. Dabei spielen naturheilkundliche Verfahren eine große Rolle. Mitglieder der Genossenschaft zahlen einen regelmäßigen Beitrag in einen Gesundheitsfonds und erhalten die Leistungen dafür teilweise gratis (Allgemeinmedizin, Frauen- und Kinderheilkunde), teilweise zu günstigen Konditionen. Innerhalb der Genossenschaft gibt es einen starken Identitätszusammenhang mit dem eigenen Gesundheitszentrum, es wird erwartet, dass die GenossInnen im Gesundheitszentrum mitarbeiten. Nichtmitglieder zahlen mehr, aber auch für sie sind die Preise günstiger als in anderen Einrichtungen.

Der Kampf um den Zugang zu bezahlbaren Medikamenten spielt in vielen Ländern eine wichtige Rolle. So werden zum Beispiel in Argentinien in selbstverwalteten Projekten eigene Apotheken gegründet, in denen Generika (wirkstoffgleiche Kopien von Markenmitteln) verkauft werden.

Medico international führt in Asien und Lateinamerika verschiedene medizinische Projekte durch, zum Beispiel zur Ausbildung von medizinischem Personal, zum Aufbau von Gesundheitszentren und Krankenversicherungen und teilweise auch zur Herstellung von Medikamenten. Die Rolle der ÄrztInnen wird entmystifiziert, denn in vielen Fällen können etwa auch Krankenschwestern qualifizierte Hilfe leisten und damit zu einer besseren Versorgungssituation beitragen.

Problematisch sind die Vermarktungsstrategien der Pharmakonzerne, die ungeeignete und überteuerte Medikamente propagieren, was zur Folge hat, dass selbst Arme im Glauben, was teuer ist sei auch gut, die kostenlosen Gesundheitsangebote zu wenig nutzen.

Daseinsvorsorge selbst organisiert

Selbsthilfe im Gesundheitsbereich entsteht in der Regel aus einer Not heraus. Es muss in jedem Einzelfall gefragt werden, ob genossenschaftliche Strukturen nur Lösungen für die aktiv Beteiligten anbieten oder ob sie auch die flächendeckende Versorgung aller sicher stellen können. Eigenverantwortung ohne Solidarität über den Kreis der direkt Beteiligten hinaus läuft Gefahr, ohnehin Benachteiligte in ihrem vermeintlich selbst verschuldeten Elend zu belassen. Aber die Fähigkeit zur Selbsthilfe ist ein Privileg. Solidarische Alternativen in der Gesundheitsversorgung müssen auch die einbeziehen, die diese Fähigkeit nicht entwickeln konnten. Wo Selbsthilfe nicht ausreicht, ist der Staat gefragt, der nicht einfach aus seiner Verantwortung für die Gesundheit der Bevölkerung entlassen werden darf.

Vera Morgenstern/Hannelore Buls

Kritische Fragen zum bedingungslosen Grundeinkommen aus gewerkschafts- und frauenpolitischer Sicht

Das bedingungslose Grundeinkommen ist mehr als eine schöne Verführung für alle, die sich um das Alltägliche sorgen müssen oder keine Gelegenheit zur Arbeitsaufnahme haben. Aber auch für alle, die sich prinzipiell eine andere Gesellschaft wünschen. Man sollte ihr allerdings nicht bedingungslos erliegen, denn es ist eine irrige Annahme, dass die Welt außerhalb des bedingungslosen Grundeinkommens von dessen Einführung unverändert bliebe.

Klar ist, dass die derzeitige Grundsicherung für Arbeitssuchende zu niedrig ist, um neben der bloßen Existenz auch gesellschaftliche Teilhabe zu gewähren. Dennoch muten Vorschläge von 1.500 Euro monatlich eher wie »Bauernfängerei« an. Erst wenn ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, Versorgung und Partizipation realisiert ist, kann über die individuelle Ausschüttung gemeinschaftlich erbrachten Volkseinkommens in Form eines allgemeinen Grundeinkommens sinnvoll nachgedacht werden.

Öffentliche Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger z.B. in Form von Infrastruktur, sozialen und kommunalen Diensten und einer vorbildlichen Bildung müssen vorher zur Verfügung stehen. Wenn durch Umverteilung und Umsteuerung die für das allgemeine bedingungslose Grundeinkommen erforderlichen Summen aber *individuell* aufgebraucht würden, so stünden sie nicht mehr zur Verbesserung dieses *öffentlichen* Reichtums zur Verfügung. Aus

frauen- und sozialpolitischer Sicht hat das bedingungslose Grundeinkommen also nicht nur *einen* Haken.

Zunächst einmal ist ernsthaft danach zu fragen, welche Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen würden, wo doch schon der jetzige Anteil der Grundsicherung ALG II im sozialpolitischen Staatshaushalt als sehr hoch oder zu hoch bezeichnet wird. Offen ist so auch, in welcher Höhe das Grundeinkommen für alle dann tatsächlich gezahlt werden könnte. Sind die angedachten 1.500 Euro pro Person realistisch oder treffen die Grundsätze des bedingungslosen Grundeinkommens für alle auch noch zu, wenn »zunächst auf Hartz IV-Niveau« begonnen würde, wie in einschlägigen Veröffentlichungen *auch* zu lesen ist? Da das Grundeinkommen allein aus Steuern finanziert werden soll, müssen auch diese Steuern prinzipiell im Produktionsprozess erwirtschaftet worden sein, auch wenn sie als Verbrauchssteuern von den KonsumentInnen gezahlt werden. Sind wir dann doch wieder bei Hartz IV oder noch darunter – dann aber für alle?

Und dann die Wirkung auf die gesellschaftliche, ökonomische und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Diese würde mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter festgeschrieben. Beispielsweise könnte das Grundeinkommen die Wirkung eines »Hausfrauenlohnes« entwickeln, den wir aus frauen- *und* sozialpolitischer Sicht nicht wollen, weil er nicht wieder in die Erwerbstätigkeit zurück führt. Es entstünde vermutlich ein weiterer »Zuverdienstmarkt«, ähnlich wie heute beim nahezu flächendeckenden ALG II-Zuverdienst⁴ mit Stundenlöhnen unter dem Existenzminimum. Das ist »wunderbar« für Unternehmen und mit negativer Wirkung speziell auch für Frauenberufe. Es entstünde so insgesamt die Gefahr einer Lohndumping- und Teuerungswelle für die Bevölkerung, während die ArbeitgeberInnen von dem vermeintlichen Versorgtsein ihrer (potenziellen) Beschäftigten profitieren könnten, indem sie ja nicht mehr für das Grundeinkommen aufkommen müssten. Im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen bestünde zudem die Gefahr, dass noch mehr öffentliche Daseinsvorsorge in das »Bürgerschaftliche Engagement« abgeschoben werden könnte – mit negativer Beschäftigungs- und Wachstumswirkung im öffentlichen und sozialen Dienst und für die hier überwiegenden Frauenberufe.

Völlig unklar ist unter dieser Bedingung auch, was mit den heutigen sozialen Sicherungssystemen geschehen würde. Denn eine »Existenzsicherung« wäre dann ja lebenslang garantiert – fragt sich nur in welcher Höhe. Auch eine paritätische Finanzierung zwischen Beschäftigten und ArbeitgeberInnen würde höchst unwahrscheinlich. Wenn man die Vorschläge einmal genauer prüft, so

⁴ 1,3 Millionen Beschäftigte mit Niedrigeinkommen sind im November 2007 so genannte Aufstocker im ALG II, ohne dass damit eine realistische Chance zum Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt hergestellt würde.

ließe sich beispielsweise von dem »Anfang auf Höhe des ALG II« ableiten, dass eine darüber hinausgehende Absicherung eher den Charakter der heutigen freiwilligen betrieblichen oder privaten Altersvorsorge erhielte. Bevor diese Fragen nicht politisch beantwortet sind, können wir sozialpolitisch dem Modell keinesfalls zustimmen.

Noch einmal zur Frauenerwerbstätigkeit: Frauen beklagen zu Recht, dass ihnen die gesellschaftliche Anerkennung für ihre beruflichen, familiären und sozialen Leistungen vorenthalten wird. Auch manche Mutter und Pflegende wäre froh, wenn sie ein Grundeinkommen bekäme. Verständliche Reaktion! Aber: Wollten wir nicht die Frauenerwerbsbeteiligung entsprechend dem europäischen Standard erhöhen? Hatten wir uns nicht gerade politisch vorgenommen, mehr haushaltsnahe und personenbezogene Dienste einzurichten? Mehr und bessere ambulante Pflege? Mehr und bessere Kindergartenplätze? Eine öffentliche Daseinsvorsorge also, die mit *bezahlter* kommunaler und sozialer Arbeit der Bevölkerung, und hier vornehmlich den Frauen, wieder die Dienste liefert, die eine wirkliche gesellschaftliche Teilhabe erst ermöglichen.

Dies alles wäre in einem System mit flächendeckendem Grundeinkommen quasi nicht mehr nötig – es müsste ja niemand mehr erwerbstätig sein! Die vermeintlich privaten Aufgaben werden so in den Mittelpunkt der Gesellschaft gestellt. Jede und jeder könnte die Kinder und alte Eltern selbst – bei Grundeinkommen – versorgen. Und wie viel würde in so einem System dann noch denjenigen gezahlt, die diese Arbeit wirklich beruflich erledigen (müssen)? Das auch im Zusammenhang mit den Grundeinkommen gern zitierte Argument »Arbeit würde billiger« hieße im Prinzip zweierlei: Wer es sich über die Erledigung privater Arbeit hinaus »leisten« kann, kann in der Wirtschaft erwerbstätig sein – doch das würden unter dieser Bedingung wohl kaum die Frauen sein. Und alle Arbeit, die auch privat erledigt werden kann, würde über den Arbeitsmarkt wahrscheinlich überhaupt nicht mehr stattfinden.

Die BefürworterInnen aus den Reihen der Beschäftigten mit prekären Arbeitsbedingungen oder den Erwerbslosen argumentieren in andere Richtungen. Sie stellen vor allem die Sinnggebung unserer derzeitigen Grundsicherung ALG II in Frage: »Müssen wir wirklich nur noch leben, um zu arbeiten?« Und sie fordern Menschen auf, selbstbewusst etwas Neues einzufordern.

Ob dies wirklich das bedingungslose Grundeinkommen ist, muss auch aus einem weiteren Grund noch einmal gründlich überdacht werden. Schon jetzt gibt es unüberhörbare Stimmen, die sagen, unsere nationalen sozialen Probleme seien keinesfalls mit mehr Geldtransfers zu lösen. Hier sei eine deutliche Skepsis gegenüber einer vermeintlichen Gleichstellung aller Bürgerinnen und Bürger angebracht: Erfahrungsgemäß ist das Ergebnis sehr unterschiedlich, ob und wie Menschen mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld umgehen.

Schon jetzt zeigen z.B. viele Fälle von Benachteiligung oder sogar Verwahrlosung bei Kindern und Jugendlichen, dass auch ein sicheres Grundeinkommen keine Gewähr für bessere soziale Umstände sind. Statt dessen seien Bildung, Bildung und Bildung erforderlich, so viele ExpertInnen, nämlich vorrangig im Kleinkindalter, in der Schule und in allen sozialen Zusammenhängen, eine institutionalisierte Förderung also anstatt noch mehr Privatisierung unseres gesellschaftlichen Reichtums.

Robert Ulmer

Bedingungsloses Grundeinkommen für alle – eine Basis für Solidarische Ökonomie?

Kann ein aus den Überschüssen der kapitalistischen Ökonomie finanziertes bedingungsloses Grundeinkommen für alle zur Basis von Projekten Solidarischer Ökonomie werden, die über den Kapitalismus hinausweisen?

Die Diskussion über das Grundeinkommen ist in Schwung gekommen. Seit Mitte der 1980er Jahre agiert das Basic Income Earth Network (BIEN), ein internationaler Zusammenschluss von WissenschaftlerInnen. Darüber hinaus gibt es verschiedene nationale Netzwerke, die ausgehend von sehr unterschiedlichen regionalen Bedingungen die Forderung nach einem bedingungslosen und existenzsichernden Grundeinkommen erheben. Das geschieht in reichen Industrienationen ebenso wie in Brasilien, Südafrika oder Namibia.

Ebenso wie die Projekte der Solidarischen Ökonomie ist die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen eine Antwort auf die zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Arbeit wird durch fortgesetzten Produktivitätsfortschritt in vielen Bereichen immer überflüssiger. Deshalb wird immer unsinniger, was immer schon inhuman war: die Menschen mit zunehmendem Druck in die Erwerbsarbeit zu zwingen. Repressive Reformen, wie in Deutschland Hartz-IV, verschärfen das Problem. Je härter die Not der Erwerbslosen, je unwürdiger ihre Situation, desto mehr fungieren sie als abschreckendes Beispiel und bilden eine Drohkulisse für die Beschäftigten, die zunehmend bereit sind, um jeden Preis zu arbeiten, die immer mehr vorauseilenden Gehorsam und Dienstfeier an den Tag legen. Je überflüssiger ihre Arbeitskraft wird, umso williger und umso billiger müssen sich die Lohnabhängigen in einem Unterbietungswettbewerb um den Verkauf ihrer immer unverkäuflicheren Arbeitskraft bemühen. Diese Entwicklung der Arbeitsgesellschaft ist nicht alternativlos. Doch

viele Alternativen setzen für die einzelnen einen Freiraum voraus, der erst durch garantierte Existenzsicherung zu Stande kommt. Indem ein Grundeinkommen für alle diese Existenzsicherung garantiert, schafft es eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung alternativer Ökonomien.

Entscheidend für ein Grundeinkommen, wie es das Netzwerk Grundeinkommen⁵ in Deutschland fordert, sind die folgenden Kriterien:

- Das Grundeinkommen ist bedingungslos; es ist an keine Gegenleistung, wie Arbeit oder Arbeitsbereitschaft, gebunden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen verwirklicht auf individueller Ebene die Entkopplung von Arbeit und Einkommen.
- Die Höhe des Grundeinkommens muss existenzsichernd sein. Damit unterscheidet sich das bedingungslose Grundeinkommen vom Kombilohn, einer niedrigen staatlichen Zuzahlung, die darauf abzielt, mittels faktischem Arbeitszwang die Lohnabhängigen in Niedriglohn-Arbeitsverhältnissen zu halten.
- Es besteht ein individuelles Anrecht auf das Grundeinkommen, Bezugseinheit sind die Personen und nicht Haushalte, Familien oder Bedarfsgemeinschaften. Familiäre Abhängigkeitsverhältnisse werden überwunden.
- Grundeinkommen für alle bedeutet, dass es keine Bedürftigkeitsprüfungen gibt, die heute immer zudringlicher in die Privatsphäre eingreifen. Die Bewilligungsbürokratie kann abgeschafft werden, eine Bürokratie, an der häufig gerade jene scheitern, die ein armutsfestes Mindesteinkommen am allernötigsten hätten.

Nun bedeutet das bedingungslose Grundeinkommen für jene, die sich eine Welt ohne Zwang nicht vorstellen können, die Gefahr allgemeiner Inaktivität und eines daraus resultierenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Doch in einer ökonomischen Entwicklung der zunehmenden Verüberflüssigung der Arbeit durch Produktivitätsfortschritt kann es kaum sinnvoll sein, den Arbeitszwang zu verschärfen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen verändert den Arbeitsmarkt. Die Lohnabhängigen, und zwar die beschäftigten Lohnabhängigen ebenso wie die erwerbslosen Lohnabhängigen, sind nicht mehr so erpressbar. Sie sind genau genommen nicht mehr so lohnabhängig wie vorher. Die Befürchtung allgemeiner Inaktivität ist insbesondere deshalb unbegründet, weil das Grundeinkommen gerade die Erschließung neuer Tätigkeitsfelder jenseits von Kapitalismus und Markt überhaupt erst ermöglicht. Viele, die vorher innerlich gekündigt in der Sackgasse ungeliebter Jobs perspektivlos feststeckten, können nunmehr in ihrem Leben endlich das tun, was sie schon immer wollten, sodass also eine Dynamisierung selbstbestimmten Tätigseins zu erwarten ist. Andererseits ist

⁵ Siehe www.grundeinkommen.de.

bei unangenehmen Arbeiten, bei unattraktiven, unbeliebten Jobs mit einem Rückgang der Arbeitsbereitschaft zu rechnen.

Die Perspektiven einer Gesellschaft mit allgemeinem Grundeinkommen sind weitreichend. Armut wäre abgeschafft. Die kontinuierliche Existenzsicherung durch das Grundeinkommen mildert Brüche in den Erwerbsverläufen und erleichtert Übergänge zwischen abhängiger Beschäftigung, Selbstständigkeit und Nichterwerbstätigkeit.

Insofern ist ein bedingungsloses Grundeinkommen eine günstige Rahmenbedingung, die es immer mehr Menschen ermöglicht, ohne drängende Not und dabei trotzdem verbindlich in Kooperativen Solidarischer Ökonomie aktiv zu werden. Das Grundeinkommen entlastet die Kooperativen von der Notwendigkeit, den Beteiligten die Existenzsicherung zu erwirtschaften. Mit Grundeinkommen müssen Projekte Solidarischer Ökonomie nicht so sehr um die kurzfristige Verwertbarkeit ihrer Aktivitäten besorgt sein. Es entstehen Freiheiten für Experimente, für unterschiedlichste Projekte, deren Gelingen nicht am Markterfolg gemessen werden muss.

Klar ist, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die Teilnahme an Projekten Solidarischer Ökonomie nicht erzwingen kann, denn sein wesentlicher Zweck ist die Stärkung der individuellen Freiheit aller. Bei vorhandenem Grundeinkommen motiviert nicht die Not des kapitalistischen Lohnzwanges die Leute zu kooperieren. Kooperation wäre dann wesentlich freie Kooperation. Entscheidendes Merkmal freier Kooperationen ist die Möglichkeit, aussteigen zu können. Konfrontiert mit der Möglichkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens entsteht die Notwendigkeit, sich darüber Rechenschaft abzulegen, welchen Rang ein hohes Maß an Selbstbestimmung, eine konsequent zu Ende gedachte individuelle Freiheit innerhalb der Ziele Solidarischer Ökonomie haben soll.

Einzuräumen ist, dass eine u.a. auf Grundeinkommen basierende Solidarische Ökonomie ein Ziel vieler ihrer Akteure nicht erreicht hat, nämlich von Kapital und Staat unabhängig zu werden, ökonomisch auf eigenen Beinen zu stehen. Hier hinge die Solidarische Ökonomie noch »am Tropf« des Kapitalismus, wie seinerseits der Kapitalismus auf der Aneignung unbezahlter Reproduktionsarbeit basiert.

Das Ziel ökonomischer Selbstständigkeit ist in manchen Regionen, in manchen Gemeinschaften kein hehrer Anspruch, sondern harte Notwendigkeit. Hier kann die allgemeine Existenzsicherung nicht als gegeben vorausgesetzt werden, sie ist durch Solidarische Ökonomie erst zu erreichen. Eine aus der Not geborene Solidarische Ökonomie hat einen anderen Charakter als jene Projekte Solidarischer Ökonomie, die aus einer Situation der Fülle heraus entstehen. In diesem letzteren Fall ist die allgemeine Existenzsicherung, etwa durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, eine günstige Voraussetzung. Das Grund-

einkommen ist noch an die kapitalistische Produktion gekoppelt, denn es wird aus den Überschüssen der kapitalistischen Ökonomie finanziert, die als Steuern abgezweigt werden können. Trotzdem kann das Grundeinkommen Wandlungen der Ökonomie bewirken. Nicht-gewinnorientierte ökonomische Formen Solidarischer Ökonomie können sich immer mehr durchsetzen.

Wenn damit einhergeht, dass die kapitalistische Ökonomie schrumpfen wird und deshalb auch die Überschüsse für die Finanzierung des Grundeinkommens zurückgehen werden, dann ist zu fragen, welche Formen der individuellen Existenzsicherung für alle jenseits von Markt und Staat sich entwickelt haben werden? Nur wenn eine Solidarische Ökonomie sich als fähig erweist, in Zukunft eine bedingungslose individuelle Existenzsicherung für alle zu garantieren, wird sie als Alternative zum Kapitalismus langfristig ihre Berechtigung haben. Dann und nur dann kann sie das Grundeinkommen wieder abschaffen, wie eine Leiter, die man wegstößt, nachdem man auf ihr nach oben gestiegen ist.

Judith Dellheim/Irmtraud Schlosser

Solidarische Ökonomie als Türöffner des Neoliberalismus?

Dass alle im Deutschen Bundestag und im politischen System unseres Landes vertretenen Parteien Selbstorganisation und Selbsthilfe unterstützen, lässt schon auf mehr oder weniger unterschiedliche politische Motive schließen. Damit sind zumindest drei Fragen aufgeworfen: Erstens, warum Selbsthilfe und Selbstorganisation scheinbar Konjunktur haben, zweitens, wie sie in verschiedene politische Konzepte eingeordnet werden und drittens, was Linke aus den Antworten auf die beiden zuvor formulierten Fragen schlussfolgern sollten. Besonders gut lässt sich das anhand von ostdeutschen Beispielen aus den Bereichen Abwasserentsorgung und Arbeitslosengemeinschaften diskutieren.

Dass in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik wie auch in anderen EU-Mitgliedsländern und ebenso weltweit Selbsthilfe und Selbstorganisation von Betroffenen gefordert und gewürdigt werden, ist insbesondere durch die Dimension der sozialen, ökologischen und globalen Probleme erklärbar. Häufig können das physische und soziale Überleben von Individuen anders nicht ermöglicht werden. Öffentliche Verwaltungen sind vielfach nicht in der Lage, die angewachsenen Probleme zu mildern und zu lösen bzw. existieren überhaupt nicht. Andererseits wollen zahlreiche Betroffene auch lieber selber handeln, sich eher selber helfen

als einfach auf Hilfe zu warten. Insbesondere dann, wenn der Empfang von Unterstützung mit entmündigenden und diffamierenden Bedingungen verknüpft ist und vielleicht auch noch Demut und Dank erwartet bzw. gefordert sind.

Für den Neoliberalismus ist typisch, dass er einerseits an den individuellen Bedürfnissen nach Selbstbetätigung anknüpft und sie fördert. Zum anderen delegiert er öffentliche Aufgaben zur Sicherung gesellschaftlicher Reproduktion und Kohäsion auf die einzelnen Menschen bzw. auf die untergeordneten Verwaltungen. Allerdings ist diese Verlagerung von gesellschaftlicher Verantwortung auf die Individuen vielfach gegen deren solidarisches Zusammenleben gerichtet. Und vor allem werden den BürgerInnen sowie den Regionen und Kommunen nicht die materiellen Bedingungen gewährt, die dafür notwendig sind, damit sie erfüllen können, was von ihnen verlangt wird. So wächst der ökonomische Druck auf die sozial Schwächeren und Schwächsten immer wieder neu, was zumeist mit staatlichen Repressionen gegen sie einhergeht. Zugleich werden soziale Spaltungen und regionale Ungleichheiten vertieft. Den sozial Benachteiligten und Ausgegrenzten sowie den Verwaltungen in den Krisenkommunen und -regionen wird dann gesagt: Helft euch selbst, bildet Genossenschaften, organisiert partizipative Haushalte. Beispiele für derartige Aktivitäten werden manchmal mit Preisen prämiert und als öffentliche Vorbilder propagiert.

Vor allem aber werden so die herrschende Politik und »Spar«- bzw. Kürzungsmaßnahmen legitimiert. Und es verwundert auch nicht, wenn z.B. der Leiter der Generaldirektion für Unternehmen der Europäischen Kommission, Timo Summa, im Plenum der 2. Konferenz für Soziale Ökonomie erklärt, dass für das EU-»Schlüsselkonzept Konkurrenzfähigkeit« die »Unternehmen der Sozialen Ökonomie im heutigen Europa extrem wichtig sind«. Für die Erreichung der Lissabon-Ziele »können die Unternehmen der Sozialen Ökonomie eine wichtige Rolle spielen«, so Summa. Sie sollen also helfen, im Interesse der Konzerne öffentliche Sozialausgaben zu drücken, Humankapital zu verbessern, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu fördern.

Das erklärt zum einen das besondere Interesse der mehr oder weniger engagierten BefürworterInnen des Neoliberalismus an Selbsthilfe und Selbstorganisation. Zum anderen verdient diese Politik Protest, Widerstand und Alternativen. Doch so wie Selbsthilfe und Selbstorganisation von Betroffenen nicht per se gut sind, ist auch Protest gegen die herrschende und regierende Politik nicht automatisch gut zu heißen. Unter anderem in Thüringen haben Neonazis versucht, die Wut und Verzweiflung von BürgerInnen über unerträglich hohe Kosten für kommunale Leistungen für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren.

Die Kongress-Beiträge aus Thüringen haben zum einen das Kriterium für unterstützenswerten Protest und zu begrüßende Selbsthilfe/Selbstorganisation aufgezeigt: Sie richten sich gegen die Herrschenden, also gegen die Verursa-

cherInnen der Probleme und deren HelferInnen. Keineswegs dürfen Problemlösungen auf Kosten sozial Schwacher und Schwächerer gesucht werden, nie zulasten von sozial Ausgegrenzten und Diskriminierten, insbesondere von Menschen ohne deutschen Pass. Keinesfalls darf der Ruf nach Autoritäten oder ein »wildes Reinschlagen« toleriert werden. Die Thüringischen Landtagsabgeordneten haben zum anderen gezeigt, dass selbst unter hochgradig komplizierten Bedingungen Linke erfolgreich sein können: wenn sie engagiert über die Ursachen der Probleme aufklären, gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort Strategien entwickeln, wie solidarisch Nöte gemildert und politischer Druck von unten entwickelt werden kann, um Gesellschaft demokratisch zu verändern.

Wie konkret auf dem Gebiet Abwasserentsorgung genossenschaftlich organisierte lokale und kommunale Lösungen aussehen können, hat Gert Köhler illustriert. Christian Köpcke und Wolfgang Ratzel hängen nicht der Illusion an, dass mittels Genossenschaften die Massenarbeitslosigkeit merklich abgebaut oder sogar überwunden werden könnte. Dennoch interessiert sie, wie jene unterstützt werden können, die sich selbst über eine Genossenschaftsbildung eine wirtschaftliche Existenz schaffen wollen. Die Schwierigkeiten dürfen keinesfalls unterschätzt werden, denn die Genossenschaft muss sich letztendlich am Markt behaupten. Das erklärt auch die lange und mühsame Gründungs- und Anlaufphase einer Arbeitslosengenosenschaft in Ludwigslust.

Sehr kompliziert und widersprüchlich gestaltet sich die Diskussion der Frage, ob und wiefern Instrumente der Arbeitsmarktreformgesetze für Unternehmens- bzw. Genossenschaftsgründungen durch Arbeitslose genutzt werden sollten oder dürften. Ein besonderes Reizwort dafür sind »Ein-Euro-Jobs«. Während sich Wolfgang Ratzel dieser Frage stellt und sie sogar teilweise positiv beantworten will, ist er sich durchaus bewusst, dass es keinesfalls darum gehen darf, sich »in Hartz einzurichten« bzw. mit den Arbeitsmarktformen im Allgemeinen und mit »Hartz IV« im Konkreten »in Frieden zu leben«.

Werden also Selbsthilfe und Selbstorganisation nicht mit politischen Strategien und Engagement gegen die herrschende Politik und für Schritte hin zu einer Gesellschaft verbunden, in der jede und jeder selbstbestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können, drohen sie, neoliberaler Politik dienlich zu sein. Damit wird ebenfalls deutlich, dass die Akteure der »Solidarischen Ökonomie« gefordert sind, politische Bündnisse für positive gesellschaftliche Veränderungen zu entwickeln, insbesondere mit GewerkschafterInnen und mit in der globalisierungskritischen Bewegung Aktiven. Zugleich geht es um die Organisation eines sozialen Bündnisses zwischen jenen, die der sozialökonomischen »Mitte« zugerechnet werden, und jenen, die in der Gesellschaft »ganz unten« sind – lokal, kommunal, regional, nationalstaatlich, in der Europäischen Union und in Europa sowie weltweit.

Chancen und Grenzen anderen Wirtschaftens im Kapitalismus

Clarita Müller-Plantenberg

Regionale Zusammenschlüsse für Solidarische Ökonomie

Soziale Bewegungen sind Antworten auf Konflikte in den jeweiligen Gesellschaften und Ökonomien. Sie streben andere Lebens- und Arbeitsverhältnisse an. Aus diesen Bewegungen ergaben sich bei uns in Deutschland viele alternative Lebens- und Wirtschaftsweisen. Es wuchs ein regelrechter Aufbruch zu anderen Ufern: Im »Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation« bildeten sich in Deutschland regionale Zusammenschlüsse selbstverwalteter Betriebe.

Es entspricht alter Erfahrung, dass die Subjekte in den Regionen es schätzen, gemeinsam Eigentum und Arbeit zu verwalten und selbst die politischen Entscheidungen über wirtschaftliche Strategien treffen wollen. Allzu oft sind inzwischen aus Subjekten Objekte geworden. Fremdbestimmung und gesellschaftliche Exklusion haben zugenommen. Privatisierungsprozesse sowie die Erosion öffentlicher sozialer Dienstleistungen, erfordern mehr als nur Inseln, auf denen andere Werte gelebt werden. Die Stärkung und der erweiterte Aufbau von gemeinsamen, selbstbestimmten Strukturen stehen jetzt an.

Was tun? In Chile, dem Musterland für neoliberale Politik, taucht auf dem Höhepunkt der Schockpolitik die Forderung Luis Razetos nach der Demokratisierung des Marktes auf. In Brasilien hat ein qualitativer Prozess eingesetzt, der die Demokratisierung des Staates durch konsequente Selbstverwaltung über regionale Foren und ein Nationales Forum für Solidarische Ökonomie von unten nach oben vorantreibt. Auf Druck sozialer Bewegungen für Solidarische Ökonomie sind ein Nationales Sekretariat, ein Nationaler Kongress und ein Nationaler Rat entstanden (siehe auch den Beitrag von Paul Singer in diesem Band). Welche Strukturen bewähren sich und wie könnten wir bei uns landesweit selbstbestimmte Strukturen schaffen?

1992 wurde in Spanien eine unternehmerische »Plattform der Sozialen Wirtschaft« (CEPES) für einen institutionalisierten Dialog mit den öffentlichen Stellen gegründet. Das Ziel von CEPES ist es, den Sektor der Sozialen Ökonomie zu integrieren und das Sprachrohr für soziale Fragen zu sein sowie sozialen Zusammenhalt zu fördern, Ausbildungs- und Beratungssysteme zu unterstützen, zu koordinieren und Spaniens soziale Wirtschaft nach außen zu repräsentieren. CEPES-Prinzipien geben Personen und sozialen Zielen Vorrang vor dem Kapital. Unternehmerische Organisation und Kultur werden im Sinne partizipativen und demokratischen Handelns verstanden.

Gesucht wird nach dem Zusammenspiel der Interessen der Nutzer (Mitglieder) und des Gemeinwohls. Hinzu kommen die Prinzipien der Solidarität und Ver-

antwortung und ein Beharren auf autonomem Handeln und Unabhängigkeit in Bezug auf die öffentliche Verwaltung. Der Großteil der Überschüsse soll dem Interesse der Mitglieder dienen, zum Gemeinwohl und zu nachhaltiger Entwicklung beitragen.

1997 bildete sich in Italien das »Permanente Forum des Dritten Sektors«. Es geht dort um gegenseitigen Austausch und Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen, gemeinsame Interessenvertretung, Kampf gegen Exklusion und jegliche Form von Diskriminierung, aktives Engagement, soziale Kooperation und Schaffung eines neuen Wirtschafts- und Finanzsystems. Man stellte fest, dass die Betriebe der sozialen Wirtschaft zu nachhaltiger Entwicklung, Verbesserung der Lebensqualität der Gemeinschaft, sozialer Gerechtigkeit, verantwortlichem Konsum und Solidarität beitragen. Bereits 1985 hatten es die drei Gewerkschaftskonföderationen und die drei Genossenschaftsverbände geschafft, ein Gesetz und einen Nationalen Fonds für die Bildung von Genossenschaften durch die ArbeiterInnen insolventer Betriebe (siehe den Beitrag zum Lege Marcora in diesem Band) durchzusetzen.

Im Jahr 2000 schlossen sich fünf europäische Organisationen zu einem »EU-Koordinierungskomitee von europäischen Genossenschaften« (CEP-CMAF) zusammen. In ihm sind 8% aller europäischen Unternehmen und 10% der Beschäftigten zusammengeschlossen. Die Rechtsform der Betriebe kann unterschiedlich aussehen, aber sie unterscheiden sich alle von Kapitalgesellschaften. Der Mehrwert wird für nachhaltige Entwicklungsziele und für Dienstleistungen genutzt, die für die Mitglieder oder das Gemeinwohl von Interesse sind.

2001 bildete sich in Frankreich der Rat der Unternehmen, der Arbeitgebenden und Gruppierungen der Sozialen Ökonomie CEGES. In verschiedenen Collèges treffen sich die verschiedenen Akteure Sozialer Ökonomie regelmäßig. Der neue Status soll soziale und solidarische Strukturen ermöglichen: Neugruppierung für bessere Verbreitung der Ziele und für Innovation. Allen gemeinsam sind die Werte der Gegenseitigkeit, der Kooperation, der Solidarität und der Verantwortung. Die gemeinsamen Positionen und Vorschläge werden artikuliert und gegenüber den Instanzen auf allen Ebenen verteidigt. CEGES unterhält ein Büro und strukturiert die interne Arbeit über einen Verwaltungsrat und eine Generalversammlung. CEGES vermittelt neben der Schaffung von neuen solidarischen, innovativen Arbeitsplätzen Kurse in Solidarischer Ökonomie, Wettbewerbe, Zugang zu Experten, Ressourcen und Dokumentation.

Ende 2006 ermöglichte bei uns in Deutschland der breit angelegte Kongress »Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« breite Kommunikation über Interessen regionaler Akteure, in Bezirken und Bundesländern und über Bundesländergrenzen hinweg. Er zeigte, dass unsere Bewegungen, wenn sie langsam bewusst von unten nach oben gemeinsame Strukturen aufbauen,

ein breites Potenzial an Wissen, Aktionsformen, technischem Know How und kulturellem Leben darstellen.

Literatur

Razeto, Luis (1994): *Economia de Solidaridad y Mercado Democrático*, Santiago.

Singer, Paul/de Souza, André Ricardo (Hrsg.) (2000): *A Economia Solidaria no Brasil, A autogestão como resposta ao desemprego*, São Paulo 2000, S. 11-30.

Conseil des Entreprises, Employeurs et Groupements de l'Economie Sociale: www.ceges.org

Confederación Empresarial Espanola de la Economia Social: www.cepes.org

Conference Europeenne Permanente des Cooperatives, Mutualités, Associations et Fondations: www.cepmaf.org

Elmar Altvater

Solidarische und nachhaltige Ökonomie im globalisierten Kapitalismus

In den folgenden Ausführungen soll gezeigt werden, dass eine Solidarische Ökonomie nur Entwicklungsperspektiven hat, wenn sie vorwiegend mit erneuerbaren Energien operiert. Umgekehrt wird das klimapolitisch notwendige Umschwenken von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern nur gelingen, wenn auch die sozialen, ökonomischen und politischen Formen von Arbeit und Leben verändert werden. Die soziale Organisation von Arbeit und Wirtschaften und das Energieregime von der Energiegewinnung bis zu den Emissionen müssen also als Element des gesellschaftlichen Naturverhältnisses begriffen werden.

Der fossile Kapitalismus in der Sackgasse

Die Klimakatastrophe ist nicht nur in aller Munde, sie ist dabei, die Richtung der Politik zu verändern und soziale und ökonomische Perspektiven zu eröffnen, die über den Kapitalismus, wie wir ihn kennen, hinausweisen. Der Bericht von Nicholas Stern für die britische Regierung vom Oktober 2006 und der Report des International Panel on Climate Change vom Februar 2007 haben unmissverständlich vor Augen geführt: Fortschritt auf dem Entwicklungspfad des fossil-industriellen Kapitalismus führt nicht zu mehr Wohlstand, sondern in den ökologischen und dann sicher auch in den ökonomischen und sozialen Kollaps. Das so praktische und über die Jahrhunderte ausgesprochen erfolgreiche Zusammenspiel von Kapitalismus und fossilem Energieregime ist vorbei. Viel

wird dafür getan, die Energieeffizienz zu erhöhen, den Energieverbrauch zu reduzieren und den Energiemix zu verändern, um das lieb gewordene Modell weiter betreiben zu können.

Die großen Energieversorger setzen auf die Atomkraft, denn diese begünstigt ähnliche Großtechnologien und sie greift auf ähnlich kontinental ausgreifende Versorgungsnetze wie die fossil-betriebenen Kraftwerke zurück. Nichts Wesentliches müsste sich also an den gesellschaftlichen Verhältnissen und ökonomischen Regulationsmechanismen ändern, wenn der Energiemix durch mehr Kernkraft aufgemischt würde. Die bekannten Nachteile der nuklearen Energieversorgung werden dabei ausgeblendet.

Nur erneuerbare Energieträger, also die Nutzung der Photovoltaik, der Wind- und Wasserenergie, der Geothermie und der Biomasse, könnten den Übergang zu einem anderen Energieregime einleiten. Gegenwärtig wird aber der Versuch gemacht, auch die erneuerbaren Energien großflächig, konzentriert und zentralisiert durch die dem fossilen Zeitalter entstammenden Versorgungsstrukturen zu nutzen. So treibt man den Teufel mit dem Belzebub aus. Die Kontroversen um die Nutzung des Ethanol in Lateinamerika, besonders in Brasilien, zeigen es. Wenn großflächig Soja, Zuckerrohr und andere Pflanzen angebaut werden, um daraus Sprit zu erzeugen, dann schiebt man zwar das Ende der Versorgung mit fossilen Brennstoffen hinaus. Aber es ist noch nicht einmal sicher, dass auf diese Weise auch der CO₂-Ausstoss verringert wird. Sicher ist hingegen, dass kleinflächige und kleinbäuerliche, dezentrale landwirtschaftliche Strukturen zerstört werden oder ihre Herausbildung chancenlos bleibt. Und dass infolge der Umnutzung von bislang naturbelassenen Flächen, z.B. der tropischen Regenwälder, in monokulturelle Plantagen von Energiepflanzen ökologische Zerstörungen größten Ausmaßes eintreten und obendrein die sozialen Verwerfungen gewaltig sind. Selbst Hungersnöte sind nicht ausgeschlossen, weil der Boden zur Produktion von Nahrung fehlt.

Dies alles zeigt eines sehr deutlich: Aus der Energie- und Klimakrise kommen wir nur heraus, wenn auch die sozialen Verhältnisse und ökonomischen Formen von Produktion, Konsum, Transport geändert werden, wenn also über alternative, über Solidarische Ökonomie nachgedacht wird.

Das gesellschaftliche Naturverhältnis

Selten wird berücksichtigt, dass das jeweilige historische Energieregime, also das fossile ebenso wie das post-fossil erneuerbare Energieregime, Element eines komplexen gesellschaftlichen Naturverhältnisses sind. Erst die Nutzung der fossilen Energieträger hat die Kompression von Raum und Zeit möglich gemacht, die als wichtigste Charakteristikum der Globalisierung verstanden werden muss. Die Produktions-, Transport- und Distributionszeiten (auch die

Konsumzeiten im Zeitalter des Fast Food) sind abgekürzt worden. So hat sich einerseits die Konkurrenz weltweit verschärft und andererseits hat die kitschige Formulierung vom »Global Village« eine gewisse Plausibilität. Seit der Nutzung der fossilen Energieträger und ihrer Umwandlung durch geeignete Technik in Arbeitsenergie sind die Wachstumsraten der globalen Wirtschaft enorm angestiegen. In den vergangenen zirka 200 Jahren betragen sie etwa 2% pro Jahr in realen Größen, d.h. das Pro-Kopf-Einkommen hat sich von Generation zu Generation in etwa verdoppelt. Mit dem Reichtum ist auch die Ungleichheit in Bezug auf die Verteilung des Reichtums in der Welt grösser geworden.

Das hohe Wachstum seit der industriell-fossilen Revolution ist Ausdruck eines veränderten Modus der Akkumulation von Kapital. Seit der Industrialisierung weisen die Krisen der Akkumulation einen zyklischen Verlauf auf. Davon ist die Arbeiterklasse durch verbreitete Job- und Einkommensunsicherheit besonders betroffen. Dagegen sind sozialstaatliche Sicherungssysteme erkämpft und etabliert worden; der »Klassenkonflikt« wurde gewissermaßen im modernen Sozialstaat »institutionalisiert«. Doch in Zeiten der Globalisierung sind mit der Herausbildung eines weitgehend verselbständigten Finanzsystems Finanzkrisen ausgelöst worden, deren Wucht und Reichweite mit den traditionellen Akkumulationskrisen nicht vergleichbar sind.

Die Finanzkrisen haben zusammen mit anderen Maßnahmen dazu beigetragen, dass der »Schutzschirm« des Sozialstaats verkleinert worden ist und dass viele Menschen ihren Arbeitsplatz in der formellen Ökonomie verloren haben. Sie sind gezwungen, unter häufig prekären Bedingungen in der informellen Wirtschaft zu arbeiten. Die ökologischen Grenzen des fossilen Energieregimes sind ein unübersehbarer Hinweis darauf, dass es in Zukunft nicht möglich sein wird, zu wirtschaftlichen Wachstumsraten wie im »Goldenen Zeitalter« zurückzukehren. Sind daher Informalität und Prekarität ein Schicksal, dem man angesichts von Globalisierung und Klimakatastrophe nicht entgehen kann?

Die Wirtschaft der Zukunft: solar und solidarisch

Dies ist keineswegs der Fall. Überall in der Welt entstehen alternative Ansätze der Organisation von Arbeit in der so genannten Solidarischen Ökonomie. Diese entwickelt sich spontan, und zwar nicht erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts, sondern schon oft in der Geschichte. Sie knüpft an den Erfahrungen der Genossenschaftsbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts in Europa, aber auch in Lateinamerika und anderswo an. Sie ist Ausdruck jener »moralischen Ökonomie«, die immer schon als Alternative zum kapitalistischen Betrieb praktiziert worden ist. Die moralische Ökonomie folgt nicht dem Prinzip des äquivalenten Tausches auf dem mehr oder weniger freien Markt. Sie basiert vielmehr auf einem Verständnis von kollektiver Organisation der Ökonomie. Natürlich muss

auch in kollektiven Betrieben rational und daher gemäß Effizienzkriterien gewirtschaftet werden, aber das Grundprinzip ist das der Solidarität.

Die Solidarische Ökonomie kann als Alternative zum dominanten modernen Kapitalismus nur gedacht und auch praktiziert werden, wenn davon ausgegangen wird, dass es nicht nur eine Entwicklungsbahn des Kapitalismus sondern verschiedene gibt. Tatsächlich hat es in der Geschichte des Kapitalismus immer Genossenschaften gegeben. Sie sind einerseits Ausdruck der Schwächen des Kapitalismus, andererseits aber auch die Spuren von Vergesellschaftung jenseits des Kapitalismus. Ist dies utopisch? Unter streng neoliberalen Vorgaben sehr wohl. Denn der Neoliberalismus ist eine ökonomische Religion, die keine anderen Götter und Religionen neben sich duldet. Doch verlieren die neoliberalen Anrufungen mehr und mehr an Wirksamkeit, gerade weil immer mehr Menschen aus dem formellen Arbeitsmarkt in die informelle Ökonomie verdrängt werden und sich dort nicht nur anpassen (im Sinne eines »Neoliberalismus von unten«, wie Gregory Wilpert diese Anpassungsstrategie nennt), sondern alternative Formen der Beschäftigung und des Lebens suchen – und dabei auch Konzepte alternativer Wirtschaftspolitik entwickeln.

Auch aus den Grenzen des fossil-industriellen Kapitalismus auf der Input-Seite der Energieversorgung und auf der Output-Seite der Belastbarkeit der Sphären des Planeten Erde mit Treibhausgasen und anderen Emissionen, folgt keineswegs automatisch eine sozialistische, solare oder solidarische Gesellschaft. Der Klimawandel mag ja »nahezu unaufhaltsam« sein, wie das DIW (Wochenbericht Nr. 11, 2007) schreibt, aber daraus folgt nicht, dass die sozialdemokratische Orthodoxie des späten 19. Jahrhunderts richtig wird: »Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf«. Man kann es in dieser Frage besser mit Marx halten: Auf die Frage der russischen Volkstümlerin Vera Sassulitsch, ob denn Russland zuerst den Kapitalismus voll entwickeln müsse, bevor ein Übergang zum Sozialismus vorstellbar sei, antwortete er, dass seine Theorie des Umschlags kapitalistischer Akkumulation als Folge von Klassenkämpfen in eine sozialistische Produktionsweise für England und andere westeuropäische Kapitalismen gelte, nicht aber zu verallgemeinern sei. In Russland gebe es andere Traditionen als in Westeuropa, z.B. die russische Dorfgemeinde »Mir«, in der sehr viele Elemente einer gemeinwirtschaftlichen Produktion, also von Sozialismus tradiert würden. Daran könne man anknüpfen, ohne vorher einen vollen und hoch entwickelten Kapitalismus ausgebildet zu haben. Diese Bemerkung zur historischen Offenheit von sozialen Entwicklungen ist in der orthodoxen Dogmatik des Marxismus-Leninismus in Vergessenheit geraten. Heute müssen wir uns daran auf jeden Fall erinnern, da es ja aus den schon erwähnten ökologischen Gründen – ganz abgesehen von ökonomischen Hemmnissen und sozialen Konflikten – ausgeschlossen ist, dass alle Länder

dieser Erde eine kapitalistische Gesellschaft mit dem Ressourcenverbrauch Westeuropas oder Nordamerikas verwirklichen.

Diese inzwischen weithin akzeptierte ökologische Grenze, verlangt eine radikale Umgestaltung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Die Verteilung der knappen Ressourcen kann nicht mehr nach dem Äquivalenzprinzip auf dem »freien Markt« erfolgen, wenn nicht für alle Naturressourcen im Überfluss zur Verfügung stehen und nur das Geld, mit dem sie gekauft werden, knapp gehalten wird. Man kann sich vorstellen, dass die Verteilung auch mit politischen und sogar durch den Einsatz militärischer Gewalt und nicht in solidarischer Form erfolgt. Diese Welt wäre noch mehr von Konflikten zerrissen, von Terror bedroht und von Kriegen überzogen, als dies schon heute im »Kampf gegen den Terror« der Fall ist.

Dies ist der Grund dafür, dass die vielen Initiativen einer solidarischen Organisation der Arbeit nicht deshalb in ihrer Bedeutung geschmälert werden können, weil sie im Vergleich eher vereinzelt vorkommen. Sie sind vielmehr Ausdruck einer historischen Tendenz am Ende des fossil-industriellen Kapitalismus. Nicht nur die ökonomische Perspektivlosigkeit in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und fortwährendem Jobverlust in der formellen Wirtschaft spricht für solidarische Arbeitsweisen. Mehr und mehr sind es harte ökologischen Gründe, die eine Fortsetzung des Kapitalismusmodells, so wie wir es kennen, unmöglich machen.

Wer also heute über Entwicklungsperspektiven nachdenkt, kann nicht anders als sich Gedanken über eine solare, d.h. auf erneuerbaren Energien bauende und Solidarische Ökonomie zu machen. Das ist durchaus kein idealistisches Unterfangen, das ist vielmehr eine breite Bewegung auf allen Kontinenten. Ihre Zukunftsfähigkeit ergibt sich daraus, dass das gesellschaftliche Naturverhältnis im Einklang mit den Bedingungen natürlicher Kreisläufe gestaltet wird, und dass die Wirtschaft nicht mehr auf möglichst hohe Rentabilität und beschleunigtes Wachstum, sondern auf die Bereitstellung befriedigender und würdiger Arbeitsplätze (»decent work«) getrimmt wird. Das ist Utopie, aber im konkreten Sinn. Denn sie wird bereits praktiziert, die vielen Projekte, die auf dem Kongress zu »Solidarischer Ökonomie« im November 2006 in Berlin zu sehen waren, belegen es.

Susanne Elsen

Die Ökonomie des Gemeinwesens

Eine sozialpolitische Entwicklungsaufgabe

Gemeinwesen und Ökonomie – eine schwierige Beziehung

Theorie und Praxis der Gemeinwesenentwicklung (Community Development) beziehen im internationalen Verständnis lokales und bedarfsorientiertes Wirtschaften als Kernbereich des Gemeinwesens ein. Die tradierte Arbeitsteilung der »sozialen Marktwirtschaft« dagegen verwies die Gemeinwesenarbeit als Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit im deutschsprachigen Raum auf marktbegleitende und -stabilisierende Funktionen, auf den außerökonomischen Bereich also. Im Verständnis der fachtheoretischen Wurzeln des Community Development als Ansatz der Sozialpolitik und strukturellen Sozialen Arbeit wurde Wirtschaften als zentraler Lebensbereich hingegen nicht ausgeblendet.

Wenn in neueren sozialpolitischen Programmen im deutschsprachigen Raum von der Förderung der »Lokalen Ökonomie« durch gemeinwesenorientierte Ansätze die Rede ist, so bedeutet dies noch nicht, dass dabei die Trennung von Markt und Sozialem aufgehoben wurde. Die aktuelle Fachdiskussion um die Verbindungen zwischen Sozialer Arbeit und Ökonomie beschränken sich meist auf die Anforderungen an eine marktorientierte Gestaltung Sozialer Dienste und die Frage der Anwendung betriebswirtschaftlicher Instrumente im Sozial- und Gesundheitswesen.

Es ist von zentraler Bedeutung, dass sich Soziale Arbeit mit den fehlerhaften Prämissen, Mythen, Menschen- und Gesellschaftsbildern der dominanten, sozial ungebundenen Ökonomie in Theorie und Praxis auseinandersetzt. Sie muss ihre eigene Position sowie die Rechte ihrer Anspruchsberechtigten in einer eigenständigen Ökonomie des Sozialen vertreten. Viel stärker als bisher ist unter den Folgen der Globalisierung neoliberaler Prägung und der Änderung der Erwerbsarbeitsstrukturen die Idee des Gemeinwesens als Ort aktiver Teilhabe und Integration, kollektiver Selbstorganisation und nachhaltiger Entwicklung zu betrachten. Die sozialbürgerchaftlichen Ansprüche Einzelner sind dabei natürlich nicht aufzugeben.

Die soziale Ökonomie des Gemeinwesens – Idee und normativer Anspruch

Die sozialökonomische Entwicklung des Gemeinwesens wirft also die Frage nach einer Logik des sozial eingebundenen Wirtschaftens auf, das der Erhaltung der sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Evolutionsfähigkeit dient. Aus dieser Perspektive ist Wirtschaften von den Bedürfnissen der Men-

schen und Gemeinwesen aus zu denken. Der Entwurf einer solchen Ökonomie geht von den grundlegenden Implikationen des Begriffs »Gemeinwesen« aus:

- der untrennbaren Einheit der Nutzung, Herstellung und Verteilung der materiellen Lebensgrundlagen;
- der Gestaltung der sozialkulturellen Lebenszusammenhänge in Formen der vertikalen Vergesellschaftung auf der Basis von Zusammenschluss und Freiwilligkeit.

Die soziale Ökonomie des Gemeinwesens existiert immer im Schatten der dominanten Ökonomie und sie entsteht derzeit weltweit neu. In der internationalen Diskussion geraten diese Ansätze als Alternativ- und Ergänzungsstrukturen der zunehmend krisenhaften neoliberalen Politik ins Licht öffentlichen Interesses. Trotz ihrer Unterschiedlichkeit weisen sie deutliche Gemeinsamkeiten auf. Die Versuche, sie begrifflich zu fassen, verdeutlichen, dass es sich um Alternativen zum westlichen Wachstums- und neoliberalen Profitmodell handelt.

In der europäischen Diskussion wird von einer sozialen Ökonomie im »Dritten Sektor«¹ ausgegangen. Zu diesem Sektor gehört eine Vielfalt von Organisationen, die jenseits des öffentlichen und privaten Bereiches agieren und nicht privater Gewinnmaximierung dienen. Dabei ist die zentrale Frage nicht die der Gewinnerzeugung, sondern die der Gewinnverwendung, die diesen Bereich von der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise unterscheidet. Neben Vereinen, Stiftungen und Gegenseitigkeitsgesellschaften, gehören ihm auch Genossenschaften an. Im europäisch-romanischen Raum wird – in Abgrenzung gegenüber der Versicherungswirtschaft und den traditionellen Wohlfahrtsverbänden – bei Kooperativen und ökonomischer Selbstorganisation auch von »Économie Solidaire« gesprochen. Der Begriff der »Solidarökonomie« setzt sich derzeit in der weltweiten Diskussion durch und ist insbesondere beeinflusst von den Entwicklungen und der Diskussion der »economía popular y solidaria« in Lateinamerika.

Der Begriff »Solidarökonomie« betont die Bedeutung des Steuerungsmediums Solidarität,² welches in ökonomischen Austauschprozessen zusätzliche Engagementbereitschaft der beteiligten Akteure freisetzt und ganzheitliche Perspektiven entwickelt. Solidarökonomie steht gegen die Dominanz des Gewinn- und Konkurrenzprinzips als alleinige Steuerungsmodi ökonomischen Handelns. Sie erzeugt Sozialkapital durch Kooperation und solidarische Bewirtschaftung von Ressourcen. Es handelt sich also nicht nur um einen sozialen Sektor, der

¹ Die im Mai 1982 verabschiedete Charta der Économie Sociale umfasst sieben Artikel, die die Koordinationsprinzipien des Sektors konkretisieren.

² Zur Bedeutung und Wirkung des Steuerungsmodus Solidarität, vgl.: Habermas, Jürgen (1985): Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M., S. 158

die Mängel und Fehler von Markt und Staat korrigiert, sondern um eine eigenständige Logik wirtschaftlichen Handelns mit sozialen Zielsetzungen, wie sie insbesondere in genossenschaftlichen Lösungen zu finden ist. Er ist geprägt von den Handlungsprinzipien Freiwilligkeit, Solidarität, Kooperation, demokratische Organisation, Assoziation, Selbstorganisation und Gemeinwohlorientierung. (Monetäres) Kapital hat eine dienende Funktion. Solidarökonomien sind ohne die dauerhafte Wirkung der Ressource Solidarität nicht überlebensfähig, da sie in ihrer Eigenlogik und meist mit weniger Kapital gegenüber den mächtigen Einflüssen des Marktes bestehen müssen.

Die auf die Mitglieder von Gemeinschaften bezogene Solidarität schließt jedoch auch andere aus und dies zeigt die Grenzen des Ansatzes. Die Erkenntnis globaler Abhängigkeitsverhältnisse und das gemeinsame Interesse an der Erhaltung der Lebensgrundlagen könnten die Tendenzen zur Abschließung solidarischen Handelns in lokalen Gemeinschaften auslösen. Der Vorstellung von einer Ökonomie des Gemeinwesens liegt deshalb ein Verständnis von Solidarität zugrunde, welches über räumliche und zeitliche Bindung hinausweist und universelle Gültigkeit für die Weltgesellschaft beanspruchen kann. Es resultiert nicht nur aus Not oder Mitgefühl, sondern aus der Einsicht in lebensbedrohende und ungerechte Zusammenhänge sowie der Erkenntnis, dass diese Weltgesellschaft in einer ökologischen und sozialen »Schicksalsgemeinschaft« lebt.

Zusammenschluss und sozialökonomische Selbstorganisation sind also auch Formen der reflexiven Aneignung demokratischer Rechte in Wirtschaft und Gesellschaft oder deren Verteidigung und stärken das demokratische Bewusstsein.

Folgende Kriterien verbinden die solidarökonomischen Bewegungen im internationalen Raum:

- demokratische Unternehmenskultur (nominales Stimmrecht: ein Mitglied – eine Stimme),
- inklusives Eigentum (Nutzungseigentum),
- Bedarfswirtschaftliches Handeln (nicht primär profitorientiert),
- Gewinnverwendung (Zweckbindung des Gewinns),
- soziale Einbindung.

Die mehr als 150-jährigen Organisationsprinzipien der internationalen Genossenschaftsbewegung bilden hier die Basis.

Kooperative Arbeit war und ist Mittel insbesondere mangels Kapital. Das Verständnis von Arbeit, welches dem Konzept der Ökonomie des Gemeinwesens zugrunde liegt, basiert auf einem erweiterten Blick auf gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit, die Nachbarschaftshilfe, Familienarbeit, Eigenarbeit, Tausch, Subsistenzwirtschaft, Kooperativarbeit, Erwerbsarbeit und Formen bürgerschaftlichen Engagements einbezieht.

Der zentrale Begriff »Gemeinwesen« bezieht sich auf die Bewirtschaftung des »gemeinen Eigenen«³ und leitet sich von der Vorstellung der Gemeinschaft von Gleichen auf Gegenseitigkeit ab. Er beinhaltet also auch Reziprozitätsnormen. Dies sind Gegenseitigkeits- und Gerechtigkeitsvorstellungen, die Tauschakte zwischen Menschen auf der Basis von Gleichheit bestimmen. Erst durch die sozialpolitische Korrektur ungleicher Verteilung von Gütern und Zugangschancen aber ist Reziprozität in Tausch- und Vertragsbeziehungen möglich. Gemeinwesenökonomie ist deshalb im Kontext gestaltender Sozialpolitik zu betrachten, die benachteiligten Gruppierungen die Wahrnehmung umfassender Rechte in der BürgerInnengesellschaft garantiert.

Unter »Gemeinwesenökonomie« als Option zur Gestaltung zukunftsfähiger Sozialpolitik sind Ansätze der sozialökonomischen Selbstorganisation in zivilgesellschaftlichen Kontexten zu verstehen.⁴ Ebenso gehören dazu solidarische und parteiliche Formen zur Unterstützung solcher sozialökonomischer Ansätze, die der Existenzsicherung, der sozialen Integration und Emanzipation Benachteiligter oder der Erhaltung von Lebensgrundlagen des Gemeinwesens dienen. Sie müssen eine Ausweitung der Handlungsoptionen der benachteiligten AkteurInnen ermöglichen und dürfen den Belangen des Gemeinwesens nicht schaden.

Aktuelle Beispiele und ein Versuch ihrer Erklärung

In armen und unterentwickelt gehaltenen Regionen der Welt sind traditionelle Wirtschaftsformen, die der Logik einer Ökonomie des Gemeinwesens nahe kommen, nach wie vor die wichtigste Basis der Existenzsicherung. Als Reaktionen auf die Übergriffe der transnationalen Konzerne entstehen auch dort derzeit neue reflexive Alternativen. Wie vor 100 Jahren greifen aber auch in den Industriestaaten, in denen die ökonomische Selbstorganisation aus dem kollektiven Gedächtnis verbannt wurde, wieder verstärkt Menschen auf diese Ansätze zurück. Zur Selbsthilfe wird in den Wohlfahrtsstaaten erst gegriffen, wenn bei einer langanhaltenden Krise alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Sie bezieht sich aktuell auf die Bereiche Arbeit, Erhaltung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und die lokale Kontrolle über Geld.

Gründungen von Kooperativunternehmen lassen sich derzeit dementsprechend in den Industrieländern in folgenden Bereichen feststellen:

- Kooperative Betriebsübernahmen (Belegschaftsbetriebe), die das Ziel haben, Erwerbsarbeit vor Ort zu sichern. Nach dem wirtschaftlichen Zusammen-

³ Unveräußerbare ökologische, sozialkulturelle und ökonomische Lebensgrundlagen

⁴ z.B. Alternativwährungen, lokale Genossenschaften, Community Gardening etc.

bruch in Argentinien übernahmen Belegschaften viele hundert Betriebe. In Europa sind es mittelständische Betriebe, die als Belegschaftsunternehmen weitergeführt werden.

- Kooperative Unternehmen im Bereich alternativer lokaler Arbeitsmarktpolitik mit Menschen, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind (Existenzsicherungsgenossenschaften). Bemerkenswert sind z.B. die Gründungen des Frauennetzwerks zur Arbeitssituation Kiel.
- Produktivgenossenschaften überwiegend hochqualifizierter Kräfte beispielsweise im Ingenieurwesen und im IT-Bereich, die ihre Chancen im Markt gemeinsam verbessern oder auch Produktivgenossenschaften im medizinischen Bereich (Geistkapitalunternehmen).
- Sozial-, Bildungs-, Kultur und Gesundheitsgenossenschaften, die der Kommerzialisierung und Privatisierung entgegen wirken sollen. Die Gründungen erfolgen sowohl durch Anbietende als auch durch NutzerInnen und mitunter als alternative sozialpolitische Lösungen durch öffentliche Förderung. Sie sind auch aus der Perspektive der Emanzipation der TrägerInnen/NutzerInnen zu betrachten. Beeindruckend ist die Entwicklung der Genossenschaften mit sozialer Zielsetzung in Italien und Spanien.
- Bemühungen um die lokale Kontrolle von Geld in Form von Komplementärwährungen, lokalen Bankkooperativen und Investitionsfonds.
- Verbraucher-Konsumenten-Kooperativen entstehen an den Nahtstellen von Städten und Regionen insbesondere als Folge der Skandale der industriellen Lebensmittelproduktion. Ein überzeugendes Beispiel ist »Tagwerk« im Norden der Münchener Region.
- Kooperativen und Fonds, die die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge (Wohnung, Energie, Wasser) durch Formen »vergesellschafteter Privatisierung« gegen Kommerzialisierung sichern. Die Gründung lokaler Genossenschaften und Bürgerfonds insbesondere im Sozial-, Gesundheits-, Schul- und Pflegebereich in Finnland, Spanien, Kanada, Italien und Japan ist eine Antwort der lokalen Bevölkerung auf die Enteignung von öffentlichen Einrichtungen und Leistungen.
- Ein weiterer Trend ist die Konstruktion alternativer Geldsysteme, die lokale Wertschöpfung und soziale Integration fördern. Bemerkenswert sind Umfang, Vielfalt und Qualität von Ansätzen in Japan. Innerhalb zivilgesellschaftlicher Kontexte und aus berufsständischer Organisation heraus hat sich ein reiches Spektrum aus lokalen Komplementärwährungen, Tauschsystemen und genossenschaftlichen Unternehmen gebildet. Sie beruhen auf überfamiliären Gemeinschaften sowie auf dem Misstrauen gegenüber Markt, Staat und dem Wert des Geldes. Die Süddeutsche Zeitung vom 7. Januar 2003 beschreibt dieses Phänomen als »Kapitalflucht der sozialen Art«. Insbesondere im

Bereich von Gesundheitsversorgung und Pflege wurden in Japan genossenschaftliche Lösungen in den Gemeinwesen entwickelt, in denen Hilfen auf Gegenseitigkeit, Selbsthilfe, geldloser Tausch und professionelle Hilfe kombiniert werden.

- Bewegungen zur Aneignung von Boden zwecks Wiedergewinnung von Subsistenzmöglichkeiten in Städten sind in Japan besonders verbreitet. In radikaler Form handelt es sich um Gruppierungen, die sich als »Garten-Guerilla« bezeichnen. Der Trend aber zum Urban Gardening oder Community Gardening aus sozialen, kulturellen, therapeutischen, lokalökonomischen oder ökologischen Gründen ist derzeit in nahezu allen Weltregionen beobachtbar, auch im europäischen und deutschsprachigen Raum.

Zur gesellschaftlichen Bedeutung sozialökonomischer Selbstorganisation

Alle ökonomischen Alternativ- und Komplementärformen haben soziale und sozialpolitische Bedeutung und verweisen auf einen tiefen Bruch mit der selbstbezogenen neoliberalen Ideologie und Praxis. Sie bewegen sich im Bereich von sieben Bastionen, auf die diese Ökonomie Anspruch erhebt:

- die generell marktförmige Organisationsweise ökonomischer Belange,
- die Verwertungsbedingungen von Arbeitskraft,
- die Entscheidungsmacht über ökonomische Teilhabe oder Ausgrenzung,
- die marktförmige Verwertung und Bewirtschaftung öffentlicher, intellektueller und biologischer Güter,
- die Bestimmung des Preises dieser Güter,
- die Definition der Logik des Geldes,
- die Gestaltung des Sozialen als ökonomieexternes System zugunsten der ökonomischen Verwertungsbedingungen.

Der weltweite Aufbruch assoziativer und netzwerkartiger Strukturen im sozialökonomischen Bereich bedeutet nicht zuletzt die Übertragung partizipativer Demokratie auch auf den ökonomischen, nicht nur den politischen Sektor.

Neben den aus reiner Not entstehenden Ökonomien gilt es also die Varianten zu beachten, die reflexiv als Alternativen zu den Verwerfungen oder als verantwortlicher Schritt in Richtung nachhaltige Gesellschaft entwickelt werden. Es sind andere als rein besitzorientierte Motive, die die AkteurInnen jener Wirtschaftsform prägen, deren Herausbildung die Modernisierungstheoretiker Hans van der Loo und Willem van Reijen als Gegenentwürfe zur Marktwirtschaft und als Experimentallabore einer neuen, von Laien in Verbindung mit sozialen Bewegungen organisierten lokalen Ökonomie beschreiben.

Anschlussfähig an dieses »Neue« ist das »Alte«: die vormodernen Varianten einer pluralen Ökonomie, die in peripheren Weltregionen oder in indigenen Gemeinschaften oder auch in den Armutsökonomien der Wohlfahrtsstaaten die

vollkommene Durchdringung durch die Marktwirtschaft überlebt haben. Die Rückzugsorte vormodernen Wirtschaftens treten durch die globale Vernetzung der sozialen Bewegungen seit wenigen Jahren gegen die neoliberale Enteignung aus ihrem Schattendasein und erfahren sich als Gegenentwürfe.

Lebensweltliche Mischlogik als sozialpolitisches Potenzial

Die entstehenden Parallel- und Komplementärökonomien sind hybride Organisationen, die sowohl soziale und ökologische, als auch ökonomische Ziele verfolgen. Sie handeln im ökonomischen Bereich, aber sind Teil der organisierten Zivilgesellschaft. Eingespielte Abgrenzungen von privat/öffentlich, politisch/sozial, kulturell/ökonomisch werden durch lebensweltliche Formen der Begrenzung, Aneignung und Einmischung herausgefordert.

Das ökonomische Potenzial von Vergenossenschaftlichungen liegt in der Möglichkeit der Bündelung von Kräften und der tendenziellen Ausschaltung des Marktes durch die Mitgliederwirtschaft und das Identitätsprinzip. Das gesellschaftspolitische Potential ist folgendes:

- Die Vergenossenschaftlichung sozialer und gesundheitlicher Dienste ist in Transformations- und Entwicklungsländern Ersatz für familiäre Leistungen, die in Folge von Traditionsverlusten und veränderten Wohn-, Arbeits- und Lebensformen nicht mehr selbstverständlich sind.
- Die Vergenossenschaftlichungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales ersetzen in Industrieländern öffentliche Anbieter. Es handelt sich bei den Sozial-, Gesundheits- und Bildungsgenossenschaften zwar um Re-Privatisierung öffentlicher Leistungen, doch birgt diese Variante die Möglichkeit, eine rein kommerzielle Privatisierung zu verhindern und den Zugang für alle zu sichern.
- Vergenossenschaftlichungen in anderen Sektoren haben unterschiedliche Funktionen: In Entwicklungs- und Transformationsländern können sie den Schritt vom informellen Sektor in den Markt bahnen. In Industrieländern ermöglichen sie, insbesondere arbeitsintensive Bereiche für lokale Märkte zu erschließen oder lokales Wirtschaften synergetisch zu organisieren. Sie sind zudem unter bestimmten Voraussetzungen in der Lage, herkömmliche Unternehmen durch genossenschaftliche Umwandlung zu stabilisieren und zu erhalten.

Die Auseinandersetzung mit diesen Potenzialen erfordert den Abbau von Vorurteilen, auch von Seiten der kritischen Linken, und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Bedingungen des Scheiterns und des Erfolges kollektiver Ökonomien. Es lässt sich für die vergangenen 150 Jahre nachweisen, dass unkonventionelle, sozialökonomische Projekte der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung nicht nur durch die Lobby der kapitalistischen Wirtschaftsweise, sondern auch von der

Arbeiterbewegung sozialdemokratischer und orthodox marxistischer Prägung ausgegrenzt, aufgezehrt oder angepasst wurden.

Sozialökonomische Selbstorganisation und sozialpolitische Innovation

Als Ergänzung zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau des Sozialstaats bedarf es einer gestaltenden Sozialpolitik, die bürgerschaftliche Selbstorganisation ermöglicht und fördert. Ansatzpunkt solcher Reformbemühungen sollte die Arbeitslosigkeit sein. Arbeitslose und Arme müssen durch kollektive Selbstorganisation zu einer sozialen Bewegung werden können. Tatsächlich zielte keine der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Deutschland seit den 1970er Jahren auf kooperative Selbsthilfe. Sozialstaatliche Absicherungen setzen vielmehr am freigesetzten und isolierten Individuum an. Die in der Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erkennbare Ignoranz gegenüber kooperativen, gemeinschaftlichen Handlungsansätzen und die Fixierung auf individualisierte Ursachenerklärungen haben tiefliegende historische Wurzeln in der kapitalistischen Gesellschaft.

Die politische und rechtliche Ermöglichung und Förderung sozialökonomischer Selbstorganisation hätte auch in Italien nicht die dauerhafte Kraft entfalten können ohne die Durchsetzungsfähigkeit und das intensive Zusammenspiel von unterschiedlichen weltanschaulichen und berufsständischen Organisationen der Zivilgesellschaft. Die Sozialgenossenschaften selbst verfügen über eine eigene kooperative Infrastruktur auf regionaler und überregionaler Ebene. Die Entwicklung der Genossenschaften mit sozialer Zielsetzung in Italien ist ein überzeugendes Beispiel für den Erfolg aktiver staatlicher Förderung sozialökonomischer Selbstorganisation. Diese Kooperativen nehmen Aufgaben im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich wahr. Sie verfolgen die Integration Benachteiligter ins Erwerbsleben oder kombinieren Dienstleistungen im sozialen und gesundheitlichen Bereich mit Beschäftigungsintegration. Neben der Entlastung in den Bereichen Einkommenssteuer, Sozialabgaben und Beiträge für Versicherungen und Pensionskassen, werden die Sozialgenossenschaften finanziell gefördert.

Die neuen sozialökonomischen Zusammenschlüsse sind in den westlichen Industriestaaten weitgehend getragen von organisationsfähigen BürgerInnen, die jedoch auch für und mit benachteiligten Menschen um deren Teilhaberechte kämpfen. In den Wohlfahrtsstaaten stehen den Bemühungen um selbstbestimmte Teilhabe Benachteiligter auch die Eigeninteressen der Organisationen entgegen, die für sich in Anspruch nehmen, InteressenvertreterInnen der Armen und Benachteiligten zu sein.

Der Zusammenschluss von Menschen in vergleichbaren Betroffenheitslagen birgt prinzipiell politische Spreng- und Gestaltungskraft. Heute, ebenso wie

in der Zeit der sich formierenden Arbeiterbewegung, ist die Erfahrung und Reflexion gleicher Betroffenheitslagen und Interessen Voraussetzung kollektiver Handlungsfähigkeit. Der neuen Enteignungsökonomie stehen in allen Weltregionen kollektive Akteure gegenüber, die grundlegende Lebensrechte zu verteidigen suchen und sozial eingebundene Ökonomien als Gegenentwürfe realisieren. Sie sind Teil einer neuen sozialen Politik von unten, die trotz heftiger Widerstände auf längere Dauer sozialen Wandel zeitigen wird. Es geht unter den veränderten historischen Bedingungen nicht nur um die Wiedergewinnung politischer Regulierung der Marktkräfte, sondern um die Herausbildung und Erhaltung vielfältiger, lebensweltlich eingebundener Formen einer eigenständigen Ökonomie des Gemeinwesens.

Literatur

- Birkhölzer, Karl/Klein, Ansgar/Priller, Eckard/Zimmer, Annette (Hrsg.) (2005): Dritter Sektor/Drittes System, Wiesbaden
- Elsen, Susanne/Lange, Dietrich/Wallimann, Isidor (Hrsg.) (2000): Soziale Arbeit und Ökonomie, Neuwied
- Elsen, Susanne (2004): Bürgerschaftliche Aneignung gegen die Enteignungsökonomie, in: SOZIALEXTRA, 28. Jg., Heft 7-8, S. 42-49
- Elsen, Susanne (2007): Die Ökonomie des Gemeinwesens. Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung, Weinheim/München
- Fritz, Thomas/Scherrer, Christoph (2002): GATS: Zu wessen Diensten? Hamburg
- Göler von Ravensburg, Nicole (2003): Genossenschaften in der Erbringung Sozialer Dienste, in: Flieger, Burghard (Hrsg.): Sozialgenossenschaften, Neu-Ulm
- Lietaer, Bernard A. (2002): Das Geld der Zukunft, München
- van der Loo, Hans/van Reijen, Willem (1992): Modernisierung, München
- Munsch, Chantal (Hrsg.) (2003): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch, Weinheim/München

Solidarische Ökonomie und Lebensstil aus individueller Perspektive

Malte Klar

Solidarität macht glücklich!

Psychologie und Solidarische Ökonomie

Bereits der humanistische Psychologe Erich Fromm wollte »der gegenwärtigen Situation ein Ende machen, in der eine gesunde Wirtschaft nur um den Preis kranker Menschen möglich ist«. Hieran anknüpfend stellt sich die Frage, ob Individuen und Gesellschaft sich gesünder entwickeln könnten, wenn Gemeinschaft und Solidarität stärker in den Mittelpunkt des Lebens und Wirtschaftens rücken. Anhand der Betrachtung menschlicher Grundbedürfnisse soll dabei die plakative Hypothese »Solidarität macht glücklich« untersucht werden. Diese positiv formulierte psychologische Kapitalismuskritik fand in letzter Zeit weder in sozialen Bewegungen noch in der wissenschaftlichen Psychologie viel Beachtung.

Vielleicht zu Unrecht, denn Wohlbefinden und gesunde persönliche Entwicklung scheinen für viele Menschen zentrale Lebensmotive zu sein, die über eine Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen politisch gefördert werden können. Wenn diese Menschen es zudem einleuchtend finden, dass Solidarität positive Konsequenzen für das eigene Wohlbefinden hat, kann sie dies motivieren, sich aktiv für eine gesündere Welt zu engagieren.

Grundbedürfnisse

Ein Ansatz um herauszufinden, was Menschen glücklich macht, ist die Betrachtung menschlicher Grundbedürfnisse. In der Psychologie beschreibt z.B. die Theorie der Selbstbestimmung solche universellen Bedürfnisse als die Quelle gesunder Motivation und die Ursache des Strebens nach Wohlbefinden und persönlicher Entfaltung. Die Theorie geht dabei von drei psychischen Grundbedürfnissen aus: Autonomie bezeichnet das Bedürfnis nach Selbstbestimmung (anstelle von Fremdbestimmtheit) und ist abzugrenzen gegen Egoismus und gänzliche Unabhängigkeit. Mit Kompetenz ist das Bedürfnis gemeint, Anforderungen zu bewältigen und der jeweiligen Situation gerecht zu werden. (Hierbei sollte aber die Autonomie anderer nicht eingeschränkt werden. Abraham Maslow bemerkt dazu: »Gesunde Menschen haben Abneigung gegen Macht über andere Menschen.«) Das dritte Bedürfnis, auf welchem hier das Hauptaugenmerk liegen soll, ist das Streben nach sozialer Verbundenheit.

Das zugrunde liegende Menschenbild geht davon aus, dass der Mensch nicht von Natur aus schlecht sei (geschweige denn ein »Wolf«), sondern dass er sich nur dann gesund entwickeln und entfalten kann, wenn es ihm ermöglicht wird,

seine Grundbedürfnisse zu befriedigen. Können diese jedoch nicht befriedigt werden, kann dies Unwohlsein und Krankheit auslösen.

Da Ökonomie die Aufgabe hat, Bedürfnisse zu befriedigen, kann ein »Denken in Grundbedürfnissen« als Faustformel hilfreich sein. So stellt sich die Frage, inwiefern diesen Bedürfnissen in der heutigen Gesellschaft Rechnung getragen wird: Eine umfangreiche Studie zum Thema Angststörungen kam zu dem Ergebnis, dass das Auftreten dieser Störungen in den USA in den letzten 60 Jahren geradezu dramatisch anstieg. Eine Ursache für diesen Befund sieht die Autorin der Studie in der gleichzeitigen deutlichen Abnahme der sozialen Verbundenheit. Und auch in Deutschland steigt die Wahrscheinlichkeit, im Laufe des Lebens an einer psychischen Störung zu erkranken – momentan liegt der Wert bei über 40%. Eine weitere Zunahme wird befürchtet. Eine Ursache liegt nach Ansicht der Autoren in einer Nicht-Befriedigung der oben genannten Aspekte: »Die neue, globalisierte Arbeitswelt führt zu permanentem Wettbewerb, wachsendem Konkurrenzdruck, Verlust von Solidarität und Arbeitsplatzunsicherheit.« Dabei schlussfolgern sie: »Wo Profitkultur und Marktfundamentalismus gelebt werden, die den Menschen auf ›Humankapital‹ reduzieren, kommt es zu ›innerer‹ Kündigung, hohem Krankenstand, Frühverrentung und Krankheit von Leib und Seele als vermeintlichem Ausweg.«

Solidarität vs. Materialismus

Dass Solidarität hingegen die drei psychischen Grundbedürfnisse befriedigen und somit zum Wohlergehen beitragen kann, lässt sich zunächst theoretisch am Beispiel der Wikipedia-Definition von Solidarität veranschaulichen: »Solidarität benennt eine bewusste [Autonomie] Verbindung von Menschen [Verbundenheit], die dazu dient, ihre Interessen durch gemeinsames Handeln [Verbundenheit] effektiver vertreten und durchsetzen zu können [Kompetenz].« In der Terminologie von Alfred Adler, einem wichtigen Wegbereiter der (humanistischen) Psychologie, ließe sich Solidarität als eine konkrete Ausprägung des so genannten Gemeinschaftsgefühls bezeichnen. Dieser für seine Theorie zentrale Begriff beschreibt Mitgefühl für die Gemeinschaft und das Streben, die Welt zu einem besseren Ort machen zu wollen. Entsprechend dem Grundbedürfnis nach Verbundenheit geht er davon aus, dass der Mensch kein Einzelgänger ist, sondern von Natur aus ein soziales Wesen. Nach Adler führt somit das Streben nach Gemeinschaftsgefühl auch zu höherem Wohlbefinden sowie persönlicher Entwicklung; es kennzeichnet für ihn sogar den Sinn des Lebens.

Wenn dies der Fall ist, müssten politisch engagierte Menschen aufgrund ihres Einsatzes für die Gemeinschaft auf einer persönlichen Ebene einen »Gewinn« daraus ziehen. Genau das konnte der Autor in zwei Untersuchungen bei über 1.000 AmerikanerInnen zeigen: Im Vergleich zu politisch Nicht-Aktiven waren

AktivistInnen signifikant glücklicher und führten ein erfüllteres Leben. Auch interkulturelle Untersuchungen zu Lebenszielen konnten zeigen, dass Menschen, denen das Streben nach Gemeinschaftsgefühl besonders wichtig war, höheres Wohlbefinden und weniger psychopathologisches Verhalten angaben. Gemeinschaftsgefühl wird dabei in eine Kategorie von Zielen eingeordnet, welche die Grundbedürfnisse befriedigen können. Dem steht eine Kategorie von Zielen entgegen, die mit wahrer Bedürfnisbefriedigung in Konflikt geraten können, und die man in Marxscher Terminologie als eine Form der *Entfremdung* bezeichnen könnte. Hierzu gehört der psychologische *Materialismus*, also das Streben nach Geld und Gütern, welches gegenwärtig von Politik, Medien und Wirtschaft gefördert wird. Es konnte gezeigt werden, dass Menschen, die vor allem nach Geld und Gütern strebten, eher unterdurchschnittliches Wohlbefinden zeigten und an Störungen litten.

Fazit

Aus diesem Blickwinkel erscheint es umso merkwürdiger, dass unsere heutige Gesellschaft nicht auf dem Prinzip der Gemeinschaftlichkeit basiert, sondern vielmehr auf den diametral entgegengesetzten Prinzipien des Materialismus und der Konkurrenz. Menschen, denen ihr persönliches Wohlbefinden am Herzen liegt, könnten sich also aufgrund dieser Befundlage überlegen, welcher der beiden Kategorien von Lebenszielen sie mehr Aufmerksamkeit widmen möchten, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Alfred Adler hatte auf diese Frage eine klare Antwort parat: »Euer Glück werdet ihr in der mitmenschlichen Verbundenheit und nirgendwo anders finden, vor allem nicht im Erlangen von Macht. Erzieht die Kinder so, dass sie mit den Sinnen des anderen wahrnehmen, mit seinem Herzen fühlen lernen.«

Literatur

Kasser, T. (2002): *The high price of materialism*, Cambridge.

Fromm, E. (1976/1982): *Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft*, München.

Adler, A. (1933/2004): *Der Sinn des Lebens*, Frankfurt.

Eine Version dieses Artikels mit Quellenangaben, sowie weitere Texte sendet der Autor auf Anfrage zu: malte.klar@web.de.

Ulrich Duchrow

Solidarisch Mensch werden

Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus –
Wege zu ihrer Überwindung

»Zahl der psychischen Leiden steigt – vor allem bei den Jüngeren«. Dies war die Überschrift eines Berichts der Frankfurter Rundschau über eine DAK-Studie zum Krankheitsstand 2004 in Deutschland. Die Studie zeigt, dass die psychischen Erkrankungen zwischen 1997 und 2004 um 68,7% zugenommen haben. Besonders betroffen sind ArbeitnehmerInnen im Alter zwischen 15 und 34 Jahren. Was steckt dahinter? Wir sehen den Hauptgrund für diese und ähnliche Erfahrungen in den zerstörerischen sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen, politischen und psychischen Wirkungen des neoliberalen Kapitalismus. Seit den 1970er Jahren löste er in Europa die soziale Marktwirtschaft mit ihrem Wohlfahrtsstaat ab und unterwirft nun den gesamten Globus einer einzigen Logik und einem einzigen Ziel: Kapitaleigentum zu vermehren. Hierzu sind einige biblische und psychologische Sichtweisen interessant.

Die Relationale oder Beziehungs-Psychologie sieht den Menschen nicht als isoliertes Individuum, sondern als Beziehungswesen von Geburt an. Sie zeigt, wie Kinder ein starkes Selbst gewinnen, indem sie starke emotionale gegenseitige Beziehungen erfahren. Sie demonstriert aber auch, wie Kinder krankhafte psychische Muster entwickeln, wenn diese Beziehungen gestört sind. Solche pathologischen Beziehungsmuster werden erneut aktiviert, wenn sich die Mitwelt für Erwachsene bedrohlich entwickelt. Genau dies ist der Fall, wenn der neoliberale Kapitalismus die Menschen auf allen Ebenen in einen erbarmungslosen Konkurrenzkampf treibt und sie nur noch als Kostenfaktor und KonsumentInnen bewertet. Das betrifft keineswegs nur die VerliererInnen in den Unterschichten. VerliererInnen, GewinnerInnen und Angehörige der Mittelklassen, in die der neoliberale Kapitalismus die Menschen zunehmend spaltet, erfahren je spezifische, vom Neoliberalismus hervorgerufene oder verstärkte psychische Probleme. *VerliererInnen* erleiden Traumatisierungen und schwere Beeinträchtigungen ihres Selbstwertgefühls – insbesondere durch die Massenerwerbslosigkeit und andere Formen des sozialen Ausschlusses. Was aber das Schlimmste ist: Durch die Wiederbelebung frühkindlicher Beziehungsmuster, werden sie in den meisten Fällen nicht kämpferisch, um zusammen mit den anderen Opfern des Systems gerechte gesellschaftliche Verhältnisse zu erwirken. Vielmehr bleiben sie innerlich an die TäterInnen gebunden, richten ihre Aggressionen gegen sich selbst oder gegen

Sündenböcke. Diese falschen Selbstbeschuldigen werden noch einmal verstärkt durch die Reden der wirtschaftlichen und politischen Eliten und der Medien, die – wie z.B. bei Hartz IV – die Arbeitslosen und nicht die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Hier spricht die Psychologie vom »Desorientierungstrauma«, d.h. die Opfer werden ein zweites Mal zu Opfern gemacht.

Wichtig sind hier die sogenannten Zeugen oder »Dritten«, die die Wahrheit aussprechen – ein oft ungehörter Aufruf an die Kirchen, solche Zeugen der Wahrheit zu sein, statt sich an die Sprachregelung der neoliberalen Eliten anzupassen. Das Ergebnis ist, dass nur ein Teil der »Resignierten« aus der Unterschicht (ca. 6% der Bevölkerung) noch etwas von der Kirche hält. Hier setzt sich der Trend aus dem 19. Jahrhundert fort, in dem sich die Arbeiterklasse von der Kirche im Stich gelassen fühlt – ganz im Gegensatz zu den biblischen Grundlagen der Kirche, in denen klar die Armgemachten im Vordergrund stehen.

Die *GewinnerInnen* hingegen betrachten sich zu etwa 50% der Kirche verbunden! Psychologisch gesehen erliegen sie – in Wechselwirkung mit dem System, das nur den belohnt, der gewinnt – der wachsenden Sucht nach »Mehr-Haben«. Der dadurch genährte »pathologische Narzissmus« verführt sie dazu, ihre eigene Größe durch die Erniedrigung der Anderen zu steigern. Der persönliche Preis, den sie dafür zahlen, ist die Zerstörung ihrer Gesamtpersönlichkeit. Sie spalten sich – wie z.B. an SpitzenmanagerInnen zu beobachten – in ein sentimentales und ein brutales »Ich«. Jesus hat diese Unmöglichkeit des Menschwerdens der Reichen im Sinn Gottes mit seinem Bildwort ausgedrückt, es sei schwerer für Reiche ins Reich Gottes zu kommen, als ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe – außer sie kehren um wie Zachäus, der sich durch die Begegnung mit Jesus von seinem Reichtum befreien lässt.

In dieser Situation ist es eine zentrale Frage für die Zukunft unserer Gesellschaft, ja unserer Erde, wie sich die *Mittelklassen* verhalten werden. Sie stellen noch die Mehrheit unserer Bevölkerung im Norden dar. Der Neoliberalismus hat aber begonnen, sie weltweit in eine Mehrheit von VerliererInnen und eine Minderheit von GewinnerInnen zu spalten. Argentinien ist das klassische Beispiel. Dort gehörten vor der Einführung der neoliberalen Wirtschaft und Politik 60% zur Mittelklasse, danach 60% zu den Menschen unterhalb der Armutsgrenze. In Deutschland werden alle, die aus den Mittelklassen strukturell erwerbslos werden, u.a. durch Hartz IV auf das Niveau der Sozialhilfe gestoßen. So prägt die Angst vor dem Absturz in allen westlichen Ländern die Mittelklasse. Wie reagiert sie darauf? Sie ist durch ihre Herkunft und Geschichte wie auch durch die genannten psychischen Mechanismen nach oben orientiert. Sie entwickelt das illusionäre Bewusstsein, dass die Ursache der Misere nicht »die da oben« sein können, sondern dass sie selbst oder Sündenböcke »schuld sind«. So breiten sich in ihr Depressionen und z.B. Fremdenhass aus. Aus der deutschen Geschichte

lässt sich zeigen, wie Eliten diese Mentalität instrumentalisiert haben. Sie boten den Mittelklassen kleine Privilegien an, sie durften »Angestellte« sein, damit sie sich nicht mit der Arbeiterklasse für eine gerechtere Gesellschaft verbündeten. Genau umgekehrt argumentierten die Propheten und die Rechtsreformer im Alten Israel. Angesichts des Aufkommens einer Eigentums- und Geldwirtschaft riefen sie die freien Bauern im Namen des Gottes, der Sklaven befreit und der keine Ansammlung von Macht und Reichtum bei wenigen will, zur Solidarität auf und führte entsprechende Gesetze und Regeln ein. Die traditionellen Kirchen lassen Ähnliches bisher nicht erkennen.

So ergibt sich die große Frage für die Zukunft: Wie ist es möglich, angesichts dieser Situation die psychische, soziale und ökologische Zerstörung zu überwinden, die der neoliberale Kapitalismus global anrichtet? Welche Rolle kommt dabei den Kirchen und anderen Glaubensgemeinschaften zu?

Zunächst einmal ist es gut zu wissen, dass in allen Wissenschaften wachsende Minderheiten begriffen haben, dass ein Paradigmenwechsel, d.h. ein grundsätzlicher Wandel im Verständnis von Welt, Gesellschaft und Menschen, nicht nur möglich, sondern notwendig ist. Bis hin zu den neuesten Erkenntnissen der Hirnforschung setzen sich Modelle durch, die zeigen, dass alles Leben Beziehung ist. Der Mensch ist ein soziales, politisches Wesen und kann nur überleben in Wechselwirkung mit der Natur. Wie können die verschiedenen Menschengruppen, in die das System die Menschen spaltet, geheilt und befreit werden, um eine Alternative zu schaffen?

Es gibt einige biblische Erzählungen, die zeigen, dass und wie Heilungen und Befreiungen möglich sind. Hinzu kommt die Frage, wie solidarisch gewordene Menschen Kraft zum Widerstand und zur Arbeit an Alternativen gewinnen können, damit sie nicht ausbrennen in den notwendigen Kämpfen. Es gilt außerdem zu untersuchen, welche Wege für VerliererInnen, GewinnerInnen und Mittelschichten zur Befreiung aus den zerstörerischen und verführenden Klauen des Neoliberalismus gegangen werden können. Dies ist aber nur möglich, wenn gleichzeitig gezeigt werden kann, dass und wie alternative Ökonomie und Politik in der Praxis möglich sind. Schließlich geht es um eine Auswertung der bisherigen Versuche einer solidarischen Sozialwirtschaft ebenso wie der gesellschaftlichen Kämpfe der sozialen Bewegungen in Verbindung mit grundsätzlichen Fragen nach einer Strategie zur gemeinwohlorientierten Wiederaneignung der Güter der Erde und der Früchte der gesellschaftlichen Arbeit. Es gibt bereits praktizierte Möglichkeiten eines Wirtschaftens für das Leben im lokal-regionalen Bereich und ebenso von politischen Interventionen auf globaler Ebene. Hier ist eine zentrale Frage, ob und wie die Mittelklassen ihr illusionäres Bewusstsein überwinden und sich in ihrem eigenen Interesse mit den Hauptverlierern unter den ArbeiterInnen und Ausgeschlossenen sowie den sozialen Bewegungen

verbünden können. Das ist keineswegs unwahrscheinlich, wie Erfahrungen in vielen Ländern zeigen. Die Kirchen haben die organisierte Ökumene, die in den letzten zehn Jahren einen eindrucksvollen Prozess gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Naturzerstörung gestaltet hat. Die Vollversammlungen des Lutherischen Weltbundes (Winnipeg 2003), des Reformierten Weltbundes (Accra 2004) und des Ökumenischen Rates der Kirchen (Porto Alegre 2006) haben einmütig den neoliberalen Kapitalismus verworfen und ihre Mitgliedskirchen aufgerufen, sich mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu Widerstand und Arbeit an Alternativen zu verbünden. Die ökumenische Basis auch in Deutschland hat diesen Ruf aufgegriffen.

Die wachsende Zahl derer, die Widerstand leisten und die Alternativen zu leben beginnen, würde unbesiegt werden, wenn größere Teile der Glaubensgemeinschaften ihrer ursprünglichen Berufung folgten, sich aus der Anpassung an die herrschenden Mächte zu lösen und die Quellen der Prophetie, des Rechts und der Widerstandskraft für das solidarische Menschwerden sprudeln zu lassen.

Literatur

- U. Duchrow/R. Bianchi/R. Krüger/V. Petracca (2006): *Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Zerstörung im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung*, Hamburg.

Wem gehört die Welt?
Die Eigentumsfrage in einer
Solidarischen Ökonomie

Jutta Sundermann/Gregor Kaiser

Pillen, Pollen und Patente

Freier Austausch von Wissen als zentrales Anliegen
Solidarischer Ökonomie?

Der mexikanische Bundesstaat Chiapas ist reich. Zumindest reich an biologischer Vielfalt. An kaum einem anderen Ort der Erde sind so viele Naturräume, so viele Tier- und Pflanzenarten auf so engem Raum anzutreffen. Viele Menschen in Chiapas dagegen leben in Armut und können im Krankheitsfall kaum einen der wenigen Ärzte erreichen, geschweige denn bezahlen. Die Organisation Compitch hat es sich zur Aufgabe gemacht, freiwillige GesundheitspromotorInnen auszubilden, die auf den Dörfern eine Anlaufstelle für Kranke schaffen. Neben Beruf und Familie bemühen sie sich oft ehrenamtlich, zumindest eine Basis-Gesundheitsversorgung sicher zu stellen. Viele werden von der Dorfgemeinschaft unterstützt, damit sie trotz ihrer Gesundheitsarbeit über die Runden kommen.

Ein besonderes Problem ist die Versorgung mit Heilmitteln und Medikamenten. Über Jahrzehnte galten traditionelle Heilmittel als überholt, die eingeführten Pharmaprodukte ließen das Wissen über sie drastisch zurückgehen. Die industriell gefertigten Medikamente sind jedoch in Chiapas kaum zu bekommen und sehr teuer. Deshalb begann Compitch, das alte Wissen wieder auszugraben und in einem Netzwerk von GesundheitspromotorInnen, HeilerInnen und Hebammen weiter zu geben. Die Organisation stellt nach traditionellen und nach verbesserten Rezepturen Medizin her und bringt sie in die Dörfer.

In vielen Ländern der »Dritten Welt« (und in kleinen Marktnischen auch in Industrieländern) leben Menschen von ihrer kleinen Landwirtschaft. Dazu gehören der Saatguttausch und die lokale Weiterentwicklung des Saatguts. So ist es auch auf den Philippinen, wo Nichtregierungsorganisationen die BäuerInnen bei ihrer Arbeit unterstützen. Hat einE LandwirtIn ein besonders glückliches Händchen bei der Selektion und Bearbeitung von Saatgut, wird ihr oder ihm von anderen bei der Feldarbeit, beim Hausbau oder beim Verteilen des Saatguts geholfen. Per Schneeballsystem wird das Wissen Generation für Generation weitergereicht; jedeR kann daran teilnehmen, etwas hinzufügen und weiterentwickeln. Die Entwicklung vielfältiger Landsorten, die auch heute noch die Basis der Welternährung bilden, beruht weltweit auf einer austauschorientierten gemeinsamen Zuchtarbeit über Generationen hinweg.

Weit jünger, aber in vielen Aspekten vergleichbar, ist eine ähnliche Dynamik im Softwarebereich. Die Freie Software/Open Source Bewegung entstand in den 1970er Jahren als Gegenmodell zur zunehmenden Zurückhaltung des

Quellcodes, des von Menschen lesbaren Codes der Software, durch die Unternehmen. War Softwareentwicklung zuvor ein gemeinsamer Prozess, entwickelte sich Ende der 1970er Jahre eine »nachgerade paranoide Haltung. Jeder Käufer erschien den Firmen als potenzieller ›Pirat‹«, so Volker Grassmuck.

Als Protest initiierten Computer-AktivistInnen wie Richard Stallmann eine mittlerweile sehr breite Bewegung, die mit der General Public Licence eine neue Lizenz schuf. Sie garantiert die Freiheit der SoftwarenutzerInnen, die Software mit anderen zu teilen und zu verändern – vorausgesetzt die neu geschaffene Software wird auch »copyleft«, zur freien Nutzung und Weiterentwicklung, zur Verfügung gestellt. Der Quellcode eines neuen Programms ist offen im Internet zugänglich und Probleme während der Entwicklung werden in Newsgroups diskutiert. Das bekannteste Projekt der Freien Software Bewegung ist sicherlich das Betriebssystem Linux.

Alle drei Beispiele stellen besondere Formen einer Solidarischen Ökonomie dar. Ihnen kommt eine große Bedeutung zu, auch wenn in einigen Fällen gar keine finanziellen Transaktionen stattfinden. Die BäuerInnen, Software-AktivistInnen und Menschen der Gesundheitsbewegungen versuchen etwas sehr Wichtiges: In Zeiten der neoliberalen Individualisierung betonen sie die kollektive Bearbeitung von Problemen und die gemeinsame Weiterentwicklung gesellschaftlichen Wissens. Sie schaffen Neues und gestalten Formen der Kommunikation außerhalb des »freien Marktes«, der ausgerechnet hier auf Monopole setzt. Ihr »Metier« ist das Wissen – menschliches Wissen um Heilmittel, Saatgut, Software oder auch Literatur, Kunst und vieles mehr.

Wie auch Kollektivbetriebe und andere Strukturen der Solidarischen Ökonomie müssen sie sich täglich zum kapitalistischen System verhalten. Als DienstleisterInnen, ProduzentInnen, HändlerInnen erleben sie Konkurrenzdruck, Marktdynamik sowie politische Weichenstellungen zugunsten der größten Unternehmen und halten ihre Vorstellung einer Solidarischen Ökonomie so gut es geht dagegen. Die Projekte »freien Wissens« sind dabei einer besonderen Form von »Systemübergreifen« ausgesetzt:

Unser aller Umgang mit Wissen, vom Genuss eines Musiktitels über den Einsatz eines Computerprogramms bis hin zur Aussaat unserer Nahrungspflanzen, unterliegt zunehmend den Regeln »geistiger Eigentumsrechte«. Materielle Eigentumsrechte begründen Verfügungsrechte über einzelne Gegenstände, »geistige Eigentumsrechte« jedoch monopolisieren »die Idee dahinter« – und bedeuten weitreichenden Durchgriff auch auf konkrete Produkte. PatentinhaberInnen können Ansprüche auf die folgenden Generationen einer patentierten Pflanze erheben, Softwarepatente blockieren nicht nur eine ganz bestimmte Schreibweise eines Programms, sondern verbieten anderen z.B. die Verwendung des »one click buys« bei jeder Verkaufstätigkeit im Internet. So behindern sie

Wissen im weitesten Sinne weiterzuentwickeln. Und sie verschaffen einseitig den Rechte-InhaberInnen Vorteile und Ausschlussrechte. Patente, Copyrights, Sortenschutz und markenschutzrechtliche Bestimmungen werden in ihrer Gültigkeit seit Jahren zeitlich und räumlich immer mehr ausgedehnt sowie in ihrer Substanz verschärft.

Deshalb liest sich die Fortsetzung der drei Beispielberichte durchaus alarmierend:

Die HeilerInnen-Gemeinschaft in Mexiko wurde vor einigen Jahren von WissenschaftlerInnen eines groß angelegten Bioprospektionsprojektes besucht. Obwohl zur besseren lokalen Verständigung ein mexikanisches Institut mit Recherchen zu alten Heilmitteln vor Ort beauftragt worden war, erfuhren die Aktiven bei Compitch bald, dass ein internationales Konsortium bestehend aus einer US-amerikanischen Universität, einer britischen Pharmafirma und diesem Institut die groß angelegte Erhebung vorbereitet hatte. Ein wichtiges Ziel der Unternehmung war die Patentierung attraktiver pflanzlicher Wirkstoffe. Die Möglichkeit von Patenten auf die Heilmittel, die Compitch gerade vor dem Vergessen bewahrt hatte, empfanden die HeilerInnen als Unverschämtheit. Sie entschieden sich, zu schweigen und zu protestieren und zwangen so die BioprospektorInnen, unverrichteter Dinge die Region zu verlassen.

Saatgut für die Landwirtschaft wird in den Industrieländern heute fast zu 100% von kommerziellen Zuchtbetrieben entwickelt und über Märkte gehandelt. Die großen ZüchterInnen haben sich bedeutende Teile des traditionellen Wissens und der alten, standortangepassten Sorten angeeignet und verfügen nun über Monopolrechte. Erschreckend viele Landsorten sind im Rahmen der Industrialisierung der Landwirtschaft verloren gegangen. Die Landwirte heute sind abhängig von den ZüchterInnen, müssen Lizenzgebühren auf das Saatgut bezahlen und z.T. auch Nachbaugebühren, wenn sie Teile ihrer eigenen Ernte zur Wiederaussaat nutzen möchten. In vielen Ländern finden Kämpfe darum statt. In Deutschland organisierten sich Bauern in der Interessengemeinschaft gegen Nachbaugebühren (IGN), um den ZüchterInnen wirkungsvoll entgegenzutreten zu können.

Die Softwareindustrie setzt sich mit massiver Lobbyarbeit für Softwarepatente auch in Europa ein. Gleichzeitig entwickelt sie immer weitgehendere technische Instrumente, um den freien Austausch von Daten zu unterbinden. Das neue Betriebssystem »Windows Vista« setzt stark auf technische Barrieren gegen das Kopieren von Programmen und Dateien. Die Unterhaltungsindustrie investiert große Summen in ihre Kriminalisierungskampagne »Raubkopierer sind Verbrecher«. Sie bemüht sich sehr, die verantwortlichen PolitikerInnen von der Dramatik der »Piraterie« zu überzeugen – mit beachtlichen Erfolgen, wie wiederholte Erklärungen der Bundeskanzlerin Merkel zeigen.

Im Frühjahr 2007 startete die EU-Kommission eine neue Initiative, durch die Verletzungen der »geistigen Eigentumsrechte« Dritter nicht nur zivilrechtlich, sondern auch strafrechtlich verfolgt werden könnten. Der 35-jährige Familienvater, der seit Jahren Musik und Filme aus dem Netz geladen hat, könnte dann nicht nur zu einer saftigen Geldstrafe, sondern gleich zu 3-5 Jahren Gefängnis verurteilt werden. Und der Bauer, auf dessen Feldern zufällig genveränderter Raps wächst und der zu einer Strafzahlung von mehreren tausend Dollar verurteilt wurde, hätte auch mit Gefängnisstrafe belegt werden können – obwohl der Raps durch nachlässig abgedeckte Erntefahrzeuge der Nachbarn auf seine Äcker gekommen ist.

Wer heute über Solidarische Ökonomie diskutiert, sollte von freiem Wissen nicht schweigen. Einerseits gilt es hier, ein sehr weites Feld menschlicher und solidarischer Kreativität zu schützen und weiter gedeihen zu lassen. Jenseits der kapitalistischen Logik bieten die Weiten des Web ebenso wie die Praxis in der Landwirtschaft und in der Gesundheitsbewegung große Potenziale für ermutigende Alternativen.

Darüber hinaus ist Solidarität mit den »WissensarbeiterInnen« eine wichtige Aufgabe für politisch aktive, solidarisch wirtschaftende Menschen und Kooperativen. Die Ausweitung der »geistigen Eigentumsrechte« bedroht zentrale Bereiche menschlicher Bedürfnisse und Zukunftsperspektiven. Je mehr die Gesellschaften der Industrieländer sich die Bezeichnung »Wissensgesellschaften« verleihen, desto bedeutsamer wird entschlossener Widerstand gegen die durchgreifende Kommerzialisierung und Privatisierung gemeinsamer Wissenspotenziale.

Literatur

www.biopiraterie.de
www.wissensallmende.de
www.ig-nachbau.de
www.grain.org
www.etc-group.org
www.cptech.org

Oliver Bierhoff

Aneignung und Enteignung

Die Aktualität der Eigentumsfrage bei der Suche nach einer Solidarischen Ökonomie

Nachdem lange vor allem über Verteilungsprobleme geredet wurde und die Eigentumsfrage in den Augen vieler als ein erledigtes Problem vergangener Zeiten erschien, ist sie in jüngster Zeit wieder verstärkt in den Blickpunkt gerückt. Dies geschah vor allem im Zuge der fortschreitenden Privatisierung von Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Durchsetzung privater Eigentumsrechte in Bezug auf menschliches Wissen und Teile der Natur. In kritischen politischen und wissenschaftlichen Debatten der jüngeren Zeit werden dabei die herrschenden Eigentumsverhältnisse unter Stichworten wie dem der »Privatisierung der Welt« (Huffschmid 2004) oder der »globalen Enteignungsökonomie« (Zeller 2004) kritisiert. Und auch der bekannte globalisierungskritische Slogan »Die Welt ist keine Ware« stellt implizit die Eigentumsfrage, lässt sich doch nur das von mir als Ware verkaufen, was ich zu meinem Eigentum gemacht habe. Ein grundlegendes Verdienst dieser kritischen Diskussionen ist die Erinnerung an den eigentlich trivialen Tatbestand, dass alles, was in irgend einer Form verteilt werden soll, zuvor auf irgend eine Art und Weise angeeignet worden sein muss. Somit sind Fragen z.B. der Verteilungsgerechtigkeit im Grunde nicht ohne Berücksichtigung des Problems der Aneignungsgerechtigkeit diskutierbar.

Im Zentrum der Kritik steht diejenige Eigentumsform, die für die bürgerliche Gesellschaft und den modernen Kapitalismus typisch ist, nämlich die des Privateigentums. Diese ist nicht, wie oft angenommen wird, der historische »Normalfall«, sondern hat sich erst im Zuge neuzeitlicher »Modernisierungsprozesse« zur gesellschaftlich dominanten Eigentumsform entwickelt und andere Formen, etwa gemein- oder (ur-)genossenschaftliche, zunehmend verdrängt. Damit ist zwar nicht gesagt, dass das (Privat-)Eigentum eine Erfindung des modernen Kapitalismus darstellt, sehr wohl aber, dass private Eigentumsrechte gesellschaftlich nie so verbreitet waren, wie es in der kapitalistischen Moderne der Fall ist. Der bürgerliche Eigentumsbegriff versteht dabei unter Privateigentum das umfassende, restlose und individuelle Verfügungsrecht einer Person über eine Sache. Die einflussreichsten Eigentumstheorien begründen dieses private Eigentum etwa aus dem »natürlichen« Recht auf die Früchte der eigenen Arbeit (z.B. John Locke) oder konventionalistisch aus wechselseitiger gesellschaftlicher Anerkennung (z.B. David Hume). Ganz überzeugen können solche Erklärungen freilich nicht. So erscheint etwa die Rechtfertigung der Pri-

vatisierung natürlicher Ressourcen mit Hilfe der naturrechtlichen Argumentation (»Frucht eigener Arbeit«) höchst fragwürdig. Ebenso steht es um die Annahme, dass alles, was in Privateigentum überführt wurde, zuvor quasi »frei« war, von niemandem besessen und genutzt. Und wer, müssen sich die Konventionalisten angesichts der unbestreitbaren Tatsache des Vorhandenseins zahlreicher Nicht-EigentümerInnen fragen lassen, sind diejenigen, die sich wechselseitig als EigentümerInnen anerkennen? Und wie sind sie zu EigentümerInnen und die anderen zu Nicht-EigentümerInnen geworden?

Aufschlussreicher scheinen da eher Ansätze einer kritischen Eigentumstheorie in der Tradition von Marx. Sein Verdienst ist es, den Eigentumsbegriff aus seiner juristisch verengten Fassung gelöst und zentrale Aspekte eines ökonomisch-gesellschaftlichen Verständnisses von Eigentum entwickelt zu haben. Eigentum beruht demnach auf einem Prozess, bei dem die private Aneignung von Gütern mit einer gesellschaftlichen Enteignung einhergeht, indem die betreffenden Güter monopolisiert, privaten Profitinteressen unterworfen und öffentlichen Nutzungschancen entzogen werden. Davon ausgehend lässt sich insbesondere die Geschichte der Moderne als eine kontinuierliche Abfolge von Trennungs- und Enteignungsprozessen begreifen, die die gesellschaftlich umfassende Ausbildung von Privateigentum erst ermöglichten. Eigentum ist somit immer Aneignung und Enteignung zugleich, da es immer andere ausschließt. Deutlich wird damit auch, dass es beim Eigentum nicht lediglich um Verhältnisse von Personen und Sachen geht, wie es in bürgerlichen Eigentumstheorien erscheint, sondern vor allem um Verhältnisse zwischen Personen in Bezug auf bestimmte Sachen, also um gesellschaftliche Verhältnisse. Die Objekte, Güter, Ressourcen, die im Hinblick auf Aneignungsprozesse von Interesse sind, sind dabei in aller Regel solche, die für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben von entscheidender Bedeutung sind (z.B. Produktionsmittel, Produkte, Ressourcen). Eigentumsfragen sind entsprechend nicht bloß juristische oder philosophische, sondern eminent politische. Sie befassen sich damit, wie etwa die Mittel zur Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens verteilt sind und welche Konsequenzen sich daraus für die Verteilung von gesellschaftlichen Teilhabe- und Lebenschancen ergeben. Aus dieser Perspektive gehört die Eigentumsfrage nach wie vor zu den zentralen Konfliktlinien des modernen Kapitalismus. Denn Ungleichheit, Macht und Herrschaft werden maßgeblich durch die Möglichkeit bestimmt, sich Güter aneignen und über Eigentum verfügen zu können – oder eben nicht.

Zugleich stellt sich die Eigentumsfrage aber auch mit Blick auf mögliche Wege zu einer anderen, einer solidarischen Ökonomie. Dabei sollte die berechtigte Kritik an der Vorherrschaft kapitalistischen Privateigentums nicht mit einer Pauschalkritik jeglichen Eigentums nach dem Motto »Eigentum ist Diebstahl«

verwechselt werden. Denn auch wenn Eigentumsbildung exklusiven, ausschließenden Charakter hat, wirkt es auf der anderen Seite zugleich auch inklusiv, wie beispielsweise Kollektiveigentum, das ein konstitutives Moment nicht nur von Aktiengesellschaften, sondern eben auch von solidarisch wirtschaftenden Kooperativen oder Kommunen bildet. Die Frage nach den Eigentumsverhältnissen in einer Solidarischen Ökonomie lässt sich somit nicht schlicht mit der Ablehnung von Eigentum schlechthin beantworten. Das wird beispielsweise auch an der berühmten Forderung von LandarbeiterInnenbewegungen zahlreicher Länder und Zeiten deutlich, dass das Land denen gehören soll, die es bearbeiten. Anstelle einer Abschaffung des Eigentums geht es vielmehr um die Suche nach Wegen, wie auf globaler, regionaler und lokaler Ebene das private Eigentum einer verschwindend kleinen Minderheit von der großen Mehrheit der Enteigneten gesellschaftlich (wieder-)angeeignet, zu ihrem gemeinsamen Eigentum gemacht werden kann und wie Eigentumsverhältnisse und Nutzungsrechte auf solidarische Weise gestaltet werden können. Ansätze und Anknüpfungspunkte dafür finden sich sowohl in »vormodernen« als auch »modernen« Formen gemeinschaftlichen Wirtschaftens: von der traditionellen Allmende über die Genossenschaftsbewegungen seit dem 19. Jahrhundert bis zur Freien Software-Bewegung von heute, von Formen des Gemein- und Kollektiveigentums hin zu Formen einer gemeinwohlorientierten Neutralisierung von Eigentum.

Literatur

- Huffschmid, Jörg (Hrsg.) 2004: Die Privatisierung der Welt, Hamburg.
Peripherie Nr. 101/102, 2006: Eigentum: Aneignen, Enteignen, Nutzen, Münster.
Zeller, Christian (Hrsg.) 2004: Die globale Enteignungsökonomie, Münster.

**Solidarische Ökonomie –
eine weltweite Bewegung**
Internationale Erfahrungen
und Zusammenarbeit

Karl Birkhölzer

Soziale Solidarische Ökonomie – eine weltweite Bewegung

Das Technologie-Netzwerk Berlin e.V. als Koordinationsbüro des Europäischen Netzwerks für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung (EURONETZ) war im Rahmen des Kongresses »Solidarische Ökonomie« Gastgeber eines mit ExpertInnen aus aller Welt hochrangig besetzten internationalen Erfahrungsaustausches zum Stand, zur Entwicklung und zur Zukunft der Sozialen Solidarischen Ökonomie. Unter den TeilnehmerInnen war der Staatssekretär für die Solidarische Ökonomie in Brasilien – dort gehört die Förderung der Solidarischen Ökonomie zum Regierungsprogramm –, der Leiter einer regionalen Entwicklungsagentur für über 900 Gemeinden im Bundesstaat Karnataka/Indien, der Direktor von Trade Africa 2000plus, einer Fair-Trade-Organisation von Kooperativen aus Afrika und Europa, VertreterInnen internationaler Netzwerke der Genossenschaften und Finanzinstitute für die Soziale Ökonomie sowie nationaler Verbände der Sozialen Solidarischen Ökonomie aus Kanada, Argentinien, Venezuela, HochschullehrerInnen für die Soziale Solidarische Ökonomie aus Polen, Ukraine, Italien, Griechenland und nicht zuletzt WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und Österreich. Allein diese Aufzählung macht deutlich, dass sich Deutschland in Sachen Sozialer Solidarischer Ökonomie auf der Stufe eines Entwicklungslandes befindet und noch viel von anderen Ländern und Kontinenten lernen kann.

Dabei umfasst der Sektor in Deutschland nach unseren eigenen Recherchen bereits heute 2,5 Millionen Arbeitsplätze (entspricht 1,9 Millionen in Vollzeit-äquivalenten) sowie das 2-3fache an ehrenamtlichen MitarbeiterInnen. Dennoch wird dieser »gemeinnützige Wirtschaftssektor« in Politik und Wissenschaft nicht wirklich wahrgenommen, akzeptiert oder gar gefördert. Hinzu kommt, dass die Akteure in konkurrierenden Szenen oder Milieus verhaftet sind, was bisher verhindert hat, dass sich ein gemeinsames Selbstverständnis, eine kohärente Theorie und eine leistungsfähige Interessenvertretung des Sektors entwickeln konnten.

Der Kongress war in diesem Zusammenhang ein erster Versuch, die verschiedenen Akteure an einen Tisch zu bringen und mit den Erfahrungen auf internationaler Ebene zu konfrontieren. Drei Themenschwerpunkte standen im Mittelpunkt dieses Erfahrungsaustausches:

- das Selbstverständnis, die Entstehung und Entwicklung der Sozialen Solidarischen Ökonomie in verschiedenen Ländern und Kontinenten,

- Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Sozialen Solidarischen Ökonomie und traditionellen Unternehmensformen, oder: deren Verhältnis zur herrschenden Ökonomie: Konkurrenz, Ergänzung, Alternative?
- die Möglichkeiten der Kooperation und Vernetzung auf nationaler und internationaler Ebene.

Fertige Antworten waren nicht zu erwarten, die Diskussion befindet sich erst am Anfang. Allerdings wurde vereinbart, dass die Diskussion über den Kongress hinaus fortgesetzt und verstätigt werden soll.¹ Dennoch können erste Ergebnisse bereits jetzt festgehalten werden:

Eine der zentralen Fragen des Symposiums war die nach dem Selbstverständnis dieser Bewegung. Und wir müssen zugeben, dass wir – weder in Deutschland noch in den anderen Teilen der Welt – darauf eine klare und eindeutige Antwort geben können. Auf der empirischen Ebene sind wir uns darin einig, dass das »Phänomen Soziale Solidarische Ökonomie« real existiert, und zwar in nahezu allen Teilen der Welt und auf allen Ebenen ökonomischen Handelns – lokal, regional, national und international. Es handelt sich um eine bestimmte Form bzw. eine bestimmte Art und Weise ökonomischen Handelns, die sich von anderen Formen deutlich unterscheidet und als eigenständiger, zusammenhängender Typ identifizieren lässt. Sobald wir jedoch versuchen, dafür eine gemeinsame Charakteristik oder Definition zu finden, erweist sich der Gegenstand unserer Betrachtung als verwirrend, komplex und dynamisch. So hat unser Gegenstand inzwischen nicht nur eine mehr als 150-jährige Geschichte, sondern ist gegenwärtig noch ständig in Bewegung und Veränderung. Die Komplexität resultiert aus einer schier unerschöpflichen Breite und Vielfalt der Formen und Inhalte. Diese sind keineswegs auf Dienstleistungen im Allgemeinen oder gar nur soziale Dienstleistungen beschränkt, sondern umfassen alle Gebiete und Sektoren ökonomischen Handelns, von der Landwirtschaft bis zur High-Tech-Produktion.

Die Verwirrung resultiert jedoch in erster Linie aus der Vielzahl unterschiedlicher Bezeichnungen und Begrifflichkeiten, die in der Praxis für mehr oder weniger gleiche oder ähnliche Aktivitäten verwendet werden. Das gilt nicht nur in verschiedenen Teilen der Welt, sondern ebenso innerhalb eines Landes oder einer Region. Es geht dabei insbesondere um Begriffe und Bezeichnungen (in unvollständiger und zwangloser Reihenfolge) wie:

- Soziale Ökonomie, Social Economy, Soziale Unternehmen, Social Enterprises,
- Solidarische Ökonomie, Solidarity Based Economy, Économie solidaire,

¹ Ein erster Reader mit ca. 20 Beiträgen (in Originalsprache) findet sich unter: www.solidarische-oekonomie.de. Zusätzlich wird auf der Homepage von Euronetz eine entsprechende Plattform eingerichtet: www.european-network.de.

- Gemeinwesenökonomie, Community Economy, Gemeinwesen- bzw. Stadtteilunternehmen, Community Enterprises, Community Businesses,
- People's Economy, Economia Popular, People Centred Development,
- Genossenschaften, Cooperatives, Cooperative Economy,
- Ökonomische Selbsthilfe, Economic Self Help,
- Voluntary Sector, Voluntary Enterprises,
- Dritter Sektor, Third Sector, Drittes System, Third System,
- Nichtregierungsorganisationen/NGOs, Non-Profit-Organizations/NPOs,
- Zivilgesellschaft, Civil Society.

Obwohl alle diese Begriffe und Bezeichnungen im Einzelnen eine durchaus verschiedene Bedeutung haben oder haben können, drängt sich der Eindruck auf, dass sie jeweils doch nur einen spezifischen Aspekt unseres Gegenstandes hervorheben. Dabei ließe sich eine vorläufige Ordnung herstellen, wenn wir die Begriffe bestimmten Fragestellungen zuordnen. Dabei ergeben sich mehrfach Überschneidungen:

- Wer (sind die handelnden Subjekte)?
Gemeinwesen/Communities, People, Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, Mitglieder von Genossenschaften, Freiwillige
- Was (sind die übergeordneten Zielsetzungen)?
Soziale, ökologische, kulturelle, gemeinwesenbezogene Ziele, lokale Entwicklung, Gemeinwesenentwicklung, People-Centred Development
- Wie (ist die Organisation bzw. das ökonomische Handeln gestaltet)?
Solidarisch, demokratisch, kooperativ, in Selbsthilfe, not-for-profit, People before profit,
- Für wen (KlientInnen, NutznießerInnen, Zielgruppen)?
Gemeinwesen/Communities, Menschen allgemein oder spezielle Zielgruppen/NutznießerInnen
- Warum?
Dritter Sektor, Drittes System, alternative (lokale, soziale, solidarische) Ökonomie.

Obwohl sich inzwischen international das Begriffpaar »Soziale Solidarische Ökonomie« durchgesetzt zu haben scheint, wird ein gemeinsames Verständnis auf dem Weg begrifflicher oder definitorischer Vereinheitlichung kaum zu erreichen sein. Von einigen wird eine solche Vereinheitlichung zudem als kontraproduktiv angesehen, weil sie mit der Gefahr einer verengenden Sichtweise verbunden ist, die der Breite und Vielfalt der Initiativen nicht gerecht wird. Mehrheitlich wurde deshalb ein anderer Weg vorgeschlagen, zunächst eine Verständigung zu suchen über den Wertekanon, der den jeweiligen Initiativen und Bewegungen zugrunde liegt. Entsprechende »Chartas« internationaler Zusammenschlüsse liegen bereits vor, die als Ansatzpunkt dienen können (z.B.

International Cooperative Alliance/ICA, Réseau Intercontinental de Promotion de l'Économie Sociale Solidaire/RIPESS sowie EURONETZ).

Die Frage nach dem Verhältnis der Sozialen Solidarischen Ökonomie zur globalisierten Ökonomie im Kapitalismus führt nur allzu leicht in ideologische Sackgassen. Die TeilnehmerInnen aus Afrika und Asien haben uns eindrücklich darauf hingewiesen, dass diese Frage aus ihrer Sicht wenig praktische Relevanz hat, wenn bis zu 80% der jeweiligen Bevölkerung mehr oder weniger außerhalb dieser globalisierten Ökonomie leben. Dort ist die Soziale Solidarische Ökonomie praktisch für die Betroffenen die einzige Überlebensperspektive. Befinden sich die Betroffenen in den Krisengebieten der Industrieländer nicht tendenziell in einer ähnlichen Situation? Dort ist die Re-Integration der sozial und ökonomisch Ausgegrenzten mit den traditionellen Mitteln der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik nicht mehr zu erreichen.

Auch in der Europäischen Union ist die Soziale Solidarische Ökonomie zunehmend zur Hoffnungsträgerin im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung geworden. Der gute Wille allein genügt allerdings nicht. Die Soziale Solidarische Ökonomie braucht zweifellos mehr Professionalität. Dazu gehören: die Entwicklung eigener betriebswirtschaftlicher Instrumente und einer entsprechenden Betriebswirtschaftslehre, spezifische Ausbildungsgänge und Qualifizierungsinstrumente für MultiplikatorInnen, Führungskräfte und MitarbeiterInnen, spezifische Beratungseinrichtungen und Entwicklungsagenturen auf lokaler und regionaler Ebene, eigene Finanzierungsinstrumente und Förderprogramme und nicht zuletzt eine leistungsfähige Interessenvertretung. Das setzt allerdings voraus, dass die Akteure ihre gegenseitigen Vorbehalte und Streitigkeiten überwinden und sich als Sektor organisieren. Als erste Schritte auf diesem Weg wurden vorgeschlagen:

- eine lokale und/oder regionale Bestandsaufnahme der entsprechenden Initiativen, Unternehmen, intermediären Einrichtungen,
- die Bildung von Koalitionen bzw. Interessenvertretungen auf dieser Ebene und
- die Entwicklung von Bündnissen mit den anderen Akteuren auf der lokalen Ebene, insbesondere mit dem öffentlichen Sektor.

Literatur

www.technologie-netzwerk-berlin.de

Birkhölzer, K./Kistler, E./Mutz, G. (Hrsg.): Der Dritte Sektor, Wiesbaden 2004

Mike Lewis

Die Solidarische Ökonomie in Nordamerika

Ein neuer Dialog

Der Begriff der »Solidarischen Ökonomie« gehört weder in Kanada noch in den Vereinigten Staaten zum allgemeinen Sprachgebrauch. Selbst die PraktikerInnen welche soziale, ökonomische und ökologische Aktivitäten zu integrieren suchen, benutzen kaum den Ausdruck »Solidarische Ökonomie«, sondern sprechen von »Community Economic Development« (Ökonomische Gemeinwesenentwicklung), »Social Economy« (Soziale Ökonomie), »Cooperatives« (Genossenschaften), »Economic Democracy and Sustainable Community Development« (Wirtschaftsdemokratie und nachhaltige Gemeinwesenentwicklung). Andererseits beginnen Teile dieser Bewegung inzwischen über den Sinn eines Konzeptes der »Solidarischen Ökonomie« nachzudenken. Die Gründe liegen zum Einen in einem Rückgriff auf entsprechende theoretische Konzepte (Kropotkin, Polanyi, Marx etc.), zum anderen in der unmittelbaren Erfahrung der Verschlechterung der Lebensverhältnisse in Nordamerika, welche es nahelegen, die Begriffe »Ökonomie« und »Solidarität« wieder zusammenzubringen. So hat vor allem die in den 1990er Jahren entstandene globalisierungskritische Bewegung den Begriff der »Solidarität« wieder in den Mittelpunkt gestellt. Aber Widerstand ist nicht genug; wir brauchen Alternativen, die in der Praxis belegen, dass eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Ökonomie möglich ist. Solche Ansätze und Initiativen gibt es allerdings bereits in großer Zahl, ihre Entwicklung in Kanada und den USA wird hier kurz beschrieben.²

Community Economic Development in den USA

Die Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren hatte große Erfolge auf dem Gebiet der Entwicklung der politischen Rechte vor allem der afroamerikanischen Bevölkerung. In den häufig ökonomisch vernachlässigten Gemeinwesen waren sie aber nur beschränkt erfolgreich: Politische Rechte garantieren noch keine ökonomischen Rechte! Ökonomische Entscheidungen werden in der Regel irgendwo anders getroffen, ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung. Hinzu kamen in den 1970er Jahren erhebliche De-Industrialisierungsprozesse in den großen Zentren wie Chicago. Daher entstanden zahlreiche Initiativen ökonomischer Selbsthilfe zur Stärkung der ökonomischen Position und Verbesserung der Lebensverhältnisse in den benachteiligten Gemeinwesen.

² www.cedworks.com

Eine Strategie propagiert das so genannte Community Organizing auf der Grundlage der strategischen Konzepte von Saul Alinsky und der Industrial Areas Foundation/IAF. Eine andere Strategie bevorzugt die direkte ökonomische Aktion und führte zur Bildung von so genannten Community Development Corporations/CDCs zur unmittelbaren Verbesserung der Wohnverhältnisse, der Bildung, der sozialen und gemeinwesenorientierten Dienstleistungen, der Situation des lokalen Gewerbes und nicht zuletzt des Zugangs zu Geld und Kredit. Heute gibt es in den Vereinigten Staaten ca. 4.500 solcher CDCs. Auf der Grundlage dieser Konzepte von »Community Empowerment« entstanden in der Folgezeit weitere Unterstützungsstrukturen wie Community Land Trusts, Community Loan Funds, Community Banks und Credit Unions. Insbesondere der Zugang zu Geld und Kredit wurde gefördert durch ein nationales Gesetz, den »Community Reinvestment Act«, nach dem alle Banken einen relevanten Teil ihrer Einlagen in die lokalen Gemeinwesen, aus denen sie kommen, reinvestieren müssen.

Auch in der traditionellen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gab es Veränderungen: Neugründungen von Produktivgenossenschaften, Kreditgenossenschaften und nicht zuletzt Belegschaftsübernahmen, die sich in der nationalen »Federation for Industrial Retention and Renewal« zusammenschlossen haben.

Community Economic Development in Kanada

Die Genossenschaftsbewegung ist in der kanadischen Gesellschaft tief verwurzelt. Millionen von KanadierInnen sind Mitglied einer Genossenschaft. Trotz ihres Erfolges befand sich die Genossenschaftsbewegung in der Kritik, sich von ihren Wurzeln entfernt zu haben. Neue Genossenschaften entstanden, die an der ursprünglichen Gemeinwesenorientierung anknüpfen. Daneben hat sich in den letzten 30 Jahren »Community Economic Development« als eigenständiges Handlungsfeld etabliert. Es begann 1975 mit der Gründung der »New Dawn Enterprises« auf der angelegenen Insel Cape Breton (Provinz Nova Scotia), die heute 200 Personen Arbeit bietet.

In der Provinz Québec entstanden Mitte der 1980er Jahre die ersten »Community Economic Development Corporations/CEDCs« in acht benachteiligten Nachbarschaften von Montreal und vier anderen städtischen Zentren in der Provinz. Deren Dachorganisation (RESO), in der 300 Organisationen und ca. 1.500 Personen Mitglied sind, unterstützte zwischen 1997 und 2003 41 Soziale Unternehmen mit über 500 Beschäftigten. Die Idee verbreitete sich in ganz Kanada und führte 1997 zur Gründung des »Canadian Community Economic and Development Network« mit 700 Mitgliedern, die 7.000 Organisationen repräsentieren.

Die Entwicklung der Sozialen Unternehmenskultur in Québec

Vor dem Hintergrund einer akuten Finanzkrise in der Provinz Québec fand 1996 auf Einladung des Ministerpräsidenten ein bedeutender Wirtschaftsgipfel statt, an dem erstmals neben den klassischen Sozialpartnern auch die Sozialen Bewegungen teilnehmen konnten. Dort wurde zum ersten Mal der Begriff »Social Economy« eingeführt und mit der Gründung eines »Chantier de l'Économie Sociale« zur Regierungsaufgabe gemacht. »Chantier« bedeutet im Französischen soviel wie »Baustelle«, und genau das ist daraus geworden: eine Baustelle zum Aufbau und zur Entwicklung der Sozialen Ökonomie in Québec. Zentrale Aufgabe ist die Unterstützung von »Social Economy Enterprises« (Sozialen Unternehmen), die fünf Kriterien erfüllen müssen:

- Sie dienen in erster Linie ihren Mitgliedern oder dem Gemeinwesen, statt lediglich dem Streben nach Gewinn.
- Sie sind unabhängig vom Staat.
- Sie sind auf demokratische Entscheidungsfindung mit Beteiligungsrechten von NutzerInnen und Beschäftigten festgelegt.
- Sie räumen bei der Verteilung der Überschüsse den Menschen Priorität vor dem Kapital ein (»people before profit«).
- Ihre Aktivitäten beruhen auf den Prinzipien von Beteiligung, »Empowerment« (Stärkung der Rechte und Fähigkeiten) sowie der Verantwortung gegenüber dem Individuum und der Gemeinschaft.

Die Resultate dieser Strategie in einer Provinz mit nur sieben Millionen EinwohnerInnen sind beeindruckend:

- In zehn Jahren sind 20.000 neue Arbeitsplätze entstanden.
- Lokale Entwicklungszentren, über die Provinz verstreut, haben zwischen 1998 und 2004 die Gründung von 3.765 Sozialen Unternehmen unterstützt.
- Einzelne Sektoren sind stark gewachsen:
 - 40.000 Beschäftigte in ca. 170.000 Kindertagesstätten,
 - 8.000 Beschäftigte in haushaltsnahen Diensten,
 - 1.000 Beschäftigte in 50 Recycling-Unternehmen,
 - 10.000 neue Wohneinheiten auf kooperativer oder gemeinnütziger Basis,
 - 1.125 neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen.
- Insgesamt wurden 755 Millionen kanadische Dollar (von 28 Millionen im Jahr 1996 auf 114 Millionen im Jahr 2005) in Soziale Unternehmen investiert.

Zur Zukunft der Solidarischen Ökonomie

Zusammenfassend können wir feststellen, dass es in Kanada und den Vereinigten Staaten zwei große Strömungen gibt: Die erste besteht aus gebietsbezogenen Organisationen für die Erneuerung und Wiederbelebung der Gemeinwesen. Sie werden geführt als »Multi-Stakeholder«-Organisationen, welche die verschie-

denen Sektoren des Gemeinwesens repräsentieren. Sie nennen sich in der Regel »Community Economic Development«-Organisationen. Die zweite Strömung besteht aus Unternehmungen der Sozialen Ökonomie, deren wirtschaftliche Aktivitäten sozialen und/oder gemeinwesenorientierten Zwecken dienen. Sie bezeichnen sich in der Regel als »Social Economy« oder »Cooperative Economy«. Beide Strömungen verfügen sowohl in Kanada als auch in den Vereinigten Staaten über Dachorganisationen und Unterstützungsstrukturen auf nationaler und regionaler Ebene.

Der Begriff »Solidarische Ökonomie« wurde erst vor kurzem durch die Gründung des »North-American Network for Solidarity Economy/NANSE« in die Debatte eingeführt. Es vereint kanadische, québécois, und US-amerikanische Netzwerke. Die ersten 20 Mitglieder repräsentieren bereits einige tausend Organisationen. Die Diskussion um das Konzept einer »Solidarischen Ökonomie« hat ebenfalls erst begonnen. Nach meiner Ansicht ist das Konzept einer Solidarischen Ökonomie an den Schnittpunkten zwischen dem privaten gewinnorientierten, dem öffentlichen und dem sozialökonomischen Sektor angesiedelt. Während die Soziale Ökonomie oft auch als Dritter Sektor und Drittes (ökonomisches) System bezeichnet wird, welches das gesellschaftliche Handlungsfeld zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor bedient, betrifft das Konzept der Solidarischen Ökonomie alle drei Sektoren. Über diese verschiedenen Auffassungen bzw. Herangehensweisen beginnt gerade eine kontroverse Debatte. Einige argumentieren, dass die Soziale Ökonomie als der Dreh- und Angelpunkt für die Fortentwicklung zu einer Solidarische Ökonomie angesehen werden sollte. Die Organisationen der Sozialen Ökonomie seien die einzigen am Markt operierenden Organisationen, die soziale Ziele in den Mittelpunkt ihrer ökonomischen Aktivitäten stellen. Andere vertreten die Ansicht, dass das Konzept der Solidarischen Ökonomie darüber hinaus reicht und auf allen Ebenen, in den Märkten wie gegenüber dem Staat, für die Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer wie ökonomischer Nachhaltigkeit eintritt. Ziel ist es, die Funktionsweise der gesamten Ökonomie zu verändern. Das Konzept der Solidarische Ökonomie wäre in etwa so zu charakterisieren, wie es im Rahmen des »International Forum of the Alliance for a Responsible, Plural and United World« 2003 formuliert wurde:

»Es handelt sich um Aktivitäten der Produktion, der Verteilung und des Konsums, die zur Demokratisierung der Ökonomie beitragen, gegründet auf die aktive Beteiligung von allen Bürgern auf lokaler und globaler Ebene. Sie nehmen auf allen Kontinenten in verschiedener Weise Gestalt an. Sie umfassen verschiedene Organisationsformen, je nachdem, welchen Weg die jeweilige Bevölkerung wählt, ihre eigenen Arbeitsmittel hervorzubringen oder sich Zugang zu qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen zu verschaffen;

dies wird erreicht durch dynamische und sozial verantwortliche Gegenseitigkeitsbeziehungen, in denen sowohl individuelle als auch gemeinschaftliche Interessen zum Ausdruck kommen. In diesem Sinne ist die Soziale Solidarische Ökonomie nicht einfach nur ein Sektor der Ökonomie, sondern vielmehr ein globaler Ansatz bzw. eine Herangehensweise, die Aktivitäten in allen Sektoren der Ökonomie umfasst.«

Norman Chipakupaku

People's Economy in Afrika

Subsistenzökonomie außerhalb der Weltökonomie

Der weitaus größte Teil der Bevölkerung in Afrika lebt außerhalb der globalisierten Weltökonomie. Die vorherrschende Form der Ökonomie ist die Subsistenz, d.h. es geht darum, das Überleben bzw. die unmittelbare Reproduktion zu sichern. Diese Form der Ökonomie beruht in erster Linie auf der Familie. Sie ist allein verantwortlich für die Versorgung mit Nahrungsmitteln für den eigenen Bedarf und kümmert sich um den Absatz ihrer Produkte. Die Familie ist ebenfalls nahezu allein verantwortlich für die Erziehung und Bildung der Kinder, weshalb sie auf die Zusammenarbeit mit anderen Familien angewiesen ist. Nach wie vor hängen 90% der afrikanischen Bevölkerung von medizinischer Selbstversorgung durch einheimische Pflanzen ab. Die »modernen« Krankenhäuser versorgen dagegen nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. Ist dies nicht auch »Ökonomie«, die zwar nicht von der Weltökonomie beachtet wird, aber letztlich Afrika am Leben erhält? Wenn man große Städte besucht wie Nairobi fällt zwar ein pulsierendes städtisches Leben auf. Außerhalb des Zentrums der Stadt dominiert bereits der ärmste Teil der Bevölkerung, die vollkommen auf sich allein gestellt ist. Sie müssen zum Überleben alles selbst organisieren, ihre eigenen Märkte, ihre eigenen Schulen, die Versorgung mit Wasser, ausschließlich mit den Mitteln, die ihre natürliche Umwelt zur Verfügung stellt. Diese Ökonomie wird kaum beachtet und ist trotzdem das Rückgrat der afrikanischen Wirtschaft.

Ökonomische Selbsthilfe

In dieser Situation ist ökonomische Selbsthilfe für die Betroffenen der einzige Ausweg. So haben Leute damit begonnen, ihre eigenen Transportprobleme zu lösen, indem sie gemeinschaftlich zunächst ein, zwei, drei Fahrräder erwerben, bis sie schließlich eine Flotte von Fahrrädern bereitstellen können. Andere haben

zum Beispiel in Uganda eine Genossenschaft von SchuhputzerInnen gegründet und ihre eigenen Arbeitsplätze geschaffen, um ihre Kinder zur Schule schicken zu können. Am Viktoria See habe ich mit FischerInnen zusammengearbeitet, die sich als einzelne Familie kein Fischerboot leisten können. Sie haben sich deshalb zu einer Genossenschaft zusammengetan, um gemeinschaftlich Boote zu erwerben. Am Morgen reparieren sie gemeinschaftlich ihre Netze und am Abend fahren sie zum Fischen. Während das eine Boot ausläuft, kommt das andere zurück. Der Fang wird ebenfalls gemeinschaftlich getrocknet und auf den Markt gebracht. Über diese Art der Ökonomie redet niemand.

Ein anderes Beispiel ist die gemeinschaftliche Produktion und Vorratshaltung von Obst und Gemüse, wie zum Beispiel in Simbabwe, wo die Mangos gerade zur Regenzeit reif werden. Was über den Eigenbedarf hinausgeht, wird gemeinschaftlich gesammelt, getrocknet und später zum Markt gebracht, um es gegen anderes Obst und Gemüse einzutauschen. Diese Ökonomie der Selbsthilfe beruht auf den Familien und ihrer Form der Zusammenarbeit.

Wie ist diese Art der Ökonomie entstanden? Warum haben die SchuhputzerInnen eine Genossenschaft gegründet? Warum haben sich die GemüseproduzentInnen in Kenia, in Tansania, in Senegal zu Genossenschaften zusammengeschlossen?

Weil sie keine Lust mehr hatten, auf die Versprechungen der Regierung zu warten! Jahrelang hat die Regierung versprochen, dass der private Sektor mithilfe von Investoren die Entwicklung übernimmt. Solche Firmen bzw. Investoren haben sich auch tatsächlich engagiert, aber nur dort, wo sie entsprechende Profite erwarten konnten. Es sind aber nicht die finanziellen Profite, an denen die einheimischen Genossenschaften oder Gemeinschaftsorganisationen, zum Beispiel von Frauen, interessiert sind. Ihnen geht es um den »social profit«, der aus der gemeinschaftlichen Dienstleistung am Gemeinwesen erwächst. Diese Initiativen haben viele Jahre auf Hilfe von außen gewartet. Sie haben beobachtet, wie zwar reichlich Geld ins Land geflossen ist, von der Weltbank, vom Internationalen Währungsfond u.a., aber nichts wirklich geändert hat. So wurde zum Beispiel behauptet, dass große Firmen die Wasserversorgung übernehmen. Aber nur die Städte erhielten eine Wasserversorgung, niemand wollte in ländliche Gegenden investieren.

Das gleiche ereignete sich in der Gesundheitsversorgung. Die Regierungen versprachen, dass der private Sektor die medizinische Versorgung bereitstellen wird. So wurden Krankenhäuser zum Beispiel in Johannesburg gebaut, aber nicht in den ländlichen Gegenden außerhalb, weil die Leute dort kaum über Geld verfügen. Für die Menschen dort hat es also keinen Sinn, auf die Regierung, die Weltbank oder den so genannten privaten Sektor zu warten. Es bleibt ihnen also nichts anderes übrig, als zur Selbsthilfe zu greifen.

Was ist Soziale oder Solidarische Ökonomie in Afrika?

Diese Begriffe werden in Afrika kaum benutzt: Wir sprechen von »People's Economy«, ein Begriff, der kaum zutreffend ins Deutsche übersetzt werden kann. Wir nennen es »People's Economy«, weil wir auf die Zusammenarbeit mit unseren NachbarInnen angewiesen sind. In dieser Art der Ökonomie stehen die Menschen im Mittelpunkt: Es wird nur das angebaut, was die Menschen wollen. Es werden nur diejenigen Heilpflanzen geerntet, welche die Menschen benutzen wollen. Es wird nur so viel gefischt, wie die Menschen benötigen. Wir denken also zuerst an unsere NachbarInnen und dann an die Regionen in unserer Nachbarschaft, d.h. in Sambia vor allem Malawi und Südafrika. Erst dann und zuletzt denken wir auch an die Welt. Vornehmliche Aufgabe dieser Ökonomie ist folglich, den Menschen vor Ort zu dienen. In einigen französischsprachigen Ländern, wie zum Beispiel Senegal, wird auch von »Economie Solidaire« gesprochen, aber dabei handelt es sich ebenfalls um »People's Economy«, weil sie auf den gleichen Prinzipien beruht, d.h. von den Menschen vor Ort getragen wird, von den Bedürfnissen dieser Menschen ausgeht und deren Position in der Ökonomie stärkt (»to empower the people«). Ziel dieser Ökonomie ist folglich die Verbesserung der Lebensqualität, die Schaffung von Arbeit und Einkommen, die Schaffung lokaler Wirtschaftskreisläufe, bei denen das Geld in der lokalen Ökonomie zirkuliert, sodass die Menschen in ihren Gemeinwesen sagen können: Diese Brücke gehört uns, dies ist unser Fluss, unsere Aloe Vera für unsere Medizin, diese Früchte sind unsere Früchte und in erster Linie für uns bestimmt. Solidarische Ökonomie und »People's Economy« sind folglich nur zwei Seiten derselben Medaille, was letztlich auch bedeutet, dass die natürliche Umwelt nicht im Interesse größtmöglichen Profits zerstört, sondern im Interesse der Menschen erhalten wird.

Perspektiven für die Zukunft in Afrika

Einerseits kann Afrika viel von der übrigen Welt lernen, andererseits kann aber die übrige Welt auch viel von Afrika lernen, d.h. vor allem von den Erfahrungen und Prinzipien der »People's Economy«. Die Mehrheit der Weltbevölkerung überlebt nur auf der Grundlage dieser »People's Economy«, während die Ökonomie von Weltbank, Welthandelsorganisation und Internationalem Währungsfond nur eine kleine Minderheit einschließt. Das Besondere daran ist, dass die Mehrheit dieser Weltbevölkerung gleichzeitig über die Mehrheit der natürlichen Ressourcen verfügt. Deshalb kommt es darauf an, die Kontrolle über diese Ressourcen zu behalten oder wieder zu gewinnen und unsere Fähigkeiten zu verbessern, diese Ressourcen nachhaltig zu nutzen.

Dabei müssen wir das Rad nicht neu erfinden, wir können voneinander lernen. Wir – d.h. die Akteure der »People's Economy« in Afrika – können zum

Beispiel von den Kooperativen, Gemeinwesenunternehmen und Dorfbanken in Indien lernen. In den letzten fünf Jahren haben wir ebenfalls versucht, von den Genossenschaftsbewegungen in Großbritannien und Italien zu lernen. Wir haben beobachten können, dass in dieser Zeit eine große Zahl von Genossenschaften in Afrika sich der Bewegung für fairen Handel angeschlossen und Kooperationsbeziehungen aufgebaut hat zu Genossenschaften in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden. Neben dem Austausch von Produkten, lernen wir dabei auch mehr über neuen Konzepte und Instrumente der Sozialen Solidarischen Ökonomie in Europa, Asien, und Lateinamerika.

Der internationale Erfahrungsaustausch ist folglich von unmittelbarer praktischer Bedeutung. Wenn es also in Quebec ein erfolgreiches System Sozialer Solidarischer Ökonomie gibt, dann sollte die afrikanische »People's Economy« aus diesen Erfahrungen praktische Konsequenzen ziehen. Umgekehrt sollten Beispiele mit nachhaltigem Ressourcenmanagement aus Ghana oder Madagaskar auch in anderen Ländern aufgegriffen und von diesen unterstützt werden. Der Schlüssel zur Entwicklung der »People's Economy« in Afrika wie der Sozialen Solidarischen Ökonomie in der übrigen Welt liegt in der Kontrolle über die Nutzung der lokalen Ressourcen. Wir sollten in der Lage sein, unsere eigenen Krankenhäuser, eigenen Schulen, Fluggesellschaften und nicht zuletzt Banken zu betreiben, ohne von dem so genannten privaten Sektor und der globalen Ökonomie abhängig zu sein. Die globale Ökonomie nützt nur den wenigen Reichen und Glücklichen, die möglicherweise nur 10% der Weltbevölkerung ausmachen. Die Mehrheit der übrigen 90% zählt nichts in dieser so genannten globalen Ökonomie.

Mein Traum ist, dass sich die »People's Economy«, die Soziale Solidarische Ökonomie – oder wie wir sie sonst noch nennen mögen – auf der ganzen Welt verbreitet. Es gibt überall bereits beispielhafte Erfahrungen und Projekte auf nahezu allen Gebieten der Ökonomie, im Gesundheitswesen, in der Landwirtschaft, im Bergbau, in der Fischereiwirtschaft, in den Kommunikationstechnologien, die es uns ermöglichen, in Zukunft die Weltökonomie in die eigenen Hände zu nehmen. Wenn wir es nicht tun, wird die »alte« Ökonomie in den nächsten 10, 20, 30 Jahren so weitermachen und immer weniger Menschen von Nutzen sein, während die anderen, die Ausgegrenzten, kaum noch die nötigsten Grundbedürfnisse befriedigen können. Lasst uns also die Kräfte bündeln, voneinander lernen, Erfahrungen austauschen und die internationale Bewegung für eine andere Ökonomie vorantreiben!

Sam Chelladurai

Die Soziale Solidarische Ökonomie – Beispiel Indien

Der Begriff »Soziale Solidarische Ökonomie« kann auf ganz verschiedene Weise interpretiert werden, je nachdem, in welcher Situation oder mit welchen Zielsetzungen bzw. ausgehend von welchen Bedürfnissen die entsprechenden Aktivitäten begonnen und gestaltet worden sind. Dieses Phänomen ist in allen Teilen der Welt zu beobachten. Dabei handelt es sich um eine sehr praxisbezogene und basisorientierte Bewegung und weniger um einen theoretischen oder ideologischen Ansatz.

Es ist begrüßenswert, dass dieser Kongress den Versuch unternimmt, die verschiedenen Akteure zusammenzubringen, die Erfahrungen auszutauschen und eine sowohl theoretische als auch praktische Diskussion über die zugrundeliegenden Konzepte und Strategien zu organisieren. Darüber hinaus baut der Kongress eine Brücke zwischen den Initiativen für ökonomische Selbsthilfe und den mehr politisch orientierten Akteuren anderer sozialer Bewegungen. Die Zeit ist reif zusammenzuarbeiten und eine andere Form von Ökonomie zu schaffen, welche ausgehend von demokratischen, sozialen und/oder ökologischen Wertvorstellungen bestrebt ist, sozial nützliche Produkte und Dienstleistungen für das Gemeinwohl in einer emanzipatorischen, friedlichen und sozial gerechten Weise herzustellen.

In Indien ist unser Engagement in der Verbreitung einer gemeinwesenorientierten Sozialen Solidarische Ökonomie schon seit längerem Teil unserer täglichen Arbeit. Wir haben dafür eine ganze Reihe verschiedener Konzepte und Bezeichnungen, wie zum Beispiel »Self Help Groups«, »Self Affinity Groups« (wörtlich: Selbst-Verbundenheits-Gruppen), »Women Empowerment Groups«, »Income Generation Groups«, »Micro Credit Groups«, »Micro Finance Groups« und »Community Business Development Initiatives«. In der Praxis beruhen alle diese Begriffe auf einer gleichen oder ähnlichen Herangehensweise.

Soziale solidarische ökonomische Entwicklung bedeutet stets Veränderung im Sinne einer Verbesserung der Lebensverhältnisse bzw. des sozialen Fortschritts. Folglich beruht jede »wirkliche« Entwicklung auf wertorientierten Zielsetzungen. Entsprechend ist jede sozial positive ökonomische Entwicklung ebenfalls wertbezogen und auf soziale Veränderung bzw. Transformation gerichtet. Eine Soziale Ökonomie, welche lediglich auf die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens gerichtet wäre, ohne Veränderungen in der sozialen und ökonomischen Struktur vorzunehmen, könnte kaum als eine »sich entwickelnde« Ökonomie verstanden werden.

Die Zielsetzungen der Sozialen Solidarischen Ökonomie

Jede sozial verpflichtete ökonomische Entwicklung will bestimmte soziale Zielsetzungen erreichen, wobei sich diese Zielsetzungen mit der Zeit verändern, weshalb die ökonomische Entwicklung selbst bis zu einem gewissen Grad als ein sich verändernder Prozess verstanden werden muss.

Auf der Grundlage unserer Erfahrungen »working with, for the people«, wie es in der Satzung unserer Organisation festgelegt ist, gehen wir davon aus, dass eine Gesellschaft mit sozialer solidarischer ökonomischer Entwicklung eine Kombination der folgenden drei Kategorien von sozialen Veränderungen erreichen muss:

Zum Ersten Fortschritt in der »Utility« (wörtlich: Nützlichkeit), welche die Individuen in der Gesellschaft erfahren. »Nützlichkeit« meint in diesem Zusammenhang auch »Zufriedenheit« oder »Wohlergehen«, wobei die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens als ein wesentlicher Faktor einer Verbesserung dieses Wohlergehens verstanden wird. Ein anderer ebenso wichtiger Faktor ist die Lebens- bzw. Umwelt-Qualität, wobei dem Wohlergehen der am meisten benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft im Konzept einer sich entwickelnden Gesellschaft ein größeres Gewicht eingeräumt werden muss: Eine Gesellschaft, in der eine Erhöhung des durchschnittlichen Wohlstands nur auf Kosten einer Verschlechterung der Position der am meisten Benachteiligten erreicht wird, kann sich nicht wirklich entwickeln.

Zum Zweiten geht es um die Bewahrung der vorhandenen Freiheitsrechte sowie deren Verbesserung, dort wo sie bisher ungenügend ausfielen. Dabei denke ich vor allem an die Freiheit von Unwissenheit, von Armut und unwürdigen Lebensverhältnissen. Oder positiv ausgedrückt, soziale solidarische ökonomische Entwicklung schließt eine Verbesserung der Fähigkeiten und Kenntnisse, der Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten sowie die Befreiung von Armut ein.

Zum Dritten geht es um Selbstachtung, Selbstbewusstsein und gleichberechtigte Anerkennung in der Auseinandersetzung mit ökonomischen, sozialen und politischen Machtverhältnissen. Damit ist gemeint, dass in einer sich entwickelnden Gesellschaft mit der Solidarität auch die individuelle Unabhängigkeit wächst. Dabei geht es um die Unabhängigkeit von der Fremdbestimmung durch Andere oder um die Unabhängigkeit von einem Staat, der nicht auf einer Zustimmung der BürgerInnen beruht.

Notwendigkeit einer neuen Strategie für die Soziale Solidarische Ökonomie

Es ist außerordentlich wichtig sicherzustellen, dass Wachstum in der Sozialen Solidarischen Ökonomie auf angemessene Weise beurteilt wird, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Erhalt der Umwelt nach aller bisherigen Erfahrung bei der Bemessung ökonomischen Wachstums als ausgesprochen »billig« bzw.

von untergeordneter Bedeutung betrachtet wurde. Folglich wurde die Verbesserung der Umwelt bisher auch nicht als ein Beitrag zum Wirtschaftswachstum angesehen. Wir müssen jedoch verstehen, dass Ökonomie und Umwelt in einer ganzheitlichen Betrachtung zusammengehören, wenn es darum geht, die gemeinsame Entwicklung aller Gemeinwesen auf der Erde sicherzustellen.

Betrachten wir das Zusammenwirken von natürlichen Ressourcen und der Sozialen Ökonomie, dann müssen wir feststellen, dass natürliche Ressourcen in jedem ökonomischen Prozess verbraucht werden. Sofern diese Ressourcen aber nur in begrenztem Maße zur Verfügung stehen, bedeutet schnelleres Wachstum zwangsläufig auch deren schnelleren Verbrauch. Am Ende droht der völlige Verlust dieser Ressourcen. Andererseits können viele Ressourcen wiederaufbereitet werden, wobei ihre Rückführung in das ökonomische System den Zwang zum Verbrauch immer neuer Ressourcen reduzieren hilft. Es ist deshalb für ein sozial verantwortliches solidarisches Gemeinwesen von höchster Wichtigkeit, die natürlichen Ressourcen und die Umwelt zu schützen und die ökonomische Nachhaltigkeit bzw. Überlebensfähigkeit auf globaler Ebene zu verbessern.

Entwicklung der Bewegungen ökonomischer Selbsthilfe in Indien

Während der 1970er Jahre entstanden mit Unterstützung der britischen Nicht-Regierungsorganisation Oxfam eine ganze Reihe von Gemeinweseninitiativen in Indien, welche auf lokaler Ebene Spar- und Kreditvereine als Instrument ökonomischer Selbsthilfe gründeten. Davor bestanden jedoch bereits eine Reihe von Organisationen in der Tradition Gandhis, die »Sarvodhya Movement« genannt wurden. Sie propagierten eine lokale Ökonomie mit Produkten für den lokalen Markt, erzeugt auf der Grundlage lokal verfügbarer Ressourcen. Nach der politischen Unabhängigkeit Indiens befanden sich viele Angehörige der niederen Kasten und ihre Gemeinwesen in einer außerordentlich kritischen ökonomischen Situation, verursacht durch Armut und Arbeitslosigkeit sowie vor allem durch eine unmittelbare Abhängigkeit (Bondedness) von den Reichen und Mächtigen. Viele der ärmsten Familien waren nicht in der Lage, zweimal am Tag zu essen. Krankheiten, Analphabetismus, Diskriminierung von Kasten bis hin zur »Unberührbarkeit« sowie große Wanderungsbewegungen haben die ökonomische Entwicklung in Indien erheblich beeinträchtigt. Dies war die Ursache für die Entstehung etlicher rationalistischer, atheistischer sowie Anti-Brahmin Bewegungen. Andererseits begannen Dalits (Unberührbare), Tribals (Indigene Gruppen) und andere ethnische Minderheiten sich zu organisieren, um ihre Interessen gegen die höheren und mächtigen Kasten zu schützen.

Während der 1980er begannen eine Reihe von Gemeinweseninitiativen und Nicht-Regierungsorganisationen damit, ihre Unterstützungsorganisationen als »Self-Help Groups« (Selbsthilfegruppen) zu bezeichnen, wodurch dieser Be-

griff mehr und mehr populär wurde. Sie begannen mit praktischen Projekten ökonomischer Selbsthilfe und Selbstversorgung in ländlichen und städtischen Regionen. Daraus entstand später in einigen Teilen von Indien die »Community Business Development Initiative/CBDI«, zu der das READ Center gehört. READ Center unterstützt solche Initiativen in zwei Bundesstaaten (Karnataka und Tamil Nadu) in Zusammenarbeit mit anderen internationalen Netzwerken, wie zum Beispiel dem Community Business Scotland Network (CBSN).

Ansatzpunkte dieser Selbsthilfebewegung sind Armut, Verschuldung, Ausbeutung, Kasten-Diskriminierung, Wucherzinsen durch illegale Kredithaie, Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne bei verlängerten Arbeitszeiten und härteren Arbeitsbedingungen für die Armen und Ausgegrenzten. Diese Selbsthilfebewegung verstärkte sich in dem Maße, in dem sie von nationalen und internationalen Not-For-Profit bzw. Nicht-Regierungsorganisationen Unterstützung erhielt, vor allem durch Ausbildung sowie die Entsendung von MitarbeiterInnen in die betroffenen Gemeinwesen im ländlichen oder städtischen Raum, wo die Mehrheit der BewohnerInnen bisher von der Hand in den Mund lebt.

READ-Centre ist eine dieser Organisationen, die in zwei Bundesstaaten Südindiens über 900 Selbsthilfe-Gruppen mit mehr als 18.000 Frauen als aktiven Mitgliedern in abgelegenen Dörfern und Gemeinwesen von Dalits (Unberührbaren) und anderen indigenen Gruppen mit einer Gesamtbevölkerung von einer Million Menschen unterstützt hat. Eines der wichtigsten strategischen Ziele ist die Unabhängigkeit von Geldverleihern, Landbesitzern und anderen Monopolisten. Deshalb ist einer der Schwerpunkte dieser Selbsthilfe-Gruppen die Gründung und Kontrolle von Spar- und Kreditgemeinschaften, die von Frauen geleitet werden. READ unterstützt vier größere Zusammenschlüsse (mit 3.200 Mitgliedern) und 50 kleinere (mit 14.800 Mitgliedern), welche in den beiden Bundesstaaten ca. 53% der Anteile an ländlichen Entwicklungsbanken halten, mit einem Gesamtvolumen der Sparguthaben von 200 Million Rupien (verteilt auf 900 Mitgliedsorganisationen). Ein weiterer Schwerpunkt ist die Initiierung und der Aufbau von kollektiven Gemeinschaftsunternehmen, so genannten community businesses sowohl für die Selbstversorgung als auch für die Vermarktung lokaler Produkte, überwiegend auf ebenfalls lokalen Märkten. So sind in den letzten Jahren mit Hilfe von READ ca. 45 community businesses mit 1.200 Beschäftigten entstanden.

Konzepte und Traditionen der Sozialen Solidarischen Ökonomie

Indien, als ein äußerst verschiedenartiger Sub-Kontinent, hat eine lange Geschichte sozialer Solidarität aufgrund seiner sozialen, religiösen und kulturellen Traditionen, wozu ein Bewusstsein der Verantwortung der lokalen Gemeinwesen für den Erhalt oder die Verbesserung der lokalen Ökonomie gehört. Auch heute

noch gibt es indigene Gemeinschaften in abgelegenen Regionen, in denen Aktivitäten Sozialer Solidarischer Ökonomie in Form von Waldbewirtschaftung, landwirtschaftlicher Produktion, Viehwirtschaft, kulturellen Gemeinschaftsveranstaltungen, Grundschulen und nicht zuletzt medizinischer Versorgung aufgrund traditioneller Heilmethoden mit Kräutern selbstverständlich sind und ohne jede Hilfe von außen praktiziert werden. Diese Gemeinschaften leben in Frieden und Harmonie. Andererseits hat das moderne sozio-politische System eine Reihe von neuen Ideen und Instrumenten hervorgebracht, wie zum Beispiel Spar- und Kreditvereine, Selbsthilfegruppen, Mikro-Finanz-Projekte, Nachbarschafts- und Gemeinwesenökonomie-Initiativen usw. Tatsächlich gibt es in Indien eine ganze Reihe von Organisationen der Sozialen Solidarischen Ökonomie auf der Basis von Kasten, Religion, Regionalinitiativen, Handelszusammenschlüssen u.ä., deren Ziele nicht unbedingt irgendetwas mit der Bekämpfung von Armut zu tun haben. Es sind aber gerade die armen und marginalisierten Gemeinwesen, welche den größeren bzw. wichtigeren Beitrag zur Entwicklung einer anderen Ökonomie durch zunächst unorganisierte kollektive Aktivitäten geleistet haben, wie zum Beispiel »Community Banks«, »Rural Women Banking«, »Community Business Groups«, »Akshaya Foundation«, »Dr. Ambedkar Bank for Dalits«, und »Self-help« oder »Self-Affinity Groups«, welche nicht zuletzt an der positiven Gesamtentwicklung der indischen Nationalökonomie ihren Anteil hatten.

Herausforderungen und Zukunftsperspektiven

Unsere unmittelbare Verantwortung besteht darin, die Unabhängigkeit der Sozialen Solidarischen Ökonomie zu bewahren. Dabei müssen wir uns der Tatsache bewusst sein, dass die Weltgemeinschaft mit Hilfe verschiedener Medien jeden Tag enger zusammenrückt, wodurch sozio-kulturelle und ökonomische Zwänge entstehen, ob wir sie nun mögen oder nicht. Es sind auch ernsthafte Rückschläge zu erwarten. Obwohl Indien durch das Wachstum der Informationstechnologie einen Zuwachs an wirtschaftlicher Macht im asiatischen und globalen Wirtschaftsraum zu verzeichnen hat, wächst die Kluft zwischen den Armen und den Reichen, wovon eine potenzielle Gefahr für das Überleben der armen und marginalisierten Gemeinwesen ausgeht.

Allgemeine Zielsetzung der ökonomischen Entwicklung sollte sein, die so genannten Millennium Development Goals (MDGs) zu erfüllen, wobei es sich um zeitlich befristete, definierte Zielsetzungen handelt, welche die Regierungen versprochen haben einzuhalten. Aber diese MDGs sollten keineswegs als endgültige Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet werden. Dafür wäre ein Programm erforderlich, das darüber hinausgeht, ein MDGplus.

»Capacity Building« (mit: Stärkung der Fähigkeiten zur Selbstorganisation nur unvollkommen übersetzt) sollte die Grundlage für jedes Entwicklungspro-

gramm bilden, damit »people« (d.h. alle, auch die einfachen Leute) sich ihrer Rechte bewusst und fähig werden, ihr eigenes Leben in Würde und Gleichberechtigung zu gestalten.

Vor allem den Armen sollte der Zugang zu allen grundlegenden Ressourcen, die sie benötigen, ermöglicht werden; sie sollten »empowered« (ermächtigt, d.h. in die Lage versetzt werden), ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln, da sie selbst besser entscheiden können, was zur Bekämpfung von Armut und Hunger erforderlich ist.

So sprechen wir heute von Frauen-Kollektiven und Frauen-Organisationen mit eigenem Zugang zu Technologien, in denen sie ihren eigenen Raum gestalten sowie sich in Rhythmus und Zeitbudget nach ihren eigenen Bedürfnissen richten können. Hierbei geht der Zugang zu Technologien mit dem politischen und sozialen »Empowerment« Hand in Hand.

Darüber hinaus benötigen wir neue Formen der Partnerschaft zwischen den Nicht-Regierungsorganisationen bzw. Gemeinweseninitiativen und dem privaten Sektor. Wir brauchen dringend eine Verbindung bzw. Kooperation der Basisgruppen mit den lokalen Banken und nationalen Finanzierungseinrichtungen.

Wir brauchen vor allem das »Empowerment« aller lokalen Akteure (stakeholder) und dazu gehören insbesondere Frauen und andere Gruppen von Benachteiligten. Dies erfordert u.a. institutionelle »inklusive« Rahmenbedingungen, welche die aktive Beteiligung der BürgerInnen an den Planungs- und Umsetzungsprozessen sicherstellen.

Dabei trägt insbesondere die Befähigung von Frauen im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien zur Veränderung der Situation bei. Allerdings sollten auch die Männer dazu ermutigt werden, entsprechende Veränderungen zuhause und im Gemeinwesen herbeizuführen.

Außerdem brauchen wir eine Bewusstseinsbildung und soziale Mobilisierung in den Gemeinden für den Erhalt der natürlichen Ressourcen und einer gesunden Umwelt. Dies ist nicht möglich ohne Wissen und Bildung. Deshalb ist der Wissens- und Erfahrungsaustausch von besonderer Bedeutung. Das bedarf zweifellos auch politischer Reformen – die Bürokratie gleicht einem Pferd: Ist der Reiter unfähig oder verfolgt böse Absichten, kann auch das beste Pferd nicht funktionieren. Allerdings bedarf eine Reform der öffentlichen Dienste auch des politischen Willens.

Schlussbemerkungen

Wie können wir sicherstellen, dass die nächste Generation wenigstens über so viel sozialen Wohlstand und natürlichen Reichtum verfügt wie die gegenwärtige? Insofern bedarf nachhaltige Entwicklung der »intergenerativen Gleichberechtigung«. Damit ist gemeint, dass wir unsere Angelegenheiten so regeln, dass

der nächsten Generation als Erbe wenigstens so viel Wohlstand hinterlassen wird, wie der vorherigen zur Verfügung stand. Solange dieses Prinzip von jeder Generation eingehalten wird, muss sich keine Generation über die Zukunft Sorgen machen.

Jede Generation sollte folglich für die nachfolgende Sorge tragen. Dies beantwortet auch die Frage, wie weit wir in die Zukunft vorausschauen müssen, um zu entscheiden, ob die gegenwärtige Entwicklung »nachhaltig« ist. Dabei können wir allerdings nicht übersehen, dass die Auswirkungen mancher Aktivitäten in der Gegenwart noch viele Generationen betreffen werden.

Giovanni Acquati

Die Soziale Solidarische Ökonomie – Internationale Erfahrungen und Zusammenarbeit

Ich spüre in diesem historischen Moment mehr denn je ein großes Bedürfnis, nach der Entwicklung neuer Wege und Formen zu leben, zu konsumieren, zu sparen und zu wirtschaften. So ist eine Messe der Sozialen Solidarischen Ökonomie in Mailand in den letzten drei Jahren um 10.000 auf rund 25.000 BesucherInnen angewachsen. Die Zahl der AusstellerInnen hat sich auf mehr als 200 verdoppelt. In Italien entwickelte sich ebenfalls während der letzten drei Jahre ein Netzwerk der Solidarischen Ökonomie (Réseau d'Économie Solidaire/RES), das sich zunehmend in so genannten Districts der Sozialen Ökonomie (District d'Économie Sociale/DES) organisiert. Ein District bedeutet sowohl eine Dezentralisierung als auch eine Form der Zusammenarbeit, in der die Organisationen der Sozialen Solidarischen Ökonomie gemeinsam auftreten. Immer mehr solcher DES gründen sich! In Rom will sogar der Bürgermeister in die Gründung einer »Stadt der Solidarischen Ökonomie« investieren. In anderen Regionen beginnen die lokalen Verwaltungen (z.B. eine Vereinigung von 800 Bürgermeistern) sich für die Verbreiterung dieses Wirtschaftssektors einzusetzen.

All dies unterstreicht, dass der historische Moment gekommen ist, diese Bewegung mit großer Entschlossenheit voranzutreiben! Aber wir sind noch keineswegs am Ziel: Es bedarf noch erheblicher interner Anstrengungen an gegenseitigem Verständnis, Bildung und Forschung, um die erforderliche Akzeptanz und eine effektive Form von Zusammenarbeit zu schaffen. Es ist derzeit noch unmöglich, eine gemeinsame Definition von Solidarischer Ökonomie zu finden, da es darüber zu viele unterschiedliche Auffassungen gibt. Bestenfalls können

wir bei einer mehr oder weniger von allen akzeptierte Definition ankommen, aber nicht von ihr ausgehen. Das gilt vor allem auf internationaler Ebene, da zum Beispiel im Englischen das Wort »solidarity« nicht gebräuchlich ist, weshalb dort stattdessen von »social economy« und/oder »social enterprises« gesprochen wird. Daher ist es nicht sinnvoll, zu viel Zeit auf das Finden einer gemeinsamen Definition zu verwenden. Vielmehr gilt es die Frage zu beantworten: *Solidarische Ökonomie – warum, für wen, mit wem und wie?*

Dabei ist klar, dass die Soziale Solidarische Ökonomie nicht einfach mit Genossenschaften gleichzusetzen ist: Sie ist der genossenschaftlichen Zusammenarbeit zwar sehr nahe, aber es ist sehr viel wichtiger, nach dem Inhalt zu fragen anstatt sich mit der äußeren Form zu begnügen.

Zwei Fragen stehen für mich im Mittelpunkt: Die der *Typologie der Aktivitäten* sowie die der *Verhaltensnormen und Wertvorstellungen*. Was die *Typologie der Aktivitäten* betrifft, so ist allgemein bekannt, dass die Soziale Solidarische Ökonomie auf den folgenden Gebieten tätig ist: fairer Handel, Soziales und Solidarisches Finanzwesen, nachhaltiger Tourismus; verantwortlicher Konsum, Sorge um die Schwächsten und Schutzlosesten des Marktes, ökologisch verträgliche Produkte und ökologischer Landbau, Ernährung und Gesundheit. Wir können deshalb feststellen, dass die Soziale Solidarische Ökonomie auf allen ökonomischen Gebieten, der Produktion, der Finanzierung, der Dienstleistung und des Konsums mit innovativen Projekten präsent ist, welche auf dem Respekt vor Mensch und Natur gründen.

Zu den zugrunde liegenden *Verhaltensnormen und Wertvorstellungen* sind *sieben grundlegende Elemente* herauszustellen. Sie können als Kriterien zur Analyse und/oder Selbst-Analyse genutzt werden, um zu beurteilen, ob eine ökonomische Aktivität zur Sozialen Solidarischen Ökonomie gehört oder nicht. Diese *sieben Verhaltensprinzipien bzw. Wertvorstellungen* sind sehr viel wichtiger als eine theoretische Definition der Sozialen Solidarischen Ökonomie.

- *Im Zentrum der Projekte stehen die Menschen:* Sie sind diejenigen, die die Projekte tragen, infolgedessen sind ihre Verwaltungs- und Organisationsfähigkeiten wichtiger als die Gesellschaftsform. Deshalb denke ich, dass die wichtigste Präposition in der Sozialen Solidarischen Ökonomie nicht »für«, sondern »mit« den Menschen heißt!
- *Alle Initiativen der Sozialen Solidarischen Ökonomie sind strikt räumlich begrenzt.* Das heißt, dass sie sich vor allem auf ihre Region beziehen, in der sie leben, sich auskennen und beteiligen, und dass sie sich der sozialen Verantwortung ihrer Aktivitäten bewusst sind. Es geht nicht nur um Arbeit und Rentabilität, sondern um die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen, die Sozialisierung, die ökologische Kultur sowie die Auswirkungen der globalen Entwicklung auf die Region.

- Infolgedessen müssen alle Aktivitäten in die natürliche Umwelt eingebettet sein: *Sie müssen Natur und Umwelt respektieren.*
- Es ist ebenso wichtig, neue Formen der *Leitung* von bzw. der Entscheidungsfindung in wirtschaftlichen Unternehmen zu entwickeln. Gegenwärtig werden unsere Initiativen der Sozialen Solidarischen Ökonomie noch zum überwiegenden Teil von ManagerInnen geleitet, die eine klassische betriebswirtschaftliche Ausbildung durchlaufen haben: So sind unter anderem Konkurrenzmechanismen, wie zum Beispiel die Bedeutung eines Logos, des eigenen Images und ähnlicher Verhaltensweisen in Abgrenzung zu anderen Unternehmungen leider auch in der ganzen assoziativen und kooperativen Welt präsent.
- Es geht außerdem um einen anderen *Umgang mit Geld, den Banken und dem Profit*. Was machen wir mit dem Profit? Mit welchen Banken arbeiten wir zusammen? Wie nutzen wir Geld? Wir müssen die Ressourcen für unsere unternehmerischen Tätigkeiten, sozialen Aktivitäten, Beziehungen, Netzwerke und Ausbildungsstrukturen selbst finden und diese nicht mehr von kommerziellen Unternehmen erbitten, die wir letztlich boykottieren wollen.
- *Daher ist die Organisation in einem Netzwerk überlebenswichtig.* Das ist nicht einfach und wir haben dabei große Schwierigkeiten! Es hat sich über die Jahre eine Kultur entwickelt, die uns zur Verteidigung unserer eigenen Aktivität zwingt. Uns fehlt das Bewusstsein, dass grundsätzliche Veränderungen nur global und nicht individuell zu erreichen sind. Wir müssen insofern auch gegen unsere eigene Kultur ankämpfen und einsehen lernen, dass es nicht darum geht, eine einzelne Aktivität, wie zum Beispiel fairen Handel, zu unterstützen, sondern dass wir eine »andere mögliche Welt« verwirklichen wollen. Dies kann nur das Ergebnis eines »wirklichen« Netzwerkes sein, in dem eineR der/m anderen hilft und die verschiedenen Bereiche zusammenarbeiten: die Ökonomie mit dem Finanzwesen, mit dem Handel, mit der Kultur und der Bildung, mit der Politik, mit den Gewerkschaften.
- *Schließlich die Öffnung nach außen!* Sicher, die konkrete Arbeit, das Erleben der täglichen Veränderungen, der Kampf um und die Suche nach Neuem und die Experimente finden auf der lokalen Ebene statt. Trotzdem ist das Bewusstsein wichtig, dass das Wissen, die Erfahrungen und die erreichten Erfolge mit möglichst vielen Personen geteilt werden müssen, auch auf nationaler, kontinentaler und globaler Ebene!

Ewa Leś/Guilia Galera

Die Soziale Ökonomie in Ostmitteleuropa: Konzepte und Perspektiven

Ausgangslage

Die Region Ostmitteleuropa steht vor großen Herausforderungen: Wir haben starkes Wirtschaftswachstum. Es ist jedoch verbunden mit einer Polarisierung des Lebensstandards, hoher Armut, sozialer Ausgrenzung, ungleichem Zugang zu sozialer Sicherheit und ethnischen Konflikten. Die Veränderung dieser Situation wird behindert durch Streitigkeiten zwischen den Regionen, Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung unabhängiger Medien sowie einen teilweise korrupten öffentlichen Sektor. Hinzu kommt eine weitgehende öffentliche Teilnahmslosigkeit und ein Mangel an Vertrauen in bürgerschaftliche Initiativen, begünstigt durch nur schwach ausgeprägte öffentliche Beteiligungsstrukturen.

Formen und Einrichtungen der Solidarischen Ökonomie

In Ostmitteleuropa finden sich folgende Formen der Sozialen bzw. Solidarischen Ökonomie:

- Selbsthilfegruppen,
- Vereinigungen auf Gegenseitigkeit,
- Stiftungen,
- traditionelle Genossenschaften,
- soziale Genossenschaften,
- Versicherungen und Fonds auf Gegenseitigkeit,
- gemeinnützige Unternehmen und
- soziale Integrationszentren bzw. -clubs.

Gute Beispiele sind soziale Unternehmen, die in verschiedenen Ländern Ostmitteleuropas soziale und gemeinwesenorientierte Dienstleistungen anbieten: So gibt es in Serbien insbesondere Selbsthilfe-Gruppen von und für die am meisten Benachteiligten. In Polen haben wir viele Genossenschaften von Eltern und LehrerInnen für Sekundarschulen. Slowenien verfügt über Not-for-Profit-Organisationen (NPOs), die Dienstleistungen in den Bereichen Wissenschaft, Erziehung, Kultur, Sport, Gesundheit und soziale Angelegenheiten anbieten. In Bulgarien konzentrieren sich sogenannte Nicht-Regierungsorganisationen für soziale Dienste vor allem auf die Schaffung von Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten. In Rumänien wiederum organisieren von den Gemeinden getragene »Telezentren« den Zugang von ländlichen Gemeinden zu Informations- und Kommunikationstechnologien.

Entstanden sind die solidarökonomischen Organisationen aus unterschiedlichen Triebkräften: Da sind zum einen ältere Traditionen ökonomischer Selbsthilfe aus vor-kommunistischer Zeit, an denen zum Beispiel Kreditgenossenschaften in Polen und Litauen oder Wohnungsgenossenschaften in Estland anknüpfen. Da sind zum anderen die Bürgerrechts-(advocacy)Organisationen, die im Rahmen des Demokratisierungsprozesses entstanden sind. Da sind zum Dritten die ausländischen GeldgeberInnen bzw. Stiftungen, die in allen Ländern Ostmitteleuropas eine bedeutende Rolle spielen. Das gilt vor allem für die Länder des Balkans und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Deren Rolle ist nicht unproblematisch. Schließlich entstehen in wachsendem Maße neue Selbsthilfe-Bewegungen, die aus der unmittelbaren Erfahrung von Arbeitslosigkeit, Armut und Mängeln der sozialen Versorgung hervorgehen.

Soziale Unternehmen in Polen

Das Konzept »Sozialer Unternehmen« ist in Polen eine junge Entwicklung, die von den Diskussionen um den Dritten bzw. Non-Profit-Sektor, den Nicht-Regierungsorganisationen und nicht zuletzt den Entwicklungen im Genossenschaftssektor (Beispiel Italien) beeinflusst ist. In geringerem Maße gab es auch Anregungen aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor durch die Einrichtung von öffentlichen sozialen Integrationszentren und so genannten beschützenden Unternehmungen auf gemeinnütziger Basis. Der Sektor der Sozialen bzw. Solidarischen Unternehmen wächst, insbesondere im Bereich sozialer Dienstleistungen. Sie betreiben in Polen ca. 3% aller Sekundarschulen, 14% der Kinderbetreuungseinrichtungen und fast 100% der Einrichtungen für Obdachlose.

Sie verdanken ihre Entstehung zweifellos den Anpassungszwängen des strukturellen Wandels in der Übergangsperiode, die mit hohen menschlichen Kosten wie Massenarbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung verbunden waren.

Ein weiterer wichtiger Faktor liegt im Prozess der Dezentralisierung, der eine Neuverteilung der Aufgaben bei den öffentlichen Dienstleistungen von der zentralen Ebene auf die Ebene der Lokalverwaltungen mit sich brachte. Damit verbunden ist die Einführung eines neuen Paradigmas der Subsidiarität und die Entstehung eines neuen Führungsstils auf lokaler Ebene: from vote to voice, d.h. über die Wahlen hinaus die Mitsprache der BürgerInnen in allen sie betreffenden Angelegenheiten. Schließlich ist auch der Einfluss der politischen Empfehlungen bzw. der Programme der Europäischen Union (nationale Aktionspläne, lokale Beschäftigungsinitiativen, Strukturfonds, Lissabon-Strategie) zu erwähnen.

Inzwischen sind Soziale Unternehmungen in Polen und den meisten Ländern Ostmitteleuropas öffentlich anerkannt und rechtlich abgesichert. Die über-

wiegende Mehrzahl der Organisationen besteht aus Vereinen und Stiftungen. Daneben sind neue Rechtsformen entstanden, wie zum Beispiel »social kooperatives« (soziale Genossenschaften) in Polen und Ungarn, »public benefit companies« (gemeinnützige Unternehmen) in Tschechien, der Slowakei und Ungarn, »Not-for-Profit-Institutes« in Slowenien und »social enterprises« (Sozialunternehmen) in Litauen.

Aktuelle Herausforderungen und Entwicklungshemmnisse

Diese Rechts- und Verwaltungsstrukturen sind in vieler Hinsicht noch unvollständig und instabil. Vor allem fehlt es an einem öffentlichen Unterstützungssystem für die Soziale Unternehmenskultur, das etwa dem zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben vergleichbar wäre. Außerdem ist das Konzept nach wie vor politisch umstritten, wobei die einen den Sektor ausweiten und die anderen ihn wieder abschaffen wollen.

Die Unternehmen selbst unterliegen erheblichen finanziellen Restriktionen auf Grund der Instabilität der Förderprogrammen sowie der oft schlecht bezahlten öffentlichen Aufträge. Auch der Zugang zu den Mitteln der EU-Strukturfonds ist für Basisinitiativen in vieler Hinsicht zu aufwändig und häufig zu eng begrenzt auf die Probleme des Arbeitsmarkts.

Zukünftige Aufgaben und Perspektiven

Zusammenfassend können wir feststellen, dass die sozial engagierten Organisationen in Ostmitteleuropa trotz aller Fortschritte immer noch in erster Linie als »advocacy«, d.h. als Lobby-Organisationen agieren und verstanden werden. Von einer Anerkennung als potenzieller neuer Akteur im künftigen Wohlfahrtssystem sind sie noch weit entfernt und echtes Soziales Unternehmertum ist eher noch die Ausnahme als die Regel. Daraus ergeben sich eine Reihe von Aufgaben für die Zukunft:

- verstärkte Entwicklung der Aktivitäten von Sozialen Unternehmen im Bereich der Arbeitsbeschaffung sowie der sozialen und gemeinwesenorientierten Dienstleistungen,
- rechtliche Gleichstellung im Bereich der wirtschaftlichen Möglichkeiten mit den Klein- und Mittelbetrieben,
- Berücksichtigung der sozialen Verpflichtung von Sozialen Unternehmen im Steuer- und Abgabenrecht,
- Einführung sozialer, gemeinwesen- und umweltbezogener Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe,
- gleichberechtigter Zugang zu den Finanz-, Produkt- und Dienstleistungsmärkten wie für Klein- und Mittelbetriebe, besonders im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge,

- Aufbau von Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen für Soziale Unternehmen,
- faire Entlohnung und Rahmenbedingungen für Dienstleistungen, die von Sozialen Unternehmen im öffentlichen Auftrag erbracht werden,
- besondere Förderung von dezentralen Organisationsstrukturen bzw. Initiativen »von unten«,
- Aufbau von speziellen Aus- und Weiterbildungseinrichtungen und
- Unterstützung von dezentralen Selbstverwaltungs-Körperschaften auf der lokalen Ebene.

Vieles davon gilt nach unserer Kenntnis auch für andere europäische Regionen. Für die Entwicklung der Sozialen Unternehmenskultur in Ostmitteleuropa möchten wir jedoch folgende Aufgaben hervorheben:

- faire Entlohnung und Rahmenbedingungen für Dienstleistungen, die von Sozialen Unternehmen im öffentlichen Auftrag bzw. Interesse erbracht werden (»public procurement«),
- besondere Förderung von dezentralen Organisationsstrukturen bzw. Initiativen »von unten«,
- Aufbau von speziellen Aus- und Weiterbildungseinrichtungen und
- Entwicklung neuer Forschungsgebiete und -einrichtungen für die Soziale Ökonomie.

Literatur

www.tujestpraca.pl

www.ips.uw.edu.pl

www.gospodarkaspoleczna.pl

Paul Singer

Die Solidarische Ökonomie in Brasilien

Im Folgenden werde ich versuchen, zwei Fragen zu beantworten: Was verstehen wir unter Sozialer Ökonomie? Und wie wird diese in der Praxis umgesetzt bzw. auf welche Weise trägt sie zur sozialen Veränderung bei?

Es gibt in Brasilien und in Lateinamerika verschiedene Auffassungen, was wir eigentlich unter Sozialer oder Solidarischer oder »Populärer« Ökonomie verstehen. Das hängt sehr von der jeweiligen Praxis ab. Die »Populäre« Ökonomie ist eine Ökonomie der Armut, sehr ähnlich derjenigen, über die unsere KollegInnen aus Afrika und Indien berichtet haben. Andererseits leben 80%

der brasilianischen Bevölkerung jetzt in Städten. Damit ist auch die Armut in die Städte gewandert. Man kann also nicht mehr, wie vor 20 oder 30 Jahren, sagen, dass die Armen auf dem Land leben und diejenigen, die einen gewissen sozialen Aufstieg anstreben, in die Städte kommen. Die große soziale Krise der 1980er und der 1990er Jahre hat die Armut und die Krise – zumindest in Brasilien, aber nach meiner Meinung auch in anderen lateinamerikanischen Ländern – in die Städte gebracht.

Die Krise ist also überall, sie ist sowohl auf dem Land als auch in den Städten. Deswegen hat sich die Solidarische Ökonomie sowohl bei Initiativen auf dem Land als auch in den Städten herausgebildet, wobei im Unterschied zu Afrika und Asien – oder zumindest Teilen von Indien – die Betroffenen schon in die kapitalistische Ökonomie einverleibt sind. Viele waren bereits ArbeiterInnen, FabrikarbeiterInnen, IndustriearbeiterInnen, HandelsarbeiterInnen und wurden in Folge der Krisen entlassen und ausgegrenzt und werden auch weiterhin in großem Maße von sozialer Ausgrenzung erfasst. Vor diesem Hintergrund ist die Solidarische Ökonomie eine Reaktion mit dem Ziel, für Millionen und Abermillionen von Leuten neue Lebensgrundlagen zu schaffen. Es geht also um eine Ökonomie der Wiederintegration von vielen Menschen.

Brasilien ist nicht nur groß, sondern auch äußerst verschiedenartig. Wir haben auf dem Land traditionelle Gemeinden, und das Gemeindeleben wurde benutzt, um die Solidarische Ökonomie zu fördern. Dort auf dem Land und beim Kampf um das Land entstanden die Landlosenbewegungen als eine Reaktion auf soziale Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit und andere Krisenentwicklungen. Diese entwickeln sich langsam zu einer nationalen Bewegung, ausgehend von lokalen Initiativen im Nordosten, im Süden, in São Paulo, letztlich überall, als spontane Bewegung und mit Unterstützung der Kirche.

Dabei besteht die große Veränderung, die in den letzten fünf bis zehn Jahren eingetreten ist, darin, dass sich die verschiedenen Bewegungen inzwischen treffen und kennen lernen, zunächst lokal, dann regional und allmählich mit staatlicher Unterstützung auch national. Die nationale Perspektive traf gewissermaßen zusammen mit der Bildung der »Secretaria Nacional de Economia Solidaria/SENAES«, dem nationalen Sekretariat für die Solidarische Ökonomie. Damit wurde die Solidarische Ökonomie gewissermaßen offiziell anerkannt. So gibt es jetzt ein Forum der Solidarischen Ökonomie, welches viele verschiedene Bewegungen umfasst: Bewegungen von Frauen, der schwarzen Gemeinden (Quilombos), der indigenen Völker, der Jugend, insbesondere der arbeitslosen Jugendlichen, der Jugendlichen aus den Universitäten, welche »incubadoras« (Unterstützungs- und Entwicklungseinrichtungen für die Solidarische Ökonomie) gebildet haben – also viele verschiedene Gruppen, die jetzt in einer nationalen Bewegung zusammenkommen. Durch unsere Kartierung der Solidarischen

Ökonomie ist zum Bewusstsein gekommen, wie breit und verschiedenartig und doch auf der Grundlage derselben Prinzipien diese Bewegung tatsächlich ist.

Welches sind diese Prinzipien?

- Die Selbstverwaltung;
- die Autonomie, die Selbstständigkeit;
- wird der Gleichheit ein hoher Wert beigemessen, d.h. es gibt keine Hierarchie in der Bewegung, alle sind gleichberechtigt: übernommene Betriebe, Ansiedlungen der Agrarreform, traditionelle Dörfer etc.
- Die Demokratie in der Wirtschaft ist schließlich die Basis der allgemeinen Prinzipien, die alle vereint.

Das wird jetzt in großen nationalen Treffen, die das Nationale Sekretariat der Solidarischen Ökonomie ermöglicht, bewusst. Dabei ist das Geld von der Regierung entscheidend. Ohne die Wahl Lulas zum Präsidenten gäbe es weder dieses Sekretariat, noch würden politische Initiativen zur Unterstützung einer nationalen Bewegung der Solidarischen Ökonomie befürwortet. Diese Bewegung geht inzwischen über die nationalen Grenzen hinaus und wird zu einer kontinentalen Bewegung. Es gibt mehr und mehr Treffen mit KameradInnen aus Argentinien, Uruguay, Chile, Venezuela und Bolivien. Dabei muss eben der Staat eine gewisse Rolle spielen, jedoch nicht die Protagonistenrolle. Diese steht weiterhin nur der Gesellschaft zu: den Arbeitern, den Frauen, den Jugendlichen usw. Nun entsteht die Möglichkeit, alles zusammenzubringen, kennen zu lernen, gegenseitig Erfahrungen auszutauschen und dadurch neue Inspirationen zu bekommen. Das ist ein bunter Prozess, in dem sich die Leute kennen und erkennen. Zum Beispiel wurde 2004 ein nationales Treffen der Solidarischen Unternehmen in Brasilia organisiert. Das war sehr wichtig, da das Potenzial dieses Treffens zuvor nicht erahnt wurde. Das betrifft sowohl die Verschiedenartigkeiten als auch die Gemeinsamkeiten: Zum ersten Mal trafen sich IndianerInnen aus Roraima – das ist im Norden Brasiliens an der Grenze zu Guayana und Venezuela – und die IndianerInnen in Rio Grande do Sul sowie die Pataxo von Bahia, die sich jetzt alle der Bewegung angeschlossen haben und sich des Konzepts der Solidarischen Ökonomie bedienen. Dieses Konzept gibt ihren Anstrengungen einen gemeinsamen Sinn: In der Idee der Brüderlichkeit bzw. der Schwesterlichkeit wird ausgedrückt, dass alle diese Bewegungen vom Standpunkt der ganzen Gesellschaft dieselben Interessen haben und dieselben Bitten bzw. Forderungen gegenüber dem Staat.

Ich denke, dass sich eine Soziale Revolution auf dem Marsch befindet, nicht nur in Brasilien, zumindest in ganz Südamerika, vielleicht auch in Afrika und in Asien, aber bestimmt in Brasilien. In dieser Sozialen Revolution werden wirklich neue Formen der ökonomischen Tätigkeit und der sozialen Organisation von unten nach oben lebendig. Wir, d.h. das Nationale Sekretariat, sind

gewissermaßen diejenigen, die das Bewusstsein von dieser großen Bewegung unterstützen. Deshalb ist die wichtigste Rolle des Nationalen Sekretariats – neben der Kartierung der Solidarischen Ökonomie – die der Bildung. Dies wird auf Bitten der Bewegungen unter anderem in Form regionaler Seminare geschehen. Wir organisieren diese in Zusammenarbeit mit dem Brasilianischen Forum der Solidarischen Ökonomie in fünf Regionen Brasiliens: im Norden, im Nordosten, im Zentrum/Westen, im Südwesten und Süden. Diese Seminare dienen gleichzeitig der Reorganisation des Brasilianischen Forums der Solidarischen Ökonomie. Einige Etappen wurden bereits erreicht: Nach dem Treffen der Solidarischen Unternehmen 2004 ermöglichte eine erste Konferenz der Solidarischen Ökonomie 2006 die direkte Beteiligung von 14.000 Personen aus allen Bewegungen, sodass eine nationale Plattform der Solidarischen Ökonomie geschaffen werden konnte. Es gibt damit einen Wegweiser, wie die Bewegung weiterentwickelt werden kann, wobei noch viele Fragen zu klären sind, wie zum Beispiel solche der Finanzierung, der Verbreitung, der Vermittlung und der Kommerzialisierung. Wir befinden uns derzeit in der brasilianischen Ökonomie – und vermutlich nicht nur in der brasilianischen – an einem Wendepunkt, an dem eine neue Gesellschaft gebildet wird durch die lokale Entwicklung.

Rosângela Alves de Oliveira/Kristina Bayer/Viviana Uriona

Solidarische Ökonomie und Soziale Bewegungen – Anregungen aus Lateinamerika

I. Zur Situation in Lateinamerika am Beispiel Argentinien und Brasilien

In Brasilien und Argentinien haben sich in den vergangenen Jahren neue Bewegungen für eine Solidarische Ökonomie gebildet. Sie wollen das gegenwärtige Wirtschaftssystem durch neue Formen der Ökonomie transformieren. Diese Bewegungen werfen die Frage nach der historischen Möglichkeit einer Ausweitung der Solidarischen Ökonomie auf – sei es über den Weg der Institutionalisierung oder ihrer breitflächigen Ausbreitung an der gesellschaftlichen Basis.

Die Brasilianische Bewegung der Solidarischen Ökonomie

Die Solidarische Ökonomie ist in Brasilien eine organisierte soziale Bewegung. Sie ist mit den großen, linken sozialen Bewegungen verbunden. Die Caritas Brasilien führte mit ihrem »Projekt gemeinschaftlicher Alternativen« in kleinen ländlichen und städtischen Gemeinden Fortbildungen für Solidarische

Ökonomie durch. 2001 ermöglichte das Weltsozialforum der Bewegung, auf nationaler Ebene in Erscheinung zu treten und sich zu vernetzen. Ein weiterer wichtiger Schritt für die Bewegung waren die Präsidentschaftswahlen 2002. Die Bewegung schlug der Regierung vor, eine Regierungsinstanz zu schaffen, die die politischen Rahmenbedingungen für Solidarische Ökonomie befördert. Es wurde das Nationale Sekretariat der Solidarischen Ökonomie (SENAES) gegründet, angegliedert an das Ministerium für Arbeit und Beschäftigung.

Laut SIES (Informationssystem der solidarische Ökonomie) gibt es 15.000 Solidarische Betriebe, 54% sind Genossenschaften, mit 1.250.000 Personen, davon 64% Männer, 36% Frauen.³

In allen Bundesländern findet das Brasilianische Forum der Solidarischen Ökonomie (FBES) statt und ist der Hauptaustauschort mit der jeweiligen (Bundesstaaten-)Regierung. Es wird in drei großen Blöcken durchgeführt:

- Unternehmen Solidarischer Ökonomie, darunter selbstverwaltete Betriebe und informelle Gruppen;
- Unterstützende Institutionen: Einrichtungen, die die Unternehmen unterstützen und zur Zivilgesellschaft gehören, wie z.B. Universitäten;
- Regierungsinstanzen.

Das FBES entstand 2003 nach einer umfassenden nationalen Debatte. Es wurden drei große nationale Vollversammlungen durchgeführt und eine politische Plattform mit vier Achsen eingeführt:

- Solidarische Finanzen,
- rechtlicher Rahmen,
- Bildung,
- Kommunikation.

Die Vereinbarung über die grundlegenden Prinzipien der Solidarischen Ökonomie umfasst:

- die soziale Anerkennung menschlicher Arbeit,
- die Befriedigung der Bedürfnisse aller,
- die Anerkennung der fundamentalen Rolle der Frau und
- die Suche nach respektvollem Austausch mit der Natur und der Werte von Kooperation und Solidarität.

In vielen Regionen entdeckten die bundesstaatliche und kommunale Politik die Solidarische Ökonomie als effektives Instrument. 80 Distrikte und sechs Bundesstaaten haben Abteilungen für Solidarische Ökonomie.

³ www.mte.gov.br

Neue Soziale Bewegungen und Solidarische Ökonomie in Argentinien

Unter der letzten Militärdiktatur von 1976 bis 1983 begann in Argentinien die neoliberale Umstrukturierung. Die erste demokratische Regierung von Raúl Alfonsín versuchte u.a. erfolglos die wirtschaftliche Richtung zu ändern. Die folgenden Regierungen von Carlos Menem (1989-1999) verfolgten den vorgeschlagenen neoliberalen Weg des Internationalen Währungsfonds (IWF) – sichtbar etwa an der Privatisierung der öffentlichen Unternehmen und der Flexibilisierung der Arbeit. Es kam zu einer starken ökonomischen, politischen und kulturellen Marginalisierung von immer mehr Menschen. Zum Ende des Jahres 2001 betrug die Armutsrate 57,5%. Ende 2006 lag sie bei 26,9%.

Schon Anfang der 1990er Jahre gab es Proteste im ganzen Land, gleichwohl dauerte es eine Weile bis diese Unzufriedenheit die Hauptstadt und damit auch die Weltöffentlichkeit erreichte.

»Ocupar, resistir, producir« –

Die Solidarische Ökonomie und die »wiedergewonnenen Fabriken«

In Argentinien gibt es, trotz Militärdiktatur und Neoliberalismus, eine lange Geschichte des sozialen Widerstandes. Die »wiedergewonnenen Fabriken« sind ein Beispiel dafür. Betriebsbesetzungen gehörten in den 1980er und 1990er Jahren zum gewerkschaftlichen Protestrepertoire unter dem Motto »Besetzen, aushalten, produzieren«.

Die »wiedergewonnenen Fabriken« und ihre ArbeiterInnen befinden sich noch weit entfernt von der Situation in Venezuela oder wie oben beschrieben in Brasilien. Aus diesen anderen Länderbeispielen sehen wir, dass soziale Bewegungen an Einfluss nicht verlieren, wenn sie in politische Strukturen einbezogen werden. Ob sie aber in der Zukunft zu einem wichtigen Akteur neben politischen VertreterInnen und wirtschaftlichen Eliten werden, bleibt noch zu sehen. Es bleibt nur zu hoffen, dass wir aus diesen Ländern lernen.

II. Alternative Ökonomie in Deutschland und Konsequenzen für die Solidarische Ökonomie

Die Impulse, die von den neueren lateinamerikanischen Bewegungen ausgehen, deuten auf das immense politische Potenzial der Solidarischen Ökonomie hin. Auch in der aktuellen politischen Landschaft hierzulande kann die Solidarische Ökonomie eine wichtige Leerstelle ausfüllen: in den Debatten um Bedarfssicherung, Krise und Zukunft der Arbeit, Alternativen zur neoliberalen Privatisierung u.a. bietet sie eine konkrete Alternative.

Bereits seit den 1970er Jahren bildeten die Projekte und Betriebe der »Alternativen Ökonomie« die wirtschaftliche Grundlage für die Alternativbewegung: Buchläden, Druckereien, Handwerksbetriebe, Wohnprojekte u.a. waren die

Basis, auf der politische Aktivitäten realisiert werden konnten. Geringe Mieten, gemeinschaftliche Nutzung von Mobiliar, Maschinen, Räumen etc. dienten dazu, die Lebenshaltungskosten zu senken und Potenzial für unbezahltes politisches Engagement freizusetzen. Dazu schrieb Rolf Schwendter 1978: »Gegen-Ökonomie kann eine wichtige Grundlage für die politische Aktivität des Einzelnen, aber auch der politischen Gruppe sein: Wer dem Berufsverbot, der Arbeitslosigkeit nicht mehr ›schutzlos‹ ausgeliefert ist, muss sich nicht mehr ducken vor jedem Schlag von oben. Wer sich ökonomisch einigermaßen sicher fühlt, kann politisch offensiv werden.«

Die ersten Kollektive übernahmen inhaltlich zentrale sozialistische Ziele und Werte – wie die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln –, setzten sich aber in ihrer Binnenstruktur von den hierarchisch und patriarchal organisierten politischen Organisationen ab. Das Fehlen politischer Eindeutigkeiten gehörte von Anfang an dazu – und brachte der Bewegung heftige Kritik ein. Die Mehrzahl der Betriebe blieb auf den kapitalistischen Markt angewiesen und scheiterte immer wieder an dessen Mechanismen.

Auf individueller Ebene endete der persönliche lebenslange Einsatz in Kollektiven häufig in chronischer Prekarität und Abhängigkeit, da die Fragen der sozialen Absicherung durch die ständige Überlastungssituation vernachlässigt wurden. Mittlerweile fehlt der Alternativen Ökonomie außerdem der Bezug zu den sozialen Bewegungen. Schon Marx wies darauf hin, dass die utopischen Sozialisten das Wesen des Kapitalismus verkennen und warf ihnen eine zu oberflächliche Auseinandersetzung mit der Struktur des Kapitals in Ökonomie und Gesellschaft vor.

Aufgrund der mittlerweile überdeutlichen Krise des erwerbswirtschaftlichen Modells geht es heute in der Solidarischen Ökonomie um die Entwicklung einer umfassenden Wirtschaftspraxis, die alle Tätigkeitsformen einbezieht: Subsistenz- und Eigenarbeit, Kooperativökonomie, informelle Ökonomie, Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement. Wichtig ist nicht nur die Existenzsicherung des Einzelnen, sondern »Wirtschaften als soziales Handeln unter Berücksichtigung der Erhaltung der ökologischen und sozialen Existenzgrundlagen wird zum zentralen Thema der Gestaltung des Lebens und Zusammenlebens«, so Susanne Elsen 2003. Hierzu gehört auch, die interne Vernetzung zum wichtigen Ziel zu machen.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Aufarbeitung der Fehler unserer Vergangenheit. Die Alternative Ökonomie hat nicht wenige persönliche Enttäuschungen produziert.

Wenn die Solidarische Ökonomie in breitere gesellschaftliche Kreise hinein attraktiv werden will, dann muss sie Lebensfreude, konstruktive Konfliktkultur, Neugier und Überfluss ausstrahlen! Das heißt aber auch, dass sie Erkenntnisse

von »draußen« integrieren muss – z.B. Wissen über Organisationsentwicklung, über Teamkonflikte und vieles mehr. Die innere Welt der alternativökonomischen Projekte ist immer noch geprägt von tief autoritären Strukturen, denen die Luft zum Atmen und Entwickeln von Neuem fehlt.

Literatur

Elsen, Susanne (2003): Lokale Ökonomie, Empowerment und die Bedeutung von Genossenschaften für die Gemeinwesenentwicklung – Überlegungen aus der Perspektive der Sozialen Arbeit. www.stadtteilarbeit.de/seiten/theorie/elsen/lokale_oekonomie_und_genossenschaften.htm.

Schwendter, Rolf (Hrsg.) (1978): Zur Alternativen Ökonomie III. Materialien der AG SPAK M 35, München, Sozialpolitischer Verlag SPV.

Kerstin Sack

ALBA – Solidarische Verträge zwischen Staaten

Die USA haben versucht, eine gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) zu schaffen. Schien dieses von Clinton initiierte Projekt Anfang 2000 noch realistisch zu sein, so ist es zur Zeit nicht durchsetzbar. Soziale Bewegungen und Regierungen Lateinamerikas, die die neoliberalen Doktrinen nicht mehr akzeptieren wollen, haben das Projekt gestoppt. Beim Ibero-Amerikanischen Gipfel in Mar de Plata 2005 erklärte Hugo Chavez, Präsident von Venezuela, das Projekt für »beerdigt«.

Als Gegenprojekt entstand ALBA, die Morgenröte – »Bolivarische Alternative für die Amerikas«. Soziale Bewegungen, WissenschaftlerInnen und ParlamentarierInnen aus verschiedenen Ländern sind bei der Konzeptentwicklung beteiligt. ALBA ist ein Prozess, der Elemente einer neuen Form der Kooperation zwischen Ländern aufbaut. Nahziel ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der jeweiligen Bevölkerungen, Fernziel eine neue Weltwirtschaftsordnung, die den Ländern des Südens eine eigenständige Entwicklung und eine gerechtere Welt ermöglichen soll.

Verträge zwischen Kuba, Venezuela und Bolivien

Die ersten Vereinbarungen zwischen Venezuela und Kuba wurden 2004 unterzeichnet. Nach dem Sieg von Evo Morales trat Bolivien im Frühjahr 2006 dem Bündnis mit der Unterzeichnung des »Handelsvertrags der Völker« bei. (Inzwischen ist auch Nicaragua ALBA beigetreten, Ecuadors Beitritt ist zu erwarten.)

Die Grundlagen für die neuen Beziehungen sind: *Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität* zwischen den VertragspartnerInnen. ALBA baut von daher auf:

- *Ergänzung* – gegenseitiger Austausch von Waren und Dienstleistungen, die der andere Partner nicht besitzt,
- *Kooperation* – gegenseitiger Austausch von Wissen, Technologien etc.,
- *Solidarität* – gerechte Preise,
- *Gegenseitiger Respekt der Selbstbestimmung* – keine politischen oder wirtschaftlichen Auflagen.

Venezuela verfügt über Erdöl, Bolivien über Gasvorkommen, Kuba über besondere Qualitäten im Bereich Bildung und Gesundheitswesen. So werden Tauschgeschäfte wie ÄrztInnen und LehrerInnen gegen Öl getätigt. In Bolivien und Venezuela bedeuten die sozialen Projekte im Bildungs- und Gesundheitsbereich, dass große, bisher ausgeschlossene Teile der Bevölkerungen jetzt Zugang zu Bildung und Gesundheit haben. Die Ausbildung von lateinamerikanischen ÄrztInnen und LehrerInnen in Kuba soll für Kontinuität sorgen. Durch die Tauschgeschäfte werden in den jeweiligen Ländern Devisen gespart. So müssen sie weniger für den Export produzieren und können den Binnenmarkt entwickeln.

Hinzu kommen Gemeinschaftsunternehmen, gegenseitige Steuerfreiheit, Banken in den jeweiligen Ländern, und Infrastrukturprojekte (Energie, Telekommunikation, Straßenbau, Wohnungsbau), wissenschaftlicher und kultureller Austausch, Kooperation im Sport. Es gibt außerdem zahlreiche Projekte des Technologie- und Wissenstransfers. Bolivien bringt Kenntnisse über den Nutzen von Heilpflanzen ein, Kuba seine Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich des Energiesparens.

Verträge und Projekte auf bi- und multilateraler Ebene

Nicht alle Regierungen Lateinamerikas sind so offen für neue Formen der Integration, auch wenn es linke bzw. progressive Regierungen sind. Dennoch gibt es gemeinsame Projekte, die eine Grundlage für neue wirtschaftliche und andere Beziehungen bilden können.

Im Energiesektor finden verschiedene Kooperationen statt. Venezuela bietet den Ländern Lateinamerikas und der Karibik die Lieferung von Öl unterhalb des Weltmarktpreises an. Zwölf Länder gehören jetzt schon PetroCaribe an. Hierbei sind nicht nur Öllieferungen enthalten, sondern auch der Aufbau von Infrastruktur, wie der Bau des Gasoductos, einer Pipeline, die verschiedene Länder verbinden soll.

Die Länder Lateinamerikas leiden unter hoher Verschuldung und Abhängigkeiten von IWF und Weltbank. Die Länder waren z.B. durch Auflagen gezwungen, staatliche Unternehmen zu privatisieren. Argentinien und Brasilien

konnten jetzt mit finanzieller Unterstützung Venezuelas ihre Kredite beim IWF zurückzahlen. Das hat ihnen nicht nur einen größeren Handlungsspielraum eröffnet, sondern auch den IWF in eine ökonomische Krise gestürzt. Um die Abhängigkeit vom IWF zu reduzieren, ist im Dezember 2007 durch Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela eine regionale Entwicklungsbank – *Banco del Sur* – gegründet worden.

Die Massenmedien in Lateinamerika sind überwiegend in privater Hand und die Informationen werden dominiert von Sendern wie CNN. Seit Juli 2005 gibt es den von mehreren Ländern finanzierten Fernsehsender *Telesur*, der rund um die Uhr sendet. Hier arbeiten die besten JournalistInnen und Kulturschaffenden Lateinamerikas. Anlässlich der Buchmesse in Venezuela haben 2006 Kuba und Venezuela das *Casa de ALBA*, ein Kulturunternehmen zur Vertreibung von Musik, Literatur und Handwerk aus Lateinamerika als Verlag und Musiklabel gegründet. Ergänzt wird diese Infrastruktur durch eigene Satelliten. So ist ein Satellit »Simon Bolivar« installiert worden, der durch weitere ergänzt werden soll.

Nicht nur in Lateinamerika

Die bisherigen Projekte können Möglichkeiten aufzeigen und, wenn sie Erfolg haben, kann ein Prozess ausgelöst werden, dem andere Länder folgen. Voraussetzung sind allerdings Regierungen, die den Willen haben, eine andere Politik umzusetzen. Beim Afrikanischen Gipfel 2006 haben schon einige Länder Interesse bekundet, sich an der Bank des Südens zu beteiligen. Und auch das Alphabetisierungsprogramm Kubas *Yo si puedo* löst großes Interesse aus und wird mittlerweile in 55 Ländern (inkl. Spanien) umgesetzt. Damit könnten die Länder des Südens größeres Selbstbewusstsein entwickeln und mehr auf eigenständige Entwicklung setzen, anstatt auf die Almosen des Nordens zu warten, die oft genug nur der Exportförderung der großen transnationalen Unternehmen dienen.

ALBA ist ein politisches Projekt, das nicht mehr und nicht weniger als eine neue Weltwirtschaftsordnung ohne IWF und Weltbank zum Ziel hat. Voraussetzung für dieses Projekt sind Regierungen, die über ökonomischen Handlungsspielraum verfügen. Durch Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen stehen in Venezuela und Bolivien Finanzen für soziale Entwicklungen zur Verfügung. Ein Staat mit großen wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten lässt sich nicht mit der neoliberalen Doktrin des freien Markts vereinbaren, in denen der Staat nur den Handlungsrahmen für die Arbeit der Unternehmen sicherstellt und sich ansonsten aus dem Wirtschaftsleben heraushält. Wenn diese neue Politik erfolgreich ist, kann sie eine ernsthafte Alternative zur neoliberalen Politik der Länder des Nordens werden. Wenn diese Form der Zusammenarbeit NachahmerInnen

findet, könnte das auch Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte haben, da Geschäfte nicht mehr über ausländische Banken in Dollar realisiert würden.

Die neoliberalen GlaubensanhängerInnen werden jedoch diese Entwicklung mit allen Mitteln bekämpfen. Versuche, Lateinamerika auseinander zu definieren und in Gute und Böse einzuteilen, finden bei G8-Gipfeln und WTO-Verhandlungen statt. Vor allem Indien und Brasilien sollen von dieser neuen Entwicklung ferngehalten werden, da sie wirtschaftlich von großer Bedeutung sind.

Literatur

ALBA-Vertragstexte von 2004 zwischen Kuba, Venezuela und Bolivien siehe: www.attac.de/lateinamerika/pages/wissensbank.php

Mehr Informationen auf Spanisch: www.alternativabolivariana.org

Lifestream von Telesur unter: www.telesurtv.net

Kai Ehlers

Impulse aus dem Osten?

Lehren für solidarisches Wirtschaften aus der DDR und Russland?

Die Diskussion um die Entwicklung konkreter Lebens- und Wirtschaftsalternativen zu den profitorientierten Verhältnissen ist, wenn es um anregende Beispiele geht, auf Länder des »Südens« gerichtet. Der Osten, allen voran Russland, gilt höchstens als Problemfall. Mit der Krise des Sozialismus sowjetischen Typs sind sämtliche sozialen Alternativen, die sich in seinem Geltungsbereich entwickelt hatten und aus denen man heute vielleicht etwas lernen könnte, aus dem Diskurs wie ausradiert.

Tatsache ist aber, dass schon die vorsowjetische Entwicklung Russlands, die der Sowjetunion und der mit ihr verbundenen Länder, einen ungeheuren Erfahrungsschatz darstellt. Die im Wechsel von den sowjetischen Verhältnissen auf so genannte marktwirtschaftliche Verhältnisse entstandenen vielfältigen Übergangsformen zwischen sowjetischem Sozialismus und Kapitalismus, bieten vielfältige Ansätze für die Entwicklung alternativer Modelle.

Es kommt nur darauf an, die Wahrnehmungs- und Denktabus zu durchbrechen, welche die mit Zwang verbundenen Fehlentwicklungen im öffentlichen Bewusstsein hinterlassen haben. Es gilt zu realisieren, dass in der kritischen Verarbeitung dieser Erfahrungen eine Chance liegt. Eine Chance Impulse dafür

zu gewinnen, wie Alternativen zwischen Privatwirtschaft und Zwangskollektivismus aussehen können.

Die nach-sowjetische Umwandlung hat nicht so stattgefunden, wie von den BefürworterInnen der Privatisierung vorausgesagt. Stattdessen zerstörte die Privatisierung die bestehende Arbeits- und Lebensorganisation, insbesondere die Strukturen der Fürsorge und der sozialen Sicherung. Die große Mehrheit der Bevölkerung geriet in existenzielle Unsicherheit. Zwischen 20% und 30% der Bevölkerung rutschte unter das Existenzminimum. Trotz dieser Krise brach keine allgemeine Hungerkatastrophe aus. Warum nicht? Weil die Bevölkerung auf gewachsene Strukturen der informellen Wirtschaft und der Selbstversorgung zurückgreifen konnte. Statt der von den ReformeInnen gewollten Kapitalisierung des Lebens entstanden wirtschaftliche Mischformen, die nicht mehr sowjet-sozialistisch, aber auch nicht privatkapitalistisch sind. In ihr gehen die traditionelle russische Bauerngemeinschaft (Obschtschina) die Kollektivwirtschaft sowjetischen Typs und die heutige Marktorientierung eine hochinteressante Verbindung ein. Weit entfernt davon, sich vollkommen aufzulösen, wird hier so etwas wie eine Alternative zu dem bisherigen Entweder-Oder von Kapitalismus *oder* Sozialismus sichtbar.

Kern dessen ist eine Symbiose zwischen Lohnarbeit und der in Russland so genannten familiären Zusatzwirtschaft, die durch ein um die Betriebe herum organisiertes System der Vergütung miteinander verbunden sind. Dieses System ist nicht erst durch die Bolschewiki eingeführt worden. Es ist vielmehr in der langen Geschichte Russlands entstanden, in deren Verlauf sich das bäuerliche Gemeineigentum, die Allmende, im Gegensatz zum Westen nicht aufgelöst hat, sondern zum Grundmuster des Lebens wurde. Unter Stalin wurde der russische Kollektivismus nicht erfunden, sondern verstaatlicht. Die Bevölkerung wurde gewissermaßen von ihren eigenen Traditionen enteignet; ihre eigenen Basisstrukturen traten ihr als fremde Macht, als Zwangskollektiv, entgegen. Diese Entwicklung führte in die stalinsche Repression und letztlich in die Stagnation. Mit der Auflösung der sowjetischen Union wurde sie gesprengt. Was blieb und trotz aller aktuellen Versuche der Monetarisierung bisher nicht gesprengt werden konnte, ist die Grundstruktur von Lohnarbeit, Vergütung und Zusatzwirtschaft. In diesem Modell griffen die drei Elemente so ineinander, dass das eine das andere stützte.

Lohn wurde nach Leistung gezahlt, ergänzt durch Möglichkeiten des Zusatzverdienstes. Arbeit wurde jedoch nicht nur in Geld entlohnt, sondern zu einem großen Teil auch über Verrechnungen mit dem betrieblichen Lohnfonds, aus dem die Grundlebensbedürfnisse der Betriebsmitglieder und ihrer Familien sowie der gesamte kommunale Lebensbedarf getragen wurden. Das begann beim Wohn- und Lebensraum, umfasste Kindergarten, Schule, Bildung, medi-

zinische Leistungen und ging bis zur Grabpflege. Man war rundherum in eine Grundversorgung eingebettet.

Zum Lohn und zur kollektiven Grundversorgung kam die familiäre Zusatzversorgung. Auf dem Lande bestand sie aus Haus, Garten und Kleintierhaltung. Für die StädterInnen bestand sie aus Datscha plus Garten. Hofgarten und Datscha deckten den privaten Grundbedarf. Zu Sowjetzeiten gehörte die Nutzung eines Hofes ebenso wie die Nutzung eines Datscha-Geländes zu den geldlosen Vergütungen.

In der Kombination von familiärer Zusatzwirtschaft und Versorgung mit Lebensgrundbedarf durch die betriebliche Vergütung entsteht faktisch ein geldfreier Raum, ein sozialer Puffer. Konjunkturelle Schwankungen und selbst krisenhafte Desorganisation der Versorgung kann so aufgefangen werden.

Heute sind die Betriebe weitgehend privatisiert, das heißt in Aktiengesellschaften verwandelt worden. Die Vergütungsstruktur soll abgelöst werden durch einen nach westlichem Muster auf Lohn- und Einkommensteuer basierenden Geld-Ware-Geld-Kreislauf, in dem die betriebsorientierte geldlose Grundversorgung wie auch die außerhalb des Geldverkehrs liegende familiäre Selbstversorgung durch eine allgemeine staatlich organisierte, durch Geld in Gang gehaltene Fremdversorgung ersetzt werden soll. Auch Hof und Hofgärten, Datscha und Garten wurden entweder privatisiert oder es soll Miete für die Grundversorgung mit Wohnraum, Gas, Wasser etc. verlangt werden. An die Stelle der familiären Zusatzwirtschaft soll der Supermarkt treten. Die Entwicklung ist jedoch nicht ausgekämpft: Per Gesetz ist die Privatisierung zwar vollzogen, der Betrieb ist eine Aktiengesellschaft geworden, statt Vergütung wird Lohn gezahlt. Wohnungen, Höfe, und Datschen und die zum Leben notwendige Infrastruktur sollen bezahlt werden. In vielen Fällen aber bestehen die alten Verhältnisse fort, bilden sich undefinierte Zwischenlagen, Übergangssituationen.

Nach 20 Jahren beginnen aus diesen Zwischenlagen, Provisorien und Übergängen jedoch Elemente hervorzutreten, die sich als dauerhaft erweisen könnten. Sie verbinden die geschilderten traditionellen russischen wie sowjetischen Strukturen mit denen der Marktorientierung. Ein glänzendes Beispiel ist die Aktiengesellschaft Irmen, anderthalb Autostunden von Nowosibirsk. Aus der Privatisierung einer Sowchose ging ein Musterbetrieb mit zwölf Dörfern hervor.⁴

Selbstverständlich unterscheiden sich die heute in Russland bestehenden Gemeinschaften von Betrieb zu Betrieb, von Ort zu Ort, mehr noch: von Direktor zu Direktor und von Kollektiv zu Kollektiv. Verantwortliche persönliche

⁴ Er ist in einem längeren Artikel auf www.solidarische-oekonomie.de genauer beschrieben.

Beziehungen sind wesentlich für dieses Modell, ohne die es nicht wirken kann. Wenn es darum geht, aus der sowjetischen Vergangenheit zu lernen, dann muss klar sein, dass die beste sozio-ökonomische Ordnung nichts taugt, wenn sie per Zwang und Gewalt hergestellt, aufrechterhalten oder fremden Verhältnissen aufgefropft wird. Jede gemeinschaftliche Ordnung muss vom Interesse, dem Bedarf und der Aktivität des einzelnen Menschen ausgehen.

Literatur

Ehlers, Kai (2004): Erotik des Informellen. Impulse für eine andere Globalisierung aus der russischen Welt des Kapitalismus. Von der Not der Selbstversorgung zur Tugend der Selbstorganisation, edition 8, Zürich, www.kai-ehlers.de

Gisela Richter

Erfahrungen des Venezolanischen Kooperativenprogramms

Die von der Regierung Chavez angestoßene Kooperativeninitiative, in Verbindung mit einer Landreform und dem Berufsausbildungsprogramm »Vuelvan Caras« (»kehrt um, Marsch«) stand im Mittelpunkt des Berichts von Isabel Valdivia vom venezolanischen Agrarministerium.

Das Kooperativenprogramm steht im Zusammenhang mit breiteren politischen Veränderungen in Venezuela seit dem ersten Wahlsieg (1998) des erneut bestätigten Präsidenten Hugo Chavez Frias: Die hier wichtigsten Neuerungen sind eine erneute Landreform, nicht zuletzt auch mit dem Ziel, die rasante Verstädterung (85-90%) der seit den 1950er Jahren inzwischen auf 26 Millionen angewachsenen Bevölkerung ebenso wie die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten (bis zu 70%) zu stoppen. Der aktiven Bevölkerung, die zu bis zu 50% im informellen Sektor tätig ist, soll eine neue, produktive und sichere Arbeits- und Einkommensperspektive gegeben werden. Nach ersten turbulenten Jahren, in denen mehr als 130 FührerInnen der traditionellen Bauernbewegungen durch paramilitärischen Milizen der GroßgrundbesitzerInnen ermordet wurden, kam es ab 2003 zu einer Konsolidierung des Prozesses. Dies ermöglichte es, einen Teil des städtischen Subproletariats wieder auf dem Land anzusiedeln. Bislang wurden insgesamt über 3,4 Millionen Hektar an rund 80.000 Kooperativen und EinzelproduzentInnen vergeben. Trotzdem ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche weiterhin bescheiden. Es sind nur 2,3 Millionen Hektar von über 30

Millionen potenziell zu Agrarzwecken nutzbarem Land. Man ist weit davon entfernt, den Lebensmittelbedarf des Landes auch nur annähernd zu decken. Ideologische Grundlage dieser neuen Arbeitsformen sind die so genannte endogene Entwicklung und die »*economia popular*«. In großem Ausmaß wurden diese Organisations- und Wirtschaftsformen dann mittels des Berufsausbildungsprogramms »*Vuelvan Caras*« zur Grundlage für gemeinschaftliche und gemeinnützige Existenzgründungen. Es erfasst praktisch alle Berufs- und Wirtschaftszweige. Zwischen 2004 und 2005 haben sich nach offiziellen Angaben 264.720 Personen an diesem Ausbildungsprogramm beteiligt, das im Allgemeinen aus einem sechsmonatigen Ausbildungskurs besteht. Während dieser Zeit erhält die Person eine finanzielle Unterstützung, eine Art Stipendium. Schon während der Ausbildungszeit konstituieren sich Kooperativen, die dann, nach Abschluss der Ausbildung, Kredite zur Existenzgründung beantragen können, ein Viertel davon im landwirtschaftlichen Bereich. Sie repräsentieren etwa 5% der aktiven Bevölkerung (andere Quellen sprechen von nur 1,5%). Allerdings ist bisher höchstens die Hälfte der von den AbsolventInnen gegründeten Kooperativen wirklich aktiv tätig. Ergebnis dieser neuen Impulse in Verbindung mit staatlichen Ausbildungs- und Finanz- Förderprogrammen: Im Juli 2005 gibt es bei SUNACOO, der staatlichen Kontrollinstanz 73.000 registrierte Kooperativen und Ende 2006 hätten es sogar 200.000 sein sollen. Allerdings ist nur ein sehr geringer Teil von ihnen den gesetzlich vorgeschriebenen Organisations- und Steuervorschriften nachgekommen, weshalb ein großer Teil wieder aus den Registern gestrichen wurde.

Ein lebendiges Beispiel ist das *Fundo Zamorano para el Desarrollo Endógeno* »*Alejandro de Humboldt*« (Antiguo Hato La Argentina) – das Zentrum für endogene landwirtschaftliche Entwicklung. Es soll von in Kooperativen organisierten AbsolventInnen von »*Vuelvan Caras*« ebenso wie von anderen lokalen Kooperativen landwirtschaftlich genutzt werden. Im *Fundo* geht es um nachhaltige Arbeit in gemeinnütziger Vereinsform, um so zur autonomen Lebensmittelversorgung, aber auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Stadt- und LandbewohnerInnen beizutragen. Das Land wird den Kooperativen vom Staat zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Der Betrieb verfügt über 4.379 Hektar und wurde, da nicht bewirtschaftet, nach Verkündung des neuen Agrarreformgesetzes 2001 von BewohnerInnen des nahe gelegenen Ortes besetzt. Ab 2004 kamen noch weitere Personen, alle schon in Kooperativen organisierte AbsolventInnen des *Vuelvan Caras*, aus den Armenvierteln von Maturin hinzu: insgesamt 13 Kooperativen, acht aus dem Programm *Vuelvan Caras* und fünf Kooperativen von den ErstbesetzerInnen. Die acht »*Vuelvan Caras*«-Projekte erhielten sehr bald Kredite von verschiedenen staatlichen Kreditinstituten. Für die übrigen ErstbesetzerInnen dauerte es dann noch mehr als zwei Jahre, bis auch sie Kredite

für die Produktion und Infrastrukturmaßnahmen zugesprochen bekamen. Nach etwa zwei Jahren ergibt sich, basierend auf einem Besuch vor Ort im August 2006, folgendes Bild: Es gibt inzwischen Traktoren für jede Kooperative. Es wurden zwei große Schuppen für alle gebaut, die allerdings noch keinen Elektroanschluss haben. Die internen Verbindungswege sind in schlechtem Zustand, nur etwas mehr als 15 km sind asphaltiert. In den Kooperativen, die von Vuelvan Caras-AbsolventInnen getragen werden, hat sich bei fünf der acht Kooperativen die Zahl der aktiven Mitglieder drastisch reduziert. Von den insgesamt 1.200 Hektar haben die »Vuelvan Caras« nur 300 Hektar gesät/bepflanzt, überwiegend mit Yuca und Wassermelonen. Von der ersten Aussaat mit Wassermelonen ist wegen Schädlingsbefalls nichts übrig geblieben. In den übrigen fünf »Bauern-Kooperativen« konnte wegen Kreditmangel nicht ausgesät werden. Auch dort ist Mitgliederschwund zu verzeichnen, man verspricht ihnen für den Übergang in der Trockenzeit eventuell Kredite für Bohnenansaat.

Insgesamt waren für die acht Kooperativen, überwiegend aus NeulandwirtInnen bestehend, in der ersten Phase knapp eine Million US\$ vorgesehen. Die Bilanz ist also eher ernüchternd und weist auf eine Reihe wohl auch allgemein vorhandener Probleme hin: Viele Begeisterte der ersten Stunde geben schnell auf. Die Betriebsgründung ist bisher nicht systematisch geplant und organisiert, die Betreuung nach der Ausbildung lässt wohl zu wünschen übrig. Es ist eindeutig eine Bevorzugung der »Neubauern« zu erkennen, was schnell zu Rivalitäten und Problemen führen kann. Die Infrastrukturarbeiten sind im Verzug, daher empfiehlt z.B. die Besucherkommission, sofort Maßnahmen zur Trinkwasserbereitstellung für alle Kooperativen sowie die agrotechnologische und buchhalterische Betreuung für die Kooperativen zu institutionalisieren. Auch was aus dem Ganzen werden soll, ist bisher ungeklärt. Werden alle hier dauerhaft wohnen und leben oder nur Feierabend-Bauern sein? Planen sie eine kleine Dorfgemeinschaft mit entsprechenden Einrichtungen wie Schulen, medizinischer Versorgung und vor allem Wohnungen?

Auch der Jahresbericht von SUNACOO, der staatlichen Kontroll- und Registrierinstanz für Kooperativen scheut sich nicht, eine lange Liste von aufgetretenen Problemen seit der Gründung der neuen Kooperativen zu benennen: Im Vordergrund stehen bisher eine mangelnde Integration und mangelhafte Ausbildungsprozesse, sowohl im konzeptionellen wie im technischen Bereich. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Fehlentwicklungen wie verschwenderischer und unkontrollierter Umgang mit den Finanzmitteln, Ausschluss bzw. hohe Ausfallquote der ursprünglichen Mitglieder, Beschäftigung von Nicht-Mitgliedern der Kooperative. Weitere Kritiken beziehen sich darauf, dass die Kooperativen bisher nicht rentabel arbeiten, d.h. die Produktionskosten viel zu hoch sind. Die neuen Kooperativen entstanden zudem nicht durch Eigeninitia-

tive der Betroffenen und in eigener Regie, sie wurden von oben, indirekt durch eine Initiative des Präsidenten auf den Weg gebracht. Sie sind zudem durchaus auch als Teil der neoliberalen Strukturveränderungen und der Verschlechterung der bestehenden Arbeitsverhältnisse weltweit zu interpretieren, d.h. sie tragen zur Präkarisierung und Flexibilisierung der Arbeit weltweit bei: Ein Mitglied einer Kooperativen erhält zwar eine Beschäftigung und ein Entgelt für geleistete Arbeit, im Allgemeinen wird dies formal als Vorschuss auf den Jahreserlös der Kooperativen definiert, aber dieses Entgelt enthält kaum eine der in Normalarbeitsverträgen enthaltenen Sozialleistungen wie z.B. die Jahresendprämien (Weihnachts- und Urlaubsgeld) die so genannten *cesta tickets* als Zuschuss zum Essen außerhalb der Familie und Rentenbeiträge. Darüber hinaus werden Kooperativen, insbesondere im Servicebereich, schnell zu SubunternehmerInnen, und damit ihre Mitglieder zu schlecht bezahlten ArbeiterInnen zweiter Klasse, oder sie werden selbst zu Leiharbeitervermittlern, die zu noch prekäreren Bedingungen wiederum noch Ärmere vermitteln und von ihnen ihre Arbeit leisten lassen. Valdivia ist sich all dem bewusst. Für sie zählt jedoch der Prozess: All dies ist ein Neuanfang mit vielen Schwierigkeiten, die vor allem finanziellen Pannen und Verluste sind sozusagen die sozialen Kosten eines Prozesses, der nicht mit Zwangsmassnahmen eine neue andere Welt schaffen will, sondern durch Überzeugung und Experimente, die auch scheitern können. Entscheidend ist es, die Probleme zu benennen, gravierende Fehlritte, wie Korruption und Begünstigung, zu beseitigen und durch Ausprobieren und positive Ergebnisse zu neuen Formen des Lebens und Arbeitens zu kommen. Dabei spielt sicher der Staat eine zwiespältige Rolle, einerseits durch seine Vorgaben (die aber auch kritisierbar und veränderbar sein müssen), andererseits als Finanzgeber, auch hier mit einem Janusgesicht: Er kann Fehler auffangen (Verlust der Saat), führt aber auch zur Verschwendung von Ressourcen.

Dorothea Härlin

Cecosesola – Die Geschichte einer seit 40 Jahren funktionierenden, staatsunabhängigen Kooperativen

Cecosesola umfasst heute 17 lokale Basisorganisationen, 85 demokratisch strukturierte Kooperativen und gemeinnützige Vereine mit mehr als 1.000 MitarbeiterInnen. Sie entstand 1967 als Kooperative für soziale Dienstleistungen im Bundesstaat Lara/Venezuela als »Central Cooperativa de Servicios Sociales

Lara«. Im Jahre 2005 lag das Umsatzvolumen von Cecosesola bei 80.000 Millionen Bolivares (ca. 40 Millionen US\$.) Alle Aktivitäten sind selbstfinanziert. Die wenigen externen finanziellen Unterstützungen wurden zurückbezahlt. Cecosesola wurde von der BID (Banco Interamericano de Desarrollo) in Cartagena im Jahre 1998 als eines der acht erfolgreichsten Modelle einer lokalen Basisorganisation in Lateinamerika ausgezeichnet.

Cecosesola widmet sich folgenden konkreten Aktivitäten: Produktion und Vertrieb von Lebensmitteln, Bestattungswesen, Verkauf von elektrischen Haushaltsgeräten, Finanzierung von Kooperativen, Ausbildungsprogramme, medizinische Versorgung. All dies ist begleitet von einem kontinuierlichen Bewusstseinsbildungsprozess, parallel zur Entwicklung von Lösungen für die konkreten kollektiven Bedürfnisse.

Ein tiefgreifender Bildungsprozess

Vielleicht ist Cecosesola so interessant wegen seiner offenen und flexiblen und dennoch effizienten Organisationsform, ohne Führungsrichtlinien und Vertretungsinstanz. Bei der Aufgabenverteilung herrscht das Rotationsprinzip. Konsens gilt als Voraussetzung für bindende Entschlüsse. Alle Mitglieder können jederzeit mit den gleichen Rechten überall mitwirken.

Aber hinter dem überraschenden wirtschaftlichen Erfolg, den guten Wirtschaftszahlen des Netzwerkes und den neuentstandenen Organisationsformen, steht ein tiefgreifender Lernprozess. Er geht weit über das Herstellen von Gütern und Dienstleistungen hinaus, da er zur Veränderung von Persönlichkeiten und zur Entwicklung der Fähigkeiten aller Mitglieder geführt hat.

Wie ist Cecosesola strukturiert?

Es gibt innerhalb von Cecosesola sechs Bereiche, in denen alle Mitglieder folgende Tätigkeiten ausüben: Integration, Artikulation, Koordination, Reflexion, Erziehung, kulturelle und soziale Aktivitäten, technische wie ökonomische Aktivitäten zur Produktion sowie zur Beschaffung/Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen.

- Der Soziale Bereich: Kern ist das solidarische Bestattungsinstitut. Mehr als 17.000 Familien genießen direkt diesen Versicherungsschutz, in dem sie wöchentlich einen kleinen Beitrag in ihre jeweilige Kooperativkasse einzahlen. Zu diesem Bereich gehören Trauerhallen und eine Werkstatt, die die Särge herstellt. Angeschlossen sind 35 kommunale Basisorganisationen und 16 dort tätige Kooperativmitglieder.
- Produktion und Vertrieb: Dazu zählen die Volksmärkte. 62 Basisorganisationen produzieren wöchentlich für 55.000 Familien Konsumgüter, Obst, Gemüse und Fleisch. Darüber hinaus gibt es noch zwölf Produktionsgenossen-

schaften in denen mehr als 50 andere Produkte in Handarbeit hergestellt und an allen Verkaufsstellen angeboten werden. Die Produktion und der Vertrieb von Lebensmitteln erstrecken sich über fünf Bundesstaaten. Cecosesola ist damit die größte nichtstaatliche Einzelhandelsorganisation.

- **Solidarfonds:** Der Solidarfonds umfasst alle Mitglieder. Hier geht es um die Vergabe der Kredite zur Teilfinanzierung der unterschiedlichen laufenden Entwicklungsprojekte. Die erwirtschafteten Finanzmittel ermöglichen eine solidarische Beitragsleistung jeder Einzelorganisation, entsprechend ihren Möglichkeiten. In diesem Solidarfonds befinden sich zur Zeit mehr als 400 Millionen BS (ca. 200.000 US\$).
- **Andere Güter und Dienstleistungen:** 22 lokale Organisationen organisieren den Verkauf von elektrischen Haushaltsgeräten und Möbeln zu günstigen, von der Kooperative vergebenen Krediten. Das stimuliert das Sparverhalten und sorgt bei den Spar- und Kreditkooperativen für Dynamik. Hier wird auch der solidarische Schutz von Spareinlagen und Kreditvergaben koordiniert. So werden die Spareinlagen erhalten und es wird zum pünktlichen Zurückzahlen von Krediten angeregt.
- **Die Kooperativ-Schule:** Sie ist ein Ort der Begegnung für alle, an dem auch die Koordination der Erziehungsprozesse stattfindet. Hier wird die permanente Reflexion über den persönlichen und den organisationsbezogenen Transformationsprozess, der gemeinsames Ziel ist, stimuliert. Die Video-Kooperative, die zu diesem Bereich gehört, hat schon mehr als 150 Videos über die gemeinsamen Erfahrungen innerhalb Cecosesolas produziert. Über die Kooperativ-Schule koordiniert Cecosesola die nationalen und internationalen Kontakte.
- **Gesundheit:** Dieser Bereich umfasst 21 Organisationen und deren Mitglieder. Seit neun Jahren bietet er medizinische Versorgung zum Selbstkostenpreis für seine Mitglieder an, ebenso wie für die übrige Bevölkerung in verschiedenen Stadtteilen von Barquisimeto. Hier werden Sprechstunden angeboten. Es gibt vier Labors, drei Zahnarztpraxen und drei Praxen für integrale Ultraschalluntersuchungen. Im Jahre 2005 konnte dieses Netzwerk 150.000 PatientInnen betreuen. Diese Gesundheitszentren werden von 6.400 Familien, die sich mittels eines Vertrages zusammengeschlossen haben, unterhalten. Sie zahlen einen wöchentlichen Beitrag von durchschnittlich 700 BS (ca. 0,35 US\$). Diese Beiträge, in Verbindung mit neuartigen Organisationsformen und den Einnahmen aus Gebühren für die medizinische Versorgung für Mitglieder und Nichtmitglieder, ermöglichen es, dass die Zentren ohne jede Unterstützung von außen arbeiten. Zum Gesundheitsbereich gehören auch die verschiedenen Solidarfonds. Diese bilden eine Absicherung, die auf Solidarität und Transparenz basiert. Ein Fonds deckt zum Beispiel die

Arztkosten, die die Finanzierungsmöglichkeiten eines/r Kranken übersteigen und das ohne Höchstgrenze. Im Mai 2005 standen in diesem Integrierten Fond 141 Millionen BS (ca. 70.000 US\$) zur Verfügung, ohne die Rücklagen jeder einzelnen Gruppe.

Außer den Versammlungen in den genannten Bereichen und den wöchentlichen Evaluierungs- und Koordinierungstreffen, findet alle drei Monate eine Generalversammlung aller Mitglieder von Cecosesola statt. Zudem kann natürlich jede Einzelgruppe nach Bedarf eine Versammlung einberufen.

Kontakte auf nationaler Ebene

Regel Austausch besteht mit verschiedenen staatlichen und kommunalen Institutionen. In der Regional-Universität Lisandro Alvarado veranstaltet Cecosesola einen Wahlkurs über das Kooperativenwesen. Seit März 2006 gibt es einen von der Genossenschaft koordinierten Lehrstuhl für Kooperativwesen.

Internationale Kontakte

Die Basisorganisation steht in permanentem Erfahrungsaustausch mit Basisorganisationen in verschiedenen Ländern. BesucherInnen kamen aus Bolivien, Peru, Brasilien, Kolumbien, Kuba, Nicaragua, Spanien, Frankreich, Guatemala und Ägypten. Im Jahre 2006 wurde ein Projekt für Volksmärkte in Kairo unterstützt, das von den Vereinten Nationen dort gefördert wurde. Beim Weltjugentreffen 2004 in Frankreich war Cecosesola ebenso dabei, wie beim neunten Seminar des Netzwerkes für Kooperativ-Universitäten (UNIRCOOP) in Brasilien im Jahr 2005.⁵

⁵ Kontakt: Cecosesola@cantv.net

**Solidarische Unternehmen wirtschaften anders
»Werkzeugkasten« Solidarische Ökonomie**

Günther Lorenz

Betriebswirtschaftliche Methoden und Instrumente für die Solidarische Ökonomie

Soziale Unternehmen wirtschaften anders. Aber wie können sie so wirtschaften, dass sie ihre Funktion nachhaltig erfüllen können? Ursprünglich war es für den Kongress vorgesehen, einen »Instrumentenkasten« für diese Organisationen vorzustellen. Noch existiert in Deutschland leider keine spezifische, universell für alle Sozialen Unternehmen gültige Betriebswirtschaftslehre.

Wir können hier daher nur einige Aspekte der Instrumente und Methoden vorstellen, die auf die grundlegenden Funktionen Sozialer Unternehmen, seien sie als Genossenschaften, GmbHs oder Verein organisiert, eingehen.

Viele dieser Organisationen arbeiten nach dem Prinzip »learning by doing«. Es ist nicht mehr zeitgemäß, hier von »professionellem Dilettantismus« zu reden. Zugleich ist erkennbar, dass viele Unternehmen inzwischen das erforderliche traditionelle Handwerk der Betriebswirtschaftslehre beherrschen. Der Mangel an Know-How besteht dort, wo es auf die spezifischen Probleme Sozialer Unternehmen kommt.

Entgegen landläufiger Vermutungen scheitern viele Unternehmensprozesse nicht an mangelndem Finanzkapital, sondern an seiner Voraussetzung, dem Mangel an sozialem Kapital.

Die Beratungspraxis von BEST (siehe den Beitrag von Heike Birkhölzer) belegt, dass viele Unternehmensgründungen in diesem Sektor an mangelndem brückenbildenden und bindenden sozialen Beziehungen scheitern. Analog betont Alois Wilhelm den zwingenden Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg, Solidarität und Demokratie. Ähnlich argumentiert Marlis Cavallaro, die zwei Beispiele der Gratwanderung im sozialunternehmerischen Alltag beschreibt und aufzeigt, welche Instrumente in anderen Ländern Europas zur Überwindung der Probleme entwickelt wurden. Der Abgleich der täglichen ökonomischen Arbeit mit Mission, Leitbildern und Zielen Sozialer Unternehmen ist ein Prozess, der inneren Zusammenhalt und äußere Unterstützung absichern kann. Hierfür sind in ganz Europa Verfahren sozialer Buchführung und Bilanzierung bzw. Audits entwickelt worden (siehe den Beitrag von Günther Lorenz). Schließlich zeigen wir am Beispiel der Genossenschaftsbewegung, wie aus ursprünglich traditionellen Bewegungen heraus innovative Wege und Instrumente entwickelt wurden, die auf moderne Entwicklungen reagieren: Neue Wege der Qualifizierung durch PromotorInnen für solidarische Unternehmensformen beschreibt Burghard Flieger.

Heike Birkhölzer

Die Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie BEST in Pankow

Die Berliner Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie BEST in Pankow ist eine Unterstützungsstruktur, die das Ziel hat, Soziale Unternehmensgründungen in den einzelnen Ortsteilen des Bezirks zu fördern. Gleichzeitig deckt BEST damit unversorgte Bedarfslagen ab. Ziel ist es, neue zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, insbesondere in benachteiligten Stadtgebieten des Bezirks. BEST ist ein Projekt des Bezirksamts Pankow und wird derzeit aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung EFRE sowie dem Programm »Wirtschaftsdienliche Maßnahmen« gefördert und vom Bezirk kofinanziert. Das Konzept der Entwicklungsagentur BEST wurde vom Technologie-Netzwerk Berlin e.V. entwickelt und gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Referat Soziale Stadt in den Jahren 2002–2004 erfolgreich in drei ausgewählten Quartiersmanagement-Gebieten erprobt.

BEST richtet sich vorrangig an alle vom Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personengruppen. Durch Soziale Unternehmen soll der lokale Bedarf vor Ort abgedeckt werden. Insofern leistet BEST einen nachhaltigen Beitrag zur Lokalen Ökonomie in Gebieten des Programms »Soziale Stadt«.

Vorrangiges Ziel von BEST ist die Förderung der Stadtteilökonomie durch die Gründung und den Ausbau Sozialer Unternehmen. Diesen Prozess unterstützt die Entwicklungsagentur durch Wissenstransfer, Qualifizierung und Ressourcenvermittlung mithilfe projektbezogener Kooperationen zwischen PartnerInnen, IdeenträgerInnen, ExpertInnen und KlientInnen. Mittels der Identifizierung von Ressourcen und Defiziten können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und gleichzeitig unversorgte Bedürfnisse in den Quartieren abgedeckt werden.

Der Aufbau Sozialer Unternehmen funktioniert anders als die Gründung herkömmlicher Unternehmen. Er beginnt mit der Ermittlung der Bedarfslage und knüpft an diese an. Sieben Schritte sind bei der Gründung von Sozialen Unternehmen notwendig:

- Mobilisierung der Betroffenen in den benachteiligten Stadtquartieren;
- Aufbau eines organisatorischen Kerns von GründerInnen in Arbeitsgruppen;
- formelle Gründung der Sozialen Unternehmen;
- Bestimmung der Geschäftsbereiche und Aufnahme von Geschäftstätigkeiten;
- Aufbau und Entwicklung der Geschäftsbereiche;

- Akquisition von Aufträgen und Kapital;
- Aufbau der Holding bzw. des Stadtteilbetriebs.

Der Bezirk Pankow ist mit seinen ca. 353.000 EinwohnerInnen der einwohnerreichste Bezirk Berlins mit sehr unterschiedlich geprägten Ortsteilen – wie zum Beispiel die dicht bebauten Altbauquartiere im Prenzlauer Berg, Siedlungen in Plattenbauweise in Buch bis hin zu ländlich geprägten Ortslagen in Blankenfelde. Zwei Gebiete im Ortsteil Prenzlauer Berg befinden sich im Programm Soziale Stadt.

Die Entwicklungsagentur hat in den unterschiedlichen Ortsteilen KooperationspartnerInnen gewonnen und dort bei bestehenden Einrichtungen wie Nachbarschaftshäusern und Selbsthilfekontaktstellen niedrigschwellige Anlaufstellen eingerichtet.

Innerhalb der letzten anderthalb Jahre hat BEST über 250 Beratungen durchgeführt.

Neben der Beratungs- und Entwicklungsarbeit werden von BEST regelmäßige Qualifizierungsworkshops veranstaltet zu Themen wie Wirtschaftsweise von Sozialen Unternehmen, Soziales Marketing und Management, Unterstützungsstrukturen, Kooperation und Vernetzung, Buchhaltung, Finanzierung und Rechtsformen.

Konkret unterstützt und begleitet BEST bestehende Soziale Unternehmen und Gründungsinitiativen bei der Erstellung von Machbarkeitsstudien zur Überprüfung der Bedarfslagen, hinsichtlich möglicher Rechtsformen, beim Aufbau von Kooperationsbeziehungen, hinsichtlich der inhaltlichen und organisatorischen Struktur, bei der Erstellung von Business Plänen und bei der Akquisition von Aufträgen und Kapital.

Soziale Unternehmen benötigen spezielle betriebswirtschaftliche Instrumente. Damit kommt auch den Business Plänen eine andere Funktion als allein die der Finanzakquisition zu. Da die Geschäftspläne auf der Bedarfslage im Stadtteil aufbauen, ist hier das soziale Marketing von besonderer Bedeutung. Der Prozess der Unternehmensentwicklung und auch des Marketing unterscheidet sich bei einem Sozialen Unternehmen von einem klassischen Unternehmensmarketing. Hier geht es darum, ein neues Verhältnis zwischen AuftraggeberInnen, NutzerInnen und Unternehmen aufzubauen und weiterzuentwickeln. Die anonyme Marktbeziehung wird aufgehoben und durch konkrete Vereinbarungen ersetzt. Durch den direkten Kontakt mit den potenziellen KundInnen und Einrichtungen kann das Angebot auf den konkreten Bedarf abgestellt werden. Zudem werden freiwillige MitarbeiterInnen mobilisiert. Auch die Finanzierungsprobleme müssen anders gelöst werden, weil Soziale Unternehmen in der Regel weder über ausreichendes Eigenkapital noch über Sicherheiten verfügen, weshalb Kredite nur unter bestimmten Bedingungen aufgenommen werden können.

Zur Finanzierung der einzelnen Sozialen Unternehmen werden als Einnahmen- und Finanzierungsquellen Aufträge der öffentlichen Hand, Einnahmen durch Tätigkeiten am Markt (private Kaufkraft) und soziales Kapital (u.a. Stiftungsgelder, freiwillige unbezahlte Arbeit – auf Gegenseitigkeit – und Spenden) sukzessive erschlossen:

Die Entwicklungsagentur BEST in Pankow ist erfolgreich. Der Bedarf an Beratung, Unterstützung und Entwicklung ist riesengroß. Die Ressourcen von BEST Pankow sind begrenzt. Es stehen anderthalb Personen für den ganzen Bezirk zur Verfügung. Alle Anschubfinanzierungen und Ausstattungen werden mit Unterstützung von BEST eingeworben. Die Prozesse der Unternehmensgründung dauern länger als bei privaten Unternehmensgründungen. Dies liegt an verschiedenen Rahmenbedingungen:

- Es bestehen nach wie vor Akzeptanzprobleme:
Vereine, die schrittweise und sehr langsam wirtschaftlich tätig werden, sind nicht als Unternehmen anerkannt. Die meisten Bereiche, in denen sie wirtschaften, sind nicht lukrativ, da eben soziale Zielsetzungen oder ein konkreter Bedarf vor Ort Ausgangspunkt des Handelns ist. Somit ist der Weg, Einkommen zu generieren, besonders schwer und langwierig. Der erwirtschaftete Mehrwert wird durch die Kommune selten erkannt.
- Die vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Programme (z.B. Arbeitsgelegenheiten mit Mehrfachaufwandsentschädigung) wirken kontraproduktiv. So werden durch verfehlte Arbeitsmarktprogramme aus den Gründungsinitiativen und den Gründungsprozessen Personen abgezogen und kurzfristigen Maßnahmen zugewiesen.
- Soziale Unternehmen werden bei der öffentlichen Auftragsvergabe nicht ausreichend berücksichtigt mit der zweifelhaften Berufung auf ein restriktives Ausschreibungsrecht.
- Den Gründungsinitiativen fehlt oft der Zugang zu Ressourcen (wie Räume, Flächen), da kein Geld vorhanden ist.
- Gründungsinitiativen fehlt Kapital für eine Grundausstattung (Startkapital/ Seed Capital).

Um die Probleme und Hemmnisse zu überwinden, ist es aus der Sicht von BEST notwendig, dass der Sektor der Sozialen Ökonomie mit seinen Leistungen und Potenzialen sichtbar wird. Außerdem müssen mehr Unterstützungseinrichtungen auch im Bereich der Sozialen Stadt etabliert werden. Dazu sollten sich die Akteure und Unternehmen auf lokaler und regionaler Ebene selbst verständigen. Das genannte Akzeptanzproblem besteht nach außen, wie nach innen, also auch bei den Unternehmen selbst. Das Verständnis und die Sichtbarkeit dieses Sektors versucht BEST, auf Berliner und Bezirksebene mit einem Bündnis für Soziale Unternehmen und Genossenschaften anzuschieben.

Alois Wilhelm

Wirtschaftlicher Erfolg, Solidarität und Demokratie – wie geht das im eigenen Betrieb zusammen?

Der Sozialwissenschaftler Franz Oppenheimer behauptete schon vor über 100 Jahren: »Nur äußerst selten gelangt eine Produktivgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf Produktivgenossenschaft zu sein.« Mit diesem Spannungsfeld befasste sich ein Workshop des Kongresses. Einige VertreterInnen von typischen Alternativbetrieben waren mit dabei: Druckgewerbe (Oktoberdruck), Umweltpädagogik (Energie- & Umweltzentrum am Deister), Erneuerbare Energien (Hydrowatt, Wagner & Co), Ökologischer Baustoffhandel (Biber), Biogärtnerei. Es ging also um Produktivgenossenschaften in Deutschland. Mit Blick auf die Kollektiv-Betriebe in den letzten 30 Jahren kommt man nicht umhin, dass der bereits hundertjährige Begriff der Produktivgenossenschaft immer noch ein konkurrenzlos, gut brauchbares Werkzeug für die Durchleuchtung solcher Unternehmungen ist. Mögen sie sich Alternativ-Betrieb, Selbstverwaltungs-Betrieb oder Kollektiv-Betrieb genannt haben und als einige Restexemplaren noch nennen, die Frage ist, wie weit sie die Prinzipien der Genossenschaft erfüllen, wie sie Burghard Flieger benennt: das Förderprinzip, das Identitätsprinzip, das Demokratieprinzip und das Solidarprinzip.

Das Förderprinzip bei Genossenschaften ist erfüllt, wenn die GenossInnen gefördert werden. Unabhängig davon, ob ein weiterer gemeinnütziger Zweck verfolgt wird. Auch wird der Zwittercharakter der Genossenschaft schon in diesem Förderprinzip deutlich, da die GenossInnen sowohl KapitalbesitzerInnen, wie auch ArbeiterInnen sind. Einerseits müssen Investitionen getätigt werden, der Firmenwert erhöht werden, Arbeitsabläufe effektiviert werden, sprich mit Stress und Intensität behaftet sein. Andererseits sollen ein angemessener Lohn, humane Arbeitsbedingungen, Sozialeistungen und Erfolgsbeteiligungen dabei herauspringen. »Erhöhung des Firmenwerts« heißt bei der Solarfirma »Wagner & Co«, dass Gewinne zum größten Teil zur Aufstockung des Eigenkapitals verwendet werden. »Stress und Arbeitsintensität« sind teilweise die Folge von Zielvereinbarungen, welche Wagner & Co mit seinen MitarbeiterInnen schließt. Trotzdem bemerken neu hinzu kommende MitarbeiterInnen immer wieder das gute Betriebsklima. Es gibt eine betriebliche Altersvorsorge, betriebliches Kindergeld und Sonderzahlungen an alle MitarbeiterInnen, wenn Gewinne anfallen.

Identität in Reinform hieße, dass alle MitarbeiterInnen vom ersten Tag an auch KapitalbesitzerInnen wären. In diesem Fall gäbe es keine mitarbeitenden

Nicht-GenossInnen und keine nicht-mitarbeitenden GenossInnen. In der Regel kann man allerdings erst nach einer gewissen Zeit der Betriebszugehörigkeit Kapitalanteile erwerben. Manchen wird dies verwehrt, andere wollen erst gar nicht und temporär beschäftigte Aushilfen bleiben sowieso außen vor. Bei Wagner & Co gibt es zur Zeit unter den 250 MitarbeiterInnen 70 GesellschafterInnen der GmbH. Einer der Gründe, warum die Zahl der MitarbeiterInnen und der GesellschafterInnen bei Wagner & Co so weit auseinander liegen, ist das schnelle Wachstum. Es gibt sehr viele neue MitarbeiterInnen. Außerdem werden nicht alle MitarbeiterInnen nach einer bestimmten Zeit automatisch GesellschafterInnen. Die Aufnahme hängt vom Wohlwollen der bereits vorhandenen GesellschafterInnen ab. Der moderate Einstiegsbetrag von derzeit ca. 7.000 Euro sollte allerdings – gemessen am Firmenwert – niemanden davon abhalten, GesellschafterIn zu werden, insbesondere da derzeit auch keine persönlichen Bürgschaften für Fremdkapital verlangt werden. Allerdings gibt es bei den AltgesellschafterInnen durch den hohen akkumulierten Firmenwert und die Gewinnerwartungen Widerstände, den Kuchen mit Neuen zu teilen. Dies hat auch Oppenheimer schon vorausgesehen, indem er von der »Sperrung weiterer Mitglieder« sprach. Hier eröffnet sich auch die Problematik des Ausstiegs von AltgesellschafterInnen: Was bekommen Sie bei Ihrem Ausstieg? Einige TeilnehmerInnen des Workshops sahen in dieser Frage sogar den Hauptgrund für das Scheitern vieler Projekte. Um ein Gegengewicht gegen das weitere Durchlöchern des Identitätsprinzips in der Hand zu haben, gibt es beim Bio-Baustoffhandel »Biber« den Zwang, nach einer bestimmten Betriebszugehörigkeitszeit GesellschafterIn zu werden.

In der Gründungswelle der Alternativbetriebe stand praktizierte Demokratie ganz oben und das möglichst nach dem Konsensprinzip anstatt dem Mehrheitsprinzip. Dass die Mitbestimmung wichtiger war als das Einkommen, ist den neuen sozialen Bewegungen geschuldet. Die neuen sozialen Bewegungen wurden von einer kulturellen Linken anstatt von einer sozialen Linken mitgetragen (Bernd Hüttner). Schon der Hinweis, dass diese Betriebe hauptsächlich in Universitätsstädten gegründet wurden, lässt ahnen, dass der Impuls nicht aus sozialer Not kam. Allerorten wurde in Plena entschieden. Das wird bei Wachstum schwierig und alternative UnternehmensberaterInnen rieten sogar, Kollektive zu teilen (Matthias Neuling). Nun, bei Wagner & Co hat sich anstatt dessen eine repräsentative Demokratie entwickelt. Oberstes Organ ist die Gesellschafterversammlung. Sie tagt ca. alle zwei Monate. Die Gesellschafterversammlung und MitarbeiterInnen wählen einen 15-köpfigen Firmenrat, der alle 14 Tage zusammen mit der 3-köpfigen Geschäftsführung aktuelle Entscheidungen trifft. Statt Konsensentscheidungen werden Mehrheitsentscheidungen getroffen.

Solidarität kann nicht verordnet werden. Es kommt also darauf an, dass in solchen Betrieben Menschen mit solidarischer Einstellung zusammen kommen.

Man wünscht sich Menschen die hilfsbereit, engagiert, tolerant, teamfähig, verantwortungsbewusst und verlässlich sind. Die eher nach immateriellen Werten streben und – ganz altmodisch – einen Schuss Altruismus zeigen. Eigennutz, geringe Duldsamkeit, eine ausschließlich materielle Einstellung, rein technische Aufgabenorientierung sind weniger gefragt. Bei Wagner & Co gibt es zwar keine Einheitslöhne mehr. Der Einkommens-Unterschied zwischen der ungelerten Kraft und den GeschäftsführerInnen ist aber nicht größer als das 2,5-fache. IngenieurInnen, derer es bei Wagner relativ viele gibt, liegen mit ihrem Einkommen im Vergleich zu konventionellen Betrieben eher niedriger. In Professionsgenossenschaften (Burghard Flieger) besteht die Gefahr, dass gut ausgebildete Fachkräfte von konventionellen Betrieben abgeworben werden. Damit würde das Solidarprinzip geschwächt. Dass bei Wagner & Co nach 27 Jahren von den neun GründerInnen immer noch sechs der InitiatorInnen mitarbeiten, spricht für Solidarität.

Literatur

Burghard Flieger: Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation, Metropolis Verlag Marburg, 1996

Burghard Flieger

Qualifizierung als »betriebswirtschaftliches Instrument« der Solidarischen Ökonomie

Mehr Projektgründungen über qualifizierte ProjektentwicklerInnen

Gegenwärtig werden noch immer zu wenige Betriebe und Projekte der Solidarischen Ökonomie gegründet. Dies gilt besonders auch für genossenschaftliche Unternehmensstarts. Ursache dafür sind nicht zuletzt fehlende PromotorInnen. Beispielsweise spielten historisch bei der Verbreitung genossenschaftlicher Lösungsansätze so genannte Pioniere wie Raiffeisen, Schulze-Delitzsch, Pfeiffer, Kauffmann etc. eine entscheidende Rolle. Für solche heute fehlenden Promotorinnen muss Ersatz gefunden werden.

Die innova eG, eine Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften, führt PromotorenInnenausbildungen zur genossenschaftlichen Projektentwicklerin bzw. zum genossenschaftlichen Projektentwickler durch. innova selbst ist eine Sekundär-genossenschaft, also ein Zusammenschluss von Organisationen, die der Genossenschaftsidee im Sinne der Umsetzung solidarökonomischer

Ziele besonders offen gegenüber stehen. Die PromotorInnenausbildung, auch als MultiplikatorInnenfortbildung bezeichnet, konzentriert sich auf die Qualifizierung von BeraterInnen bzw. ProjektentwicklerInnen zur Betreuung teamorientierter Unternehmensgründungen. Im Mittelpunkt stehen Menschen, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Der Schwerpunkt der Qualifizierung liegt im Bereich der Gründungsvorbereitung von Selbsthilfegenossenschaften mit Themen wie Gruppenentwicklung, Weiterbildung, Geschäftsideenausarbeitung, Rechtsformgestaltung, Wirtschaftsplanerstellung sowie Finanzierung. In der ersten Runde haben zwölf TeilnehmerInnen die vergleichsweise aufwändige Fortbildung abgeschlossen.

Die TeilnehmerInnen betreuen schon während der Weiterbildung eine Genossenschaftsinitiative. Das in der Weiterbildung Gelernte wird so angewendet, gefestigt und ergänzt. Dazu erhalten die TeilnehmerInnen eine unterstützende Begleitung durch innova. Diese konzentriert sich auf Hilfen bei der Erarbeitung von Plänen durch die TeilnehmerInnen, Konsultationen mit den TeilnehmerInnen zu Gründungsproblemen sowie Teilnahme an ausgewählten Betreuungsaktivitäten. Wie wirkungsvoll diese Qualifizierung ist, zeigen die Erfolge der »ersten Runde«. Von den TeilnehmerInnen in QuaGeno I wurden mehr als 14 Genossenschaftsgründungen betreut, beispielsweise:

- Netzwerk Wehlheiden eG mit acht Mitgliedern (Arbeitslose und UnternehmerInnen). Schwerpunkt der Stadtteilgenossenschaft sind gemeinsame Auftragsvermittlung und Energieberatung.
- Genossenschaftsinitiative KulturBahnhof Lauenburg mit vier Frauen und zwei Männern. Es geht um einen alten Bahnhof, der mit verschiedenen Projekten zu einem Kulturzentrum ausgebaut werden soll.
- Forum Urbana, Kassel: Weiterentwicklung einer Wohnungsbaugenossenschaft zusammen mit dem Forum gemeinschaftliches Wohnen in eine Dachgenossenschaft mit vielfältigen Dienstleistungsangeboten.
- AMSTART eG, Templin: Mitglieder der Templiner Genossenschaft sind sechs über 50jährige Frauen. Die Genossenschaft verfolgt zwei große Geschäftsfelder: (1) Haushaltsnahe Dienstleistungen sowie (2) Mobilitätshilfe.

Fundierte Umsetzung durch Weiterbildung von Gründungsinitiativen

Die PromotorInnenausbildung bringt eine zweite Ebene mit. Durch ihre Begleitung in einer Mischung von Qualifizierungen und Coaching zur Selbsthilfe werden Interessierte in den Stand versetzt, ihre Geschäftsidee in Form einer Gruppengründung, vorrangig einer Genossenschaft, umzusetzen.

Dabei zeigt sich, dass Genossenschaften mit der genannten Zielgruppe nur durch eine ausreichende Nachbetreuung nach der Gründung längerfristig zu stabilisieren sind.

Nicht alle Projektansätze erweisen sich als ausreichend stabil. Interne Konflikte, mangelndes Stehvermögen der InitiatorInnen, fehlende tragfähige Geschäftsideen, unzureichende Unterstützung vor Ort sind nur einige der bisher nicht systematisch ausgewerteten Gründe des Scheiterns. Das besondere der Arbeit der innova-PromotorInnen ist, eine Organisationsform anzubieten, bei der soziale Aspekte wie Partizipation, Empowerment und Selbstverantwortung ein zentraler Bestandteil sind. Auf diese Weise wird vermieden, dass Betroffene entmündigt und zu passiv Betreuten werden.

Um die Chancen für Genossenschaftsgründungen zu verbessern, wurden zahlreiche »Produkte« entwickelt. Sie sind ein Kernbereich der Leistungen von innova, da sie wichtige Unterstützungsmaterialien sowohl für die Ausbildung der ProjektentwicklerInnen als auch für die Gründungsinitiativen beinhalten. Auf sie können beide Ebenen zurückgreifen: diejenigen, die Selbsthilfegenossenschaften als Betroffene umsetzen und diejenigen, die dafür erforderliche Qualifizierungsmaßnahmen durchführen. Das daraus resultierende Produktbündel setzt sich aus drei Schwerpunkten zusammen: a) Unterlagen, mit deren Hilfe Interesse geweckt und Überzeugungen zugunsten von Genossenschaftsgründungen gestärkt werden, b) Materialien wie Artikel und Präsentationen, mit den Qualifizierungen zum Thema Selbsthilfegenossenschaften durchgeführt werden und c) Instrumente, mit deren Hilfe sich die Gründung von Selbsthilfegenossenschaften leichter umsetzen lässt.

Die Gesamtheit der Produkte an dieser Stelle im Detail aufzulisten, ist nicht möglich. Insofern sei nur auf einige beispielhaft verwiesen. So gibt es Präsentationen zu Themen wie:

- Genossenschaftsgründung – Probleme und Chancen;
- Verfahren zur Vertiefung und Fundierung von Geschäftsideen;
- Finanzierungsmöglichkeiten von Selbsthilfegenossenschaften mit den Teilthemen: Grundsätzliches, Anteilszeichnung, Vermögensbildungsgesetz, Genussrechte.

Bei innova kann eine Reihe von Instrumenten abgefragt werden, mit deren Hilfe sowohl Qualifizierungen fundiert durchgeführt werden können, als auch die eigentliche Gründung von Selbsthilfegenossenschaften erleichtern, beispielsweise: Phasenmodell der Genossenschaftsentwicklung als Arbeitsmaterial, Workshops zur Genossenschaftsgründung (Seminarangebote), kurze Mustersatzung sowie Geschäftsordnung und Schiedsvertrag und Hilfen für die Aufstellung des quantitativen Wirtschaftsplans (Vorlagen für die Tabellenkalkulation).

Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Projekte der Solidarischen Ökonomie einschließlich Genossenschaftsgründungen haben viel mit Überzeugung und Werten zu tun. Früher ging von ihnen oft etwas »Ansteckendes« aus, indem allein die persönliche Ausstrahlung der PromotorInnen zu Nachahmungen anregte.

Insofern ist es neben fachlichem Wissen zur Initiierung neuer Genossenschaften wichtig, dass Personen zur Verfügung stehen, die selbst von der Solidarischen Ökonomie überzeugt sind. Von ihnen gehen positive Wirkungen in dem Sinne aus, dass mehr Menschen zu Gruppengründungen angeregt werden. Aus diesem Grunde können BeraterInnen, die sich intensiver mit der Genossenschaftsidee auseinandergesetzt haben, zu der Verbreitung dieses Ansatzes beitragen mit der Folge einer zumindest kleinen genossenschaftlichen Gründungswelle.

Literatur

Flieger, Burghard (1998): Sozialgenossenschaften, in: Tilo Klöck (Hrsg.): Solidarische Ökonomie und Empowerment, Neu-Ulm

Flieger, Burghard (2005): Selbsthilfegenossenschaften – Grundidee und Lösungsansätze für ihre Verbreitung, in: Clarita Müller-Plantenberg u.a. (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa, Kassel.

www.innova-eg.de

Günther Lorenz

Soziale Kostenrechnung und Sozial-Audit

Was ist Sozial-Audit?

Sozial-Audit ist ein Instrument des Monitoring, der Evaluierung und des Controlling der Leistungen eines sozialen Unternehmens oder einer sozialen Organisation. Zielsetzung des Verfahrens ist es, den Nachweis und die Verbesserung der Leistungen in Bezug auf die sozialen Ziele zu erbringen. Aufgrund seiner Flexibilität ist das Sozial-Audit für kleine und große, insbesondere für soziale Unternehmen ein relativ kostengünstiges Instrument.

Im Rahmen des Sozial-Audit werden folgende Fragen bearbeitet und beantwortet:

- Was sind die Grundwerte und wie beeinflussen sie die Funktionsweise des Unternehmens?
- Welche Zielsetzungen versucht das Unternehmen mit welchen Mitteln zu erreichen?
- Welche Personen und Institutionen nehmen in welcher Weise Einfluss auf die Unternehmenspolitik?

Damit wird die Identität des Unternehmens gestärkt, d.h. alle Beteiligten können die Ziele und Funktion der Organisation besser verstehen und ggf. effektiver umsetzen.

Nach Durchführung eines einjährigen sozialen Buchführungsprozesses und der Berichterstattung durch das Unternehmen erfolgt die Auditierung durch ein Panel von drei bis fünf betriebsexternen AuditorInnen. Dabei wird ein Zertifikat an das Unternehmen vergeben, das im Regelfall eine sachgerechte und faire Berichterstattung bestätigt. Die Reichweite und der Umfang des Sozial-Audit werden vom Unternehmen selbst bestimmt.

Standardisiert sind lediglich die Anforderungen an das Sozial-Audit-Verfahren. Der ganze Prozess setzt sich aus fünf (im vereinfachten Prozess drei) Schritten zusammen:

Erstens Einführung des Prozesses in das Unternehmen, zweitens Herstellung der Voraussetzungen für den Auditing-Prozess, drittens die soziale Buchführung, viertens die soziale Berichterstattung und fünftens die Auditierung.

Für das Audit wird obligatorisch eine Checkliste verwendet, die die Einhaltung der Sozial-Audit-Prinzipien bei der sozialen Buchführung und bei der Berichterstattung gewährleistet.

Nach der Durchführung des ersten Sozial-Audit ist es sinnvoll, weitere Zyklen einzuleiten, um den Fortschritt der sozialen Zielerreichung zu dokumentieren und auszuwerten. Üblicherweise ist die Buchführung und Berichterstattung im ersten Jahr schwieriger als in den folgenden Jahren, weil dann auf vorhandene Informationssysteme und mehr Routine im Prozess zurückgegriffen werden kann.

Für das Überleben und die Sichtbarmachung der Leistungen und Potenziale sowie die Dokumentation der Arbeit von sozialen Unternehmen sind die soziale Berichterstattung und eine entsprechende Zertifizierung förderlich. Für ein Mainstreaming der Sozialen Solidarischen Ökonomie innerhalb der Europäischen Union sowie auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ist dieses Verfahren langfristig unabdinglich.

Soziale Buchführung: Wie macht man das?

Das zentrale Ziel von sozialen Unternehmen ist die Erwirtschaftung von sozialen, gemeinwesenbezogenen und ökologischen Gewinnen. Dazu ist finanzielle Tragfähigkeit notwendig; ohne sie kann kein sozialer Nutzen erzielt werden. Die Organisation und alle an ihr beteiligten oder von ihr betroffenen Personen müssen etwas über diese Zielerreichung erfahren; ob sie zu ihren Grundwerten steht und ob die Ziele und Werte relevant und angemessen sind. Die soziale Buchführung soll und kann diesen Prozess ermöglichen.

Soziale Buchführung und Sozial-Audit sind ein Rahmenwerk, das einer Organisation erlaubt einen Prozess zu entwickeln, durch den es seine Leistung ermittelt, über seine Leistungen berichtet und durch einen erarbeiteten Aktionsplan diese Leistungen verbessert. Zudem kann man hierdurch gegenüber

seinen Stakeholdern¹ Rechenschaft ablegen, die Wirksamkeit im Gemeinwesen ermitteln und damit schließlich deren Identifizierung mit dem Unternehmen stärken.

Eine vollständige soziale Berichterstattung enthält normalerweise

- einen Bericht über die Leistungen im Verhältnis zu den sozialen Zielsetzungen (Wie gut haben wir die Dinge gemacht, die wir uns vorgenommen haben?);
- eine Einschätzung der Wirkung auf das Gemeinwesen (Wie wirkt sich unsere Arbeit auf die BewohnerInnen aus?);
- die Sichtweisen der Stakeholder zu Zielen und Werten (Machen wir das »Richtige«? Tun wir auch, was wir vorhatten?);
- einen Bericht über ökologische Leistungen (Minimieren wir Ressourcen- und Umweltverbrauch?);
- einen Bericht über die Erreichung von Chancengleichheit (Streben wir wirklich ausreichend Chancengleichheit an?);
- einen Bericht über die Übereinstimmung mit gesetzlich festgelegten und selbst auferlegten Qualitäts- und Prozessstandards (Machen wir, was von uns erwartet wird oder sogar mehr?).

Erst durch ein unabhängiges Sozial-Audit-Panel überprüfte soziale Buchführungen und Berichte erlangen die notwendige Glaubwürdigkeit. Die Veröffentlichung der sozialen Kostenrechnung erlaubt allen Stakeholdern, den Mehrwert zu verstehen, der in diesen Organisationen erzielt wird. Diese Form einer Sozialbilanz² erlaubt ihnen daher, sich zu entscheiden, ob sie die Organisation nutzen, für sie arbeiten bzw. in sie investieren wollen.

Prinzipien des Sozial-Audit: Wie wird er bewertet?

Der/die AuditorIn untersucht den sozialen Jahresbericht nach fest vorgegebenen Kriterien. Ist der Bericht...

- Multi-perspektivisch?
Gibt er die Sichtweisen aller Menschen wieder, die an der Organisation beteiligt oder von ihr betroffen sind?
- Umfassend?
Berichtet er über alle relevanten Aspekte von Arbeit und Leistung der Organisation?
- Regelmäßig?

¹ Stakeholder: jene, die von der Arbeit des Unternehmens profitieren, in ihm arbeiten, mit ihm in Kooperations- oder Geschäftsbeziehungen treten.

² Soziale Bilanzierung nennt man dieses Verfahren in den romanischen Ländern.

Es ist eine regelmäßige soziale Buchführungen in der Weise zu erstellen, dass Konzeption und Praxis in die Organisationskultur eingebettet sind.

■ Vergleichend?

Es ist ein Mittel zur Verfügung zu stellen, durch das die Organisation die eigene Leistung jährlich und mit angemessenen externen Normen und Benchmarks anderer Organisationen vergleichen kann.

■ Belegbar?

Wichtig ist die Sicherstellung der Überprüfung (Auditing) der sozialen Buchführung und Berichterstattung durch eine ausreichend erfahrene Person, die nicht an der Organisation beteiligt sind.

■ Veröffentlicht?

Ist die Weitergabe der überprüften Berichte an Stakeholder und das betroffene Gemeinwesen im Interesse von Rechenschaftslegung und Transparenz sichergestellt?

Neuere Erkenntnisse aus Europa

John Pearce, Fachmann für Sozial-Audit in den Commonwealth-Ländern weist auf folgende wichtige Gesichtspunkte hin:

Die soziale Kostenrechnung bzw. Buchführung, der darauffolgende Bericht und das Audit sind grundsätzlich auf den sozialen Zweck der Unternehmung ausgerichtet. Diese Unternehmensziele zu formulieren, ist daher Hauptaufgabe des Verfahrens. Die sozialen und ökologischen Ziele müssen in die ökonomischen Aktivitäten eingebunden sein. Soziale Buchführung und Sozial-Audit sind streng zu trennen. Erstere ist Aufgabe des Unternehmens, letzteres ist vom externen Auditor vorzunehmen. Zunehmend wird darauf Wert gelegt, nicht nur die Leistungen selbst zu dokumentieren, sondern auch die Auswirkungen auf das Umfeld der Organisation zu beurteilen – und wo möglich – zu messen.

Prove – Improve – Account! Dieser Slogan des internationalen Social Audit Network³ bringt auf den Punkt, dass durch eine Soziale Bilanzierung, wie sie schon in fast allen europäischen Ländern durchgeführt wird, die Leistungen einer Organisation nicht nur dokumentiert, sondern auch verbessert werden.

³ Internationales Netzwerk von Sozial-Auditoren mit Sitz in Exeter (GB).

Politische Rahmenbedingungen Solidarischer Ökonomie

Petra Meyer

Solidarische Ökonomie aus gewerkschaftlicher Perspektive

Im Folgenden sollen zwei Fragen behandelt werden:

- Vor bzw. unter welchen Rahmenbedingungen diskutieren wir das Thema Solidarische Ökonomie?
- Worin besteht der mögliche Beitrag der Gewerkschaften zum Aufbau einer Solidarischen Ökonomie in der Region Berlin-Brandenburg?

Zum ersten Punkt: Freihandelsideologie, liberalisierte Finanzmärkte, Krisen öffentlicher Haushalte, Privatisierung öffentlicher Güter, die Unterordnung nationaler Politik unter die vermeintlichen Sachzwänge globaler Ökonomie usw., dies charakterisiert die Umwälzungen Europas und der Welt. Wir werden Tag für Tag konfrontiert mit der Praxis einer inhumanen und asozialen Ökonomie.

Darüber hinaus ist die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die soziale Polarisierung und Deklassierung, die Umverteilung von unten nach oben, die Deregulierung von Arbeitsbeziehungen, eine schwere Hypothek für die Gewerkschaften.

Nun leben wir in der »Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg« natürlich nicht im »luftleeren« Raum. Auch die ökonomische, politische und soziale Situation in unserer Region ist von diesen Entwicklungen massiv betroffen. Das beeinflusst auch den Rahmen gewerkschaftlichen Handelns. Doch es gibt auch viele Beweise für die Widerstandsfähigkeit der Gewerkschaften und der ArbeitnehmerInnen in unserer Region – dazu zählen beispielsweise die Streiks bei der Charité, der Kampf bei Samsung, JVC, CNH und BSH, auch die erfolgreiche Tarifrunde der IG Metall oder der Aktionstag am 21. Oktober 2006.

Eine Politik, die sich in dieser Region und vor einem solchen Hintergrund die solidarische und soziale Gestaltung der Ökonomie auf die Fahnen geschrieben hat, steht vor großen Herausforderungen. Wirtschaftlich scheint es regional zurzeit leicht aufwärts zu gehen. Allerdings wächst die Arbeit zu zwei Dritteln im Segment von ArbeitnehmerInnenüberlassung und Leiharbeit. Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung wachsen, die Eigenverantwortung steigt in Alterssicherung und Gesundheitspolitik – Kosten und Risiken werden privatisiert. Sind Eigenverantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität konkurrierende Prinzipien der Konstruktion eines modernen Wohlfahrtsstaates?

Damit verbundene Fragen sind:

- Kann Solidarische Ökonomie eine Alternative sein? Eine Chance jenseits der Konkurrenzökonomie?

- Können selbstverwaltete Betriebe, Tauschringe, Genossenschaften und fairer Handel wirtschaftliche Alternativen zum kapitalistischen System sein?
- Avanciert die Solidarische Ökonomie deshalb zum globalen Thema, weil neo-liberal begründeter Freihandel seine Wohlfahrtsversprechen nicht einlöst?
- Sind Neoliberalisierung, Prekarisierung und Massenarbeitslosigkeit dadurch zu überwinden?
- Wo liegen Chancen und Grenzen einer Solidarischen Ökonomie? Welche Akzeptanz kann sie unter den gegebenen Bedingungen haben?

Nun verfügen wir in Deutschland leider über keine Tradition in der »community«-Bewegung. Solidarische Ökonomie, selbstverwaltete Betriebe und Unternehmen mit sozialen Zielsetzungen – die Akzeptanz ist in anderen Ländern Europas höher als in Deutschland. Hier hat es etwas »Exotisches«, ist die Solidarische Ökonomie vergleichsweise unterentwickelt. Die Gewerkschaften sind da keine Ausnahme. Aber wäre es angesichts der beschriebenen Situation nicht an der Zeit für einen Paradigmenwechsel? Für eine Stärkung der Sozialen Solidarischen Ökonomie? Wenn wir auch derzeit feststellen können, dass die Diskussion zu Genossenschaften, zu Solidarischer Ökonomie, zum dritten Sektor und Zivilgesellschaft in Deutschland an Inhalten und Breite zugenommen haben, eine gesellschaftliche Relevanz hat sie bis zum heutigen Tage nicht. Das muss sich ändern! Es muss interessieren, es gilt herauszufinden, welche Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur sozialen Integration in der Solidarischen Ökonomie stecken. Solidarische Ökonomie bietet Ansatzpunkte für eine Auseinandersetzung. Ich denke schon, dass solidarische Wirtschafts- und Beschäftigungsformen eine ergänzende Rolle mit Blick auf Verarmung und Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen spielen können.

Damit komme ich zu meinem zweiten Schwerpunkt. Der mögliche Beitrag des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, zum Aufbau einer Solidarischen Ökonomie. Ich möchte selbst nicht einschätzen, ob das, was wir tun, kleine oder große Schritte sind. Wir schaffen mit der »Akademie für Soziale Solidarische Ökonomie in Berlin-Brandenburg« Raum für Begegnungen. Wir sind eine »Plattform« für Dialog. Wir haben beispielsweise die Einladung des Kongresses auf unsere Homepage gestellt, das könnte eine gute »Tradition« werden für Beiträge in diesem Kontext. Wir sind Partner in Modellprojekten/Projekten. Dazu gehören u.a. BEST (Berliner Entwicklungsagentur für Stadtteilökonomie und soziale Unternehmen) und NEST – Projekte und Initiativen, die Solidarische Ökonomie zum Inhalt haben. Für uns sind Projekte Brücken zur breiteren Praxis. Wir haben uns aktiv eingesetzt für die »Wiederbelebung« der Genossenschaftsidee im Land Berlin (Lotsendienst). Wir tragen die konzeptionelle Debatte in Politik und Gewerkschaften, z.B. in die Arbeitsplanung des neugewählten Abgeordnetenhauses in Berlin. Wir wollen eine Debatte zur öffentlich geförderten Beschäftigung

und bereiten ein Werkstattgespräch mit den DGB-Regionen vor, gemeinsam mit der Akademie für Soziale Solidarische Ökonomie. Im partnerschaftlichen Abstimmungsprozess für die neue Strukturfondsförderperiode haben wir uns dafür eingesetzt, dass Mikrokredite für soziale Zwecke erhalten bleiben und im Rahmen des Programms für wirtschaftsdienliche Maßnahmen auch weitere Projekte im Sinne Solidarischer und lokaler Ökonomie gefördert werden. Im Sinne von »Leben und Arbeiten gehören zusammen«, haben wir gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di in Berlin mehrere Kiez-Treffs eingerichtet. Wir haben uns klar positioniert zum gesetzlichen Mindestlohn, zur Grundsicherung, zur sozialen Daseinsvorsorge.

Die Diskussion über Solidarische Ökonomie braucht Öffentlichkeit. Informationen sind notwendig, um zu verstehen, um zu verändern. Vielleicht ist die Zeit inzwischen reifer geworden, für eine Stärkung der Sozialen Solidarischen Ökonomie.

Marlis Cavallaro

Allein ... machen sie dein Projekt ein

Oder: »Vorwärts immer – rückwärts nimmer«

Das propagierte auch die frühere deutsche Genossenschaftsbewegung: »Wir wollen unsere wirtschaftlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen und darin behalten.« Dabei erwies sich damals wie heute das »darin behalten« als schwierig. Solidarisch wirtschaften bedeutet immer eine wacklige Gratwanderung zwischen Utopie und Marktwirklichkeit.

Gründe für Abstürze bei dieser Gratwanderung waren sowohl früher als auch in jüngerer Zeit: Unerfahrenheit bei Finanzplanung und Nutzung von Know-How (z.B. Kommunikation, Gruppendynamik, Buchhaltung), hilflose Anpassung an viel beschworene »Marktzwänge«, knappe Finanzen, aber auch »Utopie-Übermacht« (»Wir wollen alles und das sofort!«), mit den Ergebnissen: Chaos, Pleite, Demotivierung, »neue Chefs!« u.v.a.m.

Gratwanderungsbeispiel Nr. 1

Der Anspruch: »Alle machen alles«. Die bittere Erfahrung lehrte: Alle können zwar alles gemeinsam besitzen, aber nicht alles machen. Alternativen zur Hierarchie entwickeln sich nicht »von selbst« aus gutem Willen. Arbeitsteilung (auch rotierende) und Entscheidungsstrukturen müssen explizit geregelt sein.

Anderenfalls wird aus der Produktivkraft Utopie die Bremskraft Ideologie. Kurz gesagt: Alternativen zur autoritären Hierarchie entstehen aus kooperativer Kompetenz. Die kann gelernt werden.

Gratwanderungsbeispiel Nr. 2

Eine weitere bitter bezahlte Erfahrung: Solidarisches Wirtschaften funktioniert zwar ohne Profitorientierung, aber nicht ohne wirtschaftlichen Erfolg. Das gilt auch für Tauschen und Selbstversorgung. Alternativen zum Profitprinzip entwickeln sich nur, wenn Solidarische Ökonomie eigene Kriterien für »wirtschaftlichen Erfolg« entwickelt. »Non-Profit«-Projekte bleiben sonst am »öffentlichen Tropf«, d.h. erpressbar.

Kurz gesagt: Auch solidarökonomischer Erfolg braucht betriebswirtschaftliche Kompetenz. Die kann gelernt werden.

Der Beispiele gäbe es mehr, hier mögen diese genügen. Viele scheiterten, doch vielen kooperativen Projekten gelang die Gratwanderung, zu überleben und »erfolgreich« zu sein – früher wie heute, hier wie anderswo. Sie konnten dabei sowohl kooperative Strukturen bewahren als auch Solidarität verwirklichen. Warum?

Sie mussten nicht bei Null beginnen. Denn heute muss kein Projekt beim Gründen das kooperative Rad neu erfinden. Aus den historischen Fehlern und Erfolgen der Kooperativen in aller Welt entstanden Kompetenzen. Wie sich das Wissen der Menschheit in gemeinsamen Strukturen bewahrt und überliefert (z.B. Bibliotheken, Bildungsinstitutionen, usw.), so auch das Wissen der Kooperativen in vielen Ländern in Unterstützungsstrukturen.

»Vorwärts immer – rückwärts nimmer!« – das Motto der alten deutschen Genossenschaftsbewegung – klingt altbacken, bleibt aber brandaktuell: Wer Erfahrung nutzt, vermeidet typische Anfängerfehler.

In Deutschland sind im Unterschied zu anderen Ländern Unterstützungsstrukturen, die helfen können, Verbündete zu finden, Erfahrungen zu nutzen und zu kommunizieren, noch zu schwach oder neuen Bedürfnissen ungenügend angepasst.

Beispiel Italien

Die italienische Kooperativenbewegung (heute: 70.000 Genossenschaften) entwickelte eigene Strukturen in sämtlichen Bereichen des Wirtschafts- und Soziallebens.

Dies tat auch die historische deutsche, für die jedoch der Faschismus ein weitaus zerstörerischer Einschnitt war als in Italien. Dort gelang es der Bewegung und vor allem der Idee und dem genossenschaftlichen Wissen, im Untergrund zu »überwintern« und 1945 explosionsartig aufzuerstehen.

Unterstützungsstrukturen der italienischen Kooperativen

Verbände: In Italien existieren nationale Genossenschaftsverbände mit Branchenverbänden und regionalen, provinziellen und lokalen Untergliederungen.

Deren Funktion und Aufgaben sind: Werbung, politisches Lobbying, Vernetzung national und international, Teilnahme an Tarifverhandlungen, Finanzierungs- und Gründungsberatung, Kreditvermittlung, Prüfung für GründerInnen, Ausbildung, Solidaritätsfonds, wissenschaftliche Forschung, Publikationen, Geschichtsschreibung.

Konsortien: Ein Konsortium (Consortio) versteht sich als »Genossenschaft der Genossenschaften«, »bottom up« statt »top down« vernetzend. Konsortien entstanden Ende 1940er Jahre als ökonomische Verteidigungsbunten für viele kleinere Kooperativen darunter landwirtschaftliche Consorzi und Sozial-Kooperativen-Consorzi. Sie nutzen die Vorteile einer größeren Organisation und bewahren trotzdem die wertvollen lokalen Dimensionen. Durch gemeinsame Einrichtungen, eigene statt eingekaufter Dienstleistungen (Beratung, Bildung, Buchhaltung, Reinigung, Labore, Gesundheitsstation), Großeinkauf usw. entstehen weniger Kosten und weniger Arbeit für kleine Coops. Sie kommunizieren jenseits des Tellerrandes, die Position gegenüber Privatwirtschaft und Behörden wird gestärkt.

Finanzierungsfonds: Zum Beispiel Compagnia Finanziaria Industriale (CFI) ist eine überregionale Genossenschaft zur Finanzierung durch Beteiligung, Gründungshilfe und Begleitung. Sie wurde 1986 von den drei großen Verbänden ConfCoop, LegaCoop, AGCI gegründet, finanziert aus dem staatlichen Wirtschaftsförderungsprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Genossenschaften (Marcora-Gesetz, 1985) und aus den Verbänden. CFI hilft nicht nur von Entlassung bedrohten MitarbeiterInnen von Pleitebetrieben, sondern auch bei Genossenschaftsneugründungen und -erweiterungen.

Zahlen zur italienischen Genossenschaftsbewegung (2005/2006)

Ca. 70.000 Betriebe mit Rechtsform Genossenschaft

■ AGCI Associazione Generale Coop. Ital.: 5.748 Kooperativen, 439.438 Mitglieder ■ ConfCooperative: 18.940 Genossenschaften, 2.841.591 Mitglieder, 432.342 Beschäftigte, aus katholischer Sozial- und Arbeiterbewegung entstanden ■ LegaCoop: > 10.000 Genossenschaften, 5.100.000 Mitglieder, 280.000 Beschäftigte, Umsatz 32,9 Mio. Euro, aus sozialistischer Landarbeiter- und Handwerkerbewegung entstanden

Für die restlichen ca. 50% mit Rechtsform Kooperative sind Zahlen schwer ermittelbar – darunter sind unorganisierte, »formale« Genossenschaften (wg. Steuervorteil), auch Mafia.

Alte Genossenschaften und neue soziale Bewegungen in Italien

Projekte aus den neueren sozialen Bewegungen überschneiden sich mehr als bei uns mit historischen Vernetzungen. Sie nutzen das Know How und die Dienstleistungen alter Verbände. Neue Kooperativen kritisierten in den 1970er/80er Jahren auch in Italien die großen Strukturen, die Aufweichung des genossenschaftlichen Prinzips, die fehlende Umweltorientierung, zu starke Marktanpassung u.v.ä.m.. Sie gewichteten Ökologie, Fairen Handel, Emanzipation, Beteiligung, soziale/globalen Solidarität neu und bewirkten damit umgekehrt auch Neuorientierungen in alten Strukturen. Sowohl neben als auch vernetzt mit traditionellen Strukturen bildeten sich neue Netze zwischen Kooperativen, sowohl national als auch mit lokalen AkteurInnen.

Hans-Gerd Nottenbohm

Unterstützungsstrukturen der solidarischen Wirtschaft in verschiedenen Ländern – was wird wirklich gebraucht?

In einigen Ländern Europas haben sich interessante Unterstützungsstrukturen für Genossenschaften, soziale Unternehmen und/oder Alternativbetriebe herausgebildet, die im Folgenden dargestellt werden sollen.

Boutiques de gestion

In Frankreich gibt es zurzeit ca. 300 »Boutiques de gestion« mit 665 beschäftigten BeraterInnen und 700 freiwillig Mitarbeitenden. Zur Gründung von Genossenschaften und anderen unternehmerischen Aktivitäten entstanden sie bereits in den 1970er Jahren. Sie regen die individuelle Initiative zu wirtschaftlichen Aktivitäten und zur Schaffung von Beschäftigung an. Sie unterstützen die Gründung und Weiterentwicklung von kleinen Unternehmen und begleiten deren InitiatorInnen in einer zweijährigen Aufbauphase. Die Wiederbelebung des wirtschaftlichen Umfeldes und der örtlichen Entwicklung ist ihr übergeordnetes Ziel. Finanziert werden sie durch einen Mix aus nationalen und lokalen Programmen, die in erster Linie der Beschäftigungsförderung dienen.

Co-operative Development Agencies

Die Co-operative Development Agencies (CDA) entstanden in den frühen 1980er Jahren als Antwort auf den Rückgang der Erwerbstätigkeit und die stark gestiegene Arbeitslosigkeit in Großbritannien. Linksgerichtete kommunale

Behörden finanzierten basisorientierte ökonomische Entwicklungsprojekte. In Spitzenzeiten waren es 75 CDAs, aktuell sind es noch 58. Sie haben im Großen und Ganzen durch unternehmerisches Wachstum, Diversifizierung in der Finanzierung und Anpassung an ökonomische Entwicklungsprogramme überlebt, ohne ihre ursprüngliche Bestimmung aus den Augen zu verlieren. Die meisten CDAs bieten heute eine große Palette von Dienstleistungen für eine breite Kundschaft an. Fast immer unterstützen sie alle »sozialen Unternehmen«, statt sich auf Genossenschaften zu beschränken.

Förening för kooperativ utveckling

Förening för kooperativ utveckling (FKU) ist eine Schwedische Organisation bestehend aus örtlichen Agenturen zur Entwicklung der genossenschaftlichen Selbsthilfe (LKU). Jede LKU ist ein unabhängiger Verein. Die Organisation, deren Wurzeln in die Mitte der 1980er Jahre zurückgehen, hat heute 25 Mitglieder. Eine öffentliche Basisfinanzierung, die ein Minimum an Stabilität und Nachhaltigkeit bietet ist die Grundlage. Sie ist eine quasi-öffentliche Agentur, die die Regierungspolitik im Bereich soziale Integration und Arbeitsbeschaffung umsetzt.

Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.

Das NETZ entstand 1985 durch Gruppen des »Netzwerk Selbsthilfe« in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens (NRW) und wurde Schritt für Schritt zu einem bundesweiten Netzwerk der so genannten Wirtschaft von unten ausgebaut, mit einem Schwerpunkt in NRW. Im NETZ sind auch viele gemeinnützige Organisationen und Genossenschaften, die sich entschieden haben, nicht die Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft anzunehmen. Durch öffentlich geförderte Projekte insbesondere im Bereich Projektentwicklung und Weiterbildung ist es dem NETZ möglich, fest angestelltes Personal zu beschäftigen. Aktuell hat das NETZ Projektbüros in Stuttgart, Frankfurt, Köln, Oberhausen, Dortmund und Berlin. Unternehmensberatung bietet das NETZ durch ein Netzwerk von BeraterInnen (NETZ-Consult). Die KundInnen können diese Dienstleistung anteilig durch öffentliche Programme refinanzieren. In 2001 bildete und finanzierte das NETZ zusammen mit anderen Genossenschaftsverbänden, Finanzierungseinrichtungen und Fördervereinen eine Entwicklungsagentur mit dem Namen »innova«, die bundesweit neue Genossenschaften unterstützt.

Social Enterprise Coalition

Die Social Enterprise Coalition (SEC) wurde im Juli 2002 errichtet, um für soziale Unternehmen zu sprechen und um den verschiedenen InteressenvertreterInnen ein Forum zur Zusammenarbeit und zur Entwicklung des Sektors zu

bieten. Die SEC bringt alle Organisationen sozialer Unternehmen zusammen. Gegründet wurde sie durch ihre Mitglieder, gefördert durch Regierung und Sponsoren. Der Schwerpunkt liegt auf Lobbying und Unterstützung auf der obersten politischen Ebene. Die Social Enterprise Coalition entsprang aus der Erkenntnis, dass soziale Unternehmen zergliedert und unorganisiert sind. Eine der Prioritäten der SEC ist der Aufbau regionaler Netzwerke sozialer Unternehmen, von denen jedes einen Sitz im Vorstand der SEC hat. Netzwerke sozialer Unternehmen wurden in vielen der neun englischen Regionen und in Schottland, Wales und Nordirland gegründet.

Coopérer pour Entreprendre

Ein besonderes Augenmerk in Europa verdienen die französischen Betriebs- und Beschäftigungsgenossenschaften (BBG). Sie sind ein Schutzschild in der Testphase einer Geschäftsidee. Es gibt 42 BBGs in Frankreich und Belgien, 5.710 potenzielle Projektideen in Bearbeitung, 2.728 Projektideen in Begleitung, 1.990 so genannte beschäftigte UnternehmerInnen und 16.423.000 Euro jährlichen Umsatz in BBGs durch die beschäftigten UnternehmerInnen. Wie auch in Deutschland wurden in Frankreich viele Menschen ermutigt, ihre eigene Firma zu gründen. Es entstand eine neue Generation von UnternehmerInnen. Die Statistik zeigt jedoch »viele wurden gerufen, aber nur wenige blieben«! Als Antwort auf vielfaches Scheitern, hat das BBG-Konzept zwei Ziele:

- Das Führen eines Geschäftes weniger risikoreich zu machen;
- einen innovativen alternativen Weg der Selbstständigkeit: die gemeinschaftliche UnternehmerInnenschaft.

Als Trägerunternehmen kümmert sich die BBG um die Verwaltung und die rechtlichen Anlegenheiten, die mit der Geschäftsführung zusammenhängen (Buchhaltung, Sozialabgaben und Steuern), damit sich der/die UnternehmerIn auf die Entwicklung des Geschäfts konzentrieren kann.

UnternehmerIn und BeraterIn sind in einer Genossenschaft vereint. Sobald der/die UnternehmerIn Einkünfte hat, unterschreibt er oder sie einen unbefristeten Arbeitsvertrag und erhält ein Gehalt auf der Basis der in Rechnung gestellten Einkünfte, nachdem die Abgaben und die Verwaltungsgebühr der BBG (10% der Einkünfte) abgezogen worden sind. Im Gegenzug ist die Genossenschaft verantwortlich, die Sozialabgaben, Steuern, Rechnungsschreibung, Buchführung und die monatlichen Gehälter zu erledigen.

Die BBGs gewähren eine langfristige Unterstützung, solange der/die UnternehmerIn in der Genossenschaft bleiben möchte, solange die Geschäfte laufen oder bis er/sie entscheidet zu gehen.

Die Betriebsgenossenschaft gibt UnternehmensgründerInnen die Möglichkeit die Tragfähigkeit ihres Angebots unter realen Marktbedingungen zu testen. Sie

arbeitet eng mit dem/der zukünftigen UnternehmerIn an einer neuartigen Form der Erwerbstätigkeit jenseits von Selbständigkeit und Beschäftigung: JedeR UnternehmerIn einwickelt seine/ihre eigene Geschäftsidee, aber alle haben den Nutzen der genossenschaftlichen Struktur.

Finanzierung von Unterstützungsstrukturen

Die ökonomische Nachhaltigkeit von Unterstützungsstrukturen speist sich in den hier dargestellten Fällen aus drei Quellen:

- Mitgliedsbeiträge, die von den Mitgliedern eines Netzwerks gezahlt werden. Sie reichen aber nicht aus, um die Arbeit der Struktur zu finanzieren.
- Einkünfte, die von Unterstützungsstrukturen für den Verkauf von Dienstleistungen erzielt werden, sowohl an Organisationen innerhalb des Netzwerkes als auch an öffentliche und private AuftraggeberInnen.
- Einkünfte aus Projektfinanzierungen, manchmal abgeleitet aus den Finanzierungsmöglichkeiten, die mehr oder weniger mit dem Kontext sozialer Unternehmen verbunden sind.

Bruno Roelants

EU-Politik gegenüber Genossenschaften

Das spezifische Organisationsmodell der EU zeichnet sich durch eine europäische »Regierung« (die Kommission) aus, die sehr viel machtvoller und einflussreicher gegenüber den anderen EU-Institutionen ist als eine Regierung in jeglichem demokratischen Land der Welt gegenüber den anderen beiden »Gewalten« (Legislative und Judikative) nur sein kann: De facto hat die Kommission ein exklusives Recht, in der Produktion neuer gesetzgebender EU-Vorschläge die Initiative zu ergreifen und sie hat auch einige judikative Gewalten.

Weiterhin ist die Produktion bindender Gesetzgebung, die von der Kommission ausgeht (und dann mit oder ohne Änderungen vom Europäischen Rat und Europäischen Parlament), so umfangreich geworden, dass die neue Gesetzgebung, die aus Brüssel kommt und von den nationalen Parlamenten in den EU-Ländern geprüft wird, jetzt im Durchschnitt zwei Drittel und drei Viertel der gesamten Gesetzgebung ausmacht, die jährlich in diesen Ländern verabschiedet wird.

Diese hervorstechende Eigenschaft, die die 27 EU-Länder gemeinsam haben, ist auch einzigartig für demokratische Länder.

Jene demokratischen Defizite des europäischen Modells stärken unweigerlich die Auswirkung der europäischen Lobbies und insbesondere die der Unternehmen, die zunehmend Kommissionsvorschläge machen, die den Charakteristika und der Aufgabe von Genossenschaften und der gesamten Solidarischen Ökonomie zuwiderlaufen. Das macht es für die Genossenschaften unabdingbar, angemessen in Brüssel vertreten zu sein, obwohl ihre Fähigkeit, auf die EU-Institutionen Einfluss zu nehmen, in keinsten Weise der der großen Unternehmenslobbies gleichkommen kann.

Es ist wahr, dass Genossenschaften in den letzten Jahren Signale von – seit den Römischen Verträgen – noch nie da gewesener Anerkennung durch die EU-Institutionen und insbesondere durch die Kommission erhielten. Die Befürwortung der Bestimmung in Bezug auf das Statut der Europäischen Genossenschaft im Jahr 2003 ist eine erste bindende Gesetzgebung in Bezug auf Genossenschaften auf EU-Ebene, obwohl ihre Anwendung auf den spezifischen Fall der transeuropäischen Genossenschaften beschränkt ist. Obwohl die Bestimmung einige kontroverse Vorschriften enthält, sendet sie ein politisches Signal in Bezug auf die Bedeutung von Genossenschaften an die Mitgliedsstaaten. Das ist besonders unter den neuen Mitgliedsstaaten bedeutsam, da sie oft weiterhin und fälschlich die Genossenschaften als ein Überbleibsel der kommunistischen Vergangenheit sehen.

Im folgenden Jahr veröffentlichte die Kommission eine »Mitteilung in Bezug auf die Förderung von Genossenschaften in Europa«, das erste Positionspapier zu Genossenschaften. Obwohl der Text sich auf die Auflistung von Empfehlungen auf EU-Ebene beschränkt und nicht so weit geht, irgendeine Empfehlung für nationale Regierungen zu formulieren (und insofern viel »schwächer« in seinen Vorschlägen ist als die IAO-Empfehlung 193 über die Förderung von Genossenschaften, die zwei Jahre zuvor verabschiedet wurde und mit zur Initiative der Kommission beitrug), ist seine Veröffentlichung wiederum ein starkes Signal dafür, dass Genossenschaften noch immer sozioökonomische Akteure sind, die in der EU als ein ernst zu nehmender Faktor wahrgenommen werden müssen.

Trotz dieser positiven Signale werden Genossenschaften und der Rest der Solidarischen Ökonomie regelmäßig und zunehmend von Richtlinien, Vorschlägen oder Interpretationen herausgefordert, die den Kern der betrieblichen Prinzipien, nach denen diese Betriebe arbeiten, in Frage stellt. Dafür möchte ich nur einige nennen.

- Nur in der EU werden die Internationalen Normen für die Rechnungslegung (IAS) systematisch in die Gesetzgebung überführt, obwohl sie nicht bindend sind. Einige IAS können für Genossenschaften fatal sein, wenn sie nicht mit spezifischen interpretierenden Begleittexten versehen werden. So eine Interpretation wurde Genossenschaften nach einer intensiven Lobby-

Kampagne ihrer Organisationen glücklicherweise garantiert, nachdem ein Versuch gemacht worden war, die Mitgliedereinlagen in Genossenschaften als Schulden zu betrachten.

- Informelle, aber einflussreiche Meinungen über die Tatsache, dass Genossenschaften ihr Einlagenkapital für externe Aktionäre öffnen sollten, wurden während einiger Kommissionssitzungen erwogen. Sonst seien Genossenschaften angeblich Hindernisse für das heilige Recht auf die Etablierung von Unternehmen in der EU. Diese Meinung, die erstaunlicherweise die FinanzinvestorInnen als UnternehmerInnen wahrnimmt, berücksichtigt nicht, dass die geschlossene Natur des genossenschaftlichen Einlagekapitals gesetzlich in den EU-Ländern geschützt ist und mit der Natur von Genossenschaften als Mitgliederorganisationen zu tun hat. Als RepräsentantInnen europäischer genossenschaftlicher Organisationen in Brüssel haben wir sofort reagiert und die Andeutung verschwand zunächst wieder.
- Ein Kommissionsvorschlag, der mit Unternehmensführung (»corporate governance«) verknüpft war, versuchte das »eine Einlage eine Stimme«-System zur Regel in der EU zu machen und stellte damit das grundlegende Genossenschaftsprinzip »eine Person eine Stimme« in Frage. Alle in Brüssel angesiedelten genossenschaftlichen Organisationen haben sofort stark auf den Vorschlag reagiert. Nach intensiver Lobbyarbeit, wurde ein Genossenschaftsvertreter zu dem einflussreichen »Corporate Governance Committee« der Europäischen Kommission zugelassen, wo er in einer Position ist, die ihm erlaubt, die Stimme der genossenschaftlichen Andersartigkeit zu erheben.

Eine grundlegende Frage für Genossenschaften und Solidarische Ökonomie im Allgemeinen ist die der »Dienstleistungen im allgemeinen Interesse« (DAI), die bereits während der Verhandlung der so genannten Bolkestein- oder Dienstleistungsrichtlinie 2006 deutlich wurde. Der jetzige Versuch besteht darin, so viele Sektoren wie möglich durch die Schaffung von Unterkategorien wie »wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse« zu liberalisieren, ohne sie richtig zu definieren und ohne zunächst einmal DAI zu definieren. DAI und der Begriff des allgemeinen Interesses selbst gehen an die Wurzeln der Existenz von Genossenschaften, von denen ein Teil direkt solche Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Einige wichtige soziale Akteure, wie die Europäische Gewerkschaftskonföderation, haben ihre Position zu DAI bekannt gegeben und die genossenschaftlichen Organisationen sind gerade bei der Vorbereitung ihrer eigenen Position, bevor ein neuer Text der Europäischen Kommission in Bezug auf diese Frage publiziert wird, der eine erneute Lobbyinitiative erfordern wird.

Die zukünftige EU-Politik gegenüber Genossenschaften und Solidarischer Ökonomie wird weitgehend von der Balance abhängen, die die EU zwischen der

Integration des Binnenmarktes und der EU-Sozialpolitik einhalten kann. In den letzten fünf Jahren entfernte sich die Balance weg von der EU-Sozialpolitik und hin zum Binnenmarkt. Nach dem doppelten »Nein« in Bezug auf die Europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden und mit zunehmendem Euro-Skeptizismus in einigen neuen Mitgliedsstaaten existiert eine allgemeine Wahrnehmung, dass das europäische Projekt gescheitert ist. Auf der anderen Seite gibt es sehr schüchterne Anzeichen dafür, dass die Balance sich jetzt unmerklich in Richtung auf die »soziale« Seite hin bewegt. Für die Entwicklung von Genossenschaften und Solidarische Ökonomie wäre es günstig, wenn sich dieser Trend bestätigt. Aber dies wird wahrscheinlich nicht den Standardisierungs- und Homogenisierungsdruck der konventionellen Wirtschaftswelt entsprechen, die sich zunehmend intolerant gegenüber dem zeigt, was sie »die genossenschaftliche Ausnahme« nennt. Genossenschaften, die über 60% des französischen Bankenmarktes und 75% des niederländischen Agrarmarktes dominieren, sind die ersten Anbieterinnen sozialer Dienstleistungen und die ersten Einzelhändlerinnen in Italien und stellen ein Siebtel der spanischen Unternehmen in der Industrie, den Finanzdienstleistungen und dem Handel. Als Eigentümerinnen haben sie Charakteristika, die per Gesetz geschützt sind und es unmöglich für sie machen, gekauft oder erworben zu werden (es sei denn sie beschließen in einer Generalversammlung durch ihre eigenen Mitglieder, die Genossenschaft aufzulösen).

Es wird sicherlich Zeit kosten und dauerhafte Lobbyarbeit erfordern, bis die EU eine sehr klare, ausgefeilte und vor allem nicht doppelbödige Politik zugunsten einer Ausdehnung der genossenschaftlichen Bewegung und Solidarischen Ökonomie formuliert.

Aus dem Englischen von Clarita Müller-Plantenberg

Bruno Roelants

Italiens Marcora-Gesetz

Durchbruch für Genossenschaftsaufbau aus Krisenbetrieben

Erfahrungen von ArbeiterInnen in Krisenbetrieben, die ihr Unternehmen übernehmen und es selbst leiten, gibt es seit einigen Jahrzehnten mit unterschiedlichen Resultaten. Symbolische Fälle haben nicht nur überlebt, sondern sind sogar aufgeblüht. Gleichzeitig sind eine ganze Reihe solcher Projekte fehlgeschlagen. Die Rate des Erfolges oder des Scheiterns hat sehr viel mit den durch

Gesetze und staatliche Programme gegebenen Rahmenbedingungen sowie mit dem Bestehen von spezialisierten Unterstützungsstrukturen zu tun.

Das Marcora Gesetz Italiens von 1985 ist eine beispiellose Gesetzgebung auf diesem Feld. Konkret geht es darum, entlassenen ArbeiterInnen zu helfen, ihre Arbeitsplätze zu retten, indem sie insolvente oder marode Betriebe in Arbeitergenossenschaften umwandeln. Dank des Gesetzes konnten zwischen 1987 und 1998 über 6.000 Arbeitsplätze erhalten und 160 italienische Krisenbetriebe wieder belebt werden, während nur eine Handvoll von Projekten scheiterten.

Dieses Gesetz, für das Italiens drei Genossenschaftsverbände und drei Gewerkschaftskonföderationen effiziente Lobbyarbeit geleistet haben, führt einen sehr genauen finanziellen und Folge-Mechanismus ein, um ArbeiterInnen in ihren Projekten durch eine Finanzgenossenschaft (CFI),¹ die infolge des Gesetzes geschaffen worden war, beizustehen.

Der Mechanismus ist sehr einfach. ArbeiterInnen aus einem Krisenunternehmen, die bereit sind, es in eine Genossenschaft umzuwandeln und deren Projekt genehmigt worden ist, erhalten jeweils eine Pauschale, die der dreijährigen Arbeitslosenunterstützung entspricht. Der Staat investiert in einem begrenzten Zeitraum von fünf bis zehn Jahren durch CFI-Risikokapital in das Unternehmen im Verhältnis zu der Summe, die jedeR ArbeiterIn bereit ist, in die neue Genossenschaft zu investieren.

Zu Beginn betrug dieses Verhältnis drei zu eins. Der Staat investierte über CFI dreimal mehr als die gesamten Einlagen der ArbeiterInnen. CFI begleitet dann den durch staatliche Extrafonds finanzierten Betrieb. Ein CFI Berater nimmt an Vorstandssitzungen der neuen Genossenschaft teil und nimmt – zumindest telefonisch vierzehntägig – Kontakt zu ihren LeiterInnen auf. Das System hat gezeigt, dass es funktioniert. Dann kalkulierte CFI, dass der Staat durch dieses System im Allgemeinen seine Investitionen in weniger als zwei Jahren zurück erhalte, dank der Rettung der Arbeitsplätze sowie der Aufrechterhaltung aller Aktivitäten, die um den geretteten Betrieb herum existierten. Das Gesetz schafft eine win-win Situation. Nachdem jedoch die EU Direktive zur staatlichen Unterstützung angenommen worden war, argumentierte die EU-Kommission, dass die so investierte Summe höher sei, als die maximale Summe, die als staatliche Unterstützung pro ArbeiterIn erlaubt sei. Dann wurde das System etwa fünf Jahre blockiert, bis das überarbeitete Marcora Gesetz 2001 verabschiedet worden war, nachdem das oben erwähnte drei-zu-eins Verhältnis je nach Fall

¹ Der vollständige Name von CFI war »Industrielle Finanzgesellschaft« (»Compagnia Finanziaria Industriale«). Im letzten Jahr wurde er in »Kooperation, Finanzen, Betrieb« (»Cooperazione, Finanza, Impresa«, »cooperazione« im Sinne von »Genossenschaftswesen«) geändert.

in ein eins-zu-eins oder in einigen Fällen zwei-zu-eins verringert worden war (je nachdem ob die Grenze der staatlichen Unterstützung erreicht wurde). Das System wurde 2003 erneut gestartet.

Eine weitere Veränderung bezieht sich darauf, dass das überarbeitete Gesetz nicht mehr nur bei Krisenunternehmen wirksam wird, sondern auch für Entwicklungsprojekte in existierenden Arbeitergenossenschaften Anwendung findet. De facto sind nur vier der 50 Genossenschaften, an denen CFI seit 2003 finanziell teilnimmt, Fälle zur Erhaltung von Krisenbetrieben. Insgesamt wurden bereits 200 neue Arbeitsplätze in den drei Jahren der neuen Phase geschaffen.

Kürzlich wurde das System auch für Sozialgenossenschaften geöffnet und zur Zeit laufen Gespräche mit der Regierung, um es auch für die Übergabe von Unternehmen ohne Erben, durch deren Schließung jährlich Tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen, zu öffnen.

20 Jahre seit der ersten Version des Gesetzes und fünf Jahre nach der zweiten Version können einige Schlussfolgerungen gezogen werden.

- Damit das Gesetz verabschiedet werden konnte, war es entscheidend, die volle Unterstützung der gesamten italienischen Gewerkschaftsbewegung und der Genossenschaftsbewegung zu haben und nicht nur der Arbeitergenossenschaften. Dieser Konsens zwischen den beiden Bewegungen über einen Mechanismus, um die Krisenbetriebe zu retten, ist beispiellos in der Welt.
- CFI-LeiterInnen bestehen darauf, dass sie nie in der Lage gewesen wären, das Marcora Gesetz umzusetzen, wenn sie nicht genügend Autonomie gehabt hätten, die Projekte auszuwählen und daher auch einen Teil von ihnen zurückzuweisen. De facto wurden viele Projekte zurückgewiesen und die hohe Erfolgsrate von CFI beruht auch auf den sehr anspruchsvollen Machbarkeitsstudien der CFI-ExpertInnen, bevor sie Projekte annehmen. Vor der Einrichtung von CFI diskutierten die Genossenschafts- und Gewerkschaftsorganisationen verschiedene Organisationsmodelle für die neue Finanzgenossenschaft. Schließlich entschied man, dem CFI-Stab eine sehr hohe operative Autonomie zu geben, obwohl der Vorstand aus Personen bestand, die aus den repräsentativen Organisationen der Genossenschaften kamen und obwohl die Gelder staatlich waren.
- CFI ist also autonom in seiner Vorgehensweise, aber gleichzeitig auch in eine starke organisierte Genossenschaftsbewegung eingebettet. De facto ist es die einzige unternehmerische Unterstützungsorganisation, die die drei italienischen Genossenschaftskonföderationen gemeinsam besitzen (Legacoop, ConfCooperative und AGCI). Die Genossenschaftsbewegung stellt ein feines Netzwerk über das gesamte italienische Territorium dar: Sie kann Unternehmen, die Hilfe brauchen, identifizieren und die Information über das MarcoraGesetz und CFI verbreiten.

- Ein weiteres grundlegendes Element des Systems ist, dass es mit Risikokapital funktioniert, indem es ArbeiterInnen ermutigt, ihre Kapitalanteile in ihren Genossenschaften zu erhöhen und so auch ihre Beteiligung und ihren Verantwortungssinn.
- Schließlich wäre es falsch, CFI nur als finanzielles Instrument zu betrachten. Es ist ebenso ein Instrument unternehmerischer Beratung. CFI hätte sicher viele seiner Projekte in den Sand gesetzt, wenn es seine Vorgehensweise nur darauf begrenzt hätte, in Betriebe zu investieren, ohne irgendeine Nachsorge zu betreiben.

Die Marcora-CFI-Erfahrung hat großes Interesse der weltweiten Genossenschaftsbewegung auf sich gelenkt. Kennzeichnend für dieses Modells ist sein hohes professionelles Niveau. Es zeigt, dass es funktioniert, wenn man einen Krisenbetrieb wieder in Gang setzt und einen Betrieb durch einen Risikokapital-Mechanismus entwickelt. Es ist jedoch eine ernsthafte, hoch qualifizierte Tätigkeit. Unternehmensübernahmen durch ArbeiterInnen sind eine zweischneidige Sache. Wenn es ein Erfolg wird, dann wird er nicht so bekannt. Dagegen machten einige symbolträchtige gescheiterte Versuche in einer Reihe von Ländern (so in Peru in den späten 1960er Jahren, in Frankreich in den späten 1970ern, in Indien in der Mitte der 1990er etc.) große Schlagzeilen und schufen den falschen Eindruck, dass der Genossenschaftsaufbau aus Krisenbetrieben zum Scheitern verurteilt sei. Heute dient die CFI-Erfahrung als gutes Beispiel beim Wiederaufleben der ArbeiterInnenselbstverwaltung etwa in Lateinamerika.

Aus dem Englischen von Clarita Müller-Plantenberg

Erdmuthe Klaer

Partnerschaften zwischen Städten/Regionen und der Solidarischen Ökonomie

Es sind verschiedene Akteure und Akteurinnen, die das Leben auf lokaler Ebene beeinflussen. Auf den ersten Blick scheinen Kommunen, private Wirtschaftsunternehmen, Nichtregierungsorganisationen sowie Unternehmen der Sozial- und Solidarwirtschaft mit unterschiedlichen Aktivitäten unterschiedlichen Zielen nachzugehen. Doch hat man sich schon einmal gefragt, inwiefern sich Interessen tatsächlich auch begegnen?

Schaut man genauer hin, so lassen sich zwischen den genannten Akteuren und Akteurinnen unterschiedlich große Schnittmengen gemeinsamer Ziele

feststellen. Gerade auf lokaler Ebene sind sie also nicht so unvereinbar, wie es scheint.

Die wohl größten Übereinstimmungen gibt es zwischen Kommunen und der Sozial- und Solidarwirtschaft. Beide verfolgen mehrdimensionale Zielsetzungen, die sich verschiedenen Aspekten nachhaltiger lokaler Entwicklung zuordnen lassen.

Wenn diese theoretischen Feststellungen auch nicht immer der Realität entsprechen, so ist doch ein Fundament für Partnerschaften erkennbar, die in ihren Ergebnissen die Wirkung der herkömmlichen Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP – auch als Private-Public-Partnerships [PPP] bekannt) zwischen Kommunen und traditionellen Unternehmen übertreffen können.

Es sind die gemeinsamen Zielsetzungen beider Akteurinnen, die einer Partnerschaft zwischen der Sozial- und Solidarwirtschaft und Kommunen Nachhaltigkeit verleihen und sie von anderen ÖPPs unterscheiden.

Lokale, regionale und nationale Behörden sollten sich verdeutlichen, dass es sich bei Sozial- und Solidarwirtschaft nicht um reine Anwaltschaftsorganisationen oder Hilfsinstrumente des zweiten Arbeitsmarktes handelt, sondern um eine wirtschaftliche Akteurin unter anderen. Allerdings steht hier der Mensch als Teil einer Gemeinschaft im Mittelpunkt und Profit ist nur ein Mittel zum Zweck. Unternehmen der Sozial- und Solidarwirtschaft liefern einen sozialen, ökologischen oder kulturellen Mehrwert, der genutzt werden sollte. Durch ihre starke Verwurzelung auf lokaler Ebene, ihre Einbeziehung von unterschiedlichen Gruppen von EinwohnerInnen sowie ihr Potenzial zur Förderung von Selbstinitiative tragen sie zum Gemeinwohl sowie zu solidarischen Beziehungen innerhalb der lokalen Gemeinschaft bei.

Sozial- und Solidarwirtschaft liefert bedeutende Ressourcen, auf die Kommunen in etlichen EU-Mitgliedstaaten mehr und mehr zurückgreifen. Diese Kommunen sind sich der Tatsache bewusst, dass die strukturellen Veränderungen der letzten Jahrzehnte eine neue Art nicht nur von global, sondern auch von local governance notwendig machen.

Die Sicherung des Wohlergehens Aller macht es notwendig, auf die ganze Bandbreite lokaler Ressourcen zurückzugreifen. Mittel, Aufgaben und Verantwortlichkeiten müssen neu verteilt, künstliche Gegensätze überwunden, Partnerschaften geschaffen werden. Das erfordert auch eine Umgestaltung und Öffnung von Entscheidungsfindungsprozessen für verschiedene lokale Akteure.

Partnerschaft muss zunächst mit einem Dialog beginnen, um Missverständnisse aus dem Weg zu räumen sowie gegenseitige Erwartungen, Handlungsbedarf, gemeinsame Zielsetzungen und Verantwortlichkeiten zu klären.

Mögliche Formen eines solchen Dialogs sollen hier an zwei Beispielen verdeutlicht werden:

Im Großraum Nantes (Frankreich) wurde 2005 der Verein zur Förderung der Sozial- und Solidarwirtschaft gegründet, in dem die Nantes Métropole als ein Mitglied unter vielen anderen, vor allem sozialwirtschaftlichen AkteurInnen, aktiv ist. Die Arbeit des Vereins konzentriert sich vor allem auf die Organisation von Konferenzen, Seminaren und anderen Veranstaltungen, die eine stärkere Information der EinwohnerInnen über die Sozial- und Solidarwirtschaft sowie Austausch und Partnerschaft mit anderen lokalen AkteurInnen vorantreiben. Mit den ECOSSOLIES im Mai 2006 in Nantes stellte der Verein das größte Ereignis der Solidarischen Ökonomie in der Geschichte Frankreichs auf die Beine: 30.000 BesucherInnen kamen.

In Grenoble (Frankreich) bringt ein von der Kommune ins Leben gerufenes »Forum für soziale Innovation« lokale Organisationen der Sozial- und Solidarwirtschaft, PolitikerInnen und die Öffentlichkeit an einen Tisch. Hier werden innovative wirtschaftliche Erfahrungen, Perspektiven einer Zusammenarbeit sowie mögliche Leitlinien für die lokale Politik vorgestellt, entworfen und diskutiert.

Sind durch Dialog die Rollen der einzelnen AkteurInnen geklärt, definiert und von allen akzeptiert, ist die Basis für gemeinsame partnerschaftliche Initiativen geschaffen. Nach den jeweiligen gesetzlichen Rahmenbedingungen und Zielsetzungen existieren unterschiedliche Formen solcher Partnerschaften.

Anzuführen sind hier beispielsweise Partnerschaftsvereinbarungen wie der Pakt zwischen der Region Andalusien, Gewerkschaften und CEPES Andalusien, einem Regionalverband von Unternehmen der Sozialwirtschaft. Diese Vereinbarung zielt auf Ansätze eines Modells lokaler Entwicklung auf der Basis Solidarischer Ökonomie ab. CEPES Andalusien und seine Strukturen werden damit aktiv in lokale politische Planungsprozesse einbezogen, besitzen in einigen Bereichen sogar Mitbestimmungsrechte.

Partnerschaften, die über reinen Dialog hinausgehen, werden auch durch spezielle Strukturen verkörpert. Die Stiftung »Horcynus Orca« in Messina (Italien) stellt Organisationen der Sozialwirtschaft und Kommunen durch gleichwertiges Stimmrecht auf eine Ebene. Sie verleiht ihnen Einfluss auf lokale Aktivitäten zur Förderung einer nachhaltigen lokalen Entwicklung, in der die Sozial- und Solidarwirtschaft einen größeren Stellenwert erhalten soll.

Ein weiteres Beispiel für das positive Ergebnis einer Partnerschaft ist das »Integrated Services Centre for Immigrants« in Genua (Italien). Es wurde 1992 auf Initiative der »Federazione Regionale Solidarietà e Lavoro« (Regionale Föderation für Arbeit and Solidarität), der ImmigrantInnenvertretung, der Gewerkschaften sowie der Stadt Genua gegründet. Ziel war es, ImmigrantInnen eine feste Anlaufstelle zu bieten, die umfassend verschiedene Beratungs- sowie andere Dienstleistungen bereitstellt. Die unterschiedlichen PartnerInnen fanden

sich in einer Art Clusterstruktur zusammen, in der Ressourcen gemeinschaftlich verwaltet werden. Auf Basis einer Unterstützungserklärung finanzierte die Kommune die Räumlichkeiten sowie einen Teil der Verwaltungskosten; die anderen PartnerInnen stellten Personal und deren Fachwissen zur Verfügung. Wiederum ist eine politische Vereinbarung zwischen den unterschiedlichen AkteurInnen eine unverzichtbare Basis für alle Aktivitäten und verleiht ihnen Nachhaltigkeit. Weitere Instrumente zur Förderung der Sozial- und Solidarwirtschaft, die sich jedoch nicht dem Begriff »Partnerschaft« zuordnen lassen, sind vertragliche Beziehungen, die zum Beispiel auf soziale Kriterien in der öffentlichen Auftragsvergabe zurückgehen. Die europäischen Richtlinien lassen hier einen gewissen Spielraum. Vertragliche Beziehungen, insbesondere aber echte Partnerschaften müssen immer wieder neu ausgehandelt werden. Verschiedene Faktoren beeinflussen ihre Beständigkeit: wechselnde politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Einzelpersonen etc.

Es sollte daher in erster Linie nicht um den Aufbau von festen Strukturen gehen, sondern vielmehr um das Prägen einer Mentalität, die Schaffung von dauerhaften Orten des Dialogs und der Mitsprache, die eine gemeinsame Erarbeitung von Instrumenten sozial nachhaltiger lokaler Entwicklung möglich machen.

Gerhard Schick

Solidarische Ökonomie und Grüne Marktwirtschaft

Für die französischen Grünen war ein wichtiger Teil ihres Regierungsprojekts im Rahmen der Majorité Plurielle (1997-2002) die Unterstützung des Dritten Sektors durch ein Rahmengesetz für die Solidarische Ökonomie. Es scheiterte an der Blockade durch die Sozialistische Partei. Bündnis 90/Die Grünen in Deutschland haben der Solidarischen Ökonomie im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung nicht die gleiche Bedeutung eingeräumt. Die Reform des Stiftungswesens zielte allerdings darauf, jenseits von Staat und Markt soziale, kulturelle und ökologische Ziele voranzubringen. Auch unterstützten die Grünen im ökologischen oder verbraucherpolitischen Bereich eine Reihe von Maßnahmen, die Projekte Solidarischer Ökonomie voranbringen konnten. In dem neuen Konzept² zur »Grünen Marktwirtschaft« der Bundestagsfraktion nimmt

² www.gruene-bundestag.de -> Themen -> Wirtschaft

die Solidarische Ökonomie nun wieder mehr Raum ein. Grüne Marktwirtschaft steht für eine Wirtschaftsordnung, in der gemeinwohlorientierte Unternehmen ihren festen Platz haben. Wir wollen soziales Unternehmertum, genossenschaftliche Initiativen und bürgerschaftliches Engagement stärken und fest in unserer Gesellschaft verankern. Dezentralität, Selbsthilfe und demokratische Selbstverwaltung auch in der Wirtschaft sind Prinzipien, die für Bündnis 90/Die Grünen große Bedeutung haben. Das entspricht auch unserer Entstehungsgeschichte in den sozialen Bewegungen.

Solidarische Ökonomie zeichnet sich dadurch aus, dass in der ökonomischen Sphäre Formen der Solidarität bestehen, die zu anderen Tauschprozessen führen, als wir sie am Markt unter anonymen Beteiligten beobachten können. Ich verbinde mit der neu belebten Diskussion zur Solidarischen Ökonomie zwei dringend notwendige Veränderungen:

Erstens: Wiederbelebung vorhandener gemeinwirtschaftlicher Strukturen: Häufig sind ursprünglich solidarische und auf Selbsthilfe angelegte Institutionen wie Genossenschaftsbanken, Wohnungsbau-, Produktions- und Einkaufsgenossenschaften, Wohlfahrtsverbände, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, kommunale Betriebe, Sparkassen u.a. kaum mehr von anderen Unternehmen zu unterscheiden. Die ihrer Gründung zu Grunde liegenden Prinzipien sind zu leblosen Formeln erstarrt. Statt in einer globalisierten Welt eine Alternative zu bieten und dadurch ein unverwechselbares Profil zu bieten, haben sich viele dieser Institutionen auf einen rein preislichen Wettbewerb mit ihren KonkurrentInnen eingelassen. Probleme der Unternehmensführung und defensive Reaktionen auf europarechtliche Vorgaben oder politischen Gegenwind kommen hinzu. Hier eine Wiederbelebung zu erreichen, wäre extrem wichtig. Denn es ist doch paradox, dass zwar zahlreiche Institutionen bestehen, in denen Menschen im Zeitalter der globalen Märkte noch gemeinsam gesellschaftlich gestalten können, diese sich aber selbst nicht als Teil einer Antwort auf die Globalisierung verstehen. Wenn es trotz relevanter Marktanteile den verschiedenen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen nicht gelungen ist, eine neue Attraktivität der lokalen oder regionalen Wirtschaftsweise auf der Basis des »one man, one vote« zu entwickeln, dann stellt sich die Frage nach der Governance in diesem Sektor. Denn das Handeln im Interesse der Mitglieder, das für die genannten Unternehmensformen kennzeichnend ist, hätte sie angesichts der Angst vieler Menschen vor Globalisierung oder vor verantwortungslosen FinanzinvestorInnen zu Antworten drängen müssen, ob man diese Angst teilt oder nicht.

Zweitens: Die Unterstützung Solidarischer Ökonomie: Fairer Handel, Produkt-sharing-Konzepte, regionale Tauschringe etc. entwickeln gesellschaftliche Innovationen, die unsere Gesellschaft voranbringen. So sind im fairen Handel Standards entwickelt worden, die für ein Nachhaltigkeitssiegel relevant sind.

Carsharing-Modelle auf Vereinsbasis und Fahrradparkhäuser waren Vorbild für kommerzielle Konzepte großer gewinnorientierter Unternehmen. Sie spielen neben ihrem Eigenwert für die Beteiligten und dem Wert für die Umwelt, eine wichtige Rolle in einer sich ständig wandelnden Ökonomie. Denn die Innovationen der Solidarischen Ökonomie werden häufig später von marktorientierten Unternehmen aufgegriffen und kommerzialisiert. Ein innovationsorientierter Politikansatz wie der von Bündnis 90/Die Grünen kann deshalb auf diese Quelle von Innovationen schon aus wirtschaftspolitischer Perspektive nicht verzichten. Sie wird insbesondere heute relevant, wenn deutlich wird, dass die Begrenzung des Klimawandels und die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs ohne die Veränderung von Konsummustern nicht gelingen werden. Wo werden diese neuen Konsummuster entwickelt, die über die individualisierte Eigentümerschaft an kurzlebigen Konsumgütern hinausweist, wenn nicht in Strukturen Solidarischer Ökonomie? Dies sind schließlich Orte, an denen das gemeinsame Interesse über die Gewinnerzielung hinausgeht. Ist die Solidarische Ökonomie nicht einer der Räume, in dem wirtschaftliches Handeln konkret mit einer ethischen Überzeugung verbunden wird? Erdet sie nicht die Diskussionen um Corporate Social Responsibility, »verantwortliche Kreditvergabe« und Anderes, indem klare, praxistaugliche Gegenbeispiele zum Handeln großer gewinnorientierter Unternehmen aufgezeigt werden?

Vieles dazu bedarf noch der konzeptionellen Weiterentwicklung. Zum Beispiel ist die Rolle und Wirkung von regionalen Währungen noch genauer zu untersuchen. Vier konkrete Verbesserungen stehen aber bereits jetzt an und sollten mit Verve vorangetrieben werden:

- Die Förderung genossenschaftlicher Unternehmensgründung im Rahmen der Förderprogramme und Gründungsberatung sowie die gleichberechtigte Darstellung des genossenschaftlichen Sektors in öffentlichen Publikationen etc.: Hier geht es weniger um gesetzliche Maßnahmen als darum, die Praxis zu verändern.³
- Die Unterstützung von Unternehmensgründungen aus der Arbeitslosigkeit in Form der Genossenschaft: Obwohl als Begriff heftig kritisiert, hat die Ich-AG in den Bewertungen der Hartz-Gesetze relativ gut abgeschnitten. Statt der Abschaffung der Ich-AG hätte die Große Koalition diese Form der Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit in der Weise erweitern sollen, dass auch genossenschaftliche Gründungen aus der Arbeitslosigkeit förderfähig geworden wären (Wir-eG statt Ich-AG). Diese Form der Selbsthilfe kann für viele eine stabilere Existenzgründung sein als die individuelle, gerade weil

³ Siehe u.a. Papier der grünen Bundestagsfraktion zu »Gründungsförderung in Ostdeutschland«.

sich bei der Gründung und Führung eines Unternehmens sehr verschiedene Fähigkeiten ergänzen müssen, über die selten eine Person allein verfügt.

- Die Stärkung der Gemeinwohlverpflichtung der Sparkassen durch mehr Transparenz und klarere politische Vorgaben bei der Verwendung der Gewinne sowie durch die verbindliche Festschreibung des Rechts auf ein Girokonto für alle Bürgerinnen und Bürger der beteiligten Kommunen.
- Die Erleichterung der genossenschaftlichen Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände, damit die genossenschaftliche im Vergleich mit der individualisierten Mieterprivatisierung und der en-bloc-Privatisierung an große Finanzinvestoren eine realistische Chance bekommt: Hierzu ist es zum einen notwendig, die Übergangszeit zwischen dem Angebot für den Kauf der Wohnungsbestände und dem Eintritt der neuen Mitglieder in die Genossenschaft steuerlich zu regeln. Zum zweiten braucht es konkrete Unterstützung bei der Neugründung oder Erweiterung von Genossenschaften durch Beratung. Schließlich muss von Seiten der verkaufenden Kommune die Bereitschaft bestehen, hinsichtlich des Preises insoweit den genossenschaftlichen KäuferInnen entgegenzukommen, als ihre Leistungen für das Gemeinwesen, die sie im Unterschied zu einem Finanzinvestor auf Durchreise langfristig erbringen würden, eingepreist werden.⁴

Ulla Lötzer

Genossenschaften als Teil Solidarischer Ökonomie

Während viele BürgerInnen vom Abbau sozialer Sicherung und gesellschaftlicher Solidarität betroffen sind, profitieren transnationale Konzerne und Finanzmarktakteure von einer Privatisierung der Gewinne: Ertragreiche Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge werden zunehmend privatisiert und die Verteilung von elementaren Gütern wird den Marktregeln unterworfen. Auch der solidarische Unternehmenssektor, z.B. Wohnungsbaugenossenschaften sind längst im Visier der Private Equity Fonds. Die Interessen der Beschäftigten, der VerbraucherInnen sowie die Umwelt bleiben dabei auf der Strecke.

⁴ Siehe Gutachten im Auftrag der grünen Bundestagsfraktion: »Wohnungsgenossenschaften: Alternative zum Verkauf kommunaler Wohnungsunternehmen?«, Oktober 2006.

Diesem als Sachzwang bezeichneten Prozess Alternativen einer Solidarischen Ökonomie entgegenzusetzen, ist auch für die LINKE eine große Herausforderung.

Wege zu einer Solidarischen Ökonomie

Schritte zur Schaffung einer Solidarischen Ökonomie sind dabei alle Maßnahmen, die sozialen, ökologischen und demokratischen Interessen Vorrang vor Renditeinteressen geben.

Dazu gehören die Harmonisierung von Standards auf europäischer und globaler Ebene, Maßnahmen zur Verpflichtung von Konzernen auf Nachhaltigkeit bis hin zur Überführung von Schlüsselbereichen, wie z.B. den Energienetzen, in öffentliche Hand. Zudem müssen der Binnenmarkt und insbesondere regionale und lokale Elemente in den Wirtschaftskreisläufen gegenüber der Exportorientierung gestärkt werden. Wir brauchen einen starken öffentlichen Sektor, der öffentliche Güter, wie Wasser, Schulen, Kitas, Universitäten, Kultur, Forschung und Wissen bereitstellt. Dafür bedarf es einer Umverteilung der Einkommen und einer sozial gerechten Steuerpolitik auf allen Ebenen. Zusätzlich zu einer demokratisierten, Solidarischen Ökonomie auf der »Makro-Ebene«, bedarf es einer Demokratisierung an der Basis – in den Unternehmen und Betrieben des privatwirtschaftlichen Sektors und der öffentlichen Hand.

Genossenschaften als Teil der Solidarischen Ökonomie

Genossenschaften spielen dabei eine wichtige Rolle. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen geht es Genossenschaften nicht um Profitmaximierung, sondern um die Förderung ihrer Mitglieder. Genossenschaften garantieren beispielsweise preisgünstigen Wohnraum, fördern Arbeitsplätze und Umwelt oder sorgen für eine günstige und qualitativ hochwertige Versorgung mit Waren und Dienstleistungen. Genossenschaften funktionieren dabei nach demokratischen Prinzipien, denn die GenossInnen sind nicht nur Nutznießer der Genossenschaft, sondern auch deren EigentümerInnen. Über die Tätigkeiten und die Unternehmenspolitik entscheiden die Mitglieder selbst. Dabei gilt grundsätzlich das Prinzip »ein Mensch – eine Stimme«, unabhängig von der Höhe des gezeichneten Kapitals. All diese Merkmale, die den Kern des Genossenschaftsgedankens ausmachen, stehen im krassen Gegensatz zur herrschenden neoliberalen Ideologie mit ihrer Shareholder Value Orientierung, dem Abbau von demokratischen Rechten von Beschäftigten und von gesellschaftlicher Solidarität.

Gleichzeitig sind Genossenschaften aber Inseln der Solidarität inmitten des rauer werdenden Kapitalismus. Zu einem großen Teil stellen sie, um mit Rosa Luxemburg zu sprechen, »ein Zwitterding dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausch«. Für Rosa Luxemburg entstehen aus

dem Zwang zur Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt zahlreiche Probleme für (Produktiv-)genossenschaften. Es ergebe sich daraus »[...] die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen«. Eine solche Selbstaussbeutung findet zum Teil auch heute statt, wenn Genossenschaften in prekären Strukturen gefangen bleiben.

Eine mögliche Folge des Konkurrenzdrucks ist laut Rosa Luxemburg, dass sich die Genossenschaft »zur kapitalistischen Unternehmung [...] rückentwickelt«. Dieses Ergebnis ist heute zum Beispiel bei den großen Genossenschaftsbanken zu beobachten, bei denen die ursprünglichen, egalitären Genossenschaftsprinzipien im täglichen Geschäft nur eine untergeordnete Rolle spielen. Dass die Genossenschaften lange Zeit aus der gewerkschaftlichen Diskussion in Deutschland verschwunden waren, hängt vor allem damit zusammen, dass das große gewerkschaftliche Gemeinwirtschaftsprojekt »Neue Heimat« und die »Coop AG«, vormals aus Konsumgenossenschaften hervorgegangen, in den 1980er Jahren im »kapitalistischen Sumpf« aus Korruption und persönlicher Bereicherung versanken.

Politische Handlungsoptionen zur Förderung solidarischer Genossenschaften

Um diese Entwicklung zu verhindern und den solidarischen Genossenschaftsgedanken zu bewahren, ist linke Politik gefragt.

Die UN-Generalversammlung hat die Bedeutung von Genossenschaften für Entwicklung und Armutsverringerung betont. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) beschloss 2002 eine Empfehlung an ihre Mitgliedsstaaten, der zufolge »die Förderung von Genossenschaften als eine der Säulen nationaler und internationaler wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung« angesehen werden müsse. Sie fordert die Mitgliedsländer weltweit auf, die rechtlichen Rahmenbedingungen festzulegen und die für die Stärkung von Genossenschaften wesentlichen Entwicklungsträger zu schaffen.

Dabei dürfen allerdings nicht die Genossenschaften den Rahmenbedingungen angepasst werden, um sie durch schleichende Angleichung an Kapitalgesellschaften wettbewerbsfähiger zu machen, wie es die EU und auch die Bundesregierung mitunter verfolgen – etwa indem die Möglichkeiten, Mehrstimmrechte für bestimmte Genossenschaftsmitglieder zu vergeben, oder »investierende Mitglieder« zuzulassen, ausgeweitet werden. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass ein solidarisches Wirtschaften ohne Selbstaussbeutung und ohne die Aushöhlung des Genossenschaftsgedankens gefördert wird. Beispiele für sinnvolle Maßnahmen sind etwa im italienischen Genossenschaftsrecht zu finden, in dem die Verpflichtung auf genossenschaftliche Ziele als Bedingungen für die Förderung festgeschrieben wurde.

Wichtige Eckpunkte zur Stärkung des Genossenschaftswesens sind: Genossenschaften müssen anderen Unternehmensformen bei der Fördermittelvergabe und bei Gründungsberatungen durch öffentliche Stellen gleichgestellt werden. Darüber hinaus muss es spezielle Förderprogramme für Genossenschaften geben, die den Umstand berücksichtigen, dass diese Unternehmen die Demokratisierung der Wirtschaft fördern und damit stets einen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. Im Bereich von Zukunftsinvestitionen und öffentlicher Auftragsvergabe sollten Genossenschaften bevorzugt gefördert werden, wenn sie wichtige Beiträge zum ökologischen und sozialen Umbau der Gesellschaft leisten.

Insbesondere sollten auch Betriebsübernahmen von Beschäftigten in Form von Genossenschaften bei Insolvenzen oder auch bei Nachfolgeproblemen in Eigentümerbetrieben sowohl finanziell, wie durch Beratungsstellen und Qualifizierungsprogramme gefördert werden. Dies ist in anderen Ländern längst der Fall.

In diesem Sinne sind die solidarisch organisierten Unternehmen Teil einer Bewegung für eine solidarische Wirtschaftsordnung.

Burghard Flieger

Sicherung der Daseinsfürsorge durch Genossenschaften

Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Gemeinden wird seit Beginn der verstärkten Privatisierungen wichtiger kommunaler Einrichtungen der Daseinsvorsorge abgebaut. In massiv wachsendem Maße ist dieses Phänomen seit 1990 zu beobachten. Der Finanzdruck führt zu Entscheidungen, die letztlich die Aufgabe jeglicher Gemeindefreiheit bedeuten.

Die staatlich subventionierte und staatlich mitorganisierte Privatisierung gehört zu den profitabelsten Formen der Kapitalverwertung. Privatisierungen erzeugen die gegenteiligen Wirkungen, mit denen sie begründet werden: Nicht mehr Wettbewerb, sondern Monopole entstehen. Die Kommunen werden nicht entlastet, sondern belastet, die Preise werden nicht niedriger, sondern steigen. Es entstehen keine neuen Arbeitsplätze, sondern Stellen werden abgebaut. Die Infrastruktur funktioniert nicht besser, sondern schlechter. Die vorhandene ökonomische Substanz, die in etwa einem Jahrhundert Reformkapitalismus geschaffen wurde, wird ausgezehrt. Sie spiegelt sich in Stadtwerken, Wasserwerken, Kliniken, Bahn- und Postgesellschaften, Schulen und Universitäten, Rathäusern und Kindergärten wider.

Damit findet eine unmittelbare kommunale bzw. regionale Wertschöpfung in diesen Sektoren nicht mehr statt. Mit der damit verbundenen Zentralisierung der Versorgung mit öffentlichen Gütern entzieht sich den BürgerInnen die Transparenz. Die Zusammensetzung von Strom-, Wasser-, und Abfallkosten bleibt ebenso verborgen wie die Herkunft und Nutzung von im Prinzip regional vorhandenen Gütern. Dies geht einher mit dem Wegfall von Möglichkeiten und Instrumenten zur Gestaltung des Sozialraums. Um dem entgegenzuwirken, müssen alle Formen des Wirtschaftens im Stadtteil (lokale Ökonomie) und Formen der Selbstorganisation aufgewertet werden.

Wer sich dabei auf die Alternative »staatlich oder privat« einlässt, sitzt in der Falle, die dem aktuellen Denken des politischen Mainstreams entspricht. Dabei spielt dies in Wirklichkeit heute keine entscheidende Rolle. Staatliche und kommunale Unternehmen orientieren sich seit über einem Jahrzehnt am Vorbild der Privaten. Bei Post und Bahn ist der Staat (noch) Hauptaktionär, aber Beschäftigte werden entlassen und NiedriglöhnerInnen werden eingesetzt – wie in rein privaten Konzernen. Gleichzeitig gibt es kleine Stadtwerke, die vorbildlich im Interesse der Bürgermehrheit arbeiten, jedenfalls soweit dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist.

Stützende Rahmenbedingungen einer sozialverantwortlichen Daseinsfürsorge

Die einzige wirkliche Alternative zur staatlichen Organisation der Daseinsfürsorge ist eine privatrechtliche Unternehmung: die Genossenschaft. Die Genossenschaft ist gesetzlich auf die Förderung ihrer Mitglieder verpflichtet. Sie muss nutzer- statt investororientiert handeln. Genossenschaften, die beispielsweise die Wasserversorgung oder die Abwasserentsorgung, die Energieversorgung oder andere Leistungen für die BewohnerInnen in ihrem Einzugsgebiet gemeinschaftlich regeln, gibt es aus der Geschichte noch immer zahlreich in Deutschland. Sie sind privat, funktionieren, sind nicht verschuldet, leben vom Engagement der BürgerInnen, der GenossInnen. Sie sind zu Recht Vorbild für zahlreiche Engagements gegen die laufenden Privatisierungen.

Historisch sind Genossenschaften geradezu klassische Infrastrukturleistungsträger. So gab es bereits 1910 allein in der Schweiz ca. 1.500 Energiewirtschafts-genossenschaften. So genannte Infrastruktur-Genossenschaften können in diesen Sektoren einen Beitrag zum bürgerschaftlichen Engagement und zur regionalen Strukturverbesserung leisten. Sie verbinden Mitbestimmung und Partizipation mit qualitativen Ansprüchen von Ökologie und einer an sozialen Kriterien ausgerichteten lokalen Ökonomie. Mittlerweile belegen eine Fülle neuer Beispiele, dass die regionale Daseinsvorsorge von den BürgerInnen vor Ort durchaus in Eigenregie zu übernehmen ist.

Genossenschaften stellen die einzige geeignete Form der Privatisierung dar. Als demokratische Wirtschafts- und Organisationsform sind sie für diese Zwecke eindeutig zu bevorzugen. Das lässt sich über die folgenden vierzehn Schritte sichern.

- In allen Fällen, in denen über Privatisierung nachgedacht wird, sollte vorrangig erst einmal über genossenschaftliche Modelle der Privatisierung nachgedacht werden: Nutzerorientierte Lösungen sind investororientierten Lösungen grundsätzlich vorzuziehen.
- Alle gesetzlichen Vorgaben, die bei einem Verkauf öffentlichen Eigentums durch Bieterverfahren oder Ausschreibungspflichten privaten internationalen InvestorInnen den Vortritt geben, müssen durch Einführung der Bevorzugung nutzerorientierter Lösungen verändert werden.
- Analog dem Mietrecht, dass zum Verkauf angebotene Wohnungen erst den MieterInnen anzubieten sind, muss dies auch für den Verkauf aller Infrastruktureinrichtungen bzw. Einrichtungen der Daseinsfürsorge verankert werden. Sind die NutzerInnen bereit, eine Einrichtung zu übernehmen, gilt es, dafür technische und finanzielle Lösungen zu entwickeln. Dafür ist genügend Zeit einzuräumen.
- Um der investororientierten Dominanz beim Verkauf von kommunalen Einrichtungen der Daseinsfürsorge etwas entgegenzusetzen, müssen aufbereitete Materialien zur Verfügung stehen, die
 - a) konzeptionell die Vorteile der nutzerorientierten Lösungen erläutern;
 - b) die negativen Folgen von Privatisierungen anhand von Beispielen veranschaulichen;
 - c) die positiven Beispiele von genossenschaftlichen Lösungen darstellen und für NachahmerInnen aufbereiten.
- Die Verbreitung genossenschaftlicher Lösungen der Daseinsfürsorge erfordert die Ausbildung von PromotorInnen, die diese politisch, fachlich, sozial und durch persönliche Überzeugung kommunizieren und umsetzen können.
- Neben einer rechtlichen Besserstellung nutzerorientierter Lösungen ist eine Informationsbroschüre speziell für KommunalpolitikerInnen zu erstellen, die ihnen genossenschaftliche Lösungen nahe bringt.
- Für die verschiedensten Bereiche der Daseinsfürsorge wie Wasser, Abwasser, Energieversorgung, Schwimmbäder, Krankenhäuser, öffentlicher Nahverkehr, Wohnungen sind tragbare genossenschaftliche Geschäftskonzepte und die einzelnen Wege der Übertragung auszuarbeiten.
- Für genossenschaftliche Lösungen bei der Übernahme kommunaler Aufgaben sind Finanzierungsmöglichkeiten und -konzepte seitens der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und des Bundes zu verabschieden. Ebenfalls sind Lösungen vorzulegen, so dass daraus resultierende Gewinne der Kommunen,

sobald sie zum Abbau von Verschuldung genutzt werden, nicht zu versteuern sind.

- Für Genossenschaften im Bereich der Daseinsfürsorge, die nutzerorientierte Lösungen verfolgen und ausschließlich das Mitgliedergeschäft betreiben, ist die Steuerbefreiung analog zur steuerbefreiten Vermietungsgenossenschaft bei Wohnungen einzuführen.
- Um das unternehmerische Alleinstellungsmerkmal von Genossenschaften für Angebote der Daseinsvorsorge zu unterstreichen, ist für diese die Einführung eines Förderberichts zu verabschieden. Jährlich muss ein Förderbericht vorgelegt werden, der über den Erfolg hinsichtlich der im Statut festgelegten Förderziele der Genossenschaft berichtet.
- Eine bundesweite Entwicklungsagentur für genossenschaftliche Lösungen ist einzurichten. Sie soll die effektive, nachhaltig wirkende Verbreitung des Genossenschaftsgedankens für die Daseinsfürsorge professionell umsetzen helfen.
- Aufgabe ist der Aufbau eines umfassenden Beratungs- und Qualifizierungsangebots für die Gründung und Stabilisierung von Genossenschaften der Daseinsfürsorge.
- Gemeinschaftliche Selbsthilfe in Form von Genossenschaften ist mit einem Instrumentarium ähnlich dem Gemeinnützigkeitsgesetz zu unterstützen, verbunden mit Erleichterungen bei Steuern, Abschreibungen, Auftragsvergaben etc. je nach Grad der Selbstverpflichtung gegenüber Benachteiligten und bezüglich gesamtgesellschaftlicher Interessen: Gewinnverzicht, Kapitalneutralisierung, ökologische und soziale Verantwortlichkeit.
- Gesetzlich sollte im Genossenschaftsgesetz die Funktion der fördernden GenossInnen (Mitglied ohne wirtschaftliche Vorteile) verankert werden. Zu verbinden ist dies mit der Anerkennung der steuerlichen Abzugsfähigkeit fördernder Genossenschaftsanteile, solange sie zinsfrei angelegt sind bzw. als Spende eingebracht werden.

Literatur

Bonow, Martin 2005: Befreiungsschlag für Städte und Gemeinden – Bürgergenossenschaft für kommunale Aufgaben, *Genossenschafts-Kurier* 2/05.

Cordes, Albrecht u.a. 2003: Stadt – Gemeinde – Genossenschaft. Festschrift für Gerhard Dilcher zum 70. Geburtstag, Berlin.

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)/DGRV (Hrsg.) 2004: Genossenschaften – Miteinander von Bürgern, örtlicher Wirtschaft und Kommunen, DStGB Dokumentation Nr. 40.

Flieger, Burghard 2003: Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft, Neu-Ulm.

Paul Singer

SENAES – Eine brasilianische Erfahrung der Politik Solidarischer Ökonomie

Einleitung

SENAES ist das Nationale Sekretariat Solidarischer Ökonomie im Ministerium für Arbeit und Beschäftigung (MTE) der brasilianischen Regierung. Es wurde per Gesetz gegründet und am 26.6.2003 auf Initiative des Präsidenten Lula und auf Bitten der damaligen Arbeitsgruppe Solidarische Ökonomie des Weltsozialforums geschaffen. Bevor die Aktivitäten von SENAES diskutiert werden, ist es sinnvoll, sie in den Kontext der Entwicklung Solidarischer Ökonomie in Brasilien zu stellen.

Ursprung und Entwicklung der Solidarischen Ökonomie in Brasilien

In den 1990er Jahren des letzten Jahrhunderts beginnt sich die Solidarische Ökonomie in Brasilien stark zu entwickeln. Ihr Ursprung findet sich in der Herausbildung der sozialen Bewegungen während des Niedergangs des Militärregimes, das bis 1985 andauerte. Diese Bewegungen wurden von der großen sozialen Krise erfasst, die von neoliberalen Politiken der Öffnung des Binnenmarktes für Importe, von der Erhöhung der Zinsen und dem Ausbleiben von Entwicklung ausgelöst wurde. Letztere wurde auf dem Altar der Preisstabilität geopfert. Aus entwicklungspolitischer Sicht waren die beiden letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts für Brasilien »verlorene Jahre«. Sie waren geprägt von Massenarbeitslosigkeit, Betriebschließungen und der Abnahme von Produktion und Beschäftigung.

Die Solidarische Ökonomie entsteht als Reaktion auf diese Krise, in Form von vielfältigen lokalen Initiativen: Die Caritas schafft (schon seit 1980) tausende alternativer Gemeinschaftsprojekte (PACs) unter der Parole »Die Solidarität befreit«. Die Bewegung der Landlosen (MST) geht seit Ende der 1980er Jahre dazu über, in den Agrarreformgebieten land- und viehwirtschaftliche Genossenschaften aufzubauen. Aus der Aktion »Bürger gegen den Hunger und das Elend« – der größten Massenbewegung der neueren Geschichte Brasiliens – entstehen Mitte der 1990er Jahre, die Innovationswerkstätten⁵ an den Universitäten. Aus der Umwandlung der insolventen Betriebe in Genossenschaften ihrer eigenen ArbeiterInnen entsteht um etwa dieselbe Zeit die »Nationale Vereinigung der

⁵ Incubadoras Universitárias de Cooperativas Populares

Arbeiter in Selbstverwalteten Betrieben« (ANTEAG)⁶ und einige Jahre später, die »Einheit und Solidarität der Genossenschaften« (Unisol).⁷ Man muss außerdem die Erweiterung der Stiftung »Unitrabalho« erwähnen, in der über 80 Universitäten organisiert sind.

Viele dieser Initiativen beginnen seit 1996, sich zueinander hin zu entwickeln auf Initiative der großen Gewerkschaftszentrale CUT, die sich in der Folge durch ihre eigene Agentur für Solidarische Entwicklung⁸ in den Kampf für die Solidarische Ökonomie begibt. 1997 geht diese Rolle auf die Unitrabalho über, und ab 2001 werden die aufeinander folgenden Weltsozialforen zu Kernmomenten. Sie bewirken, dass sich die Identität der Solidarischen Ökonomie (auch als »economia popular solidária«, »sócio-economia solidária« und andere Varianten) herauskristallisiert. In dem Maße wie sich die Kämpfe entwickelten, gab es eine zunehmende Anstrengung, die Theorie einer »anderen Wirtschaft« zu entwickeln, die auf der gemeinsamen Übernahme der Produktionsmittel durch Gemeinschaftsunternehmen beruht, z.B. in Form von Genossenschaften. Außer den produktiven Betrieben gehören die Tauschringe, die Mikrokreditorganisationen und die Fairtrade-Zusammenschlüsse zur Solidarischen Ökonomie.

2002 wurde Luiz Inácio Lula da Silva zum Präsidenten Brasiliens gewählt. Er war der einzige Präsidentschaftskandidat, der die Solidarische Ökonomie in sein Regierungsprogramm aufgenommen hatte. Daher war es folgerichtig, dass er sich entschied, der Forderung der Bewegung entgegenzukommen, im Arbeitsministerium das SENAES zu gründen. Ich wurde ebenfalls auf Vorschlag der Bewegung vom Präsidenten aufgefordert, das neue Sekretariat zu übernehmen. Zum Zeitpunkt meiner Amtsübernahme fand in Brasília das Dritte Nationale Plenum der Solidarischen Ökonomie in Anwesenheit von über 800 Delegierten aus den meisten Bundesstaaten statt. Bei diesem Anlass wurde das Brasilianische Forum Solidarischer Ökonomie (Fbes) geschaffen, das seither der wichtigste Kooperationspartner von SENAES ist.

SENAES: Zusammensetzung und Struktur

SENAES hat heute ein Team von fast 30 Personen, die in zwei Abteilungen organisiert sind: eine für Aufbau und die andere für Studien und Informationspolitik. Hinzu kommt das Büro des Sekretärs. Es gibt KoordinatorInnen für Mikrokredite und Vermarktung, für lokale solidarische Entwicklung, für Ausbildung in Solidarischer Ökonomie, für Studien (einschließlich der Kartierung der Solidarischen Ökonomie im ganzen Land) und für Informationspolitik. Die Aktionsrichtlinien

⁶ Associação Nacional dos Trabalhadores em Empresas de Autogestão (ANTEAG)

⁷ União e Solidariedade das Cooperativas

⁸ Agência de Desenvolvimento Solidário

werden in Plenarsitzungen des Teams diskutiert und von einem Leitungskomitee vorangetrieben, das aus dem Chef des Büros, den DirektorInnen der Abteilungen, dem Assistenten des Sekretärs und dem Sekretär besteht.

Das Fbes besitzt eine nationale Koordinierungskommission in Brasilia, die sich regelmäßig mit der Leitung der SENAES trifft. Unter den vielfältigen gemeinsamen Tätigkeiten, von Fbes mit SENAES ist das »Erste Nationale Treffen der solidarischen Betriebe« hervorzuheben, das im August 2004 unter Beteiligung von über 2.000 Personen realisiert wurde. Die Personen wurden in Treffen ausgewählt, welche in 27 Staaten durchgeführt worden waren. Im Juni 2006 wurde die »Erste Nationale Konferenz der Solidarischen Ökonomie« (Conaes) durchgeführt.

Das Brasilianische Forum entwickelt sich in bundesstaatlichen Foren, wodurch zunehmend Verbindungen innerhalb der organisierten Bewegung der Solidarischen Ökonomie entstehen. In mehreren Staaten gibt es auch Foren auf städtischer Ebene (Munizipien) und Mikro-Regionen, die eine gewisse Zahl an Munizipien zusammenführen. SENAES hat aktiv an der Herausbildung der bundesstaatlichen Foren zusammen mit den Regionalen Arbeitsämtern (DRT) teilgenommen, die das Arbeitsministerium in jedem Bundesstaat vertreten. Jedes DRT betreut einen Sektor der solidarischen Wirtschaft und handelt in direkter Kooperation mit SENAES. Die regionalen Delegierten haben die Herausbildung der Foren in den ärmsten und randständigsten Bundesstaaten im Norden und im Zentrum-Westen entscheidend unterstützt.

Um die Politik der Solidarischen Ökonomie der Bundesregierung zu leiten, wird ein Nationaler Rat der Solidarischen Ökonomie gebildet, der aus mehr als 50 VertreterInnen aus drei Bereichen zusammengesetzt ist: a) solidarische Betriebe, b) Ministerien und öffentliche föderale Banken und c) Organisationen der Zivilgesellschaft, die die Solidarische Ökonomie fördern oder ihr eine Priorität für die Arbeits- und Einkommensschaffung einräumen.

Gemeinschaftliche Entwicklung

Die SENAES will die Solidarische Ökonomie zu einem wichtigen Instrument des Kampfes gegen die Armut machen. De facto funktioniert sie bereits in diesem Sinne, wenn ArbeiterInnen einen Betrieb zurückerobern, in dem sie angestellt waren, oder wenn landlose Bauern ihr Land über die Agrarreform zurückerobern. Diese Art von Aktionen und ähnliche, geschehen im allgemeinen mit kleinen Gruppen von Personen oder Familien.

Die Kartierung der Solidarischen Ökonomie Brasiliens lokalisierte etwa 15.000 solidarische Betriebe, von denen 55% Vereine sind, 27% informelle Gruppen und nur 14% Genossenschaften. In ihnen arbeiten etwa 1,5 Millionen Menschen. Die Daten zeigen, dass die große Mehrheit der Betriebe sehr arm ist

und mit enormen Schwierigkeiten kämpft, sich über Wasser zu halten und voranzukommen. Es wird klar, dass der Kampf gegen die Armut, wenn er gelingen soll, sich nicht auf kleine isolierte Gruppen beschränken darf.

Der Kampf gegen die Armut muss auf territorialer Ebene – lokal oder regional – breit genug geführt werden, um einen Entwicklungsprozess mit einer Dynamik in Gang zu setzen, sodass er bestehen bleibt, ohne ständig von öffentlichen Mitteln von außen abhängig zu sein. Heute gibt es in Brasilien einen Erfahrungsreichtum, der zunächst mit Hilfe von außen geschaffen wurde. Aber nach einigen Jahren haben viele Projekte eine bessere Fähigkeit entwickelt, Kapital zu akkumulieren und so ihre Entwicklung autonom voranzubringen. Damit das geschieht, ist die gemeinsame Anstrengung der Aktiven in den Bewegungen erforderlich und die Solidarische Ökonomie ist die adäquate »Produktionsweise«, um diese Anstrengung zu unterstützen.

Die Alternative ist der Kapitalismus oder eine Entwicklung, die durch private Investitionen von außen gefördert wird. Sie kann einen Teil der ökonomisch aktiven Bevölkerung in Arbeit bringen, aber wird in unumgänglicher Weise einen beträchtlichen Teil ausschließen, dem dann die Rolle der Reservarmee zukommt. In dem Fall entsteht Entwicklung nicht aus einer kollektiven Anstrengung sondern aus einem privaten Kalkül einer kleinen Anzahl von KapitalbesitzerInnen. Was die solidarische Entwicklung von der kapitalistischen unterscheidet, ist, dass erstere alle mit einschließt, einfach weil das ihre Daseinsberechtigung ist. Letztere kann das nicht, denn wenn die Nachfrage nach Arbeitskraft dem Angebot entspräche, würde die Lohnerhöhung den Profit in Frage stellen bzw. eine Preis-Lohn-Spirale mit erschreckenden inflationären Effekten auslösen.

SENAES unterstützt verschiedene Erfahrungen gemeinschaftlicher Entwicklung, vor allem indem es lokale MultiplikatorInnen für die Solidarische Ökonomie ausbildet und sie dazu befähigt, die Rolle von Entwicklungs-AgentInnen auszuüben. Diese Unterstützung wird Quilombos (ländliche Schwarzen-gemeinschaften), Fischerdörfern, Agrarreformsiedlungen etc. zuteil. Außerdem ist SENAES stark für die Schaffung eines soliden Finanzsystems über die legale Regulierung des gelenkten produktiven Mikrokredits engagiert. Dies erreichte man 2005. Außerdem hat die Regierung verschiedene Steuer- und Finanzpolitiken zur Unterstützung der Mikrobetriebe und kleinen Betriebe eingeführt, die eine solidere Basis für die solidarische gemeinschaftliche Entwicklung darstellen.

Bildung von Netzwerken

Eine weitere von SENAES vorangetriebene Politik ist die Unterstützung bei der Bildung von Netzwerken aus solidarischen Betrieben. Es gibt verschiedene Initiativen in dieser Richtung. Eine davon ist die materielle Unterstützung der

Vermarktung der Produkte von Betrieben auf lokalen, regionalen und seit kurzer Zeit auch auf bundesstaatlichen Märkten. 2005 wurde in Santa Maria (Rio Grande do Sul) ein alljährlicher Markt durchgeführt, der die Länder des Mercosur einschloss. Dutzende Unternehmen der verschiedenen Länder haben an ihm teilgenommen. Neben kommerziellen Tätigkeiten finden eine Reihe anderer Veranstaltungen auf den Märkten statt, einschließlich Seminaren, Debatten und Kursen, die die Verbindungen zwischen den Unternehmen stärken und es ermöglichen, die Organisation des systematischen dauerhaften Austausches unter ihnen einzuüben.

Ein Beispiel ist die »Kette der Bio-Baumwolle«, die mit den BäuerInnen aus Ceará (Nordosten) beginnt, die Baumwolle produzieren und die Rohbaumwolle vom Kern trennen. Diese Rohbaumwolle wird in einem von seinen ArbeiterInnen zurückeroberten Betrieb gesponnen und in einem anderen ebenfalls zurückeroberten Betrieb gewebt. Der Stoff wird dann von verschiedenen Genossenschaften verarbeitet. Letztere produzieren Kleidung mit dem Label »Gerechtes Gewebe«, das kürzlich seine ersten Modelle auf einer Modenschau in Rio de Janeiro lancierte.

Diese Kette führt von Norden nach Süden durch Brasilien und erlaubt eine Verbesserung der Qualität der Produktion und der Erträge in jedem Glied der Kette.

Ausbildung in Solidarischer Ökonomie

Als SENAES Teil der Bundesregierung wurde, hatten wenige Mitarbeiter im öffentlichen Dienst eine hinreichende Kenntnis davon, was Solidarische Ökonomie wohl sein könne. Die Mehrheit hatte schon davon gehört, aber besaß nur eine vage Vorstellung. Das Sekretariat organisierte systematische Kurse für die Angestellten im öffentlichen Dienst nicht nur auf der Ebene des Landes sondern auch in den Bundesstaaten und Municipien, die ebenfalls Politiken der Solidarischen Ökonomie verfolgen. Die Kurse kombinieren den Unterricht über Vorträge von MultiplikatorInnen und AktivistInnen der Solidarischen Ökonomie mit Forschungen auf dem Land, die die SchülerInnen durchführen. Die Resultate übersteigen die Erwartungen, sowohl was die Erweiterung des Wissens der SchülerInnen anbetrifft als auch was ihr Bewusstsein und ihre Überzeugung von Solidarischer Ökonomie angeht.

Diese Aktivität weitet sich aus und wird von den Angestellten der DRT übernommen, sie wird von den Mitgliedern der Leitungskomitees für die Kartierung der Solidarischen Ökonomie in den Bundesstaaten mitgetragen, von den VolksbildnerInnen, die die Mobilisierung für die Durchführung des »Null Hunger«-Programms durchführen, von Angestellten der Banco do Brasil, die im Programm der »Regionalen Nachhaltigen Entwicklung« tätig sind und von

anderen Akteuren, die die Solidarische Ökonomie in allen Teilen des nationalen Territoriums vorantreiben.

Die Verbreitung der Solidarischen Ökonomie wird auch von einer ständig wachsenden Anzahl von Universitäten praktiziert, die Innovationswerkstätten betreiben, so genannte Inkubadoras für Volksgenossenschaften. Zur Zeit gibt es 33 davon, weiterhin hat das Nationale Programm für Inkubatoren – Proninc bereits ein Programm zur Unterstützung der Ausbildung für neue Inkubatoren in über 40 Universitäten verabschiedet und wird in Kürze einen erneuten Aufruf für den Aufbau von Inkubatoren in den randständigsten und ärmsten Gebieten des Landes machen. Die Entwicklung des Nationalen Inkubatoren-Programms betreibt SENAES zusammen mit den Ministerien für Wissenschaft und Technologie (MCT) und für Soziale Entwicklung (MDS), mit der Banco do Brasil, der Stiftung Banco do Brasil und mit Coepe (Komitee von öffentlichen Institutionen für die Aktion der Bürger gegen Hunger und Elend).

Die Kartierung der Solidarischen Ökonomie

Von Anbeginn an setzte sich SENAES als eines seiner grundlegenden Ziele, die Kenntnis der Realität der Solidarischen Ökonomie in Brasilien zu fördern. Das erforderte die Mobilisierung der ForscherInnen und AusbilderInnen der Universitäten, die sich schon mit dem Thema befassten. Der Strom von Dissertationen und Diplomarbeiten über die Solidarische Ökonomie hat in den letzten Jahren unaufhörlich zugenommen. Daher war es nicht schwer, eine adäquate Anzahl von WissenschaftlerInnen zusammenzubekommen, um die Solidarische Ökonomie in ganz Brasilien zu kartieren.

Um die Erhebung zu beginnen, war es notwendig, einheitlich zu konzeptualisieren, was wir unter Solidarischer Ökonomie verstehen. Natürlich gibt es ein ideales Konzept von Solidarischer Ökonomie, das eine postkapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft entwirft. Aber sehr wenige Betriebe und Agenturen für Entwicklung entsprechen in der Praxis ganz diesem Ideal. Auf der anderen Seite gibt es viele Organisationen, die Charakteristika der Solidarischen Ökonomie haben, aber weit davon entfernt sind, der Identität zu entsprechen, die die Bewegung prägt. Daher war es erforderlich, viele Diskussionen zu organisieren, um zu einem Konsens über die minimalen Bedingungen dafür zu gelangen, wann ein Kollektiv, sei es von ArbeiterInnen oder von AktivistInnen, als Teil der Solidarischen Ökonomie definiert werden kann. Diese Arbeit der Formalisierung der Identität der Solidarischen Ökonomie stellte einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung der Solidarischen Ökonomie dar.

Während des Kartierungsprozesses, der über ein Jahr in Anspruch nahm, gelang es, viele Betriebe zu identifizieren, die Solidarische Ökonomie praktizieren, ohne zu wissen, was sie tun. Während der Kartierung hat die SENAES

eine Informationskampagne über Solidarische Ökonomie durchgeführt, vor allem zusammen mit den ärmsten und am stärksten an den Rand gedrängten Bevölkerungsteilen. Das hat es ermöglicht, eine beträchtliche Menge von informellen Gruppen und Vereinigungen in die Solidarische Ökonomie einzubeziehen, die zusammen arbeiten und Entscheidungen, Verantwortung und Resultate ihrer Aktivitäten miteinander teilen.

Weitere Aktivitäten von SENAES

SENAES arbeitet in Kooperation mit verschiedenen Ministerien. Mit dem Gesundheitsministerium betreibt es die Gründung von sozialen Genossenschaften mit Entlassenen aus psychiatrischen Kliniken (die geschlossen werden) und mit anderen »Behinderten«. Mit dem Bildungsministerium arbeitet SENAES zusammen, damit die Solidarische Ökonomie in das Curriculum der Kurse eingeht, die für Jugendliche und Erwachsene angeboten werden, z.B. bei EJA, einem Programm der Bundesregierung für Personen, die ihre formale Schulbildung nicht abgeschlossen haben. Da die meisten Personen, die am EJA teilnehmen, aus unteren Einkommensgruppen stammen und keine bezahlte Arbeit haben, kann die Unterrichtung in Solidarischer Ökonomie ein Instrument für ihre soziale Wiedereingliederung sein.

Dieselbe Art der Kooperationsbeziehung hat SENAES mit der »Nationalen Bank für Wirtschaftliche Entwicklung« (BNDES),⁹ bei der Finanzierung von wiederhergestellten Betrieben und Organisationen für Mikro-Kredit; mit der »Bank des Brasilianischen Nordostens von Brasilien« (BNB)¹⁰ bei der Unterstützung von rotierenden Fonds, die die lokale Entwicklung in der ärmsten Region Brasiliens unterstützen; mit den Nationalen Sekretariaten für Fischerei, Tourismus und Sozialpolitik für die ethnische Gleichheit, jeweils um die Entwicklung der Solidarischen Ökonomie zu fördern als Waffe im Kampf gegen die Armut.

Unter den politischen Aktionen von SENAES ist die Vorbereitung eines Gesetzesprojektes für die Regulierung der Arbeitsgenossenschaften besonders wichtig. Damit soll vermieden werden, dass sie von UnternehmerInnen dazu benutzt werden, ihren ArbeiterInnen die ArbeitnehmerInnenrechte zu entziehen. Das Gesetzesprojekt wird in Kürze durch eine öffentliche Anhörung gehen, um dann nach der erforderlichen Perfektionierung in den Kongress geschickt zu werden. SENAES ist zusammen mit dem Fbes im Zusammenhang mit einem allgemeinen neuen Gesetz zum Genossenschaftswesen in Brasilien in die Auseinandersetzung um die beiden Strömungen des Genossenschaftswesens

⁹ Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico Social

¹⁰ Banco do Nordeste do Brasil

involviert – den ArbeiterInnen-genossenschaften und den UnternehmerInnen-genossenschaften.

Schlussfolgerungen

Was kann man aus all diesem schließen? Zunächst dass die Solidarische Ökonomie sich in Brasilien in eigener Dynamik entwickelt. Die Dynamik wird in dem Maße stärker, in dem sie größere Dimensionen gewinnt und sich durch die Herausbildung neuer Institutionen für Produktion, Tausch und Kredit diversifiziert. Die Solidarische Ökonomie würde sich auch dann weiter entwickeln, wenn es von Seiten der lokalen, regionalen und nationalen Regierungen keine Unterstützungspolitiken gäbe. Aber diese Politiken sind entscheidend, um den Ärmsten zu helfen, sich selbst zu organisieren und gemeinsam Arbeit auszuüben und Einkommen zu erhalten. Nur öffentliche Fonds können die Solidarische Ökonomie zu denen bringen, die sie am meisten brauchen.

Die Aktionen der SENAES waren wahrscheinlich entscheidend dafür, dass die Bundesregierung sich insgesamt mit der Solidarischen Ökonomie befasst hat. Vor der Schaffung der SENAES, am Ende des ersten Semesters der Regierung Lula hatten verschiedene Ministerien und Sekretariate bereits über die Solidarische Ökonomie als Instrument ihrer Politiken nachgedacht. Aber SENAES hat diesen Bemühungen einen gemeinsamen Fokus verliehen und versucht, eine Synergie zwischen ihnen zu schaffen. Die Ausbildung der Angestellten, die Kartierung, die Unterstützung der Märkte und die großen Treffen der Bewegung haben einen Raum geschaffen, in dem sich die Aktionen der Ministerien, Sekretariate und Banken wieder finden und wieder erkennen können.

Mit der Gründung des Sekretariats und des Nationalen Rates der Solidarischen Ökonomie kann man erwarten, dass die Solidarische Ökonomie zu einem permanenten Teil der Aktivitäten des brasilianischen Staates wird. Natürlich wird die politische Orientierung der nächsten Regierungen einen enormen Einfluss auf die Qualität und Richtung dieser Aktionen haben. Eine konservative Regierung könnte zum Beispiel die Politik der Solidarischen Ökonomie auf Sozialprogramme übertragen, die unter der Verantwortung von großen Firmen laufen. Auf der anderen Seite ist es sinnvoll zuzugeben, dass die Resultate der Politiken von SENAES in gewisser Weise dazu beitragen müssen, dass das brasilianische Volk Regierungen wählt, die ihm eine Kontinuität geben.

In dem Maße wie die anderen Regierungen (vor allem in Südamerika) auch die Solidarische Ökonomie als eines ihrer Ziele übernommen haben, haben sich in der letzten Zeit die Aktivitäten von SENAES über die Grenzen des Landes hinaus ausgedehnt. In diesem Sinne sind die Regierungen von Nestor Kirchner in Argentinien und die von Hugo Chavez in Venezuela hervorzuheben. Beide haben Organe analog zu SENAES gebildet und ähnliche Politiken Solidarischer

Ökonomie entwickelt, vor allem in Bezug auf den Kampf gegen die Armut. Es erscheint wahrscheinlich, dass andere Länder des Kontinents wie Bolivien und Uruguay in Kürze zu dieser Gruppe hinzu kommen und damit die Perspektive eröffnen, dass die Solidarische Ökonomie zu einer übernationalen Realität im Bereich des Mercosur wird.

Der Austausch von SENAES mit den Organisationen der Solidarischen Ökonomie verschiedener europäischer Länder ist im Gange, jedoch sehr begrenzt durch die Überlastung des sehr kleinen Teams des Sekretariats. Wenn man bedenkt, dass es erst seit zweieinhalb Jahren besteht, dann kann man sich der Schlussfolgerung nicht verschließen, dass es nicht wenig ist, was erreicht wurde, aber dass sehr viel mehr noch zu tun ist, damit das Potenzial der Solidarischen Ökonomie in Brasilien und in unseren Nachbarländern gehoben wird.

*Aus dem brasilianischen Portugiesisch von
Clarita und Urs Müller-Plantenberg*

■ Anhang

Formen Solidarischer Ökonomie

Lebensmittel/Konsum/Vermarktung

Regionale Vermarktung
 Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVGs)
 community-supported-agriculture/Teikei (Gemeinschaftshof)
 Konsumgenossenschaften, Mitgliederläden, Neue Dorfläden
 Food-Coops
 Café- und Kneipenkollektive, Kochkollektive, Volksküchen
 Vermarktungskoooperativen
 Raiffeisen u.v.a.

Subsistenzwirtschaft/Selbstversorgung

Urban Gardening, Community Gardening
 Interkulturelle Gärten

Wasser/Alternative Energien

Wasser- und Abwassergenossenschaften
 Energiegenossenschaften
 Bürgerwindräder, Bürgersolarprojekte

Wohnen

Gemeinschaften und Wohnprojekte (z.B. alt & jung)
 Wohnungsgenossenschaften
 Selbstbau-Initiativen
 Ökodörfer und alternative Siedlungen
 Hausbesetzungen, Wagenplätze

Dienstleistungen/Kultur

Freie und alternative Schulen und Kindergruppen
 Bildungskollektive und alternative Tagungshäuser
 Medien- und KünstlerInnenkollektive
 Handwerkskollektive; Selbständigen-Genossenschaften
 Alternative Verlage, Druckereien, Buchläden, Archive
 Selbstorganisierte Medien, Zeitungs-Genossenschaften
 (Sozio-)kulturelle Zentren
 Assistenzgenossenschaften

Soziale Dienstleistungskooperativen

Reiseunterkunftsnetzwerke auf Gegenseitigkeit
Fairsicherungsäden
Selbsthilfegruppen
Nachbarschaftshilfe

Geld/Tausch

Tauschringe, Wissensbörsen
Pflegetauschsysteme (Hureai Kippu)
Regionalwährungen
Lokale Banken
Ethische Geldanlagen

Gemeinsame Nutzung

Allmende
Nutzungsgemeinschaften
Car Sharing, Mitfahrzentralen, Trampen
»book crossing«
Gemeinschaftliche Werkstätten/Ateliers, z.B. Fahrradselbsthilfewerkstätten

Eigentumsformen

Kooperativen
Genossenschaften
Belegschaftsübernahmen
Landbesetzungen
Community Land Trusts
Kommunen (gemeinsame Kasse sowie Wohngebäude und ggf. Betriebe)
Gemeinwesenbetriebe
Freies Wissen: Kultur, Software, Internet-Infos, Bücher, (Heil-)Pflanzen
Gratisökonomie: z.B. Umsonstläden

Solidarische Ökonomie über Grenzen

Kooperativen über Grenzen (z.B. »Just Change«)
fairer/alternativer Handel (z.B. Kaffee oder öko-faire Kleidung)
Alternativa Bolivariana para las Américas (ALBA)

Diskutierte Alternativen zur Förderung Solidarischer Ökonomie

Abbau von Subventionen für den »unsolidarischen Sektor«

Bevor man über förderliche Rahmenbedingungen für die Solidarische Ökonomie nachdenkt, muss die Abschaffung mindestens der einseitigen Subventionierung des kapitalistischen Sektors in den Blick genommen werden. Dazu zählen:

- Ökologische und soziale Kosten ökonomischen Handelns müssen internalisiert werden. Die heutige Externalisierung dieser Kosten ist eine hohe Subvention.
 - Niedrige Energiepreise und diverse Steuerbefreiungen im Energiebereich
 - Private Aneignung von Rohstoffen und anderen knappen Naturgütern
 - Kostenlose Verschmutzung öffentlicher Güter
 - Kosten für gesundheitliche Schäden am Arbeitsplatz, Frühverrentung, Verkehrsoffer u.ä. werden von Krankenversicherung getragen
- Förderung des privaten Eigenheimbaus und -erwerbs im Gegensatz zu Einschränkungen bei genossenschaftlichem und sozialem Wohnungsbau.

Diskriminierung von Selbstorganisation beenden

Die genossenschaftliche Rechtsform – insbesondere über die hohen Gründungs-, Prüfungs- und Prüfungsverbandskosten – ist vielfältig diskriminiert. Der selbstständige Unternehmer wird bei der Arbeitsmarktförderung oder Wirtschaftsförderung besser behandelt als eine Gruppe von GenossenschaftlerInnen.

Angriffe auf den solidarischen Sektor abwehren

Auf europäischer Ebene werden derzeit eine ganze Reihe von Maßnahmen geplant, um Genossenschaften und soziale Unternehmen schlechter zu stellen. So wurde bereits Italien gezwungen, das Marcora-Gesetz zur Förderung genossenschaftlicher Belegschaftsübernahmen abzuschwächen. Weitere Angriffe sind am Laufen, darunter:

- Die steuerliche Behandlung von Genossenschaften wie privatkapitalistische Unternehmen trotz ihrer Eigenheiten und positiven externen Effekten.
- Im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie soziale Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen zu behindern.
- Genossenschaften sollen zwangsweise für private Investoren geöffnet werden.
- Im Rahmen der Neufassung der internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IAS) wird das genossenschaftliche Eigenkapital bedroht.

Regiogeldinitiativen ständig bedroht von der Bundesbank

Regiogeld in Form von Gutscheinen steht ständig in der Gefahr wegen Eingriffs in das Geldmonopol verboten zu werden. Hier wäre zumindest eine Rechtssicherheit für die Initiativen herzustellen.

Größe und Bedeutung des Sektors der Solidarischen Ökonomie sichtbar machen

In den Wirtschaftsprogrammen der Parteien taucht die Beschäftigung durch nicht-profitorientierte, nicht-staatliche Unternehmen und Einrichtungen kaum auf, obwohl alleine in Deutschland rund zwei Millionen Menschen hier Erwerbsarbeit finden. Das gleiche betrifft die öffentliche arbeitsmarktpolitische Diskussion und die Arbeitsmarktberichterstattung. Der Sektor Solidarischer Ökonomie muss ebenso wie der »Dritte Sektor« sichtbar gemacht werden. Dazu können regelmäßige Berichte oder Kommissionen helfen.

Sozial-ökologische Auflagen bei Vergabe öffentlicher Aufträge

In Italien werden viele öffentliche Aufträge so ausgeschrieben, dass der Sektor der Sozialkooperativen besondere Chancen hat. Damit werden Steuermittel doppelt ihrem gesellschaftlichen Zweck zugeführt. Es werden nicht nur öffentliche Güter bereitgestellt, sondern auch der Prozess der Bereitstellung selbst fördert soziale Ziele.

Belegschaftsübernahmen

In Italien gibt es einen förderlichen gesetzlichen Rahmen für Belegschaftsübernahmen (Marcora-Gesetz). Neugegründete Genossenschaften bekommen Investitionshilfen, u.a. entsprechend der eigenen Einlagen der GenossInnen und aus der Arbeitslosenversicherung. Mit den finanziellen Hilfen ist eine betriebswirtschaftliche Begleitung des Übernahmeplans als auch des Managements nach der Übernahme verbunden.

Grundsätzlich braucht es einen solchen förderlichen Rahmen sowohl bei Belegschaftsübernahmen im Zuge eines Konkurses als auch bei Nachfolgeproblemen in Familienunternehmen.

Privatisierung öffentlichen Eigentums: nur als Übernahmen durch die NutzerInnen

Wenn öffentliches Eigentum privatisiert wird, so darf dies nur in die Hände von Genossenschaften geschehen, die für neue Mitglieder offen sind und allen Mitgliedern zu gleichen Bedingungen Zugang zu öffentlichen Gütern wie Wasser, Energie, Wohnen garantieren. Die Bedingungen für solche Übernahmen gilt es entscheidend zu verbessern.

Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung

Beide orientieren sich am Leitbild des selbständigen, männlichen Unternehmers mittleren Alters und weißer Hautfarbe. Frauen, MigrantInnen, Junge und Ältere wie auch Genossenschaften, Vereine und Gemeinschaftsprojekte werden kaum beraten und unterstützt. Förderungen von »Ich-AGs«, Eingliederungszuschüsse, Überbrückungsgeld usw. stehen solchen »Wir-eG« kaum zur Verfügung.

KfW u.a. öffentliche Finanzierungsprogramme

Für beides gilt ähnliches wie bei Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderungsprogrammen.

Entwicklungsagenturen für Genossenschaften

In vielen Ländern gibt es Entwicklungsagenturen für die Solidarische Ökonomie. Die Erfahrung zeigt, dass ihre Arbeit am wirksamsten ist, wenn sie nicht nur einzelne Unternehmungen unterstützen, sondern den Aufbau von Gruppen/Netzwerken von Projekten Solidarischer Ökonomie (Consortia in Italien, Mondragon-Gruppe). Sie könnten zudem mobilisierende Planungsprozesse verwenden, wie »Planning for real« oder Regionalanalysen.

Gründungszentren für Solidarische Ökonomie

Öffentlich geförderte Gründungszentren für Projekte Solidarischer Ökonomie können bei kollektiven GründerInnen wirksam helfen.

Aus- und Weiterbildungsangebote für Solidarische Ökonomie

Bildungsangebote in diesem Bereich kann man an deutschen Hochschulen mit der Lupe suchen. Die Bildungsangebote des alten Genossenschaftswesen haben sich von den genossenschaftlichen Zielen entfernt und kümmern sich wenig um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme junger Gemeinschaftsinitiativen. Hier besteht doppelter Nachholbedarf, nicht nur auf Seiten des Staates.

Nationale und Regionale Foren und Räte für Solidarische Ökonomie

In Brasilien existieren regionale und nationale Räte für Solidarische Ökonomie. Auf nationaler Ebene wurde außerdem ein Rat für Solidarische Ökonomie eingerichtet, an dem VertreterInnen von Staat, Netzwerken und der Solidarischen Ökonomie teilnehmen. Auch in Polen, Spanien, Quebec, Costa Rica und im Baskenland gibt es ähnliche Strukturen, ebenso in Frankreich unter der Regierung Jospin.

Nationale Regierungssekretariate für Solidarische Ökonomie

Wie in Frankreich (Regierung Jospin) und Brasilien...

Absicherung der Genossenschaften in der Verfassung

In Spanien, Portugal und Italien ist die Förderung der Genossenschaften sogar in der Verfassung festgeschrieben.

»Eigene Strukturen schaffen«**Förderung durch Gewerkschaften und soziale Bewegungen**

Solidarische Ökonomie ist immer dann stark geworden, wenn sie in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen unterstützt wurde. Heute jedoch sind in Deutschland sowohl Gewerkschaften als auch die aktuellen sozialen Bewegungen recht distanziert gegenüber dem Solidarischen Wirtschaftssektor.

Schlagkräftige, aktive und sichtbare Vertretung der Solidarischen Ökonomie

Über all die möglichen gesetzlichen und sonstigen Rahmenbedingungen für Solidarische Ökonomie zu wissen, ist eines; sie durchzusetzen, etwas anderes. Die wichtigste Voraussetzung ist, in Deutschland eine durchsetzungsfähige, aktive und sichtbare Vertretung des Sektors zu schaffen. Diese dürfte nicht an ein politisch-kulturelles Milieu gebunden sein. Die der Interessenvertretung zugrundeliegenden Ziele und Definition Solidarischer Ökonomie dürfen weder zu beliebig noch zu eng sein. Die inneren Strukturen müssen demokratisch und offen sein, jenseits verschlafenen Verbandswesens deutscher Provenienz. Einige der oben dargestellten Instrumente der Rahmenbedingungen sind nicht einfach vom Staat zu organisieren, sondern von Zusammenschlüssen und Netzwerken der Bewegung für Solidarische Ökonomie selbst. Das gilt besonders für die Bildungsangebote, aber auch die Entwicklungsagenturen. Die öffentliche Hand kann dies jedoch fördern.

Finanzielle Solidarität im Sektor

Im Bereich der gemeinschaftlichen Verwaltung von Gütern besteht laufend die Gefahr, dass eine Gemeinschaftsgeneration sich die gemeinsamen Güter aneignet. Das kann im schlimmsten Falle Privatisierung oder korrupte Aneignung bedeuten. Es kann aber auch bedeuten, dass von früheren Generationen kollektiv angeeignete Güter ohne Solidarität mit neuen NutzerInnen verwendet werden. So haben viele Wohnungsgenossenschaften aufgehört, neue Wohnungen zu bauen und beschränken sich auf die Vermietung oder gar günstigen Verkauf des kollektiven Eigentums. Hier wären Bestimmungen sinnvoll, die Solidarität auf Dauer sichern. Dazu tragen z.B. revolvingende Risikokapitalfonds bei, die die Förderung eines Projekts von der Zusage der Förderung anderer Projekte in der Zukunft abhängig machen.

Die Autorinnen und Autoren

Giovanni Acquati, Präsident der International Association of Investors in the Social Economy/INAISE und europäischer Delegierter im Réseau Intercontinental de Promotion d'Economie Sociale et Solidaire/RIPRESS. Er war Gründer und langjähriger Vorsitzende von MAG 2, Mailand, der ersten Genossenschaft für Solidarische Finanzierungen in Italien, sowie Mitbegründer der Banca Popolare Etica.

Elmar Altwater, von 1970 bis 2004 Professor am Otto Suhr Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, Autor unter anderem von »Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen« (Münster 2005) und »Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der EU in der globalisierten Welt« (Münster 2007, mit Birgit Mahnkopf), Herausgeber (mit Nikola Sekler) von »Solidarische Ökonomie« (Hamburg 2006).

Oliver Bierhoff, Dr. phil., Soziologe, Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der Universität Münster und am Zentrum für Methodenlehre der Universität Flensburg, freier Mitarbeiter im »Projekt Solidarische Ökonomie« (projekt@solidarische-oekonomie.net) am Institut für Soziologie in Münster.

Heike Birkhölzer, Dipl. Ing. für Stadt- und Regionalplanung, Projektmanagerin der Berliner Entwicklungsagentur für Soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie BEST in Pankow, www.soziale-oekonomie.de/www.technet-berlin.de.

Karl Birkhölzer, Leiter der Interdisziplinären Forschungsgruppe »Lokale Ökonomie« und Vorstandsvorsitzender von Technologie-Netzwerk Berlin e.V.

Kristina Bayer, Soziologin, seit 1989 Arbeiten zu sozialen Bewegungen in Brasilien, Mitgründerin zahlreicher solidarökonomischer Projekte in Berlin, promoviert z.Zt. an der Universität Kassel zu Solidarischer Ökonomie und Regionalentwicklung.

Marlis Cavallaro, Dipl. Päd. HP, war 25 Jahre beruflich und »ehrenamtlich« im Bereich Selbstverwaltung (Vernetzung, Außendarstellung, Übersetzung, Theorie, Kultur) tätig. Heute »Hauptjob« Pflegeperson; Nebenjobs: Netz-Vorstand, Heilpraktikerin/Gesundheitstrainerin.

Sam Chelladurai arbeitet seit mehr als 20 Jahren als Psychologe und Gemeinwesenarbeiter in ländlichen Regionen in zwei Bundesstaaten Südindiens, Karnataka und Tamil Nadu. Er ist Gründer und Direktor von Anekal Rehabilitation, Education and Development (READ) Centre, Bangalore. Siehe auch: www.readcentre.org.

Norman Chipakupaku kommt aus Sambia und ist Direktor von Trade Africa 2000plus Ltd. mit Sitz Hawick, Schottland, einer Fair Trade Organisation für die Zusammenarbeit von Genossenschaften in Afrika und Europa. Er

ist Mitarbeiter am Social Enterprise Institut der Heriot Watt University in Edinburgh sowie des Cooperative College U.K.

Judith Dellheim, Dr. oec., Sprecherin der AG Wirtschaftspolitik DER LINKEN, freie Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, aktiv in der Sozialforumsbewegung, Autorin gesellschaftswissenschaftlicher Beiträge.

Ulrich Duchrow, Prof. Dr., apl. Professor für systematische und Sozialtheologie, Universität Heidelberg, Mitbegründer und Vorsitzender von Kairos Europa, Veröffentlichungen besonders zu Theologie-Ökonomie.

Kai Ehlers studierte Geschichte, Publizistik und Theaterwissenschaften in Göttingen und Berlin, war aktiver Teil der APO von 1968. Lebt seit 1971 als politischer Journalist in Hamburg. Publikationen: »Erotik des Informellen, Impulse für eine andere Globalisierung aus der russischen Welt des Kapitalismus. Von der Not der Selbstversorgung zur Tugend der Selbstorganisation (...)«, edition 8 (2004) sowie »Grundeinkommen für alle – Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft«, Pforte/Entwürfe, 2006. Siehe auch www.kai-ehlers.de.

Susanne Elsen, Prof. Dr. phil., ist Dekanin der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaft an der Hochschule München und wissenschaftliche Leiterin des europäischen Masterstudiengangs »Gemeinwesenentwicklung, Quartiermanagement und Lokale Ökonomie« (www.macd.hm.edu). Kontakt: elsen@hm.edu

Dagmar Embshoff hat Geographie (Schwerpunkte Regionalentwicklung und internationale Umweltpolitik) sowie Erwachsenenbildung studiert. Sie ist im Vorstand der Bewegungsakademie e.V., lebt und arbeitet im Ökozentrum Verden und hat den Kongress »Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« koordiniert. 2007 absolvierte sie eine Fortbildung bei der innova eG als Genossenschaftliche Projektentwicklerin.

Burghard Flieger, Dr., Freiburg, Vorstand und wissenschaftlicher Leiter der innova eG, Kontakt genossenschaft@t-online.de, seit 30 Jahren Betreuung von Genossenschaftsgründungen, Dozent an den Fachhochschulen Freiburg und München.

Philipp Gerber, als Gründungsmitglied der Züricher Gruppe »Direkte Solidarität mit Chiapas« oft in Mexiko unterwegs. Seit 1999 vertreibt die »Direkte Solidarität mit Chiapas« den Bio-Kaffee der zapatistischen Kooperative Mut Vitz unter dem Namen »Café RebelDía«. Mit einer Feldforschung bei den zapatistischen Kaffeebauernfamilien schloss er 2004 das Ethnologiestudium an der Universität Zürich ab.

Sven Giegold, Wirtschaftswissenschaftler, gehört zu den Gründern von Attac Deutschland. Er war jahrelang Mitglied im Attac-Koordinierungskreis und lebt und arbeitet in Projekten Solidarischer Ökonomie in Verden.

- Friederike Habermann*, Dr. phil., Ökonomin und Historikerin, lebt von allerlei sowie von Umsonstökonomie und auf dem Kesselberg bei Berlin.
- Regine Hassenpflug*, Dipl.-Agraringenieurin, lebt mit Familie in Mittelhessen und arbeitet selbstständig als Internetprogrammiererin und Gärtnerin. War im Aufsichtsrat der Wassergenossenschaft Schönstadt-Schwarzenborn.
- Muriel Herrmann*, Dipl.-Umweltwissenschaftlerin, arbeitet als freie Mitarbeiterin für den Regiogeld e.V. und koordiniert die Begleitforschung zu den Regiogeld-Initiativen. Daneben führt sie die Geschäftsstelle des Institute for Earth Education Deutschland e.V.
- Uwe Hoering*, freier Journalist und Publizist, arbeitet zu entwicklungs- und umweltpolitischen Fragen, darunter zu Privatisierungen im Wassersektor. Autor mehrerer Bücher, darunter »Das Wasser-Monopoly« (Rotpunkt, 2003, zusammen mit Lisa Stadler), »Vorsicht: Weltbank« (VSA 2007) sowie »Agrar-Kolonialismus in Afrika. Eine andere Landwirtschaft ist möglich« (VSA 2007)
- Giulia Galera*, Mitarbeiterin am Institut zur Erforschung des Non-Profit-Sektors, Universität Trento.
- Gregor Kaiser*, aktiv in der BUKO Kampagne gegen Biopiraterie und im Oscar-Romero-Haus e.V. Bonn.
- Erdmuthé Klaer* koordiniert die europäischen Projekte des REVES Netzwerks zur Förderung von lokalen Partnerschaften. Zudem ist sie zuständig für die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Organisationen sowie verschiedenen EU-Institutionen.
- Malte Klar*, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland. Er promoviert und arbeitet als Psychologe und Coach in sozialen Bewegungen.
- Ewa Leś*, Professorin für Politische Wissenschaften am Institut für Sozialpolitik der Universität Warschau, Leiterin des Post-Graduierten-Programms für Führungskräfte der Sozialen Ökonomie, Koordinatorin des nationalen EQUAL-Projekts zur Förderung der Sozialen Ökonomie und Vorsitzende des Forschungszentrums für Non-Profit-Organisationen der Polnischen Akademie der Wissenschaften.
- Mike Lewis*, seit mehr als 30 Jahren in Forschung, Entwicklung und Bildung für Gemeinwesenökonomische Projekte und Initiativen in Vancouver, Kanada tätig. Er ist Mitbegründer einer Vielzahl entsprechender Organisationen, insbesondere des Canadian Community Economic Development Network und Herausgeber der Zeitschrift »Making Waves«. Mehr Informationen unter: www.cedworks.com.
- Ulla Lötzer*, ver.di Gewerkschaftssekretärin aus NRW, 1998-2002 und seit 2005 Mitglied des deutschen Bundestages; Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung der Fraktion DIE LINKE.

- Günther Lorenz*, Projektkoordinator für Forschung und Entwicklung bei der IFG Lokale Ökonomie, Technologie-Netzwerk Berlin e.V., Vorsitzender des Europäischen Netzwerks für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung.
- Petra Meyer* arbeitet für den DGB, Bezirk Berlin–Brandenburg, Abteilung Arbeitsmarkt und Gleichstellungspolitik.
- Carola Möller*, Dr. rer. pol., Sozialwissenschaftlerin, lebt in Köln und forscht zu anderen Möglichkeiten von Wirtschaften-Arbeiten-Leben, zum Arbeitsmarkt, zu Frauen.
- Matthias Möller*, Kulturwissenschaftler, studierte von 1997-2005 Neuere Geschichte, Philosophie, Soziologie, Informatik und Empirische Kulturwissenschaft in Tübingen. Seit 2000 engagiert in und für selbstorganisierte Wohnprojekte, seit 2005 Mitarbeit beim Freiburger Mietshäuser Syndikat. Promoviert zur Zeit in Freiburg über eine Genossenschaftssiedlung in Basel.
- Clarita Müller-Plantenberg* hat Soziologie, Ökonomie und Anthropologie studiert. Als Professorin der Universität Kassel leitet sie das Fachgebiet Soziologie der Entwicklungsländer (Amazonasforschung und Solidarische Ökonomie, www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel).
- Peter Nickel*, Sonderpädagoge, seit 1998 Mitglied in der Kaffeeekampagne El Salvador. Mehrjährige Beschäftigung im alternativen Kaffeehandel (bei el rojito). Erfahrungen aus mehreren Reisen in die Kaffeeexportländer Mittelamerikas.
- Hans-Gerd Nottenbohm*, Genossenschaftsberater der innova eG und Geschäftsführer des Union Gewerbehofs in Dortmund, seit 25 Jahren aktiv in der Vernetzung zwischen Projekten einer solidarischen Ökonomie in Europa, Vorstand des Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation.
- Rosângela Alves de Oliveira* ist Promotionsstudentin der Soziologie an der Universität Kassel, aktives Mitglied der Brasilianischen Bewegung der Solidarischen Ökonomie und Stipendiatin der Ford Foundation.
- Ursula Peters*, Mitarbeiterin der Stiftung Fraueninitiative, die seit zehn Jahren Forschung und Praxisreflexionen zum Themenfeld »Anderes Wirtschaften – Arbeiten – Leben« fördert (www.stiftung-fraueninitiative.de). Publikation: »Dissidente Praktiken. Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation«, hrsg. von der Stiftung Fraueninitiative, Carola Möller, Ulla Peters, Irina Vellay. Königstein/T. 2006.
- Ulrich Rösch*, Studium der Philosophie, Pädagogik, Germanistik und Sozialwissenschaften. 1973 Institut für Sozialforschung und Entwicklungslehre, Achberg. 1976 Gründung der Freien Waldorfschule Wangen/Allgäu, 1982 Gründung und Geschäftsführung eines alternativen Textil-Unternehmens. Seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Sektion für Sozialwissenschaften, Goetheanum/Dornach.

- Kerstin Sack*, Dipl.-Ing., Raumplanerin, selbstständig u.a. im Bereich gemeinschaftlicher Wohnprojekte, seit Ende der 1970er Jahre aktiv in der Lateinamerikabewegung, Mitglied des Attac Koordinierungskreises, der AGs Lateinamerika und Solidarische Ökonomie.
- Gerhard Schick*, Dr., Abgeordneter und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Der Volkswirt aus Mannheim ist Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Er ist Mitautor der »Grünen Marktwirtschaft«.
- Monika Schillat*, Dr., Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Technologie-Netzwerk Berlin e.V., Sprecherin der Berliner Tauschringe.
- Paul Singer*, Soziologe und Professor für Makroökonomie an der Universität São Paulo, Mitbegründer der brasilianischen Arbeiterpartei PT, Planungssenator in São Paulo und seit Januar 2003 Staatssekretär für Solidarische Ökonomie im brasilianischen Arbeitsministerium.
- Ulrich Steinmeyer*, Dipl. Ökonom, wohnt in einem Wohnprojekt, Aufsichtsrat bei der »Aller Wohnen e.G.«, Geschäftsführer im Kollektivbetrieb BIBER, Kuratoriumsmitglied der Stiftung Trias.
- Eva Stützel*, Coach und Projektberaterin. Mitbegründerin des Ökodorfs Sieben Linden, viele Jahre Vorstand der Siedlungsgenossenschaft Ökodorf eG, Kuratoriumsmitglied der Stiftung trias.
- Jutta Sundermann*, freie Journalistin und Bewegungsarbeiterin, Gründungsmitglied von Attac und der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie.
- Robert Ulmer*, Diplomkaufmann, Mitglied des SprecherInnenrates im deutschen Netzwerk Grundeinkommen, Initiative »Anders arbeiten oder gar nicht«, Forschungsschwerpunkt, Sozialpsychologie und Gerechtigkeitsfragen des bedingungslosen Grundeinkommens, lebt in Berlin.
- Viviana Uriona*, Politikwissenschaftlerin, Vorbereitung einer Dissertation zu freien Radios und sozialen Bewegung in Lateinamerika, aktiv in der BUKO, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat und im Koordinierungskreis von Attac.
- Isabel Valdivia*, geboren in Bolivien, Wirtschaftswissenschaftlerin. Tätigkeit als Dozentin und in der Forschung in Caracas/Venezuela bis 2000, in dieser Zeit Unterstützung der Bauernbewegungen in LARA und YaRACUY gegen von der Agroindustrie geforderte Monokulturen bzw. für ökologischen Anbau in kollektiven Arbeitsformen. Ab 2001 im Direktorium des INTI (Regierungsinstitut für Landreformangelegenheiten) bei der Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion hin zu neuen kollektiven Arbeitsformen tätig.
- Elisabeth Voß*, Betriebswirtin, Publizistin, seit vielen Jahren in der Alternativen Ökonomie, u.a. NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation und

CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation. Schwerpunkte: Öffentlichkeitsarbeit, Organisations- und Projektentwicklung, Finanzierung.

Heinz Weinhausen, Mitglied der SSM, Mitbegründer des Kölner Institutes für Neue Arbeit, Redakteur der Monatszeitung CONTRASTE. Er steht ein für eine Welt ohne Ware, Markt und Geld.

Alois Wilhelm, Mitarbeiter und Gesellschafter der Wagner&Co Solartechnik seit 1986.



Bewegungsakademie

Lernen in Sozialen Bewegungen

Die Bewegungsakademie wurde 2003 in Verden/Aller mit dem Ziel gegründet, soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen zu unterstützen.

Ein Schwerpunkt der Bewegungsakademie gilt dem Initiieren und Bündeln von politisch-gesellschaftlichen Diskursen, insbesondere durch Großveranstaltungen.

So führte die Bewegungsakademie 2004 einen Kongress mit über 200 TeilnehmerInnen zum Thema »Gesteuerte Demokratie – wie neoliberale Eliten die Politik beeinflussen« durch.

Ende 2006 folgte der Kongress zu »Solidarischer Ökonomie« mit 1.400 TeilnehmerInnen inkl. einer Info-Tour mit sieben der internationalen ReferentInnen durch ca. 20 Städte (www.solidarische-oekonomie.de). Die Arbeit zu Solidarischer Ökonomie wurde fortgesetzt, unter anderem mit einer Ausstellung und Info-Tour.

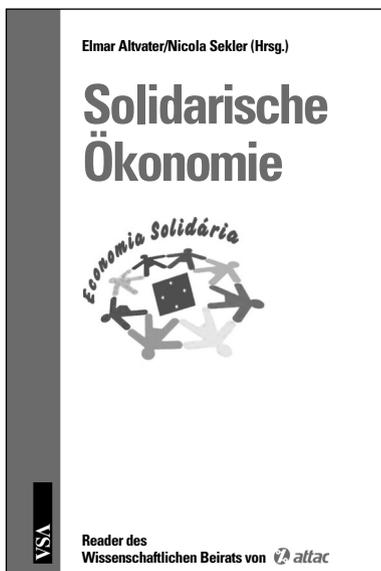
Den zweiten großen Schwerpunkt bildet das »Capacity Building« von Sozialen Bewegungen und NGOs. Die Bewegungsakademie organisiert Qualifizierungen von MultiplikatorInnen in der umwelt-, entwicklungs- und globalisierungskritischen Bewegung.

Größtes Projekt ist hier seit 2005 das in Kooperation mit dem deutschen Naturschutzring (DNR) organisierte Weiterbildungsprogramm für junge Umweltengagierte »Kurs Zukunftspiloten« (www.zukunftspiloten.de).

Ferner betreibt die Bewegungsakademie das alternative Tagungshaus »Forum« im Ökologischen Zentrum Verden (www.tagungshaus-forum.de).

Bewegungsakademie e.V., Artilleriestr. 6, 27283 Verden an der Aller
Tel: +49 (0) 4231/95 75 95, Fax: 95 74 00
info@bewegungsakademie.de, www.bewegungsakademie.de

VSA: Alternativen aufzeigen



168 Seiten; € 14.80

ISBN 978-3-89965-170-6

»Eine andere Welt ist möglich!« Erste Überlegungen, wie diese aussehen kann, enthält dieser Band.

Martin Khor/Meena Raman/
Sven Giegold/Ailun Yang u.a.

Klima der Gerechtigkeit

McPlanet.com –

Das Buch zum dritten Kongress

Herausgegeben von

Stefanie Hundsdorfer und Elias Perabo

192 Seiten; mit DVD; € 12.80

ISBN 978-3-89965-243-7



184 Seiten; € 12.80

ISBN 978-3-89965-100-3

Die AutorInnen nehmen die Methoden der Einflussnahme neoliberaler Eliten auf die Politik unter die Lupe. Akteure werden beleuchtet, Strategien analysiert und neue Ansatzpunkte für eine kritischere Öffentlichkeit vorgestellt.

Chris Methmann/Alexander Haack/
Jesko Eisgruber

Wem gehört der Himmel?

Das Klima in der Globalisierungsfalle

AttacBasisTexte 26

96 Seiten; € 6.50

ISBN 978-3-89965-250-5

Felix Kolb/Bewegungsstiftung (Hrsg.)

Damit sich was bewegt

Wie soziale Bewegungen und Protest
Gesellschaft verändern

128 Seiten; € 9.80

ISBN 978-3-89965-252-9

www.vsa-verlag.de

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

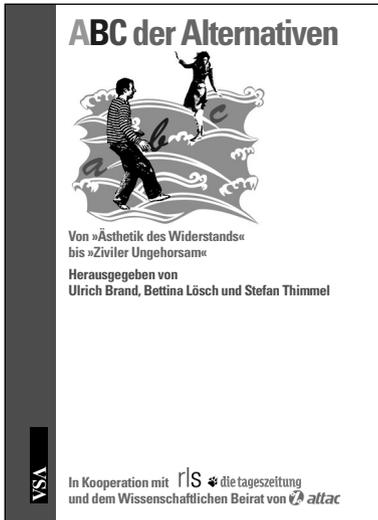
Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

mail: info@vsa-verlag.de

VSA

VSA: Weltsichten öffnen



272 Seiten; € 12.00

ISBN 978-3-89965-247-5

133 Autoren und Autorinnen fragen nach den historischen Entstehungskontexten, den kritischen und emanzipatorischen Potenzialen der Begriffe, die alternative »Weltsichten« eröffnen und für emanzipatorisches Denken und Handeln wichtig sind.

Hans-Jürgen Urban (Hrsg.)

ABC zum Neoliberalismus

Von »Agenda 2010« bis »Zumutbarkeit«

OBS-Schriftenreihe im VSA-Verlag

248 Seiten; € 14.80

ISBN 978-3-89965-195-9

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag

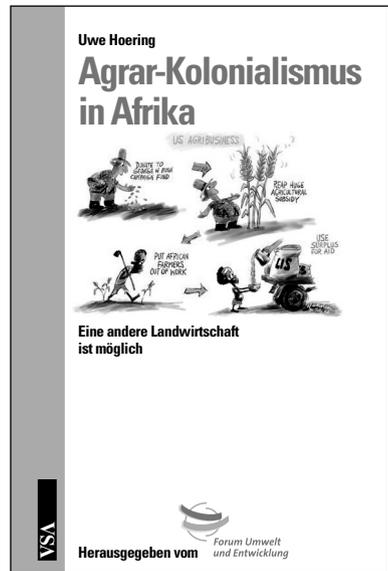
St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

mail: info@vsa-verlag.de



164 Seiten; € 12.80

ISBN 978-3-89965-248-2

Die selbstbestimmten Lösungen für die Probleme von Afrikas Landwirtschaft sind bedroht vom Machtkartell von Wirtschaft, Politik und internationalen Entwicklungsorganisationen.

Kerstin Sack/Steffen Stierle u.a.

Vom Süden lernen

Lateinamerikas Alternativen

zum Neoliberalismus

AttacBasisTexte 29

96 Seiten; € 6.50

ISBN 978-3-89965-292-5

Andrej Holm (Hrsg.)

Revolution als Prozess

Selbstorganisation und Partizipation in Venezuela

172 Seiten; € 10.80

ISBN 978-3-89965-259-8

www.vsa-verlag.de

VSA